

# **Modernisierungsprozesse in Japan**

*Gabriele VOGT und Phoebe HOLDGRÜN  
(Herausgeberinnen)*



Deutsches Institut für Japanstudien

Miscellanea 18

# Deutsches Institut für Japanstudien

Jochi Kioizaka Bldg. 2F  
7-1, Kioicho  
Chiyoda-ku, Tokyo 102-0094, Japan  
Tel.: +81-(0)3-3222-5077  
Fax: +81-(0)3-3222-5420  
e-mail: [dijtokyo@dijtokyo.org](mailto:dijtokyo@dijtokyo.org)  
homepage: <http://www.dijtokyo.org>

Direktor: Prof. Dr. Florian Coulmas

Erscheinungsjahr: 2013  
Erscheinungsort: Tokyo  
Herstellung: IUDICIUM Verlag GmbH, München  
ISSN 0941-1321

## VORWORT

Viele der Beiträge, die in diesem Band versammelt sind, wurden im Sommersemester 2011 in der Ringvorlesung „Modernisierungsprozesse in Japan“ im Asien-Afrika-Institut der Universität Hamburg präsentiert. Die einzelnen Kapitel des Sammelbandes spiegeln die inhaltliche Vielfalt der Reihe wider, gleichwohl loten sie in ihrer Zusammenschau alle Dimensionen des hier entfalteten Konzepts von Modernisierungsprozessen in Japan aus. Den Referentinnen und Referenten der Ringvorlesung gebührt der Dank der Herausgeberinnen für ihre Mühen und ihren Enthusiasmus im Prozess der Verschriftlichung ihrer Beiträge.

Dieser Sammelband wäre nicht zustande gekommen ohne die Unterstützung zahlreicher Institutionen und Personen, von denen einige hier gesondert Erwähnung finden sollen. Die Ringvorlesung erfuhr finanzielle Förderung durch die Arbeitsstelle für wissenschaftliche Weiterbildung der Universität Hamburg. Die Drucklegung des Bandes wiederum erfolgt mit großzügiger Unterstützung des Deutschen Instituts für Japanstudien, DIJ Tokyo. Beiden Institutionen sind wir zu großem Dank verpflichtet. Ebenso gilt unser Dank Lisa Jörke und Antje Bieberstein, die den redaktionellen Entstehungsprozess des Bandes mit Sorgfalt und Humor begleiteten. Alle möglicherweise noch vorhandenen Fehler sind selbstverständlich den Herausgeberinnen anzulasten.

Bei japanischen Personennamen folgen wir der Reihenfolge Familienname vor dem persönlichen Namen, es sei denn, es handelt sich um eine Person des gegenwärtigen Zeitgeschehens und sie schreibt sich selbst in einer anderen Form.

Der Band sei den Studierenden der Japanologie an der Universität Hamburg gewidmet, die die Herausgeberinnen mit ihrer Begeisterung für jeden einzelnen Beitrag der Ringvorlesung dazu inspirierten, sie in dieser Form schriftlich festzuhalten.

Hamburg und Tokyo, Juli 2013

Gabriele Vogt und Phoebe Holdgrün



# INHALT

## Einleitung

Modernisierungsprozesse in Japan – Von Meiji bis zur Gegenwart <i>Gabriele VOGT und Phoebe HOLDGRÜN</i> .....	11
--	----

## Die erste und zweite Öffnung

Das moderne japanische Recht: Entwicklung und Charakteristika <i>Harald BAUM</i> .....	31
---	----

Die Meiji-Zeit – Bewahrung und Umbruch: Unternehmertraditionen und Modernisierung, politischer Wandel und Wirtschaftsreformen <i>Manfred POHL</i> .....	54
---	----

Die Rolle des Staates in der japanischen Wirtschaftsentwicklung nach 1945 <i>Tim GOYDKE</i> .....	80
---	----

Die Erfindung einer Nation: Okinawas Rückgliederung an Japan <i>Gabriele VOGT</i> .....	96
--	----

## Die dritte Öffnung

Japan und der G20-Gipfel: Von Kan nach Cannes <i>Hugo DOBSON</i> .....	127
---	-----

Ausführen oder entscheiden? Dezentrale Arbeitsteilung im japanischen Mehrebenensystem <i>Phoebe HOLDGRÜN</i> .....	143
--	-----

„Der Ehemann als Luxusgut“ – Japans Trend zur späten Heirat <i>Annette SCHAD-SEIFERT</i> .....	168
---	-----

Japans einsame Alte – Alterssuizid in einer sich wandelnden Gesellschaft	
<i>Inger M. BACHMANN</i> .....	.186
Autoren.....	.210

# EINLEITUNG



# MODERNISIERUNGSPROZESSE IN JAPAN – VON MEIJI BIS ZUR GEGENWART

Gabriele VOGT und Phoebe HOLDGRÜN

## 1 EINLEITUNG

Als Mitte des 19. Jahrhunderts der amerikanische Kommodore Matthew C. Perry mit seinen berühmt gewordenen schwarzen Schiffen in der Bucht von Edo, dem heutigen Tokyo lag, gelang es „dem Westen“<sup>1</sup> durch Demonstration militärischer Überlegenheit und geschickter Diplomatie, Japans Öffnung zu erwirken (Jansen 2000: 275–279). Die zweieinhalb Jahrhunderte der militärischen Herrschaft des Tokugawa-Clans und ihrer Politik der fast vollständigen Abschottung gegenüber der Außenwelt (*sakoku*)<sup>2</sup> kamen zu einem abrupten Ende. Japan, genauer der Meiji-Staat, der aus den mit Perrys Ankunft heraufbeschworenen innenpolitischen Wirren hervorgegangen war, begann in nie dagewesenem Tempo mit der Adaption des in Europa und Amerika verbreiteten Wissens um Technologie und Staatsführung. Japan machte sich auf den Weg in die „Moderne“. Zumindest werden diese erste Öffnung des Landes und die darauffolgenden umfassenden Reformen der Meiji-Zeit (1868–1912) – die den Ruf als „one of the most energetic regimes in world history“ (Hoffman 29.07.2012) genießt – gemeinhin als das Kernstück der Modernisierung Japans verstanden (Jansen 2000; Vlastos 1998).

Die Herausgeberinnen plädieren mit dem vorliegenden Band für ein umfassenderes Verständnis der Modernisierung Japans. Wir sprechen

---

<sup>1</sup> Gemeint sind hier die modernisierten Staaten Europas bzw. die von diesem Europa wiederum beeinflussten Staaten. Der Politikwissenschaftler Claus Offe weist in diesem Kontext exemplarisch auf folgende Entwicklungsschritte Europas hin: die britische Industrialisierung, die französische Revolution und die Philosophie des deutschen Idealismus (Offe 1996: 5).

<sup>2</sup> Trotz der *sakoku*-Politik unterhielt der Tokugawa-Staat eingeschränkte Kontakte zum Ausland, so beispielsweise über die Handelsstätten Deshima in Nagasaki und Naha auf den Ryūkyū-Inseln (Totman 2005: 203–235). Von dem Philosophen Tetsurō Watsuji ist aus den letzten Tagen des Zweiten Weltkriegs eine Aussage überliefert, nach der er in dieser Politik der Abgeschlossenheit den Grund sah für: „most of the problems the country had experienced in modern times. It [*sakoku*, G.V./P.H.] forced, he thought, the rushed modernization under state control that followed, and contributed to the drive to compete and excel with its disastrous end in the Pacific War“ (Jansen 2000: 94).

gar von Modernisierungsprozessen und möchten damit zweierlei betonen: Erstens, die Modernisierung Japans war *nicht* mit dem Ende der Meiji-Zeit abgeschlossen. Es handelt sich vielmehr um einen bis heute andauernden, höchst dynamischen Prozess, der sich nicht ausschließlich an einem etwaigen „westlichen“ Vorbild orientiert. Zweitens gehen wir davon aus, dass Japans Modernisierung bislang drei Phasen durchlief, welche zudem Hand in Hand gingen mit Prozessen von „Öffnungen“ gegenüber der internationalen Staatengemeinschaft. Die folgenden Abschnitte dieses den Sammelband einleitenden Kapitels werden diese beiden Hypothesen sowohl konzeptionell – im Kontext der Modernisierungstheorien – als auch inhaltlich – die einzelnen Beiträge des Bandes vorstellend – erläutern.

## 2 MODERNISIERUNG: EINE ANNÄHERUNG

Begriffe wie „modern“, „Moderne“ oder auch „Modernisierung“ sind in den Medien scheinbar omnipräsent, doch gelten sie in den Sozialwissenschaften derzeit als höchst „unfashionable“ (Fourie 2012: 53), als – ironischerweise – „unmodern“. Ein Grund dafür ist, so die Sozialwissenschaftlerin Elsje Fourie (2012: 53), dass eine wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Thema nicht möglich ist, ohne dass sich die Autoren vom Gegenstand der Untersuchung distanzieren. Auch der Politikwissenschaftler Claus Offe (1996: 5) weist auf den stark normativen Charakter des Begriffs hin, der den analytischen in den Hintergrund drängt. Noch immer also sind die Ausprägungen des sozialwissenschaftlichen Wirkens der 1960er Jahre im wissenschaftlichen Diskurs präsent, als „Modernisierung“ mit „Verwestlichung“ gleichgesetzt wurde und die zentralen Studien der Zeit um eine einzige Frage zu kreisen schienen: „Wherein lie the conditions of the possibility that ‚we‘ have become what we are today, and that others might follow in this successfully pursued path?“ (Offe 1996: 3). Die Staaten „des Westens“ also galten als Erfolgsmodell; ihnen nachzueifern war der implizite Auftrag für die noch nicht modernisierten Staaten.

Offe (1996: 4) weist darauf hin, dass vor dem Hintergrund mehrerer Wirtschaftskrisen in den 1970er Jahren sich auch die Modernisierungsstudien radikal änderten: von der missionarischen Außensicht und einer „modernization euphoria“ (Offe 1996: 4) hin zu einer kritischen Innensicht und einem „modernity skepticism“ (Offe 1996: 4). Doch gilt erst der Forschungsansatz der *multiple modernities* – in den späten 1990er Jahren begründet durch den Soziologen Shmuel Eisenstadt – als fundamentale Abkehr von den beiden Grundannahmen der frühen Modernisierungsstudien, nämlich jener, dass jede Modernisierung ein Nacheifern westli-

cher Erfolgsmodelle bedeute und darüber hinaus, dass jede Modernisierung einem linearen Ablauf folge, an dessen Ende ein definierbares Ziel und damit ein bestimmter Entwicklungsstand stehe (Eisenstadt 2000: 2–3; Fourie 2012: 54). Eisenstadt (1999: 283–284) lehnte nicht nur diese Grundannahmen der frühen Modernisierungstheorien kategorisch ab. Zudem positionierte er sich auch als entschiedener Gegner der in den 1990er Jahren einflussreichen Thesen Francis Fukuyamas (1992) vom Ende der Geschichte und Samuel Huntingtons (1997) vom Kampf der Kulturen. Eisenstadt plädierte stattdessen dafür, die neue Welt- und Gesellschaftsordnung in der Zeit nach dem Ende des Kalten Krieges als Konzept von *multiple modernities* zu verstehen. Das Auflösen der alten Ordnungen und die voranschreitende Globalisierung führten zur Dekonstruktion der bisherigen Bezugspunkte von Staat und Nation (Eisenstadt 2000: 3); an deren Stelle könne die dynamische Mannigfaltigkeit von Kulturen treten:

The idea of multiple modernities presumes that the best way to understand the contemporary world—indeed to explain the history of modernity—is to see it as a story of continual constitution and reconstitution of a multiplicity of cultural programs. (Eisenstadt 2000: 2)

Modernisierung also sei stets in ihrem eigenen historischen Kontext zu verstehen. Ihre Verwurzelung in individuellen Gesellschaften, welche Modernisierungen hervorbringen, lässt höchst divergente „ideological and institutional manifestations“ (Fourie 2012: 55) von Modernisierung entstehen.<sup>3</sup> Diese Idee einer schier unbegrenzten Vielfalt von Modernitäten wirft die Frage nach dem gemeinsamen Kern der Modernitäten auf (Eisenstadt 2000: 3). Eine jede Definition dieses Kerns von Modernität ist zugleich eine Definition ihrer Grenzen. Diese Grenzen werden im Ansatz der *multiple modernities* nicht auf der Ebene der Institutionen oder Organisationen gezogen, sondern sind in Ontologie und Kultur zu finden (Fourie 2012: 56).<sup>4</sup>

---

<sup>3</sup> Damit stellt sich Eisenstadt explizit gegen die in den 1950er und 1960er Jahren dominante Konvergenztheorie, d.h. die Vorstellung davon, dass Demokratie, Kapitalismus und Bürokratie zu einer Angleichung aller modernen Staaten führen werde, wie sie etwa durch Talcott Parsons vertreten wurde (Fourie 2012: 54).

<sup>4</sup> Der Sozialwissenschaftler Volker Schmidt kritisiert die Vertreter der *multiple modernities* für ihr Festhalten an den Analysekatégorien von Zivilisationen und Nationen – trotz aller Plädoyers für größtmögliche Varianz der Perspektive. Darüber hinaus weist er darauf hin, dass die subnationale Ebene als Analyseperspektive in den *multiple modernities* außen vor gelassen wird. Schmidt schlägt die Verwendung des Begriffs der *varieties of modernity* vor, um eine noch größere Flexibilität und Komplexität in den Analysen zu gewährleisten (Schmidt 2006).

Bei aller Diversität der Ansätze gilt ein verändertes Verständnis der Person doch immer als Bestandteil der Modernisierungstheorien. Gültig für die moderne Person sei: „a conception of humans as autonomous and able to exercise control over their environment through rational mastery and conscious activity“ (Fourie 2012: 56). Diese regelrechte Befreiung der Person in ihrer eigenen Rationalität und durch die Rationalisierung ihrer Umwelt werde, in einem zweiten Schritt, auch in neuen Formen der individuellen Partizipation am öffentlichen und politischen Leben reflektiert. Schließlich sehe sich dadurch auch der öffentliche und politische Raum selbst Veränderungen ausgesetzt. Er erfährt eine Differenzierung bis hin zur Herausbildung völlig neuer Strukturen des Zusammenspiels von Politik und Gesellschaft. Modernisierung geht also stets einher mit Destabilisierung und dem Potenzial für – auch revolutionäre – Umwälzungen (Fourie 2012: 57).

Als zentrale Konzepte im Kern der Modernisierung also kristallisieren sich die Individualisierung der Person, die Rationalisierung der Kultur und die Differenzierung der Struktur heraus. Als vierte Komponente stellten der Soziologe Hans van der Loo und der Philosoph Willem van Reijen<sup>5</sup> – lange vor den Vertretern der *multiple modernities* – die Domestizierung der Natur in diesen Kanon (1997: 30–36). Die Individualisierung der Person meint hier, dass sich die Geschlossenheit der ursprünglichen Systeme von Gruppenzugehörigkeit auflösen und die Person in ihren Interaktionsformen ebenso wie in ihrer Identitätsfindung eine größere Freiheit erlebt. Die Rationalisierung der Kultur hat zum Ziel, dass Werte, die der kulturellen Identitätsbildung dienen, darauf ausgerichtet werden, sie „beherrschbar“ (van der Loo und van Reijen 1997: 34) zu machen. Die Differenzierung von Struktur zielt in diesem Verständnis auf die Aufteilung und damit einhergehende Spezialisierung von Interaktionen und Arbeitsprozessen ab. Die Domestizierung von Natur schließlich benennt, dass nicht nur kulturelle Deutungssysteme, sondern auch die Natur als Folge der Modernisierung zunehmend beherrscht wird (van der Loo und van Reijen 1997: 30–36). Van der Loo und van Reijen heben hervor, dass diese vier Dimensionen nicht alleine für sich stehen, sondern „eng miteinander verwoben“ (1997: 35) sind. Gleichzeitig bergen alle vier Dimensionen auch Gefahren; diese werden von van der Loo und van Reijen als Paradox bezeichnet. So deuten Modernisierungsprozesse zugleich auch auf

---

<sup>5</sup> Die Erstausgabe von *Modernisierung. Projekt und Paradox* erschien 1990 in den Niederlanden. Van der Loo und van Reijen sind damit Weggefährten zwei anderer Modernisierungstheoretiker: Anthony Giddens, dessen *The Consequences of Modernity* ebenso 1990 erstmals erschien und Ulrich Beck, dessen *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne* aus dem Jahr 1986 stammt.

zentrale Problematiken der Solidarität, der Legitimität, der sozialen Integration und des natürlichen Gleichgewichts hin (van der Loo und van Reijen 1997: 262–299).

Die einzelnen Kapitel des vorliegenden Sammelbandes nehmen auf die drei Dimensionen der Individualisierung der Person, der Rationalisierung der Kultur und der Differenzierung der Struktur im Kontext der Modernisierungsprozesse in Japan explizit Bezug.<sup>6</sup> Jeder einzelne Beitrag streicht zudem heraus, welche besonderen Faktoren in Japan mit der Umsetzung dieser Kernkonzepte von Modernisierungsprozessen verknüpft sind. Neben charakteristischen Institutionen und Organisationen sind es Ontologie und Kultur, auf denen die besonderen Spezifika der japanischen Modernisierungsprozesse beruhen. Dies gilt für alle drei Phasen der japanischen Modernisierung, von Meiji bis in die Gegenwart. So versteht sich der vorliegende Sammelband als eine exemplarische Studie im Sinne der *multiple modernities*.

### 3 MODERNISIERUNGSPROZESSE IN JAPAN: DREI PHASEN

Dieser Sammelband stellt die These auf, dass Japans Modernisierung bislang drei Phasen durchlaufen hat, welche stets im Kontext auch mit „Öffnungen“ gegenüber der internationalen Staatengemeinschaft zu verstehen sind: Die eingangs bereits skizzierte erste Modernisierungswelle der Meiji-Zeit ging einher mit einer grundlegenden Revision des staatlichen Selbstverständnisses und insbesondere auch mit einer für Phasen der Nationenbildung typischen Suche nach einer gemeinsamen Identität von Staat und Volk. Im Fall Japans entwickelte sich daraus ein ganz eigenes Potpourri an augenscheinlich alten japanischen Traditionen – welche sich bei genauerem Hinsehen häufig als Traditionalismen entpuppen (Vlastos 1998) – und adaptierten westlichen Einflüssen. Die aus dieser Neuorientierung folgenden Implikationen reichten weit über eine Differenzierung von Strukturen auf der staatlichen Ebene hinaus bis hinein in die kleinsten gesellschaftlichen Einheiten, die Familien, und betrafen ebenfalls die Lebenswelten der Individuen. Damit umfassten sie also auch Dimensionen der Individualisierung der Person<sup>7</sup> und der Rationalisierung der Kultur.<sup>8</sup>

---

<sup>6</sup> Dem dezidiert sozialwissenschaftlichen Schwerpunkt des Sammelbandes ist geschuldet, dass die vierte Dimension, die Domestizierung der Natur, hier keine Beachtung erfährt.

<sup>7</sup> Exemplarisch sei an dieser Stelle auf die aufkommende Kaffeehauskultur Japans verwiesen. Der Besuch im Kaffeehaus galt als Ausdruck des Ausbrechens aus traditionellen Konventionen und damit als Ausdruck der Modernität des Indi-

Die zweite Phase der Modernisierungsprozesse in Japan folgte mit Japans Niederlage im Zweiten Weltkrieg und dem beginnenden Wiederaufbau und Wiederaufstieg als eine nicht minder dramatische Zäsur. Wiederum waren es westliche Mächte, die Japans Isolation – diesmal als Kriegsmacht im asiatisch-pazifischen Raum – beendeten. Entmilitarisierung und Demokratisierung führten Japan hinein in die Gemeinschaft der Vereinten Nationen (Jansen: 2000: 675–765). Japan entwickelte sich fortan zu einer wirtschaftlichen Weltmacht und blieb doch außenpolitisch in der Rolle des Juniorpartners in einem engen bilateralen Bündnis mit den USA verhaftet – als ein Staat, der zudem durch die Kriegsverzichtsklausel seiner Verfassung in seinem souveränen Spielraum eingeschränkt ist (Kevenhörster und Nabers 2003). Seit nunmehr vierzig Jahren führt dieser Staat eine Debatte darum, was es heißt ein „normaler Staat“ zu sein, was es bedeutet, auch außenpolitisch, als ein Teil der internationalen Gemeinschaft, eigenständig zu agieren.<sup>9</sup> Die Differenzierung von Strukturen lief

---

viduums: „By the turn of the twentieth century, being in a café in Japan was an act of outright modernity. [...] the café was the very site and generator of the modern. You entered a café as an act of personal choice, to be with and observe modern people. It was (and to some degree still is) a lucid space, a space of free play of a place where you were free to define yourself. You went there to ‚play‘ as in the Japanese word *asobi*, with its meanings of freedom and suspension of cultural responsibilities. In play you can engage new things ‚playfully,‘ without the responsibility of a larger, more authoritative undertaking“ (White 2012: 42, Kurzsivsetzung im Original).

<sup>8</sup> Die Rationalisierung der Kultur, verstanden als eine Abkehr vom „konfuziansche[n] Ideal der Einheit von Wissenschaft, Moral und Herrschaft“ (Coulmas 2009: 136) zeigt sich beispielsweise in der Einführung des Sonnenkalenders am 9. November 1873. Der Sozialwissenschaftler Florian Coulmas ordnet diese Abkehr von dem seit Jahrhunderten das öffentliche Leben Japans dominierenden sinozentrischen Weltbild wie folgt ein: „Keine andere Einzelreform und kein anderer Tag symbolisieren Japans Eintritt in die westliche Moderne deutlicher. Veränderungen der zeitlichen Ordnung reflektieren veränderte Machtverhältnisse und kulturellen Wandel.“ (Coulmas 2009: 169).

<sup>9</sup> Ichirō Ōzawa, eine schillernde Figur der japanischen Politik, eröffnete mit seinem *Blueprint for a New Japan* 1994 einen politischen wie öffentlichen Diskurs um die Ausgestaltung Japans als „normaler Staat“. Seine zentrale These dabei ist, dass ein „normaler Staat“ als vollwertiges Mitglied der internationalen Gemeinschaft Verantwortung für sich und andere übernehmen können muss, ohne dabei von innenpolitischen und rechtlichen Zwängen kategorische Einschränkungen zu erfahren. Politische Entscheidungen sollten rational und unabhängig gefällt werden können. Dass diese Debatte, in deren Zentrum Japans enges Bündnis mit den USA ebenso wie die in der Verfassung verankerten Einschränkungen seines außenpolitischen Handlungsspielraums stehen, bereits einen Vorläufer in Japans China-Politik der frühen 1970er Jahre hat, zeigt die Japanologin Ruth Achenbach (2012). Wie aktuell die Debatte bis heute ist, lässt sich erkennen, wenn ein japanischer Diplomat Japan noch immer nicht den

in dieser Phase der Modernisierungsprozesse ganz offensichtlich weiter voran,<sup>10</sup> doch auch die Individualisierung der Person und die Rationalisierung der Kultur erfuhren weitere Schübe – viele der Auswirkungen, beispielsweise für Fragen von Geschlechterrollen oder Familienbildern zeigen sich jedoch erst in der Gegenwart, der dritten Phase.<sup>11</sup>

Japan strebe, so der Botschafter (2008–2012) von Japan in Deutschland, Takahiro Shinyo, „derzeit die dritte Öffnung des Landes an“ (Shinyo 2012: 137). Gedrängt auch von großen Herausforderungen, wie dem demographischen Wandel, der sich in Japan schneller als anderenorts vollzieht, und der wachsenden wirtschaftlichen Konkurrenz Chinas, suche Japan abermals nach einer Neuausrichtung. Der Weg, so der Botschafter, müsse hin zu einem in stabilen Werten – allen voran Nachhaltigkeit und Abrüstung – ruhenden Staat führen, der jenseits seiner bisherigen wirtschaftlichen Vorreiterrolle nun als politischer „Kernstaat[en]“ (Shinyo 2012: 140)<sup>12</sup> eine regionale Führungsposition einnehmen könne und solle. Anlässlich dieser von zahlreichen Nationen geteilten gemeinsamen Herausforderungen der Gegenwart müssten gemeinsame Antworten gefunden werden. Japan, so der Botschafter, wolle – in einer Wertegemeinschaft mit Deutschland verbunden – „ein Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell [...] präsentieren, das sich von den bisherigen Modellen deutlich unterscheidet.“ (Shinyo 2012: 138).

---

Status eines „normalen Land[es]“ zuspricht und stattdessen betont, dass „Japan nach wie vor ein ‚unvollendetes Land‘“ (Shinyo 2012: 138–139) sei.

<sup>10</sup> Als eine solche strukturelle Zäsur kann der Tod des Shōwa-Tennō gelten. Das Ende seiner von 1926 bis 1989 andauernden Herrschaftszeit komme dem Ende der „spektakulären Modernisierung Japans“ (Coulmas 1993: 69) gleich. Coulmas schlägt einen Bogen vom Beginn der ersten Modernisierungsphase zum Ende der zweiten, wenn er zusammenfasst: „Was mit dem Umzug des Meiji-Tennō von Kioto nach Tokio begonnen hatte, wurde unter seinem Enkel vollendet.“ (Coulmas 1993: 69).

<sup>11</sup> Der Japanologe Rein Raud betont – ähnlich wie wir es bei den Modernisierungstheoretikern gesehen haben – die zentrale Bedeutung, die dem Individuum in Modernisierungsprozessen zukommt. Neben der Modernisierung von Technologie, Ökonomie und Institutionen sei es insbesondere „the modernity of the mind“ (Raud 2007: iv), welche die neueren Modernisierungsprozesse Japans entscheidend vorangetrieben habe. Einblicke in ein zentrales Thema der Dynamiken der japanischen Gesellschaft, nämlich in die sich über alle drei Modernisierungsphasen hinweg rapide verändernde Rolle der japanischen Frau bietet beispielsweise der Sammelband von Freedman, Miller und Yano (2013).

<sup>12</sup> Der Gedanke der „Kernstaaten“ (Shinyo 2012: 140) geht zurück auf den Ansatz des Politikwissenschaftlers Peter J. Katzenstein (2005), der die Bedeutungen Deutschlands und Japans als regionale Zentren Europas bzw. Asiens im Kontext einer US-dominierten internationalen Politik analysiert.

Anhand dieser Aussagen des Botschafters wird deutlich, wie sich die dritte Modernisierungsphase Japans von den beiden vorangegangenen unterscheidet. Erstens, der gegenwärtigen Modernisierungsphase ist, im Unterschied zu den beiden historischen, ein Element der Freiwilligkeit zu eigen. Japan öffnet sich diesmal selbst gewählt einem intensiven Austausch mit der internationalen Gemeinschaft; 1868 und 1945 war dies jeweils mit militärischer Macht erzwungen worden. Zweitens, die Öffnung resultiert diesmal überwiegend aus einer internen Notwendigkeit und nicht so sehr in äußerem Druck. Weder steht die Erschließung eines abgeschotteten Inselreichs für die steigende globale Produktion noch eine Mission von Demobilisierung und Demokratisierung derzeit im Vordergrund, sondern vielmehr Japans Bestreben, seinem rasanten soziopolitischen Wandel im internationalen Kontext zu begegnen und nach gemeinsamen Lösungsansätzen zu suchen. Dazu zählen neben der Überalterung der Bevölkerung (Coulmas *et al.* 2008) die Erosionen in Japans Familienwelten (Rebick und Takenaka 2006) sowie die fundamentalen Veränderungen einer politischen Landschaft, wie sie sich 2009 – zumindest vorübergehend – mit dem Fall der „ewigen Regierungspartei“ LDP (Liberaldemokratische Partei Japans) abzeichneten (Krauss und Pekkanen 2011). Wie Japan, damals und heute, seine Modernisierungsphasen erlebte bzw. erlebt, mögen die Beiträge dieses Sammelbandes verdeutlichen. Sie befassen sich allesamt mit Themen, die im weitesten Sinne der Perspektive der Sozialwissenschaften zuzuordnen sind, konkret mit Japans Gesellschaft, Politik, Recht und Wirtschaft.

#### 4 MODERNISIERUNGSPROZESSE IN JAPAN: DIE BEITRÄGE

Zwei Beiträge eröffnen den Sammelband, die sich mit Dimensionen von Modernisierung besonders während der ersten identifizierten Modernisierungsphase, der Meiji-Zeit, auseinandersetzen. Zugleich berücksichtigen die Kapitel in einer langfristigen Perspektive die weitere Entwicklung von Modernisierung und überschreiten die Phase der ersten Öffnung, indem sie einerseits auf Modernisierungsprozesse während der zweiten und dritten Phase vorausschauen (Baum) und andererseits einen Rückblick auf vormoderne Epochen und Vorausboten der Modernisierung nehmen (Pohl).

Im ersten Beitrag erörtert Harald Baum (Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht) die Entwicklung des modernen japanischen Rechts und dessen Einbettung in der japanischen Kultur. Baum zeigt dabei auf, dass das moderne japanische Rechtssystem eben *nicht* für ein Beispiel der Rationalisierung von kulturell geprägten Ge-

wohnheiten steht, und eröffnet den Band damit mit einer Perspektive, die das Modernisierungsschema nach van der Loo und van Reijen flexibilisiert. Während Japan ein modernes Rechtssystem nach dem Vorbild verschiedener westlicher Länder in der Meiji-Zeit ausgearbeitet und implementiert und nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges durch Elemente des US-amerikanischen Rechts ergänzt hat, weist dieses System einige spezifisch japanische Eigenheiten auf. Zur Erklärung dieser typisch japanischen Faktoren in einem modernen Rechtssystem gibt es unterschiedliche Ansätze. Einer davon – nicht unumstritten – besagt, dass Elemente aus der vormodernen japanischen Kultur nach wie vor in das moderne Rechtssystem hineinwirken. Baum kommt zu dem Schluss, dass spezifische Faktoren des japanischen Rechtssystems sowohl durch kulturelle Elemente als auch durch institutionelle Rahmenbedingungen hervorgerufen werden und dass diese in einem Wechselverhältnis stehen. Reformen des japanischen Justizsystems in der jüngeren Zeit setzen auf Wandel der institutionellen Vorbedingungen. Sozialer Wandel mit Auswirkungen auf die Rechtspraxis und damit ein Abschwächen von kulturell erklärbaren Besonderheiten kann die langfristige Folge sein. Der Prozess der Rationalisierung von Kultur dauert nach dieser Auffassung im Bereich des modernen Rechts in Japan an.

Mit einem klaren Beispiel für das Durchbrechen von kulturellen Normen setzt sich dagegen der Beitrag von Manfred Pohl (Universität Hamburg) zur Bedeutung des Unternehmertums im Zuge der fortschreitenden Modernisierung in Japan auseinander. Pohl zeigt durch vielfältige Beispiele, dass sich die Prozesse, die nach der ersten Öffnung des Landes im 19. Jahrhundert in gewaltige Umstrukturierungen und in die Bildung einer wirtschaftsmächtigen „modernen Nation“ mündeten, bereits lange vor dieser Zeit angedeutet haben: Schon während der Sengoku-Zeit (1477–1573) und der Tokugawa-Epoche (1603–1868) haben Unternehmer immer wieder politisch und kulturell gesteckte Grenzen überschritten und damit Prozesse von Modernisierung in Gang gebracht. Dass Unternehmerpotential sich parallel zu technischem Fortschritt durchsetzt, auch wenn damit kulturelle Normen durchbrochen werden müssen, um wirtschaftliches Handeln zu stärken und auszudehnen, kann als Rationalisierung von Kultur verortet werden. Die damit durchbrochenen kulturellen Werte sind eng verknüpft mit der Begründung politischer Herrschaftslegitimation, so dass eine Rationalisierung von Kultur hier auch eine Machtverschiebung bedeutet. Diese wirtschaftliche Modernisierung fand teilweise in Konfrontation, teils aber auch in Übereinkunft mit den politischen Eliten statt. In der Meiji-Zeit lassen sich schließlich Verknüpfungen von Staatsinteressen und Großunternehmern erkennen, die sich zu einem gemeinsamen Zweck zusammengeschlossen haben: der Schaffung eines

modernen Nationalstaates. Dazu gehörte, dass auch moderne Wirtschaftsstrukturen aufgebaut wurden – auf der Grundlage von Prozessen, die sich lange zuvor angebahnt hatten.

Für die zweite Öffnung Japans gegenüber der internationalen Staatengemeinschaft stehen die Beiträge von Goydke und Vogt, die zum einen die Wirtschaftsentwicklung während der zweiten Phase der japanischen Modernisierung und zum anderen die Rückgliederungsbewegung von Okinawa an Japan in den Blick nehmen. Während der Beitrag von Goydke abschließend zeigt, wie im Bereich der Wirtschaft ein erneuter Prozess von Modernisierung in der gegenwärtigen dritten Öffnungsphase notwendig wird, verdeutlichen die Ergebnisse von Vogt unter anderem, dass die okinawische Minderheit unabhängig von den japanischen Hauptinseln eine transnationale Öffnung bei ihrer Identitätssuche vollziehen.

Mit der Rolle des Staates in der japanischen Wirtschaftsentwicklung nach 1945 befasst sich der Beitrag von Tim Goydke (Hochschule Bremen). Der Staat nahm während der zweiten Modernisierungsphase Japans durch Industriepolitik massiven Einfluss auf die Entwicklung der Wirtschaft. Die Ausformung der japanischen Industriepolitik unterscheidet sich von Beispielen in westlichen Ländern, insbesondere durch die entscheidende Beeinflussung des Wettbewerbs durch den Staat sowie durch die dichte Verflechtung zentraler Akteure. Die politische Linie besagte, vor allem einzelne Großunternehmen zu fördern. Darüber hinaus bestand und besteht aber eine große Anzahl an mittelständischen Unternehmen, die nicht international wettbewerbsfähig sind. Klar wird, dass die japanische Industriepolitik in dieser Form über einen langen Zeitraum so implementiert werden konnte, weil sowohl beteiligte Institutionen unverändert bestehen blieben, als auch kulturelle Elemente Bestand hatten. Goydke arbeitet die Faktoren, die so lange zum Gelingen des Systems beigetragen haben, heraus. Der Erfolg dieses Verharrens in dem bekannten institutionellen Rahmen reicht jedoch nicht bis in die Gegenwart, bzw. die bisherigen Strukturen sind selbst einem Wechsel unterworfen. Vielmehr wird deutlich, dass eine weitere Modernisierung nunmehr überfällig geworden ist, um im globalen Markt bestehen zu können. Während die Neustrukturierung im Zuge der zweiten Öffnung lange Zeit erfolgreich aufging, stellt der Beitrag von Goydke dar, dass in der Industriepolitik nun im Zuge der dritten Öffnung wiederum eine Neustrukturierung und Differenzierung notwendig geworden ist.

Um eine strukturelle Differenzierung geht es auch im Kapitel von Gabriele Vogt (Universität Hamburg) zum Thema der Rückgliederung Okinawas an Japan, die nach dem Ende der US-Administration im Jahr 1972 erfolgte. Vogt beschäftigt sich mit den Fragen, warum vor dem Hintergrund eines angespannten Verhältnisses zu der Zentralebene aus okina-

wischer Perspektive überhaupt eine Bewegung zur Rückgliederung an die japanischen Hauptinseln entstand, und wie Zeitzeugen die neu zu erschaffende Nation „Japan mit Okinawa“ imaginiert und konzeptionalisiert und damit für sie geworben und zur Nationenwerdung beigetragen haben. Als Beweggründe für die Rückgliederungsbewegung auf Okinawa identifiziert Vogt die Ziele, ein Ende der US-Besatzung herbeizuführen und an den wohlstandsgeprägten Lebensbedingungen der japanischen Hauptinseln teilzuhaben. Letzteres blieb bislang ohne Erfolg; darüber hinaus ist die Beziehung zu den Hauptinseln bis heute durch die ungleiche Verteilung der US-amerikanischen Militärstützpunkte zu Lasten Okinawas bestimmt. Dies wirkt sich auf den Stellenwert von Solidarität innerhalb der Nation „Japan mit Okinawa“ aus und prägte sowohl den Beitrag der Rückgliederungsbewegung zur Nationenwerdung sowie auch die Weiterentwicklung von Bildern zur Identität der okinawischen Minderheit, indem diese über eine Eingrenzung auf Japan hinausreicht. Dies kommt einer weitergehenden Differenzierung von Strukturen gleich, in welcher Identitätsfindung nicht allein auf die Struktur der Nation ausgerichtet wird.

Zu der sich gegenwärtig vollziehenden dritten Öffnung Japans durch Modernisierungsprozesse beziehen die verbleibenden vier Beiträge des Bandes Stellung. Dobson und Holdgrün nehmen aus der Sicht von politikwissenschaftlichen Fragestellungen die Differenzierung von Strukturen in verschiedenen Ebenen, nämlich einmal der globalen und der nationalen (Dobson) sowie der nationalen und der dezentralen Ebene der Präfekturen innerhalb Japans (Holdgrün), in den Blick. Schad-Seifert und Bachmann beschließen diesen Band mit Beiträgen zur Problematik der Individualisierung, deren Prozesse gesellschaftliche Auswirkungen haben, etwa auf das Heiratsverhalten (Schad-Seifert) oder auf die Suizidrate (Bachmann).

Der Beitrag von Hugo Dobson (University of Sheffield) zur sich verändernden Rolle Japans bei der G20-Gipfelpolitik veranschaulicht, wie fortschreitende Modernisierung auf internationaler Ebene eine Ausdifferenzierung von Instrumenten von *Global Governance*, nämlich hier der Gipfelpolitik der G8- und G20-Treffen, mit sich bringt, die wiederum nationale Anpassungen und Umstrukturierungen erfordert. Am Beispiel Japans, und besonders dabei anhand des Fallbeispiels des G20-Gipfels in Cannes am 3. und 4. November 2011, wird gezeigt, dass diese Ausdifferenzierung im Mehrebenensystem mitnichten in eine eindeutige Spezialisierung und Rollenverteilung der Politikinstrumente mündet, bzw. dass neben anderen fraglichen Punkten auch die inhaltliche Aufgabenverteilung zwischen G8 und G20 einem Wandel unterworfen bleibt. Das spiegelt sich in einer uneindeutigen Differenzierung der nationalen Struktu-

ren wider. Während die G8-Treffen für Japan ein wichtiges Instrument innerhalb der Institutionen der *Global Governance* darstellen, indem es dort Anerkennung erfahren hat und seine Position als Vertreter asiatischer Länder klar definiert war, ist dies im Rahmen der G20 nicht mehr der Fall. Dies führt zu einer teils widersprüchlich wirkenden, ausdifferenzierten Neuorientierung Japans im Rahmen der G20-Treffen. Dazu trifft sich, dass die von Dobson so benannte GX-Gipfelpolitik die Rolle der Regierungschefs zentral in ihren Mittelpunkt stellt; in den letzten Jahren konnten Japans Ministerpräsidenten dieser Rolle jedoch häufig nicht gerecht werden.

Die Dimension der Differenzierung von Strukturen der politischen Steuerung im Zentralstaat Japan durch mehr Dezentralisierung steht im Mittelpunkt des Beitrags von Phoebe Holdgrün (Deutsches Institut für Japanstudien). Anhand des Beispiels von Implementierungsprozessen von *gender equality policies* in zwei ausgewählten Präfekturen hinterfragt Holdgrün, wie weit sich politische Steuerungsprozesse im Zuge der letzten Dezentralisierungsreformen während der 1990er Jahre und zu Beginn des neuen Jahrtausends tatsächlich differenzieren. Der Beitrag zeigt zum einen, dass im Verlauf der Modernisierung in Japan sich je nach politischem Bedarf Phasen einander flexibel ablösen, bei denen zentrale bzw. dezentrale Elemente überwiegen. Gegenwärtig befindet sich Japan in einer Phase der Dezentralisierung, die Bedürfnissen sowohl des Zentralstaats als auch der Präfekturen besser zu entsprechen verspricht. Das Fallbeispiel zeigt jedoch die Grenzen der Differenzierung der gegenwärtigen Phase auf, welche sowohl das Verhältnis von Staat und Präfektur als auch die Zusammenarbeit von Präfektur und Bürger betreffen: Obwohl die Präfekturen formal über ausreichend Spielraum für Selbstverwaltungsinitiativen verfügen, bleibt die Arbeitsteilung zwischen Zentralebene und Präfekturen durch die nach wie vor vorherrschende mangelnde finanzielle Eigenständigkeit der subnationalen Ebene lückenhaft. Darüber hinaus ist auch die Arbeitsteilung innerhalb der Präfekturen zwischen Präfekturregierung und Bürger einseitig auf die Nutzung von Bürgern als Agenten ausgerichtet. Die Reformziele, Eigeninitiativen der Präfekturen sowie die Partizipation der Bürger zu stärken, wirken deshalb eindimensional.

Ein Problem zunehmender Individualisierung bei gleichzeitig mangelnder Differenzierung schildert Annette Schad-Seifert (Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf) in ihrem Beitrag zu den makrosoziologischen Folgen sowie den journalistischen und wissenschaftlichen Diskursen zum Phänomen der späten Heirat. Schad-Seifert arbeitet heraus, dass vor-malige Institutionen, die die Schließung von Ehen in der japanischen Gesellschaft gefördert haben – wie etwa Gelegenheiten zur Eheanbahnung innerhalb einer Firma – einem sozialen und strukturell begründeten Wan-

del unterworfen sind, der dazu geführt hat, dass einerseits eine Heirat nicht mehr unbedingt zum allseits vorherrschenden Standard im Leben erwachsener Gesellschaftsmitglieder gehört, und andererseits herkömmliche Möglichkeiten zur Anbahnung von Ehen schlicht wegfallen. Im Ergebnis zeigt sich ein mehr und mehr individualisiertes Heiratsverhalten. Diese zunehmende Individualisierung der Personen resultiert jedoch häufig in nicht gewünschter Ehelosigkeit. Dieses Phänomen ist wiederum nicht allein dem Individualverhalten zuzuschreiben, sondern auch den sozialen und strukturellen Rahmenbedingungen insbesondere des Arbeitsmarktes, der dieser Individualisierung nicht entspricht und wenig Freiräume für aktive Partnersuche bzw. wenig Sicherheiten für Zukunftsplanung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf bietet. Wo auf der einen Seite also eine Individualisierung von Personen erkennbar ist, fehlt es auf der anderen Seite an einer Differenzierung des Arbeitsmarktes, die dieser Übertragung der Aufgabe der aktiven Eheanbahnung auf die Individuen entspricht, arbeitnehmerfreundlich wirkt und kontinuierlich die Anbahnung von Ehen ermöglicht, indem mehr Flexibilität bei der Ausübung einer Arbeit bei gleichzeitiger Sicherheit besteht.

Die Analyse von Gründen für das Phänomen der hohen Zahl von Alterssuiziden in Japan in Verbindung mit einer Studie zu den politischen Reaktionen auf dieses Phänomen sowie einer Evaluation der Regierungsmaßnahmen hat sich Inger Maleen Bachmann (Universität Hamburg) in ihrem Beitrag zum Ziel gesetzt. Bachmann verdeutlicht, dass Prozesse der Individualisierung dazu beitragen können, dass die Zahl von alten Menschen, die Suizid begehen, auf ein hohes Niveau ansteigt. Ein wesentlicher Faktor ist der demographische Wandel, der sich in Japan unter anderem in einer wachsenden Rate immer älter werdender Menschen niederschlägt. Die zunehmende Individualisierung führt dazu, dass sich die Familienstrukturen ändern und zu einer Isolierung allein lebender alter Menschen führen. Somit entsteht eine besondere Problematik. Altersarmut und der Wegfall einer ausfüllenden Lebensaufgabe sind weitere Faktoren, die zu Alterssuiziden führen können. Die japanische Regierung sieht sich vor die Aufgabe gestellt, solchen Suiziden vorzubeugen. Ein Lösungsversuch besteht darin, neue soziale Strukturen anzuregen. Diese Strategie zeigt jedoch nur mäßigen Erfolg, wie die Evaluation zweier Fallbeispiele zeigt. Bachmann zieht die Schlussfolgerung, dass die Lösung des Problems der Alterssuizide darin bestehen könnte, dass die Ausformung von Individualisierung sich so weiterentwickelt, dass Menschen im Alter verstärkt an der Gesellschaft partizipieren können und in gemeinschaftliche Prozesse eingebunden werden. Individualisierungsprozesse müssen nicht bedeuten, dass Senioren in Singlehaushalten allein auf sich selbst angewiesen sind.

## 5 SCHLUSSBETRACHTUNGEN

Die Kurzzustellungen der Beiträge dieses Sammelbandes geben einen Einblick in das Ausmaß der Diversität, das Japans Modernisierungsprozesse prägt. Die drei der vier Dimensionen, die van der Loo und van Reijen (1997: 30–36) als zentral für Modernisierungsprozesse identifizieren und die in diesem Sammelband ausgeleuchtet werden, nämlich die Individualisierung der Person, die Rationalisierung der Kultur und die Differenzierung der Struktur, lassen sich wiederum für alle drei Phasen der japanischen Modernisierung aufzeigen.

So veranschaulicht etwa das Beispiel der Entwicklung des modernen japanischen Rechtssystems, dass der Prozess der Rationalisierung von Kultur fortwährend andauern kann: seit der Implementierung während der ersten Öffnung über die Modifizierung während der zweiten, bis hin zur Reform während der dritten Öffnungsphase. Es ließe sich darüber hinaus argumentieren, dass dieses Beispiel auch Bereiche der Individualisierung und Differenzierung betrifft, da sich im Zuge einer jeden Öffnung das Rechtssystem weiterentwickelt hat und damit Implikationen für rechtssuchende Personen sowie für den strukturellen Rahmen birgt. Ein Beispiel für die zunehmende Differenzierung von Strukturen und Arbeitsteilung bieten die Instrumente der *Global Governance*: Wo während der ersten Modernisierungsphase Japans Verbindung zu Industrienationen zunächst durch konfliktbehaftete bilaterale, so genannte „ungleiche“ Verträge geprägt war, verhandelt Japan im Zuge der zweiten Öffnung als Mitglied auf Augenhöhe mit den Partnern der G8-Staaten; gegenwärtig stellt sich für Japan die Herausforderung, auch im verhältnismäßig neuen Gremium der G20 eine verlässliche Rolle zu finden. Eine zunehmende Individualisierung zeigt sich aktuell beim Heiratsverhalten, aber auch dies sollte nicht als ein Phänomen verstanden werden, das allein in einer einzigen Phase, hier also während der dritten Phase von Japans Öffnung auftritt: Graduell hat sich auch schon während der ersten beiden Öffnungen der Radius von Gruppenzugehörigkeiten und die Reichweite von Interaktionen verändert, etwa durch das formale Wegfallen des vormodernen Systems der feudalistischen Ständeordnung während der ersten Modernisierungsphase sowie durch die zunehmende Berufstätigkeit von jungen Frauen während der zweiten Phase.

Aber auch die von den beiden niederländischen Modernisierungstheoretikern angesprochenen Paradoxe, bzw. die Gefahrendimensionen, die Modernisierungsprozessen eigen sind (van der Loo und van Reijen 1997: 262–299), gingen an Japan nicht spurlos vorüber. Es zeigte sich beispielsweise, dass das der Differenzierung zugeordnete Paradox, nämlich das Kernproblem der Neuausrichtung von Solidarität bei zunehmender

Handlungsfreiheit und aufbrechenden Gruppenzugehörigkeiten von Personen, beim kaum erfolgreichen Entstehen der Nation „Japan mit Okinawa“ der 1970er Jahre von zentraler Bedeutung für alle beteiligten Akteure – Politiker wie Bürger und Intellektuelle – war. Am gleichen Beispiel lassen sich auch Fragen der sozialen Integration bzw. Desintegration – der paradoxen Dimension von Individualisierung – erkennen. Eine Zuspitzung von Problemen, die aus der fortschreitenden Individualisierung entstehen, veranschaulicht die hohe Suizidrate unter Senioren in Japan. Das Paradox der Rationalisierung zeigt sich am Beispiel der kulturellen Grenzüberschreitungen zum Vorteil unternehmerischer Tätigkeit, die mit sich brachten, dass das vor der Meiji-Zeit bestehende Ständesystem durchlässig wurde und damit bisherige kulturelle Deutungshoheiten an Legitimation verloren: Schließlich wurde im Zuge des Meiji-Staates eine Neuausrichtung des kulturellen Rahmens notwendig, der glaubwürdig war und gleichzeitig den veränderten gesellschaftlichen Realitäten eher gerecht wurde. Ein Beispiel für sich gegenseitig bedingende Prozesse von Maßstabsverkleinerung durch mehr Spezialisierung und Differenzierung und Maßstabsvergrößerung, die aus dieser Arbeitsteilung resultiert, bietet die Industriepolitik Japans: Während der zweiten Öffnungsphase trug ein Kreis von Entscheidungsträgern die Verantwortung für die differenzierte Förderung bestimmter Unternehmen zum Zweck der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Eben aus den Folgen der erlangten globalen Wettbewerbsfähigkeit ergibt sich nun, während der dritten Öffnung, die Notwendigkeit, die Grenzen der bisherigen Spezialisierung deutlich zu verschieben, um konkurrenzfähig zu bleiben. Ein weiteres Beispiel dafür sind die seit der Meiji-Zeit bis heute auftretenden Phasen, in denen sich dezentrale Differenzierung einerseits und Maßnahmen für mehr zentrale Steuerung andererseits je nach unterschiedlichen Bedürfnissen des Zentralstaates ablösen.

Mit Eisenstadt lässt sich also resümieren, dass im Fall Japans tatsächlich eine „continual constitution and reconstitution of a multiplicity of cultural programs“ (Eisenstadt 2000: 2) stattfand und diese auch weiterhin in Japans Gesellschaft, Politik, Recht und Wirtschaft hinein wirkt. Modernisierungsprozesse generieren ständig neue kulturelle Normen und gesellschaftliche Realitäten. Sie verlangen ihren Protagonisten Flexibilität und Risikofreudigkeit ab und sind daher stets umstritten. Der japanische Germanist Teruaki Takahashi (20.08.1986) etwa wies darauf hin, dass auch und gerade Japans erster Schritt hinein in die Moderne unter den führenden Intellektuellen der Zeit hart umkämpft war. So standen sich in der heraufziehenden Meiji-Zeit beispielsweise Fukuzawa Yukichi (1834–1904) als entschlossener Vertreter einer Verwestlichung Japans und Okakura Kakuzō (1862–1913) als Bewahrer der eigenen Kulturtradition gegenüber.

Takahashi charakterisiert Fukuzawas selbstgewählten Wirkungsauftrag als „totale Modernisierung der japanischen Seele“ (Takahashi 20.08.1986), wohingegen Okakura vor einer „Schande‘ und ‚Verknechtung‘ Asiens durch den europäischen Imperialismus“ (Takahashi 20.08.1986) warnte. Diese Dichotomie der Fortschrittsgläubigkeit prägt jede Phase der japanischen Modernisierungsprozesse, so auch unsere Zeit.

Die Herausgeberinnen dieses Bandes verstehen Japans Modernisierung, abermals im Sinne Eisenstadts, als einen kontinuierlichen Prozess, der die in den folgenden Beiträgen exemplifizierten Spitzen aufwies und aufweist, aber stets, d. h. auch außerhalb dieser Zeiten, präsent ist und die Realitäten des Landes gestaltet. Bislang fielen diese Spitzen immer zusammen mit Phasen der Öffnung gegenüber anderen Nationen, und wurden von diesen anderen Nationen mit herauf beschworen, so dass die Wirkungen der genannten Modernisierungsphasen bis jenseits der nationalstaatlichen Grenzen reichten und wiederum selbst von internationalen Einflüssen geformt wurden. Es besteht jedoch ein zentraler Unterschied zwischen den bisherigen intensiven Modernisierungsphasen und der gegenwärtigen: Aktuell ist Japan im globalen Vergleich in einer Vorreiterrolle.<sup>13</sup> Japan muss nicht auf Modernisierungen reagieren, die andernorts vorangeschritten sind; Japan schafft heute selbst Modernisierungen, setzt selbst Standards. Angesichts der zahlreichen Herausforderungen der globalisierten Moderne, denen sich Japan derzeit schon unmittelbarer ausgesetzt sieht als andere Nationen und Staaten, mag man gar behaupten, dass Japan notgedrungen in der Pflicht ist, diese neuen modernen Standards zu setzen.

#### LITERATURVERZEICHNIS

- Achenbach, Ruth (2012): Die Ursprünge der Debatte um Japan als „normaler Staat“ in der japanischen Taiwan-Politik von 1969–1978. In: *NOAG (Nachrichten der Gesellschaft für Natur- und Völkerkunde Ostasiens / Hamburg)* 185/186 (2009/10), S. 123–152.
- Beck, Ulrich (1986): *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Coulmas, Florian (2009): *Die Kultur Japans. Tradition und Moderne*. München: C. H. Beck (2. Aufl.).

---

<sup>13</sup> Der Beginn der wissenschaftlichen Beschäftigung mit diesem Aufstieg Japans in die erste Reihe der modernen Staaten wird durch Saskia Sassens Konzept der „global city“ (1991) mitbegründet.

- Coulmas, Florian (1993): *Das Land der rituellen Harmonie. Japan: Gesellschaft mit beschränkter Haftung*. Frankfurt am Main, New York, NY: Campus.
- Coulmas, Florian, Harald Conrad, Annette Schad-Seifert und Gabriele Vogt (Hg., 2008): *The Demographic Challenge. A Handbook about Japan*. Leiden und Boston, MA: Brill.
- Eisenstadt, Shmuel N. (2000): Multiple Modernities. In: *Dædalus* 129, 1, S. 1–29.
- Eisenstadt, Shmuel N. (1999): Multiple Modernities in an Age of Globalization. In: *The Canadian Journal of Sociology / Cahier canadiens de sociologie* 24, 2, S. 283–295.
- Fourie, Elsje (2012): A future for the theory of multiple modernities: Insights from the new modernization theory. In: *Social Science Information* 51, 1, S. 52–69.
- Freedman, Alisa, Laura Miller und Christine R. Yano (Hg., 2013): *Modern Girls on the Go. Gender, Mobility, and Labor in Japan*. Stanford, CA: Stanford University Press.
- Fukuyama, Francis (1992): *The End of History and the Last Man*. New York, NY: Avon Books.
- Giddens, Anthony (1990): *The Consequences of Modernity*. Stanford, CA: Stanford University Press.
- Hoffman, Michael (29.07.2012): The Taisho Era: When modernity ruled Japan's masses. In: *The Japan Times*, <http://www.japantimes.co.jp/life/2012/07/29/general/the-taisho-era-when-modernity-ruled-japans-masses/#.Uc16WVNgBsY> (Zugriff am 28.06.2013).
- Huntington, Samuel P. (1997): *The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order*. New York, NY: Simon & Schuster.
- Jansen, Marius B. (2000): *The Making of Modern Japan*. Cambridge, MA und London: The Belknap Press of Harvard University Press.
- Katzenstein, Peter J. (2005): *A World of Regions. Asia and Europe in the American Imperium*. Ithaca, NY und London: Cornell University Press.
- Kevenhörster, Paul und Dirk Nabers (2003): *Japans umfassende Sicherheit*. Hamburg: Institut für Asienkunde.
- Krauss, Ellis S. und Robert J. Pekkanen (2011): *The Rise and Fall of Japan's LDP. Political Party Organizations as Historical Institutions*. Ithaca, NY und London: Cornell University Press.
- Loo, Hans van der und Willem van Reijen (1997): *Modernisierung. Projekt und Paradox*. München: Deutscher Taschenbuch-Verlag (2. Aufl.).
- Offe, Claus (1996): *Modernity and the State: East, West*. Cambridge, MA: The MIT Press.
- Özawa, Ichirō (1994): *Blueprint for a New Japan. The Rethinking of a Nation*. Tokyo: Kodansha International.

- Raud, Rein (2007): Introduction. In: Raud, Rein (Hg.): *Japan and Asian Modernities*. London, New York, NY und Bahrain: Kegan Paul, S. iiv–x.
- Rebick, Marcus und Ayumi Takenaka (Hg., 2006): *The Changing Japanese Family*. London und New York, NY: Routledge.
- Sassen, Saskia (1991): *The Global City: New York, London, Tokyo*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Schmidt, Volker H. (2006): Multiple Modernities or Varieties of Modernity? In: *Current Sociology* 54, 1, S. 77–97.
- Shinyo, Takahiro (2012): *Japanisch-deutsche Beziehungen in einer krisenhaften Zeit. Vorträge 2008–2012*. Berlin: Botschaft von Japan.
- Takahashi, Teruaki (20.08.1986): Die Bogensehne der Freiheit. Das moderne Japan im Spannungsfeld zwischen traditioneller Kultur und westlicher Zivilisation. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, S. 25.
- Totman, Conrad (2005): *A History of Japan*. Malden, MA: Blackwell Publishing.
- Vlastos, Stephen (Hg., 1998): *Mirror of Modernity: Invented Traditions of Modern Japan*. Berkeley, CA, Los Angeles, CA und London: University of California Press.
- White, Merry (2012): *Coffee Life in Japan*. Berkeley, CA, Los Angeles, CA und London: University of California Press.

## DIE ERSTE UND ZWEITE ÖFFNUNG



# DAS MODERNE JAPANISCHE RECHT: ENTWICKLUNG UND CHARAKTERISTIKA

Harald BAUM\*

## 1 EINIGE FAKTEN ZUR EINFÜHRUNG

Japan war lange Zeit die einzige nicht-westliche Nation, die wirtschaftlich und politisch auf Augenhöhe mit den westlichen Industriestaaten stand, in ihrer historischen und kulturellen Prägung jedoch asiatisch blieb. Über Jahrzehnte war das Land die zweit- und ist nunmehr die drittgrößte Wirtschaftsmacht der Welt mit einem der im internationalen Vergleich höchsten Pro-Kopf-Einkommen und es ist nach wie vor einer der führenden politischen Akteure in Asien. Überdies verfügt Japan als einziges asiatisches Land seit mehr als einem Jahrhundert über ein modernes funktionsfähiges Rechtssystem. Dieses wurde im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts in einer kulturellen Leistung, die ihresgleichen sucht, innerhalb von nur drei Jahrzehnten nach westlichem Vorbild aufgebaut und ist seit langem fest in eine demokratisch verfasste Gesellschaft eingebettet.

Die japanische Rechtsordnung spiegelt aus historischen Gründen, auf die noch näher einzugehen ist,<sup>1</sup> die unterschiedlichsten Einflüsse wider, namentlich solche des deutschen und französischen und später des US-amerikanischen Rechts. Das Recht in Japan bildet von daher ein klassisches *mixed legal system*, das sich kontinuierlich dynamisch weiterentwickelt. Der Charakter einer Mischrechtsordnung wird noch dadurch verstärkt, dass sich das rezipierte Recht in einen differierenden institutionellen Kontext einpassen musste. Japan verfügt als alte Kulturnation über eine lange eigenständige Tradition der Regelung sozialer Konflikte. So war Tokyo, im Gegensatz zu Paris, Berlin oder London, bereits zur Mitte des 19. Jahrhunderts eine Millionenstadt – damals noch Edo genannt –, in der die sozialen Beziehungen seiner Bewohner erfolgreich und gänzlich unabhängig von den Europa prägenden Einflüssen des römischen Rechts gestaltet wurden. Die rezipierten Rechtsfiguren operieren entsprechend in einem gesellschaftlichen Umfeld von originär anderer kultureller Prägung, das in starkem Maße durch kooperative Ver-

---

\* Der Beitrag orientiert sich in wesentlichen Teilen an den Ausführungen des Verfassers in Baum und Bälz (2011a) sowie Baum (2011).

<sup>1</sup> Dazu unter 2.

haltensweisen und kommunitaristische Strukturen gekennzeichnet ist (Haley 2010a: 313). Diesen dürfte zur Lösung sozialer Konflikte auch heute noch eine zumindest ebenso große Bedeutung zukommen wie dem geschriebenen Recht:

[A] sense of communitarian identity and connectedness [...] has been at least as important as law and legal controls [...]. Law and extralegal community controls – the mechanisms of private ordering, if you will – function in tandem to create a dynamic system in which wealth-producing activity, investment and commercial transactions flourish. (Haley 2010b: 4, 6)

Hierin dürfte einer der Gründe, wenn auch nicht der einzige,<sup>2</sup> für die im internationalen Vergleich geringe Prozessdichte in Japan zu sehen sein, mit der eine große praktische Bedeutung und institutionelle Vielfalt außergerichtlicher Streitbelegungsmechanismen korrespondiert (Baum und Schwittek 2008: 5).

Mit der differierenden Rolle der streitigen Rechtsdurchsetzung korreliert die viel zitierte Knappheit an Rechtsanwälten (Henderson 1997: 27). Derzeit sind in Japan, das mit rund 125 Millionen Einwohnern eine um etwa 50 Prozent größere Bevölkerung als Deutschland hat, nur ca. 25.000 Rechtsanwälte zugelassen. Dem stehen rund 150.000 deutsche Rechtsanwälte gegenüber. Im Durchschnitt kommt hierzulande auf rund 600 Einwohner ein Rechtsanwalt, während in Japan nur ein Rechtsanwalt für ca. 6.000 Einwohner zur Verfügung steht. Faktisch ist die Relation häufig noch viel ungünstiger, da etwa zwei Drittel der japanischen Rechtsanwälte in den Ballungsräumen Tokyo und Osaka praktizieren. So gibt es beispielsweise in der japanischen Provinz zahlreiche Gerichtsbezirke ohne einen einzigen niedergelassenen Anwalt.

Auch ein Blick auf das japanische Gerichtswesen zeigt ein von den deutschen Gegebenheiten erheblich abweichendes Bild. An der Spitze der japanischen Gerichtsbarkeit steht nur ein einziges Gericht, der Oberste Gerichtshof (Saikō saiban-sho), der mit lediglich 15 Richtern besetzt ist, dessen sachliche Zuständigkeit aber derjenigen der sechs obersten deutschen Gerichte entspricht, nämlich der von Bundesverfassungsgericht (BVerfG), Bundesgerichtshof (BGH; Zivil- und Strafsenate), Bundesverwaltungsgericht (BVerwG), Bundessozialgericht (BSozG), Bundesarbeitsgericht (BAG) und Bundesfinanzhof (BFH), an denen insgesamt rund 400 Bundesrichter aktiv sind. Insgesamt liegt die Zahl der Richter in Japan erheblich unter der deutschen Vergleichszahl. Dieser Engpass spiegelt sich in der Zahl der Verfahren wider: Im Jahr 2000 gab es in Japan rund 345.000

---

<sup>2</sup> Zur einschlägigen Diskussion unter 3.

erledigte Zivilprozesse erster Instanz, während in Deutschland im selben Zeitraum etwa 2,5 Millionen Zivilverfahren abgeschlossen wurden. Berühmt ist die sogenannte „20 Prozent-Regel“, die besagt, dass in Japan faktisch nur etwa ein Fünftel aller Streitigkeiten, die einer gerichtlichen Klärung bedürfen, auch tatsächlich einer solchen zugeführt werden können.

Es gibt aber durchaus Bereiche, in denen in Japan heftig prozessiert wird. Ein Beispiel sind Aktionärsklagen (*kabunushi daihyō soshō*, *derivative actions*), bei denen Aktionäre Mitglieder der Verwaltung ihres Unternehmens wegen vermuteter Gesetzesverstöße oder wegen Missmanagements auf Zahlung von Schadensersatz an das Unternehmen (und nicht an sich selbst) verklagen. In den vergangenen 20 Jahren wurden vor japanischen Gerichten über 1.000 Verfahren anhängig gemacht, von denen einige sehr hohe Schadensersatzsummen zum Gegenstand hatten. Damit führt Japan zusammen mit dem US-amerikanischen Bundesstaat Delaware die internationale Statistik an und ist in Sachen Aktionärsklagen eine der beiden streitfreudigsten (!) Jurisdiktionen der Welt (Nakahigashi und Puchniak 2012: 128). Die korrespondierende deutsche Regelung in § 148 Aktiengesetz führt demgegenüber seit ihrer Einführung im Jahr 2005 ein Schattendasein.

Aufgrund dieser Beispiele liegt die Annahme nahe, dass sich die Rechtswirklichkeit in Japan anders darstellt, als es die auf den ersten Blick vertrauten, namentlich die kodifizierten Institutionen der japanischen Rechtsordnung vermuten lassen (Baum 1995: 258). Eine zentrale Frage von erheblich praktischer wie wissenschaftlicher Bedeutung ist folglich, wie die rezipierten Rechtsfiguren im Zuge ihrer Akkulturation in dem neuen Umfeld interpretiert und angewendet werden und inwieweit sie möglicherweise andere Wirkungen als in ihren Ursprungsländern entfalten. Dies macht über die klassische funktionale Rechtsvergleichung hinaus, die bekanntlich problembezogen ansetzt und versucht, Gemeinsamkeiten in den von den unterschiedlichen Rechtsordnungen angebotenen Lösungen zu finden (Zweigert und Kötz 1996: 12), eine Rechtskulturvergleichung mit Japan erforderlich (Bälz 2008: 153; Nottage 2009: 755). Eine solche versteht die Rechtsregeln als ein Kondensat der jeweiligen Kultur und die Rechtsordnung als ein gesellschaftliches Subsystem, das nicht von seinem sozialen Umfeld getrennt betrachtet werden kann; entsprechend ist der Blick eher auf Unterschiede denn auf Gemeinsamkeiten gerichtet (Glenn 2010). Wie Guntram Rahn in einer grundlegenden Untersuchung zur japanischen Zivilrechtsmethodik herausgearbeitet hat, ist die Weiterentwicklung des rezipierten Rechts, in diesem Fall des Zivilrechts, im Zuge seiner Akkulturation maßgeblich von der tradierten japanischen Rechtsauffassung geprägt worden; hier zeige sich die gestalteri-

sche Wirkung des „Japanische[n] im Juristenrecht“ (Rahn 1990: 14). Die moderne japanische Zivilrechtsdogmatik sei keineswegs ein bloßes Konglomerat europäischer und amerikanischer Methodenlehren, sondern vielmehr vordringlich das Ergebnis „japanischen Rechtsdenkens und Ausdruck japanischer Rechtsauffassung“ (Rahn 1990: 389). Es versteht sich, dass zwischen Kultur und Recht vielschichtige Wechselwirkungen bestehen. Auch das rezipierte Recht hat auf die sozialen Einstellungen zurückgewirkt und diese im Zeitablauf verändert. Nicht nur das Recht, sondern auch und gerade die Kultur unterliegt, ungeachtet ihrer Verwurzelung in der Geschichte, einem ständigen Wandel.<sup>3</sup>

Eine parallele Diskussion zur Frage des Einflusses historisch-kultureller Faktoren wird seit einiger Zeit in den Wirtschaftswissenschaften geführt, soweit diese sich mit einem Vergleich unterschiedlicher Ordnungssysteme befassen. Dort ist zwar nicht unbestritten, aber inzwischen doch zunehmend anerkannt, dass Kultur ökonomische Relevanz entfalten kann und eine „kulturvergleichende Institutionenökonomik“ den klassischen Erklärungsansatz der Rationalitätswahl zur Analyse divergierender Ideen- und Regelsysteme in den verschiedenen Kulturräumen bereichert (Leipold 2006). Mit dem komplexen Begriff „Kultur“ sind im vorliegenden Kontext diejenigen Werte, Institutionen und Strukturen gemeint, welche für die japanische Gesellschaft in dem jeweils betrachteten Zeitraum charakteristisch waren oder sind (Leipold 2006: 63). Das aus der Evolutionsökonomie stammende Konzept der „pfadabhängigen Entwicklung“ verdeutlicht, auf das Recht übertragen, die bestehenden Interdependenzen zwischen Kultur und rezipiertem Recht (Leipold 1996: 93; Roe 1996: 641). Da eine Änderung des Institutionengefüges einer Gesellschaft meist nur mit großem Aufwand möglich ist und deshalb meist nur mit großer zeitlicher Verzögerung erfolgt, wirkt das tradierte Ordnunggefüge in dieser Weise indirekt lange Zeit in die Gegenwart fort. In diesem Sinne spiegeln sich tradierte Rechtsauffassung und Rechtsmentalität im gelebten Recht; Kultur und Recht erscheinen als komplementäre Hälften eines Ganzen.

Die vorstehenden Ausführungen haben veranschaulicht, dass zum Verständnis des modernen japanischen Rechts sowohl die Kenntnis von dessen unterschiedlichen außerjapanischen Wurzeln als auch eine Auseinandersetzung mit der tradierten Rechtsmentalität und den institutionellen Rahmenbedingungen der Rechtsumsetzung in Japan unerlässliche Voraussetzungen sind. Um diese beiden Aspekte geht es im Folgenden.

---

<sup>3</sup> Zum Wandel des japanischen Rechts in den vergangenen drei Jahrzehnten sind vor kurzem zwei informative Tagungsbände vorgelegt worden: Foote (2007); Scheiber und Mayali (2007).

## 2 HISTORISCHE RECHTSENTWICKLUNG

### *2.1 Recht in der Tokugawa-Zeit*

Der Herrschaft des Tokugawa-Shogunats (1603–1868) gelang es, die Wirren des vorhergehenden, rund ein Jahrhundert dauernden Bürgerkrieges endgültig zu überwinden und, wenn auch um den Preis einer rigiden Obrigkeitsstaatlichkeit, eine Phase politischer Stabilität einzuleiten. Außenpolitisch schloss sich Japan von der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts hermetisch gegen die westliche Außenwelt ab und konnte so, anders als fast alle anderen asiatischen Staaten, seine Unabhängigkeit gegenüber den europäischen Kolonialmächten wahren. Entsprechend blieben die epochalen Umwälzungen in Europa und Amerika gegen Ende des 18. Jahrhunderts und die in deren Folge einsetzende Modernisierung (zunächst) weitgehend ohne Einfluss auf die Entwicklungen in Japan.

Das Land blieb vielmehr bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts ein konfuzianisch geprägter feudalistischer Ständestaat. Die agrarisch ausgerichtete vorindustrielle Wirtschaft wurde maßgeblich durch staatliche Kontrolle auf allen Ebenen gelenkt, und den Kräften des Marktes wurde nur ein begrenzter Spielraum zugestanden. Das Recht war abhängig vom sozialen Status, den der Einzelne in der strikt hierarchisch strukturierten Klassengesellschaft innehatte.<sup>4</sup> Private Streitigkeiten galten als moralische Verfehlung, mit denen die Regierung sich mangels unmittelbarer Relevanz für die öffentliche Ordnung nur in Ausnahmefällen befasste. Entsprechend wurde die Rechtsgewährung, so sie überhaupt erfolgte, als Gnadenerweis der Obrigkeit gegenüber den Untertanen angesehen (Henderson 1965: 177). Positives Recht, insbesondere betreffend die Beziehungen der Bürger untereinander, und die Anfänge eines vom Verwaltungsapparat geschiedenen Justizwesens entwickelten sich während des Tokugawa-Shogunats nur langsam und blieben bis zu dessen Ende in der Mitte des 19. Jahrhunderts nur rudimentär ausgebildet. Recht wurde in Japan unter dem Einfluss der im 6. und 7. Jahrhundert rezipierten chinesischen Tradition der Staatskunde eng, nämlich nur als vom Staat dekretiertes und hoheitlich durchgesetztes Recht verstanden. Im Wesentlichen handelte es sich um Verwaltungs- und Strafrecht. Als Folge war die große Mehrheit der für das tägliche Leben der Bevölkerung relevanten Regeln außerhalb des (geschriebenen) Rechtes angesiedelt. Da sich in Japan zudem allgemein akzeptierte moralische oder ethische Standards, wie sie als

---

<sup>4</sup> Zur japanischen Rechtsentwicklung bis zum Umbruch Mitte des 19. Jahrhunderts: Steenstrup (1996); Henderson (1965).

Alternative zum Recht im alten China bestanden, nur in sehr begrenztem Umfang durchsetzen konnten, kamen auf Konsens beruhenden Gebräuchen und sozialer Konvention die entscheidende Rolle zu (Haley 1991: 194).

Zur Aufrechterhaltung der Ordnung innerhalb der semi-autonomen Dorfgemeinschaften entstand ein effizientes System sozialer Kontrolle. Dabei ist zu berücksichtigen, dass in der Tokugawa-Zeit aufgrund mangelnder Freizügigkeit ein hoher Grad an sozialer und geographischer Immobilität bestand, was dazu führte, dass die große Mehrheit der Bevölkerung in generationsübergreifend stabilen dörflichen und städtischen Gemeinschaften lebte. Die sich daraus ergebende enge und dauerhafte soziale Eingebundenheit des Einzelnen dürfte die Ausbildung einer konsensorientierten Streitbeilegung zusätzlich begünstigt haben, da so soziale Verwerfungen innerhalb der Gemeinschaft verhindert wurden (Henderson 1965: 174). Die Lösung von Konflikten erfolgte meist in Form einer durch Vermittlung einer Respektsperson erzielten gütlichen Einigung der Kontrahenten und nicht kontradiktorisch. Streitvermeidung und konsensuale Streitbeilegung sind auf diese Weise im Japan der Tokugawa-Zeit institutionalisiert worden (Oki 1985: 159).

Das Gegenteil trifft auf das Gerichtswesen zu. Sämtliche für einen modernen Rechtsstaat westlicher Prägung typischen Institutionen fehlten bis zum Beginn der Reformen in den 1860er Jahren: So waren die Gewaltenteilung und eine unabhängige Justiz unbekannt, der Berufsstand des Juristen und die damit verbundene anwaltliche Vertretung vor Gerichten nicht existent und es gab keine größeren ausgearbeiteten Gesetze oder eine funktional entsprechende Sammlung von Präjudizien. Durchsetzbare subjektive Rechte der Bürger fehlten weitgehend.

## *2.2 Rezeption des europäischen Rechts*

Im Jahr 1853 lief eine Flottille US-amerikanischer Kanonenboote unter Kommodore Matthew Perry in die Bucht von Yokohama ein und es kam zu dem bekannten Zusammenprall Japans mit den westlichen Mächten, welche eine Öffnung der Häfen Japans und eine Einbindung des Landes in die internationale Wirtschaft verlangten. Die 250 Jahre währende selbst gewählte Isolation Japans gegenüber dem Ausland hatte, ebenso wie die Phase obrigkeitsstaatlicher Stabilität, unter der Herrschaft des Tokugawa-Shogunats ihr Ende gefunden (Beasley 1989: 259).

In der Erkenntnis, dass Japan nicht in der Lage sein würde, sich erfolgreich zur Wehr zu setzen, willigte die Regierung in die Öffnung ein und unterzeichnete in den späten 1850er Jahren mit den meisten westlichen Industriestaaten in rascher Folge eine Reihe von Handelsverträgen – die

sogenannten „ungleichen Verträge“ –, in denen das Land gezwungen wurde, auf einen erheblichen Teil seiner Souveränität zu verzichten. Danach genossen beispielsweise in Japan ansässige Ausländer einen extraterritorialen Status und unterlagen lediglich der Konsulargerichtsbarkeit. Die Erniedrigung Japans durch die westlichen Mächte führte zu großen politischen Unruhen im Land, die im Jahre 1868 in die Absetzung der Shogunats-Regierung und die Wiedereinsetzung des Tenno als höchste staatliche Autorität mündeten. Bei diesem im Westen als „Meiji-Restauration“, in Japan hingegen treffender als „Meiji-Erneuerung“ (*Meiji ishin*) bezeichneten Umbruch setzten sich die Modernisierer gegenüber den Vertretern des alten Regimes durch.

Eines der zentralen und mit hoher politischer Priorität vorangetriebenen Reformziele der neuen Regierung war die Schaffung eines modernen Rechtssystems westlicher Prägung. Denn zum einen machten die Vertragspartner Japans eine Revision der für Japan nachteiligen Handelsverträge vom Aufbau einer solchen Rechtsordnung abhängig, zum anderen erkannte die Meiji-Regierung, dass eine wirtschaftliche Modernisierung, sprich Industrialisierung Japans nur auf der Grundlage adäquater rechtlicher Institutionen möglich war. Eine prosperierende Volkswirtschaft galt wiederum als Voraussetzung für den Aufbau eines modernen Militärs, das Japans künftige Unabhängigkeit sichern sollte. Das Motto aller Reformen lautete: *wakon yōsai* [japanischer Geist – westliches Wissen]. Auf diese Weise sollte die kritische Balance zwischen westlichen Ideen und japanischen Traditionen gewahrt werden.

Der Aufbau des modernen Rechtssystems musste aufgrund der innen- und außenpolitischen Gegebenheiten so rasch wie möglich erfolgen.<sup>5</sup> Die Meiji-Regierung schickte zu diesem Zweck Japaner ins Ausland, um sie dort zu Juristen ausbilden und Erfahrungen sammeln zu lassen, und holte zugleich zahlreiche juristische Berater aus dem Ausland nach Japan, die bei der Ausarbeitung der Gesetze und dem Aufbau des Justizapparates maßgeblich Hilfestellung leisteten. Innerhalb von nur drei Jahrzehnten gelang Japan die Errichtung eines voll funktionsfähigen westlichen Rechtssystems. Im Jahr 1900 waren bereits sämtliche wichtigen Gesetze in Kraft gesetzt und Gerichte, Staats- und Rechtsanwaltschaft hatten ihre Arbeit erfolgreich aufgenommen.

Die legislativen Reformarbeiten erfolgten auf einer bemerkenswert breiten rechtsvergleichenden Grundlage. Allerdings zeigte sich rasch, dass aus praktischen Gründen nur eine Rezeption kodifizierten Rechts in Frage kam, während die Übernahme von Institutionen des durch Präju-

---

<sup>5</sup> Siehe zur Entwicklung des modernen japanischen Rechts die Beiträge in Röhl (2005).

dizien geprägten anglo-amerikanischen Rechts nur in engen Grenzen praktikabel war. Damit fokussierte sich das japanische Interesse auf Kontinentaleuropa und dort wiederum, wenn auch keineswegs ausschließlich, auf Frankreich und Deutschland. Entsprechend wurden zunächst vor allem französische und dann, im Laufe der 1880er Jahre, zunehmend deutsche Juristen als Berater ins Land gerufen (Schenck 1997; Bartels-Ishikawa 2007; Andō 2000). Diese brachten zwar einerseits ihr jeweiliges Heimatrecht mit, andererseits waren sie aber souverän genug, die Gesetzgebungsarbeiten im Zusammenwirken mit den japanischen Juristen rechtsvergleichend auszurichten. Letztere waren ihrerseits durch die Rechtsordnungen derjenigen Länder geprägt, an deren Hochschulen sie zuvor ausgebildet worden waren – vor allem an den englischen, französischen und deutschen.

Die rezipierten Privatrechtseinrichtungen wurden nach langem Ringen schließlich in zwei große Kodifikationen gegossen, das Zivilgesetz (*Minpō*) von 1896 (Allgemeiner Teil, Sachenrecht, Schuldrecht) und 1898 (Familien- und Erbrecht) und das Handelsgesetz (*Shōhō*) von 1899.<sup>6</sup> Dem Erlass beider Gesetze gingen lange Vorarbeiten und verschiedene Vorentwürfe mit wechselnden regulatorischen Konzeptionen voraus. Zwecks Schaffung einer Zivilrechtskodifikation beauftragte die japanische Regierung im Jahr 1880 schließlich den französischen Juristen Gustave Emile Boissonade de Fontarabie (1825–1910), der zuvor Hochschullehrer in Grenoble gewesen war, mit der Ausarbeitung des Vermögensrechts, während der Entwurf des Familien- und Erbrechts heimischen Juristen überlassen blieb, um in diesem Bereich eine Berücksichtigung der japanischen Traditionen sicherzustellen.

In etwa zeitgleich mit der Beauftragung Boissonades hatte die Regierung den deutschen Juristen Carl Friedrich Hermann Roesler (1834–1894), einen Hochschullehrer der Universität Rostock, gebeten, den Entwurf eines Handelsgesetzes für Japan auszuarbeiten. Roesler wirkte auch an der Ausarbeitung der ersten japanischen Verfassung von 1889 mit. Er legte 1884 einen umfassenden Entwurf vor, der neben dem Handelsrecht auch das Gesellschaftsrecht, insolvenzrechtliche Vorschriften und anderes mehr enthielt. Um eine möglichst moderne Kodifikation zu schaffen, kombinierte er in einem rechtsvergleichenden Ansatz vor allem Elemente des französischen *Code de commerce* von 1870 mit dem Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuch (ADHG) von 1861.

Die aus diesen Arbeiten hervorgegangenen beiden Gesetzesentwürfe, das „Alte Zivilgesetz“ (*Kyū-minpō*) von 1890 und das „Alte Handelsgesetz“ (*Kyū-shōhō*) von 1893, fielen jedoch dem sogenannten „Kodifikati-

---

<sup>6</sup> Gesetz Nr. 89/1896 und Nr. 91/1898 bzw. Gesetz Nr. 48/1899.

onsstreit“ (*hōten ronsō*) zum Opfer, der bereits 1889 entbrannte (Sokolowski 2010). Die Gegner kritisierten vor allem eine mangelnde Berücksichtigung des japanischen Gewohnheitsrechts und Widersprüche zwischen dem französisch geprägten Zivilrecht einerseits und dem stärker am deutschen Recht orientierten Handelsrecht andererseits. Der letztlich aus Machtinteresse der verschiedenen juristischen Schulen geführte Streit eskalierte und emotionalisierte sich zunehmend. Den Höhepunkt bildete die Veröffentlichung einer berühmten Streitschrift des Verfassungsrechtlers Hozumi Yatsuka im Jahr 1891, in welcher der Autor die nach europäischem Vorbild gestalteten subjektiven Rechte im Alten Zivilgesetz als individualistisch und mit konfuzianischen Moralvorstellungen unvereinbar verwarf und das Gesetz als „Mordwaffe“ gegen das japanische Volk brandmarkte. Der Regierung blieb nichts anderes übrig, als die Verabschiedung der beiden Gesetze aufzuschieben und eine erneute Revision in die Wege zu leiten. Dazu berief sie 1892 zwei Reformkommissionen ein, die sie ausschließlich mit japanischen Juristen besetzte. Mit der Revision des Zivilrechts wurden die Rechtsgelehrten Hozumi Nobushige, Tomii Masaaki und Ume Kenjirō beauftragt, die in verschiedenen europäischen Ländern studiert hatten. Die Kommission orientierte sich verstärkt, aber wiederum mitnichten ausschließlich, an den deutschen Arbeiten zum Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB). Damit war die Epoche des dominierenden französischen Einflusses auf das japanische Zivilrecht zu einem Abschluss gekommen, auch wenn sich in dem Zivilgesetz bis heute zahlreiche Figuren des französischen Rechts finden.

Die stärkere Hinwendung zum deutschen Rechtssystem hatte neben politischen – unter anderem dem Reputationsgewinn der Deutschen durch ihren Sieg über Frankreich – auch fachliche Gründe: Das im Entstehen befindliche BGB galt als moderner als der fast ein Jahrhundert ältere *Code civil*. Die sich über mehrere Jahre hinziehende Überarbeitung zielte indes auf die Schaffung eines eigenständigen japanischen Zivilrechts, das zwar von den Defiziten des Boissonade'schen Entwurfes befreit werden sollte, ohne jedoch die französischen Wurzeln zu verneinen oder zu einer Kopie des deutschen BGBs zu werden. Dies gelang den drei Reformern. Das novellierte Gesetz, und insbesondere dessen vermögensrechtliche Teile, wurde von Anfang an zutreffend als die Frucht einer intensiven Rechtsvergleichung beurteilt, die zugleich auch auf japanische Traditionen Rücksicht nahm. Die ersten drei Bücher des Zivilgesetzes wurden im Jahr 1896 verabschiedet. Die Überarbeitung des in besonderem Maße von japanischer Tradition geprägten Familien- und Erbrechts zog sich weitere zwei Jahre hin. Beide Teile traten noch im Jahre 1898 in Kraft.<sup>7</sup>

---

<sup>7</sup> Zur Entwicklung des Zivilrechts Knütel und Nishimura (2004).

Die im Jahre 1892 eingesetzte Kommission zur Überarbeitung des Handelsgesetzes bestand ebenfalls aus drei japanischen Rechtswissenschaftlern: aus Okano Keijirō, Tabe Yoshi und – federführend – eben jenem Ume Kenjirō, der auch an der Überarbeitung des Zivilgesetzes mitwirkte.<sup>8</sup> Die Überarbeitung lehnte sich noch stärker als die ursprüngliche Fassung an das Allgemeine Deutsche Handelsgesetzbuch (ADHGB) von 1861 an und berücksichtigte daneben auch die Aktiennovelle von 1871 in der revidierten Form von 1884, ließ aber erstaunlicherweise das moderne Handelsgesetzbuch (HGB) von 1897 weitestgehend außer Acht. Dies geschah zum einen aus Zeitnot. Zum anderen wurde der Verzicht mit der Überlegung begründet, dass das deutsche HGB zu modern für die noch nicht so weit entwickelte japanische Wirtschaft sei. Das novellierte japanische Handelsgesetz trat im Jahr 1899 in Kraft. Mit dem Inkrafttreten des Handelsgesetzes war die Phase der Gesetzesrezeptionen weitgehend abgeschlossen. Es folgte eine Phase intensiver Theorienrezeption.

Im Gegensatz zu der aus verschiedenen Quellen gespeisten Gesetzesrezeption war die nach dem Inkrafttreten des Zivilgesetzes einsetzende und bis in die 1920er Jahre dauernde Theorienrezeption beinahe exklusiv auf die deutsche Rechtsdogmatik, namentlich deren Begriffsjurisprudenz, fokussiert (Kitagawa 1970). Diese wurde fast ausschließlich für die begriffliche und systematische Ordnung und Interpretation des Zivilgesetzes herangezogen. Auf deren entstehungsgeschichtlich bedingte institutionelle Vielfalt und die unterschiedlichen Ursprünge der einzelnen Normen wurde hingegen kaum Rücksicht genommen, was zu Brüchen zwischen Norm und Theorie führte. Zugleich wurden Rechtsfiguren, welche die Lehre in Deutschland entwickelt hatte, wie etwa die Figur der „positiven Vertragsverletzung“, in das japanische Zivilrecht eingeführt. In jener Zeit entstand das Schlagwort, dass alles, was nicht deutsch sei, kein Recht in Japan sei.

### 2.3 Rezeption des US-amerikanischen Rechts

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges kam Japan bis zum Jahr 1952 unter alliierte Besatzung. Die alliierten Besatzungsmächte, vertreten durch den Supreme Commander of the Allied Powers (SCAP), leiteten unter Federführung der USA die „Demokratisierung“ der japanischen Wirtschaft ein (Hadley 1970). Ende der 1940er Jahre erfolgten neben der Auflösung der großen Unternehmensgruppen der Vorkriegszeit (*zaibatsu*), einer Bodenreform und weiteren politischen Reformen auch umfas-

---

<sup>8</sup> Zur Entwicklung des Handels- und Gesellschaftsrechts Baum und Takahashi (2005).

sende gesetzgeberische Aktivitäten.<sup>9</sup> Unter amerikanischem Einfluss wurden die Verfassung und weite Teile des Wirtschaftsrechts, namentlich das Wettbewerbs- und das Finanzmarktrecht, oftmals unmittelbar nach den entsprechenden Gesetzen der Vereinigten Staaten, teilweise sogar wortgleich, neu gestaltet.<sup>10</sup> Eine grundlegende Reform erfuhr auch das Gerichtswesen. Japan hat seither, anders als etwa Deutschland mit seiner mehrgliedrigen Ausdifferenzierung der Gerichtszweige, eine einheitliche Gerichtsbarkeit mit dem eingangs erwähnten Obersten Gerichtshof an der Spitze. Im Zivilrecht wurden das Familien- und das Erbrecht – gegen erhebliche Widerstände der Traditionalisten – entsprechend dem von den Alliierten formulierten Verfassungsauftrag von Grund auf neu konzipiert. Das Handels- und Gesellschaftsrecht schließlich wurde im Jahr 1950 in enger Anlehnung an die US-amerikanischen Vorbilder reformiert (Blakemore und Yazawa 1953: 12; Egashira 2000: 50). Mit den zahlreichen Reformen der Besatzungszeit ging in der japanischen Rechtswissenschaft und -praxis zwangsläufig eine Hinwendung zum US-amerikanischen Recht einher, die dieses auf Dauer zu einem festen Bestandteil der Rechtsvergleichung in Japan werden ließ.

### 3 ZUR JAPANISCHEN RECHTSMENTALITÄT

#### *3.1 Rechtsbewusstsein und Prozessdichte*

Die eingangs erwähnte geringe Prozessdichte in Japan führte der Rechtssoziologe Kawashima Takeyoshi (1909–1992) in den 1960er Jahren wesentlich, wenn auch nicht ausschließlich, darauf zurück, dass es in Japan traditionell an dem für den Westen typischen Rechtsbewusstsein fehle und Japaner ihre Handlungen und ihre Beziehungen zu Anderen nicht in Form durchsetzbarer Rechtspositionen definierten (Kawashima 1963, 1967). Vielmehr gingen sie von der Notwendigkeit aus, einen Interessenausgleich finden und den gesellschaftlichen Frieden wahren zu müssen (Kawashima 1963: 43, 50, Kawashima 1967: 166). Allerdings erwartet Kawashima im Zuge der fortschreitenden Modernisierung Japans eine wachsende Emanzipation vom tradierten, auf konsensuale Konfliktlösung ausgelegten Rechtsverständnis. Im Gegensatz zur Systemtheorie, die Bewusstheit als eine prioritäre soziale Gegebenheit ansieht, die ihrer-

---

<sup>9</sup> Die gesetzgeberischen Maßnahmen der Alliierten beschreibt Oppler (1976).

<sup>10</sup> Dies gilt namentlich für die erste Fassung des Wertpapierbörsen- und Wertpapierhandelsgesetzes von 1948 (*Shōken torihiki-hō*), das den US-amerikanischen *Securities Acts* von 1933 bzw. 1934 nachgestaltet war.

seits sozialen Wandel steuert und beeinflusst, geht Kawashima umgekehrt davon aus, dass der soziale Wandel – Japans Transformation zu einer hochindustrialisierten marktwirtschaftlichen Ökonomie – zu einem veränderten modernen und streitbereiten Rechtsbewusstsein führte (Tanase 2010: 156).

Kawashimas Publikationen zur Rechtsmentalität in Japan verschafften ihm bleibende Aufmerksamkeit und praktisch jede seither erschienene westliche Publikation zum Wesen des japanischen Rechts ist auf die eine oder andere Weise von seinen Analysen beeinflusst – sei es zustimmend oder, wie zunehmend, kritisch bis ablehnend (Feldman 2007: 50; Miyazawa 1987: 219). Anfänglich erfuhr seine These im japanischen wie im westlichen Publikum spontane Zustimmung. Den Japanern lieferte er eine attraktive Erklärung für die Präferenz nicht-streitiger Konfliktlösungen: Tief in der japanischen Kultur verwurzelte Werte prägten die Art und Weise, in der in Japan Konflikte bewältigt würden. Und im Westen hatte man schon immer geglaubt, dass es sich dabei um ein nichtrationales, auf vormodernen Einstellungen beruhendes Verhalten handle (Feldman 2007: 51). Tatsächlich ist Kawashimas Theorie jedoch komplexer, als es die anfängliche oberflächliche Zustimmung und die spätere radikale Zurückweisung als Mythos nahelegen (Baum und Bälz 2011b: 3).

Wenn das Rechtsbewusstsein tatsächlich ein Ergebnis sozialen Wandels wäre, müsste die Prozessdichte in Japan seit Einführung westlicher Gerichte in der frühen Meiji-Zeit im Gleichklang mit der wachsenden Urbanisierung und Industrialisierung des Landes kontinuierlich angestiegen sein. Die tiefendendste Untersuchung zur historischen Prozessdichte in unterschiedlichen Ländern, die für Japan den Zeitraum von 1875 bis 1994 abdeckt, bestätigt diese Annahme indes *nicht* (Wollschläger 1997: 89). Die Auswertung der historischen Justizstatistiken zeigt vielmehr, dass die japanische Prozessdichte in den ersten hundert Jahren nach Einführung des Gerichtssystems mehr oder weniger stagnierte. Nach einem frühen Höhepunkt unmittelbar nach der Etablierung der modernen Gerichtsbarkeit ging die Zahl der streitigen Verfahren wieder zurück, bis sie sich auf einem vergleichsweise niedrigen Stand einpendelte (Wollschläger 1997: 98, 110). Dieses Muster wiederholte sich nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Während der Phase der wirtschaftlichen Erholung Japans in den 1950er Jahren bis weit in die 1980er Jahre hinein blieb die Prozessdichte auf niedrigem Niveau konstant.

Diese Ergebnisse widerlegen zwar einerseits Kawashimas Modernisierungsthese, andererseits soll die im internationalen Vergleich konstant niedrige Prozessdichte jedoch historische Gründe für die Prozessvermeidung indizieren. In dieser Hinsicht hat sich also Kawashimas historische Erklärung bestätigt:

Social attitudes towards law which continue from an agrarian feudal state are indeed the only basis for explaining the stable secular development of litigation in Japan as well as the wide distance from Western nations. The low demand for civil justice is a genuine element of legal culture insofar as it distinguishes the practical operation of law [in Japan] from Western nations. (Wollschläger 1997: 134)

Nicht geklärt ist damit allerdings die nachgelagerte Frage, ob der Grund für die Prozessvermeidung in gewachsenen sozialen Strukturen oder in einem traditionell geprägten Rechtsbewusstsein zu sehen ist. Während an dem Einfluss ersterer wenig Zweifel bestehen, wird Skepsis bezüglich der Rolle, die diesem Bewusstsein zuzuerkennen ist, geäußert (Wollschläger 1997: 135).

Die Überzeugung, dass die historische Entwicklung der japanischen Gesellschaft das heutige Rechtssystem Japans trotz der rezipierten westlichen Rechtsfiguren in seiner Ausgestaltung entscheidend geprägt hat, wird selbst von prominenten Vertretern derjenigen geteilt, die Kawashimas Thesen als „Mythos“ kritisiert haben. Die bereits eingangs erwähnte kommunitaristische Ausrichtung der modernen japanischen Gesellschaft, die in der Tradition des „Dorfes“ wurzelt, gilt als ein zentrales charakteristisches Merkmal: Die über die Jahrhunderte andauernde Dominanz des sozialen Ordnungsmodells der Dorfgemeinschaft („the endurance of the village as a paradigm of governance in Japan“) sei historisch einzigartig und die damit verbundene „resilience of various forms of collective, private ordering within communities of shared interests“ unterscheide Japan signifikant von seinen asiatischen Nachbarn wie auch von den USA und Europa (Haley 2010a: 349).

Ähnlich betont der renommierte japanische Rechtssoziologe Takao Tanase, dass zwar an der Herausbildung eines „modernen“ Rechtsbewusstseins in Japan kein Zweifel bestehe, gleichzeitig aber auch zu beobachten sei, dass die überkommenen spezifischen Strukturen der japanischen Gesellschaft sich selbst ständig erneuerten, auch wenn sie von der Modernisierung überlagert seien: „structures specific to Japanese society are continuously regenerating despite the overlay of modernization“ (Tanase 2010: 176).

Entsprechend sei davon auszugehen, dass die Prozessdichte in Japan weiterhin konstant niedrig bleiben werde (Tanase 2010: 177). Ein anderer, nicht weniger bekannter Rechtssoziologe, Kahei Rokumoto, interpretiert die Justizstatistiken der vergangenen beiden Jahrzehnte hingegen tendenziell abweichend. Auch er stimmt zwar zu, dass „Japan’s celebrated non-litigious culture based on the key concept of ‚harmony‘ has by no means lost its persistent force“ (Rokumoto 2005: 18). Gleichwohl habe die

japanische Gesellschaft einen Zustand erreicht, in dem eine neue Verrechtlichung („a new legalization of the mechanisms of social order“) erforderlich und entsprechend mit einer künftigen Zunahme streitiger Verfahren zu rechnen sei (Rokumoto 2005: 18; Ginsburg und Hoetker 2007: 98).

### 3.2 Institutionelle Erklärungsansätze

Ein anderer Erklärungsansatz für die geringe Prozessdichte in Japan, der Kawashimas vordringlich kulturspezifische Argumentation ablehnt, stellt stattdessen auf die institutionellen Gegebenheiten des japanischen Justizsystems, namentlich den bereits erwähnten Mangel an qualifizierten Juristen, ab.<sup>11</sup> In diesem Sinne wandte sich der amerikanische Japanrechtler John Owen Haley im Jahr 1978 gegen die Thesen Kawashimas, die er provokativ als bloßen „Mythos“ zurückwies (Haley 1978: 359, Haley 2002: 121). Anstelle des unscharfen Konzepts einer tradierten Rechtsmentalität betont Haley konkrete institutionelle Hemmnisse, welche die Japaner von der Klageerhebung zur Durchsetzung ihrer Rechte abhielten, nämlich die fehlenden Kapazitäten des japanischen Justizsystems. Aufgrund der künstlichen Verknappung der Zahl der zur Berufsausübung zugelassenen Rechtsanwälte und Richter sei der Zugang zu den Gerichten behindert, und die hohe Arbeitsbelastung der Richter führe zu überlangen Verfahren (Rokumoto 2011: 48, 53, 56). Hinzu kämen die hohen Prozesskosten, namentlich die Anwaltshonorare. Denn für letztere fehle es an einer gesetzlichen Regelung; zudem habe in Japan auch die obsiegende Partei (jedenfalls in der Regel) ihre eigenen Anwaltskosten zu tragen, ohne dass die Nachteile dieser Regelung durch die in den USA üblichen Erfolgshonorare kompensiert würden (Henderson 1997: 50). Diese durchaus umstrittene Einschätzung wurde 20 Jahre später eindrucksvoll durch eine repräsentativ angelegte Umfrage bestätigt, die von der japanischen Regierung im Jahr 2000 initiiert worden war. Danach waren lediglich 18,6 Prozent der Befragten mit der Art und Weise zufrieden, wie die Ziviljustiz in Japan funktionierte, und nur 22,4 Prozent hielten den Zugang zur Justiz für ausreichend (Teshigahara 2002: 473). Hohe Verfahrenskosten und eine überlange Verfahrensdauer wurden als wesentliche Gründe für die allgemeine Unzufriedenheit angegeben.

In einem ökonomischen Ansatz wollen andere hingegen die häufige Vermeidung streitiger Verfahren nicht auf die Schwächen, sondern um-

---

<sup>11</sup> Einen konzisen Überblick über die verschiedenen alternativen Erklärungsversuche geben Feldman (2007) sowie Ginsburg und Hoetker (2007); siehe ferner Henderson (1997); Baum (1995).

gekehrt gerade auf die Stärken des japanischen Justizsystems zurückführen. Gerade die Vorhersehbarkeit der Entscheidungen japanischer Gerichte, vor allem im Bereich des Schadensersatzrechts, und die in Japan zur Verfügung stehenden Institutionen alternativer (nichtstreitiger) Konfliktlösung machten Prozesse überflüssig. Es sei für die Parteien schneller und billiger, sich „im Schatten des Rechts“ zu vergleichen. Die im Wege der Schlichtung oder Mediation erreichten Einigungen spiegelten die Entscheidungspraxis der Gerichte wider. Daher sei die Prozessvermeidung schlicht ökonomisch rational und nicht notwendigerweise Ausdruck einer spezifischen Rechtsmentalität (Ramseyer 1988: 114; Ramseyer und Nakazato 1989: 268). Diese Analyse mag für spezielle Bereiche, wie etwa die überwiegend außergerichtlich erfolgende Regelung von Streitigkeiten im Zusammenhang mit Verkehrsunfällen, zutreffen, sie überzeugt indes nicht flächendeckend für alle Arten von Rechtsstreitigkeiten.

Plausibler erscheint vielmehr die Auffassung, dass institutionelle und kulturelle Faktoren in einem dialektischen Prozess zusammenwirken (Katō 1987: 679, 698) oder sich zumindest komplementär zueinander verhalten (Feldman 2007: 63). Bezüglich des institutionellen Gefüges wird betont, dass sich die Tradition der Vermeidung kontradiktorisch ausgeprägter Streitigkeiten in Japan nicht von allein entwickelt habe, sondern vielmehr durch ein geschicktes gesellschaftspolitisches Konfliktmanagement kultiviert worden sei: „[Bureaucratic] management, rather than litigants' attitude or institutional barriers, provides the best explanation for why the Japanese rarely litigate“ (Tanase 1990: 657). Defizite im Bereich der Ziviljustiz seien in der Vergangenheit nicht behoben, sondern stattdessen alternative Institutionen der Streitbeilegung aufgebaut worden (Baum und Schwittek 2009a, 2009b). Zugleich sei der allgemeine Mythos geschaffen worden, dass der Gebrauch dieser Institutionen für die Parteien vorteilhafter als die Einschaltung der Gerichte sei. Die bis in die jüngste Vergangenheit gezielte Verknappung institutioneller Kapazitäten in der Ziviljustiz ließ sich unschwer dadurch erreichen, dass die Zahl der Examenkandidaten, die zum zentralen Justizausbildungsinstitut zugelassen wurden, auf einem künstlich niedrigen Niveau gehalten wurde – die Ausbildung an diesem Institut entspricht funktional dem deutschen Rechtsreferendariat und der Abschluss ist in Japan Voraussetzung für die Zulassung zum Richteramt und zum Anwaltsberuf. Die Erfolgsquote der Juristenprüfung lag jahrzehntelang *unter* drei Prozent eines Jahrganges (Rokumoto 2011: 49, 51).

Da das erfolgreiche außergerichtliche Konfliktmanagement wie auch die gewollte Verknappung der Ressource Justizgewährung offenkundig Teile einer Strategie waren, stellt sich die Frage nach deren Ziel. Dazu wird überzeugend die Auffassung vertreten, dass zumindest eines der

zentralen Ziele gewesen sei, in Japan die Entstehung einer Kultur streitiger Auseinandersetzungen im Rahmen kontradiktorischer Gerichtsverfahren zu verhindern. Die für die politische Steuerung verantwortlichen Eliten Japans hätten in einer streitfreudigen Bevölkerung eine potentielle Gefahr für die paternalistisch geprägte gesellschaftliche Ordnung des Landes gesehen. Diese Ordnung beruhe auf persönlichen Beziehungen, die den Eliten sowohl Legitimität als auch Autorität verschafft und es ihnen auf diese Weise erlaubt habe, ihre politische Agenda ohne größere Einmischungen von außen zu verfolgen und die von ihnen präferierten Politikziele umzusetzen (Haley 1978: 371; Henderson 1997: 49; Upham 1987: 205). Eine zweite Gruppe, die sich lange Zeit gegen eine Änderung der Juristenausbildung und des Zulassungsverfahrens stellte, war die zahlenmäßig kleine, aber einflussreiche japanische Anwaltschaft, die durch einen Zuwachs an Konkurrenz ihre finanziellen Interessen beeinträchtigt sah.

Die vorstehende Kritik an der staatlich intendierten partiellen Dysfunktionalität des japanischen Justizwesens ist inzwischen auch von offizieller Seite in einer für Japan ungewöhnlich deutlichen Form bestätigt worden. Im Zuge der zahlreichen Reformen, welche die japanische Regierung in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre anging, um die anhaltende strukturell bedingte Wirtschaftskrise in den Griff zu bekommen, wurde 1999 auch eine Reformkommission für das Justizwesen eingesetzt, die *Shihō seido kaikaku shingikai* [Justice System Reform Council, JSRC].<sup>12</sup> Im Sommer 2001 legte die mit unabhängigen Experten besetzte Kommission ihren Abschlussbericht vor, dessen unverblühte Kritik für Aufsehen sorgte (JSRC 2001). Die JSRC verlangt dort einen entschiedenen Bruch mit der bisherigen Justizpraxis und zeigt deutlich auf, wo sie die Verantwortung für die Fehlentwicklungen der Vergangenheit sieht.

[I]t is clear that there have been problems in past efforts to reform and improve of the justice system. [...] [H]ow the justice system should be (*shihō no arikata*) is not something that should ever be allowed to be decided in accordance with the wishes only of the three branches of the legal profession, as was the case in the past. Moreover, extra care should be taken so that such a perception never is held again. (JSRC 2001: Conclusion)

Die Kommission betont unmissverständlich die Notwendigkeit, die „rule of law“ in Japan mit Leben zu erfüllen (JSRC 2001: Chapter I), was ihrer

---

<sup>12</sup> Zur Reform und deren Hintergründen eingehend Rokumoto (2005); Vanoverbeke und Maesschalck (2009); Foote (2005); Miyazawa (2001).

Ansicht nach in der Vergangenheit offenbar nicht ausreichend gewährleistet worden ist (JSRC 2001: Part 2, 1).

Die weitreichenden Reformvorschläge der JSRC wurden zum Teil als paradigmatisch (Miyazawa 2001: 89), als Wendepunkt in der modernen Geschichte des japanischen Justizwesens (Rokumoto 2005: 35) und als der wichtigste Wechsel seit den Justizreformen unter der alliierten Besatzung in den späten 1940er Jahren angesehen (Satō 2001: 71); es gab aber auch skeptischere Stimmen (Haley 2005: 5; Nottage 2000: 28).

#### 4 WANDEL IN DER RECHTSUMSETZUNG

Die Justizreform und namentlich deren Ziel, die Effizienz und den Zugang zur Ziviljustiz zu verbessern, um einen höheren Grad von individueller Rechtsdurchsetzung zu ermöglichen, stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit einem grundlegenden Strategiewechsel in der Art und Weise, wie Märkte in Japan künftig geregelt und das Wirtschaftsaufsichtsrecht umgesetzt werden sollen. Das Regulierungsmodell, das die überaus erfolgreiche Wirtschaft Japans in der Nachkriegszeit prägte, hatte im Zuge der andauernden strukturellen Wirtschaftskrise, die im Jahr 1990 begann („*the lost decade*“), seine Überzeugungskraft verloren. In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre wurde eine Vielzahl von regulatorischen und institutionellen Reformen in fast allen Bereichen des Wirtschaftsrechts eingeleitet, die das Ziel hatten, die Krise zu überwinden (Baum 2000: 633; Kanda 2000: 69).

Das vorherige Modell einer administrativen *ex ante*-Regulierung war durch eine hohe Regulierungsdichte und eine intransparente Rechtsumsetzung charakterisiert. Legislative Vorgaben wurden zunächst einmal streng formalistisch angewandt, wobei weniger auf die jeweilige ökonomische Zielsetzung der einzelnen Regelung als vielmehr auf deren formalistische Erfüllung geachtet wurde (Kanda 1991: 585). Auf einer zweiten Stufe wurde das Ermessen, das auf der Ebene der Rechtsverordnungen bestand, jedoch flexibel, d.h. informell umgesetzt. Dies erfolgte teils durch schriftliche Erlasse (*tsūtaisū*), überwiegend aber durch nur mündlich gegebene „Anregungen“, kurz informelles Verwaltungshandeln (*gyōsei shidō*). Für die tägliche Praxis war die Erfüllung der informellen Vorgaben entscheidend (Henderson 1991: 263), jedoch aufgrund fehlender Transparenz und der angeblichen Freiwilligkeit, mit der die „Anregungen“ der Verwaltung befolgt werden, kaum justiziabel. Das System funktionierte vornehmlich nach dem Prinzip „Zuckerbrot und Peitsche“.

Kennzeichnend für dieses Regulierungsmodell war eine Vorabkoordination von Interessen (*ex ante monitoring*), bei dem die Interessen der be-

teiligten Industrien mit den Vorstellungen der Ministerien im Vorfeld legislativer oder administrativer Entscheidungen in Beratungsausschüssen (*shingikai*) austariert wurden. Diese Interessenkoordinierung erfolgte anstelle einer nachgeordneten gerichtlichen Kontrolle von Marktverhalten (*ex post monitoring*) (Kanda 1991: 583). Die so gewonnene Akzeptanz der künftigen Regelung wurde als ein effizienter Weg der Rechtssetzung und -verwirklichung angesehen als eine spätere kontradiktorische Kontrolle vermittelt gerichtlicher Auseinandersetzungen. Entsprechend gab es in Japan in der Vergangenheit so gut wie keine gerichtlichen Anfechtungen administrativer Entscheidungen durch betroffene Unternehmen. Mit dieser spezifischen Art der Rechtsumsetzung war eine strikte Marktzutrittskontrolle verbunden; entsprechend ist diese Regulierungspraxis aus institutioneller Perspektive auch als ein *regulatory cartel* bezeichnet worden (Milhaupt und Miller 1997: 20).

In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre leitete die japanische Regierung eine energische Gegensteuerung ein. Herzstück der Reformen war mithin ein grundlegender Wechsel von einer konsensorientierten zu einer regelorientierten Regulierung der Märkte, der *rule of law*, nach der klare Verhaltensregeln für Marktteilnehmer verbindlich sein sollen, deren Einhaltung *ex post* kontrolliert und deren Verletzungen *ex post* sanktioniert werden (Baum 2000: 654; Kanda 2000: 75). Begreift man die bisherige Marktstruktur demgegenüber als weitgehend *administrativ* gesteuert, an den Interessen von *Insidern* orientiert und *national* ausgerichtet, dann wird der diametrale Gegensatz zwischen dieser und den Reformzielen deutlich. Insoweit könnte tatsächlich von einem regulatorischen Paradigmenwechsel zu sprechen sein. Dieser Wechsel macht einen raschen Ausbau der Judikative unabdingbar, denn eine gerichtliche *ex post*-Kontrolle setzt ein effizientes Justizwesen voraus. Dies bedeutet im japanischen Kontext vor allem eine drastische Erhöhung der Zahl der Rechtsanwälte und Richter, was das Ziel der erwähnten Justizreform ist.

## 5 FAZIT

Ob die Justizreform und der Wandel des Regulierungsmodells, die im Kern auf die Schaffung (oder den signifikanten Ausbau) einer „streitbaren“ Gesellschaft für Japan zielen, den Schritt in die von Kawashima erwartete „Moderne“ darstellen, bleibt eine spannende Frage. Der Zeitpunkt dürfte zu früh sein, um eine verlässliche Einschätzung abzugeben, denn sozialer Wandel und der erwähnte Wandel von Institutionen vollziehen sich nur sehr langsam und auf oftmals nicht vorhersehbare Weise

(Feldman 2008: 22). Eines dürfte indes deutlich sein: „Never before [has] law played a more visible role in Japanese society.“ (Tanase 2010: 155).

#### LITERATURVERZEICHNIS

- Andō, Junko (2000): *Die Entstehung der Meiji-Verfassung: Zur Rolle des deutschen Konstitutionalismus im modernen japanischen Staatswesen*. München: iudicium.
- Bälz, Moritz (2008): Wider den Exotismus? Zur Bedeutung der Kultur für das Verständnis des modernen japanischen Rechts. In: *Zeitschrift für Japanisches Recht / Journal of Japanese Law* 25, S. 153–164.
- Bartels-Ishikawa, Anna (Hg.) (2007): *Hermann Roesler: Dokumente zu seinem Leben und Werk*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Baum, Harald (2011): Rechtsvergleichung und Recht in Japan. In: Bälz, Moritz, Harald Baum und Sandra Schuh (Hg.): *Summer School Japanisches Recht. Sonderheft 4 der Zeitschrift für Japanisches Recht*. Köln: Carl Heymanns Verlag, S. 1–20.
- Baum, Harald (2000): Der japanische „Big Bang“ 2001 und das tradierte Regulierungsmodell: ein regulatorischer Paradigmenwechsel? In: *Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht* 64, S. 633–659.
- Baum, Harald (Hg.) (1997): *Japan: Economic Success and Legal System*. Berlin: de Gruyter.
- Baum, Harald (1995): Rechtsdenken, Rechtssystem und Rechtswirklichkeit in Japan – Rechtsvergleichung mit Japan. In: *Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht* 59, S. 258–292.
- Baum, Harald und Moritz Bälz (2011a): Rechtsentwicklung, Rechtsmentalität, Rechtsumsetzung. In: Baum, Harald und Moritz Bälz (Hg.): *Handbuch Japanisches Handels- und Wirtschaftsrecht*. Köln: Carl Heymanns Verlag, S. 1–29.
- Baum, Harald und Moritz Bälz (2011b): Of Traditional Values and Modernity: A New Japanese Litigiousness? In: Hansen, Bernd und Dirk Schüssler-Langeheine (Hg.): *Patent Practice in Japan and Europe – Liber Amicorum for Guntram Rahn*. Alphen aan den Rijn: Wolters Kluwer, S. 3–25.
- Baum, Harald und Eva Schwittek (2009a): Institutionalisierung der Meditation (*assen*) in Japan. In: *Zeitschrift für Japanisches Recht / Journal of Japanese Law* 28, S. 1231–1246.
- Baum, Harald und Eva Schwittek (2009b): Recht und Praxis der Schlichtung (*chōtei*) in Japan. In: *Zeitschrift für Japanisches Recht / Journal of Japanese Law* 27, S. 127–154.

- Baum, Harald und Eva Schwittek (2008): Tradierte Moderne? Zur Entwicklung, Begrifflichkeit und Bedeutung von Schlichtung und Mediation in Japan. In: *Zeitschrift für Japanisches Recht / Journal of Japanese Law* 26, S. 5–31.
- Baum, Harald und Eiji Takahashi (2005): Commercial and Corporate Law in Japan: Legal and Economic Developments after 1868. In: Wilhelm Röhl (Hg.): *A History of Law in Japan since 1868*. Leiden: Brill, S. 330–401.
- Beasley, W. G. (1989): The Foreign Threat and the Opening of the Ports. In: Marius B. Jansen (Hg.): *The Cambridge History of Japan, Vol. 5, The Nineteenth Century*. Cambridge: Cambridge University Press, S. 259–307.
- Blakemore, Thomas and Makoto Yazawa (1953): Japanese Commercial Code Revisions. In: *American Journal of Comparative Law* 2, S. 12–24.
- Egashira, Kenjiro (2000): The Influence of American Law in the Field of Commercial Law in the Post-World War II Era. In: *Law in Japan* 26, S. 50–58.
- Feldman, Eric A. (2008): Legal Reform in Contemporary Japan. In: *Zeitschrift für Japanisches Recht / Journal of Japanese Law* 25, S. 5–26.
- Feldman, Eric A. (2007): Law, Culture, and Conflict: Dispute Resolution in Japan. In: Daniel H. Foote (Hg.): *Law in Japan: A Turning Point*. Seattle: Washington University Press, S. 50–79.
- Foote, Daniel H. (2005): Forces Driving and Shaping Legal Training Reform in Japan. In: *Australian Journal of Asian Law* 7, S. 215–240.
- Ginsburg, Tom und Glenn Hoetker (2007): The Unreluctant Litigant? An Empirical Analysis of Japan's Turn to Litigation. In: Scheiber, Harry N. und Laurent Mayali (Hg.): *Emerging Concepts of Rights in Japan*. Berkeley, CA: The Robbins Collection, S. 93–118.
- Glenn, H. Patrick (2010): *Legal Traditions of the World*. Oxford: Oxford University Press (4. Aufl.).
- Hadley, Eleanor M. (1970): *Antitrust in Japan*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Haley, John O. (2010a): Rivers and Rice: What Lawyers and Legal Historians Should Know about Medieval Japan. In: *Journal of Japanese Studies* 36, S. 313–349.
- Haley, John O. (2010b): Why Study Japanese Law? In: *The American Journal of Comparative Law* 58, S. 1–14.
- Haley, John O. (2005): Heisei Renewal or Heisei Transformation: Are Legal Reforms Really Changing Japan? In: *Zeitschrift für Japanisches Recht / Journal of Japanese Law* 19, S. 5–18.
- Haley, John O. (2002): Litigation in Japan: A New Look at Old Problems. In: *Willamete Journal of International Law and Dispute Resolution* 10, S. 121–142.

- Haley, John O. (1991): *Authority Without Power, Law and the Japanese Paradox*. Oxford: Oxford University Press.
- Haley, John O. (1978): The Myth of the Reluctant Litigant. In: *Journal of Japanese Studies* 4, S. 359–390.
- Henderson, Dan F. (1997): The Role of Lawyers in Japan. In: Baum, Harald (Hg.): *Japan: Economic Success and Legal System*. Berlin: de Gruyter, S. 27–67.
- Henderson, Dan F. (1991): Security Markets in the United States and Japan. Distinctive Aspects Molded by Cultural, Social, Economic, and Political Differences. In: *Hastings International and Comparative Law Review* 14, S. 263–302.
- Henderson, Dan F. (1965): *Conciliation and Japanese Law: Tokugawa and Modern*, Bd. I. Seattle: Washington University Press.
- JSRC, The Justice System Reform Council (2001): *Recommendations of the Justice System Reform Council. For a Justice System to Support Japan in the 21<sup>st</sup> Century*. [www.kantei.go.jp/foreign/policy/sihou/singikai/990612\\_e.html](http://www.kantei.go.jp/foreign/policy/sihou/singikai/990612_e.html) (Zugriff am 14.06.2012).
- Kanda, Hideki (2000): Globalization of Capital Markets: A Perspective from Japan. In: Basedow, Jürgen und Toshiyuki Kono (Hg.): *Legal Aspects of Globalization*. Den Haag: Kluwer, S. 69–76.
- Kanda, Hideki (1991): Politics, Formalism, and the Elusive Goal of Investor Protection: Regulation of Structured Investment Funds in Japan. In: *University of Pennsylvania Journal of International Business Law* 12, S. 569–588.
- Katō, Masanobu (1987): The Role of Law and Lawyers in Japan and the United States. In: *Brigham Young University Law Review*, S. 627–698.
- Kawashima, Takeyoshi (1967): *Nihon-jin no hō-ishiki* (Das Rechtsbewusstsein der Japaner). Tokyo: Iwanami Shoten.
- Kawashima, Takeyoshi (1963): Dispute Resolution in Contemporary Japan. In: von Mehren, Arthur (Hg.): *Law in Japan: The Legal Order in a Changing Society*. Cambridge, MA: Harvard University Press, S. 41–72.
- Kitagawa, Zentarō (1970): *Rezeption und Fortbildung des europäischen Zivilrechts in Japan*. Frankfurt am Main, Berlin: Alfred Metzner Verlag.
- Kliesow, Olaf (2001): *Aktionärsrechte und Aktionärsklage in Japan. Gesetzliche Regelungen und soziale Wirklichkeit*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Knütel, Rolf und Shigeo Nishimura (Hg.) (2004): *Hundert Jahre Japanisches Zivilgesetzbuch*. Köln: Carl Heymanns Verlag.
- Leipold, Helmut (2006): *Kulturvergleichende Institutionenökonomik*. Stuttgart: Lucius & Lucius.
- Leipold, Helmut (1996): Zur Pfadabhängigkeit der institutionellen Entwicklung. In: Backhaus, Jürgen und Dieter Cassel (Hg.): *Entstehung und Wettbewerb von Systemen*. Berlin: Duncker & Humblot, S. 93–115.

- Milhaupt, Curtis J. und Geoffrey P. Miller (1997): A Regulatory Cartel Model of Decisionmaking in Japanese Finance. In: *Zeitschrift für Japanisches Recht / Journal of Japanese Law* 4, S. 18–29.
- Miyazawa, Setsuo (2001): The Politics of Judicial Reform in Japan: The Rule of Law at Last? In: *Asian-Pacific Law & Policy Journal* 2, 2, S. 89–121.
- Miyazawa, Setsuo (1987): Taking Kawashima Seriously. A Review of Japanese Research on Japanese Legal Consciousness and Disputing Behavior. In: *Law & Society Review* 21, S. 219–241.
- Nakahigashi, Masafumi und Daniel W. Puchniak (2012): Land of the Rising Derivative Action: Revisiting Irrationality and Japan's Unreluctant Shareholder Litigant. In: Puchniak, Daniel W., Harald Baum und Michael Ewing-Chow (Hg.): *The Derivative Action in Asia: A Comparative and Functional Approach*. Cambridge: Cambridge University Press, S. 128–188.
- Nottage, Luke (2009): The Cultural (Re)Turn in Japanese Law Studies. In: *Victoria University of Wellington Law Review* 39, 755–777.
- Nottage, Luke (2000): Reformist Conservatism and Failures of Imagination in Japanese Legal Education. In: *Zeitschrift für Japanisches Recht / Journal of Japanese Law* 9, S. 23–47.
- Oki, Masao (1985): Schlichtung als Institution des Rechts. In: *Rechtstheorie*, S. 151–162.
- Oppler, Alfred C. (1976): *Legal Reform in Occupied Japan: A Participant Looks Back*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Rahn, Guntram (1990): *Rechtsdenken und Rechtsauffassung in Japan*. München: C.H. Beck.
- Ramseyer, J. Mark (1988): Reluctant Litigant Revisited: Rationality and Disputes in Japan. In: *Journal of Japanese Studies* 14, S. 111–123.
- Ramseyer, J. Mark und Minoru Nakazato (1989): The Rational Litigant: Settlement Amounts and Verdict Rates in Japan. In: *Journal of Legal Studies* 18, S. 262–290.
- Roe, Mark (1996): Chaos and Evolution in Law and Economics. In: *Harvard Law Review* 109, S. 641–668.
- Röhl, Wilhelm (Hg.) (2005): *A History of Law in Japan since 1868*. Leiden: Brill.
- Rokumoto, Kahei (2011): Recht und Juristen in der Transformation. In: Baum, Harald und Moritz Bälz (Hg.): *Handbuch Japanisches Handels- und Wirtschaftsrecht*. Köln: Carl Heymanns Verlag, S. 31–61.
- Rokumoto, Kahei (2005): Overhauling the Judicial System: Japan's Response to the Globalizing World. In: *Zeitschrift für Japanisches Recht / Journal of Japanese Law* 20, S. 7–38.

- Satō, Iwao (2001): Judicial Reform in Japan in the 1990s: Increase of the Legal Profession, Reinforcement of Judicial Functions and Expansion of the Rule of Law. In: *Social Science Japan Journal* 5, 1, S. 71–83.
- Scheiber, Harry N. und Laurent Mayali (2007): *Emerging Concepts of Rights in Japan*. Berkeley, CA: Robbins Collection, School of Law.
- Schenck, Paul-Christian (1997): *Der deutsche Anteil an der Gestaltung des modernen japanischen Rechts- und Verfassungswesens*. Stuttgart: Steiner.
- Sokolowski, Christoph (2010): *Der so genannte Kodifikationstreit in Japan*. München: iudicium.
- Steenstrup, Carl (1996): *A History of Law in Japan until 1868*. Leiden: Brill (2. Aufl.).
- Tanase, Takao (2010): *Community and the Law. A Critical Reassessment of American Liberalism and Japanese Modernity* (übersetzt und herausgegeben von Luke Nottage und Leon Wolff). Cheltenham: Edward Elgar.
- Tanase, Takao (1990): The Management of Disputes. Automobile Accident Compensation in Japan. In: *Law and Society Review* 24, S. 651–691.
- Teshigahara, Kazuhiko (2002): Verfahrensgerechtigkeit und Ziviljustiz in Japan, In: *Zeitschrift für Zivilprozessrecht International* 7, S. 473–510.
- Upham, Frank K. (1987): *Law and Social Change in Postwar Japan*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Vanoverbeke, Dimitri und Jeroen Maesschalck (2009): A Public Policy Perspective on Judicial Reform in Japan. In: *Zeitschrift für Japanisches Recht / Journal of Japanese Law* 27, S. 11–38.
- Wollschläger, Christian (1997): Historical Trends of Civil Litigation in Japan, Arizona, Sweden, and Germany: Japanese Legal Culture in the Light of Judicial Statistics. In: Baum, Harald (Hg.): *Japan: Economic Success and Legal System*. Berlin: de Gruyter, S. 89–142.
- Zweigert, Konrad und Hein Kötz (1996): *Einführung in die Rechtsvergleichung. Auf dem Gebiete des Privatrechts*. Tübingen: Mohr Siebeck.

# DIE MEIJI-ZEIT – BEWAHRUNG UND UMBRUCH: UNTERNEHMERTRADITIONEN UND MODERNISIERUNG, POLITISCHER WANDEL UND WIRTSCHAFTSREFORMEN

*Manfred POHL*

## 1 GRUNDSÄTZLICHES: UNTERNEHMERISCHE INITIATIVE UND MODERNISIERUNGSPROZESSE

Siehst Du einen Mann behend in seinem Geschäft, der wird vor den Königen stehen und wird nicht stehen vor den Unedlen. (Altes Testament, Sprüche Salomos, Kap. 22, Vers 29)

Merchants are indispensable in trade. The more merchants there are, the better for the state and the public at large. (Motoori Norinaga, 1730–1801)<sup>1</sup>

Commerce is absolutely indispensable in daily life, hence it is wrong to despise money or hold commerce in contempt. (Kaiho Seiryō, 1755–1817)<sup>2</sup>

Zweitausend Jahre liegen zwischen diesen Zitaten: Im Alten Testament wird in den Sprüchen Salomos bereits eine wirtschaftliche Selbstverständlichkeit jener weltgeschichtlichen Epoche ausgedrückt. In den beiden japanischen Zitaten dagegen ist nichts weniger als ein moralischer,

---

<sup>1</sup> Der *Kokugaku*-Gelehrte, Arzt und Neo-Konfuzianer Motoori Norinaga entstammte einer Kaufmannsfamilie. Er vertrat radikale Thesen: Der buddhistische Klerus und die Zahl konfuzianischer Gelehrter sollten strikt begrenzt werden, da sie unproduktiv seien. Samurai müssten alle ein Gewerbe erlernen (De Bary *et al.* 2001: 430–432). Diese Ansicht steht im Gegensatz zu der orthodoxen Entwicklungstheorie des Konfuzianers Yamaga Sokō (1622–1685), in der er Bauern, Handwerkern und Kaufleuten gleichermaßen eine unverzichtbare gesellschaftliche Rolle zuwies, wobei sie ihre Arbeit als *tenshoku* [himmlische Tätigkeit/Berufung] anzusehen hatten, die weder Selbstsucht noch Habgier erlaubte (Bellah 1985: 113). Eingangszitat aus Bellah (1985: 160).

<sup>2</sup> Kaiho Seiryō entstammte einer angesehenen Samurai-Familie, verzichtete aber auf seine Rechte als Erstgeborener und lehnte „aus Krankheitsgründen“ auch Beraterdienste für eine Zweigfamilie der Tokugawa ab, um ohne Bindungen zu sein. Für einen kritischen Überblick zur Literatur über die Rolle des Unternehmertums im internationalen historischen Vergleich siehe Jones und Wadhvani (2006). Eingangszitat aus Bellah (1985: 160).

sozialer und wirtschaftlicher Umbruch in kurze Worte gefasst: die Anerkennung der unverzichtbaren Rolle einer im traditionellen Konfuzianismus eigentlich verachteten sozialen Schicht für die wirtschaftliche Entwicklung. Japanische Konfuzianer hatten sich von chinesischen Vordenkern gelöst: Nicht wenige Neo-Konfuzianer widersprachen den überkommenen Lehren chinesischer Klassiker hinsichtlich der Bedeutung und der Wertschätzung des Kaufmannsstandes. Die frühe wirtschaftliche Umbruchphase in Japans Wirtschaft und Gesellschaft wurde begleitet von einer philosophischen Aufwertung des angeblich profitorientierten und deshalb für klassische Konfuzianer verachtenswürdigen Standes. Die Umwertung der Wahrnehmung und Neudefinition des Handels und der Kaufmannsschicht als Fortschrittsprozess wird hier neu bewertet – vielleicht wäre dieser Prozess auch mit dem Begriff der „Modernisierung“ zu erschließen.

Im japanischen Kontext unternehmerischer Modernisierung soll hier eine überspitzte und zwangsläufig vereinfachende Grundaussage die Argumentationsbasis bilden: Auch in Japan war Modernisierung als Prozess untrennbar verbunden mit Urbanisierung und Industrialisierung. Zugleich bedeutete Modernisierung als Entwicklungsprozess die konsequente, bewusste Erkennung und Nutzung vorhandener innovativer, vor allem technologischer und unternehmerischer Potenziale im Rahmen wirtschaftlicher Handlungsräume durch frühe Unternehmer – auch gegen die Normen tradierteter Wertsysteme, die im Wesentlichen dazu dienten, Herrschaftsansprüche politischer Eliten abzusichern, die aber ökonomisch nicht mehr zu begründen waren. Modernisierung als Prozess ist ohne solche Grenzüberschreitungen durch wagemutige Unternehmer nicht vorstellbar, wenn tradierte Werte unumkehrbaren Entwicklungen im Weg stehen, die aus dem Zusammentreffen ökonomischer und sozialer Rahmenbedingungen als „kritische Masse“ angelauferener Modernisierungsprozesse erforderlich werden. Im unternehmerischen Bereich wäre Modernisierung dann der Übergang von einer statusorientierten Gesellschaftsstruktur zu einer kontraktororientierten Struktur (Maine 1861: 170).

Auch in Japan waren also Initiatoren und Träger solcher Umbrüche im wesentlichen Entrepreneurs beziehungsweise Unternehmer, die sich teils im Einvernehmen oder gar in Kooperation mit traditionellen Herrschaftseliten, teils aber auch bewusst oder in der Konsequenz gegen sie mit ihren innovativen Ideen durchsetzten. Diese Definition trifft sich mit der Begrifflichkeit, die Joseph Schumpeter (1993: 138) für den Unternehmer geprägt hat, den er als kreativen Zerstörer des überkommenen Gleichgewichts sah – so betrachtet, war der Unternehmer in allen Gesellschaften zugleich Initiator wie auch Nutznießer von Modernisierungs-

prozessen.<sup>3</sup> Diese Prozesse haben in Japan weit vor der Meiji-Zeit begonnen, obwohl gerade westliche Historiker lange die Meiji-Zeit als entscheidende, kurze, fast bruchartige Modernisierungsphase gewertet haben.<sup>4</sup> Hier soll keineswegs einer japanspezifischen „Kulturargumentation“ das Wort geredet werden. Die japanischen Unternehmer der späten Meiji-Zeit waren vom Typus her durchaus Unternehmern in anderen Weltregionen vergleichbar; sehr viel früher aber hatte sich bereits ein spezifisch japanischer Unternehmertypus herausgebildet, dessen Ursprünge nicht „alt-testamentarisch“ begründet werden konnten.

Im Japan der frühen Neuzeit wurden Grenzüberschreitungen, „Verletzungen“ und Tabubrüche durch wagemutige Entrepreneurs besonders deutlich, da ihre unternehmerische Tätigkeit in der Verknüpfung mit sozialen, finanzpolitischen und technologischen Umbrüchen in eine vergleichsweise kurze Periode von ca. 300 Jahren (16. bis 19. Jahrhundert) fiel. Zu dieser Zeit waren in Europa die globalen Wirtschaftsstrukturen der damals bekannten Welt schon weitgehend ausgeformt und der „Welthandel“ verlief seit mehr als tausend Jahren über feste Routen, etwa die Bernsteinstraßen, die Seidenstraße, das Mittelmeer und Interessensvertretungen wie die Hanse. In den Hansestädten, den Stadtrepubliken der italienischen Renaissance, aber auch in den Residenzstädten der großen europäischen Monarchien waren Handwerks- und Manufakturzentren, vor allem aber auch Handelsmetropolen entstanden, in denen technische Eliten wie etwa Handwerker und Kaufleute gemeinsam technische und gesamtwirtschaftliche Entwicklungspotenziale ausschöpften und vorantrieben. In Venedig, Genua und anderen oberitalienischen Städten hatte sich eine Hochfinanz-Schicht herausgebildet, deren selbstbewusste Repräsentanten mit den politischen Herrschaftseliten „auf Augenhöhe“ ver-

---

<sup>3</sup> Dazu auch beispielsweise Bass (1999). Ausgerechnet Schumpeter, ein erklärter Vertreter des wissenschaftlichen Sozialismus (und Marx-Schüler), wurde zum begriffsprägenden Analytiker des Unternehmers als Vorreiter der Innovation. Heftige Kritik folgte zwangsläufig, wie etwa Horn (2000) darstellt.

<sup>4</sup> Gegen das Urteil einer „bruchartigen Modernisierung“ in der Meiji-Zeit argumentierte schon Crawcour (1974: 113–125), obwohl auch japanische Zeitgenossen wie der politische Philosoph Fukuzawa Yukichi diese Ansicht äußerten. Hier finden sich auch Hinweise auf die Untersuchungen von E. H. Norman, Thomas C. Smith und C. D. Sheldon (Sheldon 1971), die schon in den 40er und 50er Jahren des 20. Jahrhunderts auf die entscheidenden, wenn auch „schleichenden“ Umbrüche vor der Meiji-Restauration hingewiesen haben. Henry Rosovsky (1966) sah die Periode 1868–1885 als *die* entscheidende Umbruchphase wirtschaftlicher Modernisierung an, weil die Regierung in diesen zwei Jahrzehnten die wirtschaftliche Modernisierung zum Staatsziel erhob – Voraussetzungen für die Erreichung dieses Ziels aber waren Strukturen, die weit vor der Meiji-Zeit angelegt waren.

kehrten und als *merchant bankers* in politischen Entscheidungsprozessen entscheidenden Einfluss nahmen (Fryde und Storer 1999). Europäische Unternehmer konnten während der industriellen Revolution des 18. und 19. Jahrhunderts an schon bestehende wirtschaftliche Traditionen anknüpfen und auf festen Fundamenten aufbauen.

## 2 UNTERNEHMERTUM UND MODERNISIERUNG IN JAPAN: NOTWENDIGE BEDINGUNGEN

Vielleicht die zentrale notwendige Bedingung zur Entstehung unternehmerischer Initiativen ist ein vollzogener, irreversibler Übergang von der Subsistenzwirtschaft, der Erzeugung allein zur Befriedigung des Eigenbedarfs, hin zur marktgerichteten Produktion. Hinzu kommen gesellschaftliche, das heißt moralische, aber auch politische sowie technologische und finanzielle Rahmenbedingungen als unverzichtbare Voraussetzungen für einen solchen Übergang. Der Kompensationshandel wurde zunehmend durch geldwirtschaftliche Verfahren ergänzt, später regional sogar ersetzt. Schließlich brauchte es den Archetyp des innovativen individuellen Unternehmers, der, wie in Europa, aus dem Antrieb der persönlichen Gewinnmaximierung unternehmerisch handelte oder auch den an der Familie orientierten Unternehmer, der, wie in Japan, im Interesse des Familienverbandes (des „Hauses“; jap.: *ie*) initiativ wurde. Die zwei Unternehmertypen finden sich jedoch in beiden Kulturkreisen selbstverständlich häufig auch als „Mischphänomen“.

Die schnelle Urbanisierung Japans während der Sengoku-Zeit („Zeitalter der Bürgerkriege“, beginnend mit dem Ōnin-Krieg von 1467 und endend mit der Machtergreifung Oda Nobunagas 1573) und Edo-Zeit (1600–1868) mit der Entstehung von Burgstädten und urbanen Ballungszentren um Post- und Raststationen entlang der Haupthandelswege für Verkehr und Kommunikation sowie auch an zahllosen Hafenstandorten war teils Ergebnis, teils notwendige Voraussetzung für die Entwicklung unternehmerischer Initiativen; die wechselnde Residenzpflicht der *Daimyo* in Edo (*sankin kōtai*) wirkte hier zusätzlich stimulierend. In den Städten entstanden wohlhabende Verbrauchergruppen und handwerklich spezialisierte Produktionsstätten, die bald auch zur Großfertigung übergingen, um die wachsenden Märkte lokal und überregional, bald auch international zu bedienen. Doch räumliche Begrenzungen und ein zunehmend verknapptes Angebot von (spezialisierten) Arbeitskräften mit der Folge steigender Entlohnung in den urbanen Ballungszentren führte zu verstärkter Verlagerung von Fertigungsprozessen aus den Städten in die umliegenden, ehemals vorwiegend landwirtschaftlichen Gebiete mit der

sich daraus ergebenden Intensivierung des Handels. Dieser Prozess wurde noch weiter angetrieben durch die wachsende Marktorientierung auch der ländlichen Erzeuger und die damit verbundene Spezialisierung der landwirtschaftlichen Produktion (Nakamura 1981: 267–268). Die Konzentration der Nachfrage in den städtischen Ballungszentren war enorm: Verglichen mit den europäischen Städten des 17. Jahrhunderts waren japanische Metropolen in der Sengoku- und Edo-Zeit wesentlich größer. Hamburg zählte 1619 gut 40.000 Einwohner und galt als größte Stadt Deutschlands (Michalski 2010: 125), doch Osaka und Edo waren jeweils mindestens zehn Mal so groß. Weitere notwendige Bedingungen zur Herausbildung einer Art „japanischer Hochfinanz aus der Unterprivilegiertheit“ waren wie im Oberitalien und Süddeutschland des Spätmittelalters (Fryde und Strome 1999: 28) „bankennahe“ Tätigkeitsfelder wie Geldwechsler, Gold- und Silberschmiede und ähnliche Berufsgruppen.

Die zunehmende Marktproduktion ließ in den ländlichen Gebieten im Einzugsbereich der Städte also eine stetig wachsende Schicht reicher Bauern entstehen, die ihre Gewinne aus der Agrarproduktion nutzte, um in nicht-landwirtschaftliche Geschäfts- und Unternehmensbereiche zu investieren. Dazu zählten neben weiterem Landerwerb – wo die Lehensregeln dies zuließen – die Lagerhaltung, die Gründung von Manufakturen, zum Beispiel Webereien, von Sake-Brauereien und ähnlichem. So entstanden Unternehmen mit wohlhabender bäuerlicher Basis – aber auch arme Pächter erweiterten ihre Einnahmequellen durch Matten-Weben, Holzarbeiten und Übernahme weiterer Produktionsprozesse für den Markt. Allen Unternehmern war eine unternehmerische Risikobereitschaft gemein. Sie standen vor Fragen der Unsicherheit, ob neue Produkte am Markt attraktiv waren, sie gingen als Händler finanzielle Risiken beim Auffinden von Produzenten und dem Aufbau von Marktnetzwerken in den Städten ein – im heutigen Sprachgebrauch: Produktentwicklung und Marketing – und sie mussten dazu ständig einen Interessenausgleich mit den Herrschaftseliten herstellen.

Zu warnen ist vor einer Überbewertung der staatlichen Rolle bei Unternehmensgründungen in der Meiji-Zeit. Auch die frühe Rolle der *zaibatsu*, der staatlich gestützten Unternehmenskonglomerate, sollte nicht überschätzt werden. Die Politik des Meiji-Staates konzentrierte sich auf Anschubinvestitionen in den strategischen Bereichen der Schwerindustrie, beispielsweise Eisen, Stahl, Werften oder auch Verkehrsplanung sowie auf finanzpolitische Maßnahmen in Form von Krediten und Devisenallokation. Es gab jedoch kaum Investitionen in der Leichtindustrie wie Textilverarbeitung oder Verbrauchsgüter. In diesen Bereichen, in denen sich vor allem traditionelle Privatinitiative fand, war die Wertschöpfung höher als in der Schwerindustrie. Entscheidender für die wachsende Zahl

von Unternehmensgründungen waren folgende Faktoren: Erstens, die inländischen Sparraten zur Kapitalakkumulation stiegen an. Zweitens, das Wirtschaftswachstum war investitionsgestützt, nicht exportgestützt; das gilt mit Ausnahme von Exportbereichen wie Porzellan, Seide oder Schwertern. Drittens, eine schnell steigende Produktivität. Unter dem Schlagwort *Economy of scale* fand eine Reduzierung der relativen Produktionskosten, bei gleichzeitigem Marktwachstum und Nachfrageanstieg statt. Viertens, die Einzelhaushalte nahmen hohe Investitionen in Erziehung und Ausbildung vor (*social capability*). Fünftens, auf der Unternehmensebene wurden interne Arbeitsmärkte geschaffen und die Bindung zwischen Unternehmen und Arbeitern ausgebaut. Infolgedessen setzte eine kontinuierliche Verbesserung der Anpassungsbereitschaft an hohe Technologiesprünge, steigende Flexibilität, und Intensivierung von *social capability* ein. Sechstens, erst dann wurde auf der Regierungsebene eingegriffen: Japans Industriepolitik zielte auf eine Reduzierung der Beschaffungskosten ausländischer Technologien vor allem bei strategischen Industrien und auf unterstützende Stärkung der *social capability* ab.

In zwei zentralen Geschäftsfeldern bildeten sich in Japan besonders deutlich frühe unternehmerische Initiativen heraus: In der Sake-Brauerei und – trotz aller Risiken für die japanischen Unternehmer – im Kreditwesen, also im Verleih und Geldwechsel zwischen den Lehen. Ein Zitat von Mitsui Takafusa, einem Nachkommen der Gründerfamilie des berühmten gleichnamigen Konzerns, mag die damaligen Risiken unterstreichen:

The business of lending to daimyo is like gambling [...]. If in lending to daimyo the dealings go according to contract, certainly there is no better business. It does not require a large staff. With one account book and one pair of scales<sup>5</sup> the thing is settled. This is really genuinely making money while you sleep. As the saying goes, however, ‚for every profit there is a loss.‘ Such a fine business as this is liable to turn out very badly in the end. Consider well that you should never rely on lending to daimyo. (Crawcour 1962)

Für die urbanen Ballungszentren Japans im späten 17. und frühen 18. Jahrhundert drängt sich bei der gesamtökonomischen Bedeutung des Sake-Brauens ein Vergleich mit dem ökonomischen Stellenwert des Bierbrauens in der Hansezeit auf – also beispielsweise zwischen den Wirtschaftszentren Osaka und Hamburg.<sup>6</sup> Eine ganze Reihe von „modernen“ japanischen Unternehmensgründern im 18. Jahrhundert zählte Sake-Brauer zu ihren Vorfahren, nicht wenige von ihnen wechselten später in den Finanzsektor

---

<sup>5</sup> Gemeint ist hier die berühmte „Goldwaage“.

<sup>6</sup> Hamburg galt als „Bierhaus der Hanse“, Köln als „Weinhaus“.

(Morris-Suzuki 1994: 49–51). Die marktorientierte Herstellung von Sake und auch von Sojasauce war eine Schlüsseltechnologie, die weitere hochdifferenzierte frühe Technologien und Dienstleistungen an sich band beziehungsweise erst anstieß – nicht zuletzt die Herstellung von Fässern, neben Kisten, den „Containern des Mittelalters“. Das Böttchergewerbe hatte weit über den Abnehmerbereich der Brauereien hinaus wirtschaftliche Bedeutung: Hamburger Fässer und Dauben (gebogene Fassbretter) wurden im 15. Jahrhundert als Vorprodukt für Verpackungsmittel anderer Waren bis nach Brügge und Spanien gehandelt (Michalski 2010: 90). In Japan stieß das Sake-Brauen die Entwicklung und Verwaltung von Lagerkapazitäten für Rohstoffe und Fertigprodukte sowie sämtliche Teilbereiche des Handels mit Sake, Sojasauce und anderen *spin-off* Produkten dieser Fertigung an. Osaka und Hamburg sind aber auch Beispiele für Wirtschaftserfolg durch Diversifizierung, denn beide Städte entwickelten konsequent neben dem Handel die gewerbliche Wirtschaft weiter.

Die Industriepolitik der Meiji-Regierung konzentrierte sich im wesentlichen auf die Regionen um Osaka und Tokyo, wo schon länger eine enge Kooperation zwischen den *seishō* [Kaufleute mit „politischen“ Verbindungen] und der Regierung bestand, während etwa die Region um Nagoya ihre wirtschaftliche Entwicklung vor allem auf lokale beziehungsweise regionale unternehmerische Innovation stützte und auf traditionelle Unternehmensstrukturen aufbaute und dabei weitgehend auf Unterstützung der Meiji-Regierung verzichten musste. Zu nennen wären hier als Beispiele innovativer Unternehmen ohne politischen Rückhalt in der Gründungsphase, also mit verschärftem unternehmerischen Risiko, die Vorläufer der heute in der Präfektur Shizuoka ansässigen Unternehmen Honda, Suzuki, Yamaha und Kawai (Okabe 2003). Die Familie Morita (heute: Sony) bietet ein besonders charakteristisches Beispiel: Die Moritas brauten seit 1665 Sake, produzierten Sojasauce und Miso und führten eines der größten Unternehmen der Region. Morita Akio sollte der 15. Familienchef des Unternehmens werden, doch er entschied sich 1946 für die Elektroindustrie. Sein jüngerer Bruder übernahm die Firma und expandierte später in Nahrungsmittelvertrieb und Supermärkte (Okabe 2003).

### 3 STANDESORGANISATION ALS MODERNISIERUNGHEMNMNIS

Unternehmerische Initiative als ein Modernisierungsmotor setzte in Japan – wie gegen Ende des Mittelalters in Europa – auch die Überwindung des *za-* [Zunft-]Systems der Handwerker sowie der Gilden-Organisationen (*kabunakama*) der Kaufleute als elementare notwendige Bedingung

voraus: Wie in Europa waren auch in Japan die Fachverbände hoch spezialisierter Handwerker und Kaufleute als Organisationen privilegierter Berufsgruppen zur Steuerung beziehungsweise Verhinderung von Konkurrenz der Handwerker und Kaufleute untereinander, aber auch gegen von außen zugewanderte oder in anderen Lehensgebieten entstehende Konkurrenten sowie zur Sicherung ertrotzter Monopole geschaffen worden. Mit diesem Argument hatten viele Daimyo die Gründung solcher Ständevertretungen gefördert oder sogar selbst angeordnet. Die *za* und *kabunakama* fungierten somit als interne Steuerungsorgane zur Verhinderung von freiem Wettbewerb; dazu zählte auch die gezielte Unterbindung, ja das Verbot von technischer Innovation (Morris-Suzuki 1994: 20). Nach außen waren sie Verbindungsorgan zur politischen Elite, wobei sie – anders als Zünfte und Gilden im Europa des Mittelalters – so gut wie keinen Verhandlungsspielraum besaßen. Während im europäischen Mittelalter Gilden, Zünfte und städtische Patrizier notfalls auch in militärischen Konflikten ihre Rechte gegen den Adel und untereinander durchsetzten und verteidigten, waren Handwerker und Kaufleute in Japan in der frühen „Modernisierungsphase“ dem Gewaltmonopol des Samurai-Standes wehrlos ausgeliefert. Kurz gesagt: Eine weitere notwendige Bedingung der Modernisierung durch Unternehmer war die zunehmende Gewerbefreiheit.

#### 4 VOR- UND FRÜHFORMEN UNTERNEHMERISCHER MODERNISIERUNGSINITIATIVEN

Die Sengoku-Ära der blutigen Bürgerkriege wie auch die Edo-Zeit mit dem *pax Tokugawa* waren beide wirtschaftliche Transformationsperioden unter historisch durchaus unterschiedlichen Rahmenbedingungen, gekennzeichnet durch die erwähnte *notwendige* Bedingung eines schnellen Wandels von der lokal begrenzten Subsistenzwirtschaft zur überregionalen Marktökonomie. Nicht einmal die Bürgerkriege des 16. Jahrhunderts und die nach außen ideologisch begründete starre Gesellschaftshierarchie der Edo-Zeit mit ihrer Diskriminierung der „unproduktiven Stände“ der Kaufleute konnten diese Entwicklung verhindern. Es hat in diesen beiden Epochen der japanischen Wirtschaft und im „politischen Raum“ – selbst unter den restriktiven konfuzianischen Schichtengrenzen der „vier Klassen“<sup>7</sup> – unternehmerische Gestaltungsmöglichkeiten gege-

---

<sup>7</sup> In der Reihenfolge ihrer Stellung innerhalb der Gesellschaft: Samurai, Bauern, Handwerker und Kaufleute (jap.: *bushi*, *nōmin*, *shokunin*, *shōnin*, in der gängigen Abkürzung: *shi-nō-kō-shō*).

ben, die ein rigides feudalistisches System streng genommen nicht bieten durfte, die aber durch die Interessenkonvergenz bzw. Interessenkongruenz von Teileliten der politischen Oberschicht mit denen von Handwerkern als Träger technologischer Entwicklung und von Kaufleuten als Markt-Akteure und Finanziers ökonomisch logisch waren. In ihrem unstillbaren Geldhunger zwang die Tokugawa-Regierung (*bakufu*) die Daimyo und ihre niederen Samurai dazu, die Bauern immer weiter auszupressen – und damit Aufstände zu riskieren – sowie die Kaufleute zu immer neuen Zwangsanleihen (*goyōkin*). Nur durch gezielte Insolvenzen konnten die Kaufleute solchen Erpressungen entgehen, allerdings kamen solche Extremmaßnahmen selten vor: Daimyo und Samurai taten alles, um ihre Schulden zu bedienen, denn Zahlungsverzug hätte weitere Anleihen verhindert: Die Kaufleute reagierten auf Zahlungsverzug mit solidarischer Kreditverweigerung. Kaufleute und feudale Eliten profitierten letztlich gemeinsam von dem bestehenden System, „revolutionär“ war die kommerzielle Elite Japans keinesfalls (Norman und Woods 2000: 51).

Unternehmerisches Handeln in Japan erfuhr bereits im 16. Jahrhundert – nach Hideyoshis Korea-Feldzügen – einen starken Schub, als in China die Ming-Dynastie zusammenbrach und dadurch die Porzellanexporte nach Europa und in den persisch-arabischen Raum zeitweise unterbrochen wurden. In diese „Versorgungslücke“ stieß ein Interessenbündnis aus koreanischen Porzellanspezialisten (die teils gezwungenermaßen, teils unter konsequenter Vorteilsnutzung nach Japan umgesiedelt waren), japanischen Kaufleuten und als Fernhandelsunternehmen der Niederländisch-Ostindischen Kompanie (VOC) mit ihren Niederlassungen in Nagasaki und Hirado; in geringerem Maße später auch der British East India Company, ebenfalls in Hirado. Technisches Know-how der koreanischen Porzellanhersteller, japanische Kaufleute als Handelsunternehmer und Finanziers und europäische bzw. seit dem 17. Jahrhundert auch chinesische Außenhändler als Weltmarktakteure fanden zueinander zwecks Optimierung ihrer jeweils eigenen Interessenwahrnehmung. Die Ostindienkompanien, allen voran die VOC, bildeten hier ein Scharnier zwischen dem Regionalhandel und dem Fernhandel zwischen Asien und Europa, wobei sie teilweise auch vom innerasiatischen Handel profitierten, so zum Beispiel im Fall von China und Japan (Nagel 2007: 13). Der Fernhandel zwischen China, Japan und europäischen Ländern erreichte im 17. Jahrhundert beträchtlichen Umfang. Schon im 16. Jahrhundert exportierten die Portugiesen von Macao aus chinesisches Porzellan, Seide und Gold nach Japan. Wagenaer, der deutsche Niederlassungsleiter der niederländischen Faktorei auf Deshima, notierte 1659, dass er in Imari 26.760 Stück Porzellan aus Hizen (Arita-Ware, beziehungsweise so genannte

Imari-Ware) einkaufte; diese gingen größtenteils nach Europa, aber auch chinesische Abnehmer zeigten starkes Interesse (Volker 1971: 130–132). 1676 kaufte die VOC 30.000 Porzellan-Teetassen aus China und verfrachtete sie über Japan nach Persien, wo diese Porzellane heiß begehrt waren. Zwischenhändler waren japanische Kaufleute, die mit Kaufleuten in der britischen Faktorei Hirado eng kooperierten und ihre Geschäftspartner jeweils über die Ankunftsdaten chinesischer Handelsdschunken informierten (Lach und Van Kley 1993: 1880).

## 5 SOZIALE UND GEOGRAPHISCHE GRENZÜBERSCHREITUNGEN: FRÜHE UNTERNEHMERISCHE INITIATIVEN UND DER WEG ZUM NATIONALSTAAT

Mindestens in zwei Bereichen sozialer Grenzüberschreitungen wurden schon etwa zweihundert Jahre vor dem früher üblicherweise angenommenen Zeitraum des wirtschaftlichen Take-off in Japan – also in der Meiji-Zeit – die Grundlagen japanischen Unternehmertums gelegt: In der Überwindung der konfuzianischen Klassenschranken und in der pragmatischen Entwertung tradierter gesellschaftlicher Rollenmuster von Frauen und Männern. Die *bushi*-Familien ärmerer Samurai konnten sich schon im frühen 17. Jahrhundert ökonomischen Zwängen nicht mehr entziehen; sie mussten sich „nach unten“, das heißt den untergeordneten Ständen gegenüber öffnen. Dieser Statuswechsel war relativ einfach, solange die Tokugawa-Gesetzgebung die Statusschranken noch nicht verfestigt hatte. Es war aber auch später, in der Bakumatsu-Zeit (1853–1867), wieder verbreitet, dass sich Kaufleute in den Samurai-Stand einkauften oder unter finanziellem Druck adoptiert wurden. Große Unternehmen entstanden aus Samurai-Familien, zum Beispiel den Konoike, Sumitomo und Hirano. Ein gutes Beispiel bietet der Lebensweg des Schöpfers der Meiji-Verfassung, Itō Hirobumi (1841–1909): Seine Familie stammte ursprünglich aus dem Kaufmannsstand und kaufte sich in den Chōshu-Clan ein, das heißt Itō wurde durch Adoption zu einem Familienmitglied des Clans.

Heirat und Adoptionen in die wohlhabende Kaufmannsschicht wurden schon in der frühen Edo-Zeit immer häufiger; auch führte wirtschaftlicher Erfolg zum sozialen Aufstieg selbst niedrigster Gesellschaftsschichten. Von der vertikalen Schichtendurchlässigkeit zwischen Kaufleuten und Bauern zeugt die Biographie des aus einer Bauernfamilie stammenden Begründers der religiösen *Shingaku*-Lehre Ishida Baigan (1685–1744): Bevor er zum Reformator des Shintō wurde, gab ihn seine Familie mit elf Jahren in eine Kaufmannslehre, da er nicht der älteste Sohn, also nicht erbberichtigt war. Eine lange Lehrzeit wäre der einzige Weg zum Erfolg im kaufmännischen Geschäft gewesen; doch Baigan brach die Lehre ab und verbrachte wieder ei-

nige Jahre in seinem Heimatdorf bei Kyoto, um dann als mittlerer Kaufmannsangestellter (*chūnen*) ohne Karriereaussichten in die Stadt Kyoto zurückzukehren. Ishida wollte jedoch seinen neuen Shintō predigen und strebte keine Geschäftserfolge an. Vor und nach seiner täglichen Arbeit studierte er die chinesischen Klassiker; er musste also für einen Bauernsohn doch eine sehr gute Ausbildung genossen haben (Bellah 1985: 133–136).

Es ist darauf hingewiesen worden, dass in Japan paradoxerweise gerade die führenden Neudenker der konfuzianischen Orthodoxie wesentlich dazu beitrugen, dass nicht nur der „weise Herrscher“ durch konsequente Befolgung der konfuzianischen Lehren wirtschaftspolitische Reformen in Angriff nahm, sondern auch den scheinbar verachteten unteren Ständen der Handwerker und Kaufleute unverzichtbare Rollen in einem funktionierenden Staatswesen zufielen, wie auch die Eingangszitate zeigen. So entwickelte der Daimyo von Yonezawa unter dem Einfluss seines konfuzianischen Lehrers unternehmerische Qualitäten, indem er in seinem Lehen umfangreiche Strukturreformen durchsetzte und die Seidenproduktion im gesamten Herstellungszyklus sowie die Erzeugung von Lackwaren zum Entwicklungsziel erhob.<sup>8</sup> Konfuzianische Denker der Edo-Zeit hebelten die scheinbar unantastbare Vier-Klassen-Ordnung aus und unterstrichen die unverzichtbare Rolle der Kaufleute als Verteiler von Waren und Kapital. Die Handwerker wurden zu höchster Produktqualität bei Verzicht auf übermäßigen Profit aufgerufen und Betrug als Mittel der Gewinnmaximierung wurde scharf kritisiert.

## 6 UNTERNEHMERISCHER ERFOLG UND SOZIALER AUFSTIEG

Unter der Schirmherrschaft einiger Daimyo und unmittelbar unter der Aufsicht des *bakufu* war es sogar Entrepreneurs aus einer gesellschaftlichen Gruppe, die noch unterhalb – also *de facto* außerhalb – der vier Gruppen von Samurai, Bauern, Handwerkern und Kaufleuten lebten, möglich, unter Nutzung der genannten Bedingungen unternehmerisch tätig zu werden, ja Monopole aufzubauen: Die *eta*<sup>9</sup> als religiös und sozial geächtete Gesellschaftsgruppe nutzten ihre ökonomische Eingrenzung auf im buddhistischen Sinne „unreine“ Berufsfelder wie Gerberei, Lederverarbeitung,

---

<sup>8</sup> Der Daimyo von Yonezawa, Uesugi Harunori, verpflichtete alle Bauern, Lackbäume anzupflanzen und Seidenraupen zu züchten. Die Stipendien seiner Samurai wurden halbiert (Bellah 1985: 112).

<sup>9</sup> Neben den *eta* waren die *hinin* [Nichtmenschen] beispielsweise als fahrende Schauspieltruppen oder Gaukler, in der Prostitution oder auch als Bettler tätig. Im Gegensatz zu den *eta* war dieser Status nicht erblich (Jansen 2000: 123).

Schuhwerk oder Bambusverarbeitung dazu, Monopole zu begründen, die von den Daimyo nicht nur geduldet, sondern sogar gefördert wurden. So bauten in der Umgebung Kyotos im 18. Jahrhundert *eta*-Unternehmer Fertigungs- und Vertriebsmonopole für Hanfsandalen auf. Ein einzelner *eta*-Unternehmer sicherte sich um 1847 in der Kantō-Region das Handelsmonopol für Lederwaren als Alleinlieferant an das Militäramt des *bakufu*. Alle Ledererzeugnisse mussten über seine vier Vertriebslager verkauft werden; Zuwiderhandlungen konnten sogar mit der Todesstrafe geahndet werden. Er belieferte auch den Ledermarkt von Osaka und die meisten Daimyo in den *jōkamachi*, den Burgstädten (Neary 1989: 19, 24).

Verglichen mit den begrenzten Aufstiegschancen verachteter *eta* waren die Möglichkeiten zum Statuswechsel für die etablierten Kaufleute innerhalb wie außerhalb der urbanen Zentren Edo, Osaka und Kyoto noch erheblich größer. Für das Lehen (*koku*) Tosa (der heutigen Präfektur Kōchi auf der Insel Shikoku) konnte gezeigt werden, dass durch wirtschaftliche Erfolge aus unternehmerischen Aktivitäten in Seehandel und Küstenschifffahrt, Sake-Brauen, Geldgeschäften und Monopolerzeugnissen (etwa von getrocknetem Thunfisch, dem *katsuobushi*) sozialer Aufstieg möglich wurde: Die Kaufmannsfamilie Komeya aus Tano durfte einen Familiennamen annehmen, das Oberhaupt Schwerter als Rangzeichen tragen, und der Daimyo gewährte großzügig Audienzen; die Familie stellte auch stets den Ortsvorsteher (*shōya*) von Tano. Gegen den Widerwillen des Daimyo setzten die Kaufleute aus Tosa durch, dass mit Hilfe abgeworbener Spezialisten die Indigo-Produktion, eigentlich ein Monopol des Nachbarlehens Awa, auch in Tosa aufgenommen wurde. Der Daimyo unterstützte dann aber tatkräftig den neuen Wirtschaftszweig durch Kapital, Verwaltungsorganisationen und Rechtsmittel wie Grenzkontrollen, Einfuhrbeschränkungen oder Sonderzölle. Über die Ebene der Lehen hinaus gab es in der Frühphase der Meiji-Modernisierungen enge Verflechtungen zwischen Kaufleuten mit politischen Verbindungen (*seishō*) (Crawcour 1974: 121) und der Regierung, die durch frühe Anwendung von Verwaltungsleitlinien<sup>10</sup> (*gyōsei shidō*) mit Importbeschränkungen, Kredit- und De-

<sup>10</sup> Die „Verwaltungsleitlinien“ (*administrative guidances*) hatten ihren Ursprung in der Kriegswirtschaft seit 1942 und dienten später dem MITI (Ministry of International Trade and Industry, Tsūshōsangyō-shō) während der japanischen Wirtschaftswunderphase zwischen 1955 und 1990 als Steuerungsinstrument z.B. für Devisen-, Ressourcenallokation, Forschungsstrategien, staatlich forcierte Unternehmenskooperationen und nicht zuletzt auch zum Aufbau nicht-tarifärer Handelshemmnisse (NTB). Grundlage war die enge Verflechtung zwischen Staatsbürokratie, Wirtschaft und Politik. Beispielhaft für zahlreiche Publikationen sei hier auf Nakamura (2000: 18–19) verwiesen. Diese Leitlinien der Regierung an Akteure der Wirtschaft wurden in den 1970er Jahren von den USA heftig kritisiert.

visenallokation, Subventionen etc. private Investitionsentscheidungen beeinflusste und damit ausgewählte Unternehmen förderte – allen voran das Haus Mitsui, das sich früh auf die Seite der ersten Kaiserstreuen und Gegner des *bakufu* gestellt hatte. Voraussetzung für ein solches Bündnis zum gegenseitigen Nutzen aber waren Strukturreformen (eben: Grenzüberschreitungen), die deutlich vor der Meiji-Epoche lagen – kurz: die abgeschlossene Herausbildung eines innovativen Unternehmertums.

#### 7 WIRTSCHAFTLICHE GRENZÜBERSCHREITUNGEN: REGIONALER MERKANTILISMUS UND FRÜHE NATIONALSTAATSIDEEN

Die erfahrbare Welt aller vier konfuzianischen Stände in der frühen japanischen Neuzeit, nach dem Ende der Bürgerkriege im 16. Jahrhundert, beschränkte sich auf Dorf und Stadt als Wohn- und Arbeitsort. Diese begrenzte Welt konnte jedoch in Teilen ausgeweitet werden und umfasste dann das gesamte Lehen (*koku*). In diesem Prozess taucht ein Schlüsselbegriff auf, der viel später von der Meiji-Regierung nationalstaatlich instrumentalisiert wurde: *kokueki* [Nutzen für das Lehen]. Mitte des 17. Jahrhunderts bezeichnet der Begriff die „Interessen, den Wohlstand des Landes“, das heißt des engeren erfahrbaren geographischen Umfeldes, also des „Lehens“. Unter den ca. 230 *koku*, die es Mitte des 18. Jahrhunderts in Japan gab, herrschte bereits ein harter, teils erbitterter Wettbewerb bei Technologien, Kommunikations- und Transportmitteln sowie Märkten und Finanzierungsressourcen. Japanische Unternehmer waren schon in dieser Frühzeit grenzüberschreitenden Wirtschaftens – das heißt, über die Lehensgrenzen hinausgreifend – an Konkurrenz gewöhnt und konnten sich später schnell und flexibel auf multinationale Konkurrenzsituationen einstellen. *De facto* waren nicht wenige japanische Entrepreneurs bereits weit vor der Meiji-Zeit in echte internationale Geschäftsbeziehungen eingebunden, wenn auch die *sakoku*- [Abschließungs-] Politik der Tokugawa diesen Beziehungen enge Grenzen setzte. Verschärfte regionale Wirtschaftsprobleme zwangen viele Lehen zu ökonomischen Maßnahmen, die in der Folge zu den oben erwähnten Grenzverletzungen und Tabubrüchen führten: Ideologisch „unterfüttert“ mit der Betonung des *kokueki* – vielleicht als früher „Lokalpatriotismus“ zu lesen? – weiteten frühe japanische Unternehmer ihre Aktivitäten regional so weit aus, dass sie faktisch das Wertesystem der Tokugawa-Regierung insgesamt aushöhlten. Bezeichnenderweise waren es Kaufleute, die das Konzept des „Nutzens für das Lehen“ in Petitionen an die politische Führung entwarfen, und nicht die Samurai als „Beamte“ der Lehensverwaltung (Roberts 1998: 1–2).

Die Geschichte von Unternehmen in der Modernisierung Japans ist eine Geschichte der Gleichzeitigkeit: Die erfolgreiche Übernahme westlicher Unternehmensformen fiel zusammen mit einem tief greifenden politischen Umschwung in Japan. Diese Umstrukturierung konnte jedoch nur gelingen, weil die unternehmerischen Grundlagen bereits im 16. und 17. Jahrhundert gelegt waren. Industrielle Revolution und politische Restrukturierungen führten in Großbritannien und Frankreich, vor allem aber in den USA neue politische Eliten an die Macht. In Deutschland gab es hingegen einen Sonderweg, der dem japanischen ähnelte. Die landbesitzende Herrschaftselite Deutschlands – die sprichwörtlichen ostelbischen Junker – stellten zu einem großen Teil auch die Eliten in Verwaltung und Offizierskorps. Dem zunehmend wohlhabenden und wirtschaftlich weit einflussreicheren Großbürgertum blieb jedoch aus verschiedenen Gründen der ungehinderte Zugang zu dieser Elite verwehrt. Standesdünkel als Modernisierungshemmnis hat schon der Industrielle Shibusawa Eiichi (1840–1931) beklagt:

There was a tradition of respecting officials and despising common people. All talented men looked to government services as the ultimate goal in their lives [...]. In practice however, those who engaged in commerce and industry were regarded as plain townspeople as before, and were despised and had to remain subservient to government officials [...]. A rigid class structure should not be tolerated [...]. We needed commerce and industry to attain the goal of becoming a rich nation. (Shibusawa, zitiert nach Lu 1997: 354–355)

Shibusawa selbst arbeitete im Dienst des Shizuoka-*han*,<sup>11</sup> initiierte nach seiner Rückkehr aus Paris 1869 ein Daimyat-Unternehmen mit Geldern aus dem *han* und wurde zum Schöpfer des japanischen Bankensystems, einschließlich seiner Nationalbank.

---

<sup>11</sup> 1871 wurde mit der Initiative *haihan-chiken* die noch heute gängige Landesaufteilung in Präfekturen (*ken*) geschaffen und die bis dato gültige Teilungseinheit der Daimyate (*han*) aufgegeben.

8 PRAGMATISCHES TAGESGESCHÄFT VERSUS RELIGIÖS-PHILOSOPHISCHE  
FIKTION: DIE HÄUFIG UNTERSCHÄTZTE ROLLE VON FRAUEN IM  
„VORMODERNEN“ GESCHÄFTSLEBEN<sup>12</sup>

Kanonisch verfestigte konfuzianische Traditionen und vorangehende buddhistische Lehren von der Unmöglichkeit für Frauen, den Zugang zum Nirwana zu erlangen, prägten einige Jahrhunderte lang die gesellschaftliche Rollenzuweisung und das Werturteil über selbständig geschäftlich tätige Frauen, obwohl in der sozio-ökonomischen Realität die unverzichtbare Funktion von Frauen für das Überleben des Familienverbandes (*ie*) in der japanischen Gesamtgesellschaft ebenso lange nachweisbar war. Das galt nicht nur für die selbstverständliche Beteiligung von Frauen in der landwirtschaftlichen Produktion, anfangs in der Subsistenzwirtschaft, spätestens seit Mitte der Edo-Zeit aber auch in der Marktproduktion. Auch in der Samurai-Klasse und in der Kaufmannsschicht spielten Frauen Schlüsselrollen, doch diese Rolle der Frauen war ideologisch „begraben“ im männlich dominierten System innerhalb des *ie*-Verbandes. In der chinesischen Tradition, die nachhaltige Wirkung auf die japanische Wahrnehmung weiblicher Rollen hatte, waren Frauen oft die dämonischen „state toppers“ (Mann 2005: 47) und auch in Japan erschienen Frauen dann häufig entweder als finstere Machtungeheuer oder idealisiert als selbstlos Liebende. Die wirklichen Helden waren stets Männer, man denke an die höchst widersprüchliche Darstellung Hōjō Masakos (1156–1225) in Geschichtsschreibung und Dichtung, verglichen mit der schwärmerischen Verehrung für die Geliebte von Minamoto no Yoshitune, etwa im Kabuki (Pohl 2010: 22).

Je stärker der Buddhismus in Form der verbreiteten *Jōdō shinshū*-Lehre<sup>13</sup> in den unteren Bevölkerungsschichten Fuß fasste, desto mehr musste er sich im Gegensatz zum weltflüchtigen Meditationsbuddhismus mit den Rollenaufgaben der Gläubigen im täglichen Leben auseinandersetzen und den religiösen Stellenwert gewerblicher Tätigkeit definieren. Der „zweite Gründer“ der *Jōdō shinshū*, Rennyo Shōnin (1415–1499), definierte den Broterwerb zwar als hinderlich auf dem Weg zur buddhistischen Erkenntnis, aber ebenso als unverzichtbar (Bellah 1985: 117). Habgier galt auch der *Jōdō shinshū* als Kardinalsünde, und das Gewinnstreben der Kaufleute wurde mit Habgier gleichgesetzt. Doch die *Jōdō shinshū*-Lehre öffnete sich auch den übel beleumdeten Kaufleuten, wenn sie ihre Gewin-

---

<sup>12</sup> Einige für die Fragestellung wichtige Titel sind in *Working bibliography on women in Tokugawa-Meiji Japan* aufgelistet, darunter auch Quellentexte (Kornicki 2012).

<sup>13</sup> Begründet von Shinran Shōnin (1173–1263); heute zweitgrößte Konfession des japanischen Buddhismus.

ne mit anderen teilten und damit zum Wohlstand aller beitrugen. Kaufleute nahmen dieses Angebot gern an, wie die hohe Zahl von buddhistischen Kaufleuten und *Jōdō shinshū*-Tempeln etwa in der Provinz Ōmi belegt. Die strebsamen und enthaltsamen Kaufleute der Provinz zogen durch das ganze Land, lebten aber meistens nicht in den großen urbanen Ballungszentren und widerstanden so aus Überzeugung den luxuriösen Versuchungen der „verdorbenen“ Städte (Bellah 1985: 20–22).

Bezahlte Arbeit für Frauen außerhalb der engeren, eigenen Familie war für die Haushaltsführung der (wohlhabenden) Samurai-Familien in Edo unverzichtbar; diese weiblichen Arbeitskräfte kamen aus den umliegenden Dörfern in die Metropole. Auch Töchter wohlhabender, privilegierter Bauern (*gonō*) nahmen solche Stellen an, um zum materiellen Auskommen der Familie beizutragen, aber auch um weitere Ausbildung in Hauswirtschaft zu erhalten (Yabuta 2000: 4). Die enorme Bedeutung weiblicher Erwerbstätigkeit in den wirtschaftlichen Gravitationszentren der Edo-Zeit wird unterstrichen durch die Tatsache, dass dort ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis herrschte, wo es – gemessen an den verfügbaren Gesamtzahlen des *sex-selective infanticide* als „Indiz“ – Arbeitsmöglichkeiten für Frauen außerhalb der Familie gab, nämlich im nicht-landwirtschaftlichen, gewerblichen Sektor sowie im Tertiärsektor. Die Arbeit außerhalb des engeren Familienumfelds wurde geradezu Teil des festen Erziehungskanons für junge Bauersfrauen: Sie arbeiteten vor der Ehe sehr häufig für einige Jahre als Hausangestellte, nach Beginn der Industrialisierung auch als Fabrikarbeiterinnen (*dekasegi*) (Mann 2005: 58). Im Wohn- und Lebensumfeld der Familie waren die traditionellen Aufgabenbereiche weiblicher Arbeit im *produktiven* Bereich – dem Erwerb von Zusatzeinkommen oder der Feldarbeit – untrennbar verwoben mit den Aufgaben im *reproduktiven* Bereich, das heißt Geburt, Kindererziehung, Vorratshaltung und Kochen. Gerade diese Nähe führte zu selbstverständlichen Überschneidungen „weiblicher“ und „männlicher“ Aufgabenbereiche – allein dieses Faktum sicherte die Überlebenschance eines Haushalts oder einer Familie in der vorindustriellen Edo-Zeit. Konfuzianisch begründete, strikte Rollenteilungen zwischen Frauen und Männern waren in der Tagesrealität nicht umsetzbar (Uno 1991: 25). Bei der Bewahrung, Weitergabe und auch in der Weiterentwicklung von Technologie spielte der Familienverband im hierarchischen System der Edo-Zeit eine Schlüsselrolle. Technologisches Familienwissen wurde vom Vater auf den (ältesten) Sohn weitergegeben; Töchter blieben von diesem Wissenstransfer meist ausgeschlossen, da sie durch Heirat in eine andere Familie möglicherweise wertvolles Wissen preisgegeben hätten (Morris-Suzuki 1994: 19). Galt diese Regelung vor allem in den Oberschichten und bei handwerklichen Spezialberufen, so waren Frauen und Töchter spätestens seit

Ende der Edo-Zeit im allgemeinen Handwerk und im Handel längst gleichberechtigt, da ihr Beitrag zur Sicherung des Familienwohlstands unverzichtbar war.

Hier rückt das Haus Mitsui als Beispiel ins Blickfeld: Die offizielle Haus- und Firmengeschichte (*kadenki*) der Mitsui erwähnt an herausragender Stelle ausdrücklich zwei Frauen: Shuhō, Mutter des Gründers Mitsui Takatoshi (posthum Sōju, 1622–1694) und Jusan, die Ehefrau von Sōju. Shuhō musste das Unternehmen führen, da Sōju beim Tod seines Vaters erst acht Jahre alt war. Shuhō war damals etwas über 30 Jahre alt. Sie muss ca. 1590 geboren worden sein und wurde 87 Jahre alt. Sōjus Vater Mitsui Sokubei war Kaufmann aus Matsusaka. Sein Großvater trug den Titel Echigo-no-kami und war Burgvogt eines Schlosses – ein weiteres Indiz dafür, dass zu Ende der Sengoku-Zeit die Standesgrenzen verschwommen waren. Die Familiengeschäfte unter Shuhō umfassten Pfandleihe, Miso-Erzeugung, Sake-Brauerei und Sake-Handel. Shuhō war unternehmerisch so erfolgreich, dass sie im *kadenki* der Mitsui ausdrücklich als Herrin Echigo, die Sake-Händlerin, bezeichnet wird. Sōju baute das Familienvermögen weiter aus: Auf Anordnung seiner Mutter ging er nach Edo und half seinem Bruder im dortigen Geschäft. Bald weitete Mitsui die Geschäftsfelder aus: Man stieg in den Stoffhandel erst in Matsusaka ein; später betrieben die Mitsui beziehungsweise Echigoya auch das Geldwechselgeschäft.

Der Sohn Sōjus, Sōin, erwähnt in seinen Erinnerungen, dass er und sein älterer Bruder Jōtei sowie sein jüngster Bruder Saburōbei „Kaufleute waren, deren Geschäfte das ganze Land überspannten, und das vollbrachten sie, weil sie Fleisch und Blut Shuhōs waren [...]. Shuhō war die Ahnherrin der Familiengeschäfte Mitsuis“. Sōju selbst schrieb, Mann und Frau gemeinsam seien die Götter von Wohlstand und Reichtum. Das war sicher nicht im Sinne des erzieherischen Traktats *Onna daigaku*<sup>14</sup>, obwohl gerade Shuhō im *kadenki* wie ein Muster an konfuzianischer Tugend erscheint – nur nicht mit ihrem Geschäftssinn. Im selben Buch betont Mitsui Takafusa (1684–1748) aber auch – ganz im Geist der Hausgesetze aller Handelsunternehmen –, dass der Kaufmann seinen Platz in der Gesellschaft kennen muss und nicht danach streben soll, ihn zu verlassen und nach oben zu gelangen. Extravaganz wie prunkvolle Kleidung, religiöse Stiftungen etc. würden zu seinem Untergang führen; wenn die Frauen der Kaufleute Lu-

---

<sup>14</sup> Auf Deutsch etwa „die Hohe Schule der Frauen“, ein einflussreiches Traktat zur Erziehung von Frauen, wohl verfasst vom konfuzianischen Gelehrten Kaibara Ekken (1630–1714), das sich die Unterordnung von Frauen unter den Mann und Gehorsam als höchste Tugend für Frauen auf die Fahnen schreibt (Jansen 2000: 196–198).

xus zur Schau stellten, könnten sie weder das Haus noch das Geschäft führen. Das wäre so, als ob die Henne krähte, um die Tageszeit zu verkünden (Crawcour 1962).

In seiner Gründungsphase wurde auch das einst weltgrößte Wertpapier- und Brokerhaus Nomura nur durch eine willensstarke und tatkräftige Frau vor einem frühen Ruin bewahrt. In seiner Autobiographie schrieb der Sohn des Firmengründers, dass Wechselgeschäft und Börsentätigkeit seines Vaters Nomura Tokushichi durch dessen zunehmende Trunksucht gefährdet wurden und nur die Geschäftsführung seiner Ehefrau, der Mutter des späteren *zaibatsu*-Gründers Nomura Tokushichi II (1878–1945) die Firma rettete; von ihr lernte er auch „alles, was sein Vater ihm hätte beibringen sollen“ (Alletzhäuser 1990: 32).

## 9 UNTERNEHMEN UND STAAT – UND DICHTUNG

In der Sengoku-Zeit gab es eine ganze Reihe von Städten, deren Handwerker und Kaufleute sich mit Hilfe starker Gilden, der *za* und *kabunakama*, aufgrund ihrer wirtschaftlichen Bedeutung politisch einen gewissen Freiraum ertrotzten. Zu keinem Zeitpunkt aber erreichte der Einfluss der japanischen Kaufmannshäuser jener Epoche auch nur annähernd den Grad der „Monetarisierung von Politik“, wie sie italienische Kaufleute und die oberdeutsche Hochfinanz im 13. Jahrhundert bei den Kaiserwahlen erlangten (Fryde und Stomer 1999: 25–26). Die Kaufleute der Sengoku-Zeit zahlten zwar an regionale Adlige, Tempel und Klöster Abgaben, konnten sich aber in Jurisdiktion und Selbstverwaltung bis hin zur „Stadtregierung“ selbst steuern. Beispiele dafür sind Sakai, heute Teil von Osaka, oder Kuwana. Weder Oda Nobunaga (1534–1582) noch später Toyotomi Hideyoshi (1537–1598) tasteten anfangs Sakais Eigenständigkeit an und Sicherheitsgarantien für die „halbfreien“ Städte gab es durch alle Beteiligten des Sengoku-Krieges. Die Gründe hierfür lagen auf der Hand: Diese Städte bildeten unverzichtbare Zentren für Seehandel, Transport, Umschlag und Handel. Verkehrsknotenpunkte und Handelszentren genossen solche Sonderrollen, darunter Amagasaki, Tsukaguchi und Kuwana. Die Feudalherren profitierten von den Abgaben der Kaufleute und diese wiederum von den dadurch abgesicherten Privilegien. So ergab sich ein fast symbiotisches Verhältnis – es bestand kein Grund, die Selbstverwaltung der Städte und Kaufleute zu beenden, solange die Zersplitterung des Landes andauerte und jeder Daimyo das Maximum aus seiner Domäne herauspressen musste, um seinen Zahlungsverpflichtungen für Kriege, herrschaftliche Bauten oder Infrastrukturprojekte nachzukommen. Das Ende der Selbstverwaltung kam mit der Einigung unter Tokugawa

Ieyasu (1543–1616) – was blieb, war eine kollektive Erfahrung dieser Verwaltungsform.

Auch zwischen Kunst und Unternehmertum begannen bereits in der Sengoku-Zeit die Grenzen zu verschwimmen: Sen no Rikyū, der stilprägende Teemeister unter Toyotomi Hideyoshi, stammte aus einer Kaufmannsfamilie in Sakai. Spätestens mit Ihara Saikaku (1642–1693) fand die kommerzielle Tätigkeit von Kaufleuten ihren Weg zumindest in die Populärliteratur der Edo-Zeit, und selbst in der Haiku-Dichtung dieser Zeit tauchten Metaphern auf, die dem wirtschaftlichen Leben entnommen waren – zum Entsetzen der konservativen Haiku-Poeten. Das Bekleidungshaus Echigoya, das Mitsui angehörte, lieferte in einem Haiku des Dichters Takarai Kikaku (Stadtbürger von Edo, 1661–1707) eine Sommer-Metapher: Das Zerreißen von Seide beim Zuschnitt neuer Kleidung zum Jahreszeitenwechsel an Sommer- und Winteranfang symbolisierte hier den Sommer:

Echigoya ni  
Kinu saku oto ya  
Koromogae

Bei Echigoya  
Hört man schon die Seide reißen –  
Kleiderwechseltag

(Takarakai, übersetzt von May 1998: 59).

Erst in der späten Meiji-Zeit gab es auch den umgekehrten Weg aus der politischen Macht in das Unternehmertum. Ein herausragendes Beispiel hierfür war Shibusawa Eiichi. Geboren im Jahr 1840 war er ein „Kind der Meiji-Zeit“; er wurde zum Gründer der Dai-ichi Kangyo Bank und der ersten japanischen Nationalbank. In seiner (viel später diktieren) Autobiographie *Jijōden* nannte er seine Gründe, Geschäftsmann zu werden: Zorn über die fortbestehenden Ständedünkel eines verkrusteten Konfuzianismus unter dem Schlagwort *kanson minpi* [Ehre den Beamten, Verachtung dem Volk]. Eine Anstellung im Staatsdienst wurde hoch geschätzt, eine unternehmerische Tätigkeit hingegen überhaupt nicht. Die Meiji-Wende brachte keine Gleichheit der vier Klassen; Unternehmer wurden einerseits von den traditionellen Herrschaftseliten der Samurai noch immer als Kaufleute beziehungsweise rechtlose „Stadtmenschen“ (*chōnin*) betrachtet und waren weiter ihrer Verwaltungswillkür unterworfen. Hätte es andererseits in den unteren Ständen die Tokugawa-Tradition nicht gegeben, wäre dieser Konflikt möglicherweise verhängnisvoll verlaufen. So aber setzten anfangs Unternehmer die überkommenen Rollenmuster fort. Shibusawa wollte dies verändern – nicht als Minister – im

Jahr 1873 war er Finanzminister –, sondern als Geschäftsmann, als der er sich mehr Handlungsspielraum erhoffte. Sein Ziel war eine Abkehr von individuellen Unternehmen hin zu Korporationen („Inc.“). Er studierte Konfuzius und zog Lehren aus den *Analecten*, IV, 5:

Reichtum und Respekt streben alle Menschen an, aber nur wenn dem richtigen Weg gefolgt wird, sind sie zu erlangen. Menschen verachten Armut und niedrigen Stand, aber nur wenn der richtige Weg gefunden wird, kann man diesen Status verlassen, wenn er einmal erreicht ist. (Shibusawa 1994, zitiert nach Lu 1997: 355)

In unterschiedlichem Maße versuchten die großen *zaibatsu*, ihre Geschäftsinteressen mit denen des Staates in Einklang zu bringen. Die meisten *zaibatsu*-Gründer hatten ein ausgeprägtes Sendungsbewusstsein und verknüpften in der Meiji-Zeit die Zielsetzungen des Unternehmenshauses mit denen des jungen Staates, zu dessen ersten Geburtshelfern sie geworden waren: Mitsui und Sumitomo verbündeten sich früh mit den reformerischen Samurai, die gegen das *bakufu* opponierten. Trotz ihrer gesellschaftlichen Diskriminierung waren sich diese Unternehmensführer der Abhängigkeit der Samurai von Kaufleuten sehr bewusst. Beide Häuser arbeiteten zuvor eng mit der Shogunatsregierung zusammen und kontrollierten sie teilweise sogar, trotz der erdrückenden Zwangskredite des *goyōkin*. Demgegenüber betont die Chronik des Hauses Mitsui ausdrücklich, dass „die nötigen Kredite für die Finanzierung der Operationen der kaiserlichen Streitkräfte größtenteils vom Hause Mitsui stammten“ (Russel 1940).

#### 10 HAUSGESETZE FRÜHER UNTERNEHMEN: ZWISCHEN FORMALER SELBSTBESCHRÄNKUNG UND DISKRETER REGELVERLETZUNG

Nach dem Vorbild vieler Samurai-Familien gaben sich auch die großen Unternehmerfamilien eigene Hausgesetze (*kakun*), in denen auf knappem Raum allgemein die philosophischen Grundlagen geschäftlicher Tätigkeiten des Hauses, das bedingungslose Bekenntnis zur Loyalität zu den Herrschenden und allgemeine moralische Leitlinien festgehalten waren. Die Geldwirtschaft war aus Sicht konfuzianischer Gelehrter die Wurzel allen Übels einer, in diesem Fall der japanischen, Gesellschaft, und nicht wenige forderten die Rückkehr zum Reis als „Verkehrswährung“. Der häufig genug unvorsichtig zur Schau gestellte Reichtum der Kaufleute gefährdete immer wieder ihre Position, die ja letztlich von Rechtlosigkeit geprägt war. Deswegen betonten die Hausgesetze beständig den unbedingten Gehorsam den Gesetzen der Shogunatsregierung gegenüber,

vom Chef des Hauses bis hinunter zum Boten; bescheidenes, unauffälliges Auftreten war für die Kaufleute überlebenswichtig.

Die detaillierten rechtlichen Rahmenbedingungen der Geschäftsführung, der Gewinnteilung mit Zweigfamilien, Regeln für das Management des Hauses sowie von Nachfragefragen waren in einem zweiten Hausdokument festgehalten, dem *tensoku*. Alle *kakun* unterstreichen die überragende Bedeutung der Familie. Jedes Mitglied des Hauses ist verpflichtet, den guten Namen der Familie und damit des Unternehmens zu schützen und den gemeinsamen Wohlstand zu mehren. Deshalb warnen auch alle *kakun* eindringlich vor Prunksucht, Völlerei und lasterhaftem Lebenswandel (Bellah 1985: 123).

Aus der Rückschau ließe sich aus den Hausgesetzen eine Art „Familienschnittung“ ableiten, die auch nach Gründung von Aktiengesellschaften und anderen Kapitalgesellschaften die Anteile in Familienbesitz hielt.<sup>15</sup> So wurden noch Jahrhunderte später, bis in das 20. Jahrhundert hinein, feindliche Übernahmen verhindert. Erleichtert wurde diese Strategie durch die Tradition der Diversifizierung nach „Zweigfamilien“ der Unternehmenshäuser. Sie entstanden durch Heirat und/oder Adoption nach persönlicher Qualifikation, das heißt dem Nachweis geschäftlichen Erfolgs, weniger aber nach Grundsätzen der Blutsfamilie.<sup>16</sup> Diese Form der Erbfolge in Unternehmensführungen verhinderte auch eine Zersplitterung durch „betriebliche Flurteilung“, wie sie etwa in der europäischen Landwirtschaft weit verbreitet war. Auch in einem anderen Bereich ließen sich bis in die jüngste Zeit Traditionen des vormodernen Unternehmertums erkennen: Bis zum Ende des 20. Jahrhunderts erfolgten die weitaus meisten Kapitalerhöhungen, zum Beispiel für Investitionen, nicht als Emissionen an der Börse, sondern durch Bankkapital aus den „Familiensbanken“ der *zaibatsu* oder nach 1945 der *keiretsu* (Unternehmensverbände). In unmittelbarer Folge dieser Strukturen standen und stehen große Familien- und Unternehmensgeschichten, wie etwa die der Häuser Mitsui und Sumitomo.

Das Haus Mitsui wurde gegründet von Mitsui Takatoshi (posthum Sōju, 1622–1694), der früh vom Handel mit Seide und Kleidung durch Kompensationsgeschäfte in andere Geschäftsbereiche expandierte und diversifizierte. Mitsui bestand aus elf Gründungsclans, zwischen denen

---

<sup>15</sup> Allenfalls waren über *cross-shareholding* (Überkreuzbeteiligungen, zum Beispiel zwischen Kunde und Lieferant) eng verbundene Partnerunternehmen an den Anteilen beteiligt.

<sup>16</sup> Erwachsenenadoption in Unternehmerfamilien ist auch heute verbreitet, um die Familienkontrolle abzusichern – ein Phänomen, das einzigartig in Industriestaaten ist (*The Economist*, 01.12.2012: 56).

ein sorgfältig ausbalanciertes Machtgleichgewicht herrschte. Alle Clans waren im Management vertreten. Die Gründungsclans konnten laut Hausgesetz ihre Anteile nicht abziehen, während andere Familienzweige keine Besitzanteile erwerben konnten. Stimmrechte im Familienrat vererbten sich über den jeweils ältesten Sohn eines Gründungsclans. Jüngere Söhne erhielten Startkapital für ein eigenes Unternehmen oder wurden Manager im Stammhaus, mussten sich dafür aber durch erfolgreiche Arbeit in einer „Filiale“ bewähren. Kompetente Manager wurden durch Heirat mit Mitsui-Töchtern an das Unternehmen gebunden. Familienstreitigkeiten durften nicht vor ordentlichen (staatlichen) Gerichten ausgetragen werden, sondern wurden ebenso wie Eigentumsrechte, Heiraten, Scheidungen, Adoption und Erbschaften durch den Familienrat strikt geregelt. Charakteristisch für das Haus Mitsui war zum Ende der Edo-Zeit die fast diktatorische Position des „Topmanagers“ Minomura Rizaemon (1821–1877), der nicht zur Blutsfamilie gehörte.<sup>17</sup> Nur dank seiner guten Kontakte zum *bakufu* überlebte Mitsui einen Zwangskredit der Regierung durch Stundung und er setzte gegen den Widerstand der Familie und auch der Stadt Kyoto den Umzug des Hauses nach Edo durch. Formal lag die Unternehmensführung von Mitsui bei dem Clan-Chef, der stets den Namen Hachiroemon trug, *de facto* aber führte der Topmanager das Unternehmen (Hirschmeier 1964: 215–217). Er trennte sich vom traditionellen Bekleidungshaus Echigoya, als es Verluste machte, und ließ es als Mitsukoshi wieder aufblühen (Hirschmeier 1964: 216).

Das Haus Sumitomo dagegen begann wohl in Kyoto mit einer Kupferschmelze und war auch im Bergbau tätig. Später wurden die Unternehmen nach Osaka verlagert – beide hatten Hausgesetze mit einem „patriarchalischen“ Familienrat, also eine quasi-demokratische Führung, jedoch ohne Berücksichtigung der Teilnahme weiblicher Familienangehöriger. Sumitomo wurde gegründet, als Soga Tomomochi (1607–1662) von westlichen Kaufleuten in Osaka ein Kupferschmelzverfahren erlernte. Dieses Verfahren ermöglichte die Abscheidung von Silber, unter Umständen auch Gold und von Unreinheiten aus dem Kupfererz, wodurch eine höhere Ausbeute je Erztonne erreicht wurde. Das Verfahren war bis

---

<sup>17</sup> Minomura Rizaemon stammte wahrscheinlich aus Kyūshū, war Sohn eines *rōnin* [herrenloser Samurai] und verbrachte seine Jugend wohl in großer Armut. Er durchwanderte Japan und lernte schließlich in Edo bei einem Kaufmann. Seine Fähigkeiten brachten ihn zu Mitsui, wo er nicht zuletzt aufgrund seiner frühen Erfahrungen zu einem rücksichtslosen Modernisierer wurde. Ohne Familienbindung und Statusgefühl setzte er auf die neuen Kräfte der Restauration und sicherte Mitsui so den erfolgreichen Übergang von einem der ältesten Kaufmannshäuser Japans zu einem bahnbrechenden Zukunftsunternehmen der Meiji-Zeit (Hirschmeier 1964: 217).

Ende des 19. Jahrhunderts in Gebrauch. Vor diesem Verfahren hatte Mitsui Takafusa ausdrücklich gewarnt, da die Neben- und Folgekosten unkalkulierbar hoch seien. Die erste Kupferhütte Sumitomos entstand 1590, später folgte eine Niederlassung in Osaka für die Lizenzierung des Verfahrens an andere Unternehmen. Damit war die Kupferverhüttung praktisch in Osaka konzentriert. Das Kupfer wurde vermarktet unter der Firmenbezeichnung Sumitomo Izumiya. 1691 begann der Abbau von Kupfererz für das Shogunat in Besshi. Aus den Gewinnen des Kupfergeschäfts bildete man die Grundlage für die Finanzierung anderer Bereiche wie Textilien, Bekleidung, Zucker, Pharmazeutika und Geldwechsel. Die Kupferhütte in Besshi blieb bis 1973 in Betrieb (Morris-Suzuki 1994: 43).

Das Familiengesetz der Sumitomo wies in einigen Punkten deutliche Unterschiede zu dem der Mitsui auf: So enthielt es Verfahren zur Änderung der Regeln, die durch einen Konsens des Familienrates beschlossen werden konnten. Es gab auch keine Vorschriften über Erbschaften oder eine Garantie für die Familiendominanz. Dennoch blieb die Familienkontrolle bis zur Entflechtung des Sumitomo-*zaibatsu* 1945 in Kraft. Unterschiede zum Mitsui-Hausgesetz sind auffällig: Der Sumitomo-Präsident führte das Unternehmen nur symbolisch. Zwar gab er seine formale Zustimmung, doch erst nachdem der Familienrat zuvor alle wichtigen Entscheidungen getroffen hatte. Die Folge war, dass kein einzelner Familienzweig dominierte und niemand aus Unternehmensverbund ausscheiden wollte (Russell 1940).

## 11 VOR EINEM NEUEN „MODERNISIERUNGSSCHUB“?

Seit den Finanzkrisen des „verlorenen Jahrzehnts“ in den 1990er Jahren stehen japanische Unternehmen vor Herausforderungen, die in ihrer Tragweite den unternehmerischen Umwälzungen der Sengoku- und Edo-Zeit durchaus vergleichbar sind. Die japanische Unternehmenskultur – indirekt zumindest ein Erbe jener Epochen – muss auf einen Modernisierungsdruck reagieren, der durch Globalisierung aufgebaut wird. „Japanische“ Elemente der japanischen Unternehmen wie lebenslange Anstellung – die stets nur für ca. 30 Prozent der Beschäftigten zugänglich gewesen war –, das Senioritätsprinzip, Staffellentlohnung, Betriebs- und Unternehmensgewerkschaften etc. waren in den 1970er und 1980er Jahren in den USA (und auch in Europa) als Schlüssel japanischer Wirtschaftserfolge gefeiert worden. *Friendly take-overs*, geschweige denn *hostile take-overs* japanischer Unternehmen durch „westliche“ Unternehmen waren undenkbar, zumal selbst börsennotierte Unternehmen kaum größere Aktienpakete in den Handel brachten. Nur Manager, die in dem

Unternehmen oder in der Unternehmensgruppe ihren Weg nach oben gefunden hatten, konnten in die Vorstände aufrücken und Leitungspositionen übernehmen, das gleiche Prinzip galt für die Besetzung der Aufsichtsräte. Diese Situation befindet sich in einem langsamen, aber radikalen Umstrukturierungsprozess: Fusionen mit ausländischen Unternehmen und Mehrheitsbeteiligungen (das heißt Mehrheitsstimmrecht auf Aktionärsversammlungen) an japanischen Firmen durch westliche Unternehmen werden häufiger. An die Führungsspitze treten vereinzelt bereits westliche Topmanager, wie die Beispiele Carlos Ghosns an der Spitze von Nissan und Michael Woodfords, ehemaliger Präsident von Olympus, zeigen. Doch „kulturelle Reibungsverluste“ widersprüchlicher Führungs- und Entscheidungsprinzipien treten in dieser Übergangsphase offen zutage. Eine Umstrukturierung durch Globalisierung ist die neue Herausforderung. Japans Unternehmen werden ihre traditionellen Wertesysteme anpassen müssen, um sich weiter als transnationale Unternehmen zu profilieren – unternehmerische Modernisierung heute.

#### LITERATURVERZEICHNIS

- Alletzhauser, Al (1990): *The House of Nomura. The Rise to Power of the World's Most Powerful Company*. London: Bloomsbury Publishing.
- Bass, Hans H. (1999): Joseph A. Schumpeter (1883–1950). Innovation und schöpferische Zerstörung: der Unternehmer als Motor der Entwicklung. In: *E+Z – Entwicklung und Zusammenarbeit* 7/8 (Juli/August), S. 215–218.
- Bellah, Robert (1985): *Tokugawa Religion. The Cultural Roots of Modern Japan*. New York, London: The Free Press (2. Aufl.).
- Crawcour, Sydney (1974): The Tokugawa Period and Japan's Preparation for Modern Economic Growth. In: *The Journal of Japanese Studies* 1, 1 (Herbst), S. 113–125.
- Crawcour, Sydney (1962): *Some observations on merchants: a translation of Mitsui Takafusa's Chōnin kōken roku*. Transactions of the Asiatic Society of Japan, Series 3. Tokyo: Asiatic Society of Japan. [http://college.cengage.com/history/primary/sources/world/takafusa\\_observe\\_merchants.htm](http://college.cengage.com/history/primary/sources/world/takafusa_observe_merchants.htm) (Zugriff am 23.11.2012).
- De Bary, William Theodore *et al.* (2001): *Sources of Japanese Tradition*. Vol. 1: *From Earliest Times to 1600*. New York, NY: Columbia University Press (2. Aufl.).
- The Economist* (01.12.2012): Adult adoption in Japan. Keeping it in the family, S. 56.

- Fryde, Natalie M. und Wolfgang von Stromer (1999): Hochfinanz, Wirtschaft und Politik im Zeitalter der Kreuzzüge. In: Stromer, Wolfgang von (Hg.): *Venedig und die Weltwirtschaft um 1200*. Schriftenreihe des Deutschen Studienzentrums in Venedig, 7. Stuttgart: J. Thorbecke, S. 21–52.
- Hirschmeier, Johannes (1964): *The Origins of Entrepreneurship in Meiji Japan*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Horn, Karen (2000): Pioniergeist für die Marktwirtschaft. Zum 50. Todestag von Joseph Schumpeter. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (08.01.2000), nachgedruckt in: *Studien von Zeitfragen*, 34. Jg. Internet Ausgabe 2000. <http://www.jahrbuch2000.studien-von-zeitfragen.net/Mnemeion/Schumpeter/schumpeter.html> (Zugriff am 15.01.2012).
- Jansen, Marius B. (2000): *The Making of Modern Japan*. Cambridge, MA und London: The Belknap Press of Harvard University Press.
- Jones, Geoffrey und R. Daniel Wadhvani (2006): *Entrepreneurship and Business History: Renewing the Research Agenda*. <http://www.hbs.edu/research/pdf/07-007.pdf> (Zugriff am 15.02.2012).
- Kornicki, Peter: *Working bibliography on women in Tokugawa-Meiji Japan*. <http://jwomen.ames.cam.ac.uk/bibliography.html> (Zugriff am 26.10.2012).
- Lach, Donald F. und Edwin J. Van Kley (1993): *Asia in the Making of Europe*. Vol. 3: *A Century of Advance*. Chicago, IL: The University of Chicago Press.
- Lu, David (1997): *Japan. A Documentary History. The Late Tokugawa Period to the Present*. New York, NY und London: M.E. Sharpe.
- Maine, Henry Sumner (1861): *Ancient Law. Its Connection With the Early History of Society, and Its Relation to Modern Ideas*. London: John Murray.
- Mann, Susan (2005): Women in East Asia: China, Japan, and Korea. In: Smith, Bonnie G. (Hg.): *Women's History in Global Perspective*. Urbana, IL: University of Illinois Press, S. 47–100.
- Michalski, Wolfgang (2010): *Hamburg. Erfolge und Erfahrungen in der globalisierten Welt*. Hamburg: Murmann.
- Morris-Suzuki, Tessa (1994): *The Technological Transformation of Japan. From the Seventeenth to the Twenty-First Century*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Nagel, Jürgen G. (2007): *Abenteuer Fernhandel. Die Ostindienkompanien*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Nakamura, J.I. (1981): Human Capital Accumulation in Premodern Rural Japan. In: *The Journal of Economic History* 41, 2, S. 263–281.
- Nakamura, Takafusa (2000): *The Japanese Economy*. Tokyo: University of Tokyo Press (2. Aufl.).

- Neary, Ian (1989): *Political Protest and Social Control in Pre-War Japan: The Origins of Buraku Liberation*. Manchester: Manchester University Press.
- Norman, E.H. und Lawrence T. Woods (Hg.) (2000): *Japan's Emergence As a Modern State. Political and Economic Problems of the Meiji Period*. Vancouver: UBC Press.
- Okabe, Kazuaki (2003): Entrepreneurial Origins of the Greater Nagoya Industrial Region. The Role of Tradition and Indigenous Industry. In: *Toho Gakushi [Toho Academic Journal]* 32, 1, S. 51–69. <http://nonprofit-japan.home.igc.org/business/nagoya.html> (Zugriff am 15.01.2012).
- Pohl, Manfred (2010): *Geschichte Japans*. München: C.H. Beck.
- Roberts, Luke S. (1998): *Mercantilism in a Japanese Domain. The Merchant Origins of Economic Nationalism in 18th-Century Tosa*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Rosovsky, Henry (1966): *Industrialization in two systems: essays in honor of Alexander Gerschenkron*. New York, NY: Wiley.
- Russell, Oland D. (1940): *Das Haus Mitsui. Der Aufstieg des grössten Handelshauses Japans*. Zürich: Scientia.
- Schumpeter, Joseph A. (1993): *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*. Tübingen: Francke. Übersetzt von Susanne Preiswerk. (7. Aufl.).
- Sheldon, Charles D. (1971): „Pre-Modern“ Merchants and Modernization in Japan. In: *Modern Asian Studies* 5, 3, S. 193–206.
- Shibusawa, Eiichi (1994): *The Autobiography of Shibusawa Eiichi: From Peasant to Entrepreneur*. Tokyo: University of Tokyo Press. Übersetzt, kommentiert und mit einer Einleitung versehen von Teruko Craig.
- Takarai, Kikaku (1998): Zwanzig Haiku. In: *Hefte für Ostasiatische Literatur* 25, S. 54–72. Übersetzt und kommentiert von Ekkehard May.
- Uno, Kathleen S. (1991): Women and Changes in the Household Division of Labor. In: Bernstein, Gail Lee (Hg.): *Recreating Japanese Women, 1600–1945*. Berkeley, CA: University of California Press, S. 17–41.
- Volker, T. (1971): *Porcelain and the Dutch East India Company. As Recorded in the Dagh-Registers of Batavia Castle, those of Hirado and Deshima and Other Contemporary Papers 1602–1682*. Leiden: Brill.
- Yabuta, Yutaka (2000): *Rediscovering Women in Tokugawa Japan*. Harvard University Occasional Papers in Japanese Studies, 2000–2002 (Mai). <http://www.fas.harvard.edu/~rijs/pdfs/yabuta.pdf> (Zugriff am 20.02.2012).

# DIE ROLLE DES STAATES IN DER JAPANISCHEN WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG NACH 1945

*Tim GOYDKE*

## 1 EINFÜHRUNG

Die Atomkatastrophe von Fukushima im März 2011 hat auch die enge Verflechtung der japanischen Wirtschaft – hier in Gestalt des Energiekonzerns TEPCO (Tokyo Electric Power Company) – mit der Politik und Bürokratie Japans offenbart. Während diese Interessenkoalition im Fall der Atompolitik eher als Problem wahrgenommen wird, galt das enge Verhältnis von Markt und Staat in Japan lange vielen als einer der Erfolgsfaktoren für den Aufstieg Japans zur führenden Industrienation. Ziel des Beitrags ist es, die Rolle des Staates im Modernisierungsprozess Japans nach 1945 zu beleuchten und wichtige erfolgsrelevante Aspekte herauszuarbeiten. Dabei soll gezeigt werden, dass das japanische Konzept von „Industriepolitik“ – häufig als Synonym für die engen Beziehungen von Politik, Wirtschaft und Bürokratie in der Literatur diskutiert – sich gegenüber westlichen<sup>1</sup> Vorstellungen und Ansätzen in wichtigen Punkten abgrenzen lässt.

Japan wird immer wieder als besonders erfolgreiches Entwicklungsmodell herangezogen, da es als „Spätfolger“ die Industrialisierung, die die westlichen Industriestaaten in 150 bis 200 Jahren vollzogen haben, in einem Zeitraum von etwa 50 Jahren nachholen konnte. Betrug das japanische Bruttoinlandsprodukt pro Kopf 1961 noch 402 US-Dollar und stand damit ungefähr auf dem Niveau Südafrikas, aber bei nur einem Sechzehntel des US-amerikanischen, so liegt es heute mit ca. 35.000 US-Dollar gleichauf mit den USA und zwölfmal über dem Südafrikas (MIAC 1996–2008). Das japanische Entwicklungsmodell und insbesondere die Rolle des Staates ist daher in Japan wie auch im westlichen Ausland intensiv untersucht worden.

Insbesondere die Frage nach möglichen Rückschlüssen auf andere Länder ist seit den frühen 1990er Jahren zunehmend in den Mittelpunkt gerückt. Schon 1992 hat das japanische Wirtschaftsministerium MITI<sup>2</sup> in ei-

---

<sup>1</sup> Mit „Westen“ ist hier im politisch-kulturellen Sinn Westeuropa und Nordamerika gemeint.

<sup>2</sup> Ministry of International Trade and Industry (Tsūshōsangyō-shō), seit 2001 Ministry of Economy, Trade and Industry, METI (Keizaisangyō-shō).

ner Studie Russland vorgeschlagen, eine Industriepolitik japanischen Stils anzuwenden (Rowley 1992; Ōta, Tanikawa und Ōtani 1993). In ihrer berühmten Studie „The East Asian Miracle“ (World Bank 1993) versucht die Weltbank, den Erfolgsfaktoren des Wirtschaftswunders in Ostasien auf den Grund zu gehen. Obwohl dies nicht zu den neoklassischen Grundüberzeugungen der Weltbank passt, gesteht sie aufgrund der Erfahrungen in Japan und Südkorea zu, dass staatlicher Einfluss positiv auf die Entwicklung in Asien gewirkt hat. 1995 empfiehlt dann die Japanese International Co-operation Agency (JICA, Kokusai Kyōryoku-kikō) Vietnam ein japanisches Modell von Industriepolitik (JICA 1995). Vittas und Cho (1996) befürworten eine staatliche Einflussnahme in den Finanzsektor (*policy-based finance*) nach japanischem Muster für Länder in der Frühphase ihrer wirtschaftlichen Entwicklung. Ohno und Ohno (1998) unterstreichen – ebenfalls für Vietnam – die potenziellen Vorteile einer Entwicklungsstrategie nach japanischem Vorbild. Pohlman (1999) hält eine ostasiatische Industriepolitik in Indien für sinnvoll. Goydke (1999), Weiss (1998), Chang (1997) und andere sehen *lessons* für Entwicklungsländer aus den Erfahrungen Japans und Koreas.

## 2 DER STAAT UND DIE INDUSTRIEPOLITIK

### 2.1 Die Rolle des Staates in der Wirtschaftstheorie

Nach der vorherrschenden neoklassischen Wirtschaftstheorie<sup>3</sup> streben alle Wirtschaftssubjekte nach individuellen Nutzenmaximierungen. Die individuellen Entscheidungen der Wirtschaftssubjekte werden durch die freien Marktkräfte koordiniert. Wirtschaftswachstum wird in dieser Sicht durch Bevölkerungswachstum und (exogenen) technischen Fortschritt determiniert. Der Staat gilt dabei als Auslöser von Ungleichgewichten und Marktversagen. Daher sollen sich nach Ansicht der Neoklassiker staatliche Aufgaben auf die Bereitstellung öffentlicher Güter (beispielsweise Verteidigung und Bildung), physischer Infrastruktur (beispielsweise Straßen und Kanalisation), die Schaffung eines Marktrahmens sowie die Wahrung wirtschaftlicher Stabilität beschränken. Einzig in den wenigen Ausnahmefällen, in denen ein Markt nicht existiert, erscheint ein staatlicher Eingriff legitim (Simons 1997).

---

<sup>3</sup> Unter Neoklassik versteht man in den Wirtschaftswissenschaften eine Familie von Theorien, die als Antwort auf die klassische Theorie von Adam Smith in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstand und seitdem ständig weiterentwickelt und ergänzt wurde. Eine ausführliche Darstellung liefern beispielsweise Felderer und Homburg (2003).

Eine Reihe von Studien, die sich mit der Rolle des Staates in den Frühphasen wirtschaftlicher Entwicklungen in verschiedenen Volkswirtschaften befasst haben, unterstreichen eine deutlich stärkere Rolle des Staates. Als Vater dieser sogenannten *Developmentalistischen Ansätze* gilt Gerschkenkron (1962), der in seiner *Theory of Backwardness* aufgrund seiner Untersuchung europäischer Länder die dominierende Rolle des Staates in der Frühphase der Entwicklung betont. Johnson (1982) zeigt in seiner *Developmental State Theory*, dass die Entwicklung des Spätfolgers Japan aufgrund staatlicher Intervention gelang. Amsden (1989) hebt für Südkorea hervor, dass die staatliche Außerkräftsetzung des Preismechanismus in Korea (*getting relative prices wrong*) als Anschlag für die wirtschaftliche Entwicklung angesehen werden kann. Wade (1990) schließlich kam bei der Untersuchung Südkoreas und Taiwan zu dem Schluss, dass zwar der marktwirtschaftliche Preismechanismus im Prinzip anerkannt wurde, aber erst die Schaffung von Anreizen durch den Staat die wirtschaftliche Entwicklung befördern konnte (*Governed-Market Theory*).

Obwohl die meisten Autoren ihre Ergebnisse als „Theorie“ bezeichneten, kann nicht wirklich von einer geschlossenen Theorie gesprochen werden. Erst die neuere Institutionenökonomie brachte weitere Ansätze, um die eher empirisch abgeleiteten Ergebnisse auch theoretisch zu fassen. Die zugrundeliegende Idee ist die Rolle von Institutionen<sup>4</sup> bei der Koordination von Marktkräften. Die neue Institutionenökonomie umfasst im Wesentlichen drei verschiedene, aber einander ergänzende und zunehmend auch verbundene Ansätze: die Transaktionskostentheorie, die Theorie der Verfügungsrechte (*Property Rights Theory*) sowie die Prinzipal-Agent-Theorie.<sup>5</sup> Unter Transaktionskosten versteht man gemeinhin Kosten, die bei der Übertragung von Gütern von einem Wirtschaftssubjekt zum anderen entstehen. Die Theorie der Verfügungs- und Eigentumsrechte beschäftigt sich mit den Problemen, die aus der Trennung von Eigentum und Kontrolle, wie sie in einer arbeitsteiligen Welt typisch sind, erwachsen. Die Prinzipal-Agent-Theorie thematisiert, dass der Auftraggeber (Prinzipal) aufgrund von Informationsasymmetrien Schwierigkeiten hat, den Auftragnehmer (Agent) zu überwachen.

Durch spieltheoretische Modulationen, die unter dem Stichwort *Comparative Institutional Analysis* insbesondere mit Aoki, Kim und Okuno-Fujiwara (1996)<sup>6</sup> assoziiert werden, lässt sich eine stärkere Rolle des Staates

---

<sup>4</sup> Nach North (1990: 3) sind Institutionen „the rules of the game in a society“.

<sup>5</sup> Auch bekannt als Agenturtheorie (*Agency Theory*); dazu ausführlich beispielsweise bei Richter und Furubotn (1996).

<sup>6</sup> Weitere Arbeiten dazu stammen beispielsweise von Okazaki und Okuno-Fujiwara (1998); Aoki, Murdock und Okuno-Fujiwara (1996).

mithilfe unterschiedlicher Entwicklungspfade aufgrund unterschiedlicher Präferenzen (*bounded rationality*) erklären. Aoki, Kim und Okuno-Fujiwara (1996) erläutern dies spieltheoretisch als ein System mit mehreren Gleichgewichtssituationen. Welches Gleichgewicht gewählt wird, hängt letztlich von der „Programmierung“ der Spieler ab:

For a given configuration of parameter values, there may well be multiple equilibria, leading to a diversity of institutional arrangements across economies. Distinct institutional arrangements have evolved because of the path-dependent nature of equilibrium selection, and they may not necessarily be Pareto-rankable. (Aoki, Kim und Okuno-Fujiwara 1996: 18)

Anders als im neoklassischen Modell können damit auch kulturelle Determinanten einbezogen werden, die ein anderes Verhältnis von Markt und Staat nahelegen.

## *2.2 Die Rolle des Staates in Japan*

Die enge Verflechtung aus Bürokratie, Wirtschaft und Politik Japans in der Nachkriegszeit wird häufig mit dem Begriff des „Eisernen Dreiecks“ (*kangyōsei*) bezeichnet. Diese Verflechtung beruht auf einem „Grundkonsens zwischen staatlichen Organen und Großindustrie“ (Blechinger 1998: 186), der sich aus weitgehend gleichgerichteten Interessen in der frühen Nachkriegszeit und einem System gegenseitiger Abhängigkeiten und Zuwendungen ergeben hat (siehe Abbildung 1).

Der Erklärungswert des „Eisernen Dreiecks“ für die erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung in der Nachkriegszeit ist bis heute umstritten. Die Existenz einer Interessenkoalition in der oben beschriebenen Weise wird aber für die ersten Nachkriegsjahrzehnte überwiegend nicht mehr infrage gestellt.<sup>7</sup> Neuere Studien gehen jedoch davon aus, dass die Bedeutung des „Eisernen Dreiecks“ seit den 1990er Jahren deutlich abgenommen hat. Gründe dafür sind die notwendigen Strukturreformen als Folge der Wachstumsschwäche der 1990er Jahre sowie die zunehmende Globalisierung der japanischen Industrie (Sakakibara 2003: xi-cvii; McCormack 2002).

Davon abgesehen lassen sich einige markante Grundlinien im Verhältnis von Markt und Staat in Japan identifizieren. Diverse Autoren haben auf die strategische Sicht der Wirtschaft hingewiesen, die auch häufig als „Wirtschaftsnationalismus“ oder Fortsetzung der Kriegswirtschaft kriti-

---

<sup>7</sup> Grundlegende Arbeiten dazu sind beispielsweise Johnson (1982); Calder (1993); Kerbo und McKinstry (1995).

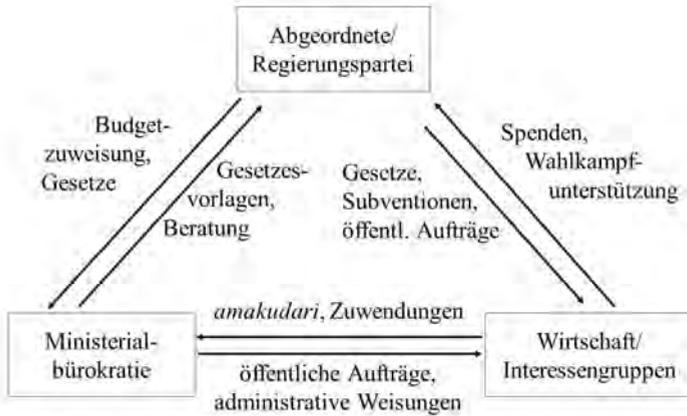


Abb. 1: Das „Eiserne Dreieck“ in Japan

Anm.: *Amakudari* (Abstieg vom Himmel) bezeichnet die Weiterbeschäftigung von Ministerialbürokraten nach ihrer Pensionierung in der Wirtschaft.

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Donau (2005: 37).

siert wurde (Gao 1997; Teranishi 1998; Nakamura 1994; Okazaki und Okuno-Fujiwara 1998; Johnson 1982). Tatsächlich lässt sich seitens des japanischen Wirtschaftsministeriums MITI in der direkten Nachkriegszeit eine instrumentelle Sicht der Wirtschaft konstatieren, wonach die gewünschte Wirtschaftsstruktur durch staatlichen Eingriff formbar ist. Nach Ansicht des MITI benötigte die freie Entfaltung der Marktkräfte zuviel Zeit, so dass es Aufgabe des Staates sein sollte, die notwendigen Marktstrukturen zu schaffen bzw. durch die gezielte Ressourcenlenkung ihr Entstehen zu ermöglichen. Diesem Denken entsprang auch die Idee von „organisiertem Wettbewerb“: Wettbewerb ist nicht Ziel sondern Mittel zum Zweck. Da ein Konsens zwischen der Industrie und dem MITI herrschte, dass die Aufholjagd mit dem Westen nur mit wenigen ausgewählten Unternehmen in einer Situation unvollkommenen Wettbewerbs gelingen könne, wurde der Wettbewerbsmechanismus ganz oder teilweise außer Kraft gesetzt. Die Kosten dieser Politik wurden in Form höherer Preise an die Konsumenten weitergereicht. Erstaunlicherweise wurde diese Politik der „Privatisierung der Gewinne, Sozialisierung der Verluste“ aber als für die wirtschaftliche Entwicklung Japans von der Bevölkerung weitgehend als notwendig akzeptiert (Okimoto 1989; Ozaki 1970; Itoh *et al.* 1991).

Möglich war dies letztlich nur aufgrund der Dominanz der Ministerialbürokratie – konkret des MITI – über die Politik. Der starke Einfluss der Bürokratie auf den politischen Entscheidungsfindungsprozess kann einerseits mit kulturellen Faktoren erklärt werden. Aus der konfuzianistischen Tradition heraus genießen Bürokraten ein hohes gesellschaftliches Ansehen. Gleichzeitig konnten sie sich in einer Zeit politischer Wirren in den ersten Nachkriegsjahren als konstante und verlässliche Kraft etablieren. Zudem haben sie aufgrund von Besonderheiten im japanischen Recht einen hohen diskretionären Spielraum und damit großen regulatorischen Einfluss (Komiya 1988). McVeigh charakterisiert dieses System treffend wie folgt:

Regardless of who is in control, all members of the Japanese governmental elite operate within a highly bureaucratized political climate. Perhaps more than in Euro-American polities, governing in Japan is basically an administrative, rule-oriented science rather than a legislative, deliberative art. (McVeigh 1998: 81)

### *2.3 Industriepolitik als staatlicher Eingriff in das Marktgeschehen*

Industriepolitik wird in der Literatur sehr unterschiedlich aufgefasst. Definitionen reichen von einer sehr weiten Fassung, die Industriepolitik in die Nähe einer allgemeinen Wirtschaftspolitik bringt, bis hin zu sehr engen Definitionen, die nur den aktiven Eingriff in ausgewählte Industrien als Industriepolitik verstehen (Berg und Schmidt 1998; Eichner 2002). Unter Industriepolitik sollen hier alle staatlichen Maßnahmen verstanden werden, die darauf abzielen, die industrielle Struktur zu erhalten, auszubauen oder an neue wirtschaftlich-technische Herausforderungen anzupassen (Schubert und Klein 2006).

Ihre theoretische Rechtfertigung erhält Industriepolitik durch die Möglichkeit von Marktversagen.<sup>8</sup> Aus Sicht der Neuen Institutionenökonomie kann es aufgrund von unvollständigen Verträgen, asymmetrischen Informationen, veränderbarem Wissen, beschränkter Rationalität, Opportunismus und Transaktionskosten zu Marktungleichgewichten bzw. Marktversagen kommen. Aufgabe von Industriepolitik ist es demnach, diese Ungleichgewichte zu beseitigen, beispielsweise durch Bereitstellung von Informationen oder auch Verringerung von Transaktionskosten (Goydke 2002).

---

<sup>8</sup> Mögliche Gründe für Marktversagen sind externe Effekte, die Existenz von Monopolen sowie die Kostenfreiheit öffentlicher Güter. Siehe dazu ausführlich Berg und Schmidt (1998).

Das japanische Verständnis von Industriepolitik unterscheidet sich hinsichtlich der als legitim erachteten Eingriffsintensität von den westlichen Vorstellungen (Itoh *et al.* 1991). Nach dem japanischen Verständnis ist die Wirtschaft als ein Bündel von Industrien zu begreifen, die sich – in Analogie zur Produktlebenszyklustheorie – in unterschiedlichen Phasen der Entwicklung befinden. Anhand verschiedener Kriterien lassen sich das Potenzial einer jeden Industrie und damit die Frage beurteilen, ob einzelne Industrien förderungswürdig sind. Selektivität ist daher ein entscheidendes Merkmal von Industriepolitik (Weber 1996).

### 3 INDUSTRIEPOLITIK IN JAPAN

Industriepolitik in Japan nach 1945 kann in verschiedene Phasen unterteilt werden. Jede Phase umfasst jeweils zehn bis fünfzehn Jahre:

#### *3.1 Wiederaufbau und Importsubstitution (1945–1960)*

In der ersten Phase, die der Niederlage im Zweiten Weltkrieg folgte, bestand das primäre Ziel der japanischen Industriepolitik darin, die Kriegsschäden möglichst schnell zu überwinden, indem die grundlegende Infrastruktur und Industrieproduktion wieder hergestellt wurde. Mit dem *Foreign Investment Law (Gaishi ni kansuru hōritsu)* von 1950 wurde der Zugang zum japanischen Markt auf solche ausländischen Firmen beschränkt, die bereit waren, ihre Gewinne im Inland zu belassen und ihre Patente japanischen Firmen zugänglich zu machen. Durch diesen erzwungenen Technologietransfer erlangten japanische Firmen bis 1968 etwa 10.000 technische Lizenzen. Aus heutiger Sicht erscheint es paradox, dass das MITI der damals unbekanntem Firma Sony den Kauf der Transistortechnologie von Western Electric zunächst verweigerte, da man die Chance einer Kommerzialisierung gering einschätzte; 1954 wurde der Erwerb dann doch genehmigt. Der Koreakrieg (1950–1952) brachte einen hochwillkommenen Nachfrageschub für die japanische Wirtschaft, aber mit dem Ende des Krieges 1953 sah sich Japan einer erheblichen Überkapazität bei Stahl und Kohle, im Seetransport und weiteren Sektoren gegenüber. Die Regierung reagierte mit steuerlichen Anreizen, um die betroffenen Industrien zu Rationalisierungsmaßnahmen zu motivieren. Mit dem erneuten Wirtschaftsaufschwung in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre wurde die Förderung von neuen bzw. potenziellen Wachstumsindustrien (beispielsweise Petrochemie, Maschinenbau und Maschinenteile, Elektronik) zum Hauptziel der japanischen Industriepolitik. Instrumente dieser Politik waren industriespezifische Rationalisierungspro-

gramme, die Zuteilung staatlicher Mittel, staatlich angeordnete Rationalisierungskartelle und die Formulierung von Industriestandards. Ein gutes Beispiel für die Anwendung dieser Maßnahmen ist die Maschinenbauindustrie. Im Rahmen des *Machinery Promotion Law (Kishin-hō)*<sup>9</sup> (1956) konnte die Branche durch Rationalisierungsmaßnahmen Skaleneffekte erzielen. Außerdem wurden staatliche Fördermittel bereitgestellt. Über Beratungsgremien des MITI war es Branchenvertretern möglich, direkten Einfluss auf die Politik des Ministeriums zu nehmen. Umgesetzt wurden die Maßnahmen mithilfe abgestimmter Fünfjahrespläne, in denen detaillierte Angaben zu Technologieeinsatz, Investitions-, Export- und Produktionserwartungen gemacht wurden (Goydke 2002; Neuschwander 1994).

### *3.2 Exportorientierung und Förderung von Großunternehmen (1960–1967)*

In den sechziger Jahren wurde Japan durch externen Druck zu Liberalisierungen im Handel sowie im Finanzsektor gezwungen. Innerhalb der Bürokratie (insbesondere innerhalb des MITI) war die Meinung vorherrschend, dass Japan nur mit großen Unternehmen im weltweiten Wettbewerb bestehen könne, da nur Großunternehmen die notwendigen Skaleneffekte realisieren können. Entsprechend wurden die Unterstützung von groß angelegten Fusionen sowie die Lenkung von Investitionen in ausgewählte Industrien zu Hauptlinien der Industriepolitik während der sechziger Jahre. Bestes Beispiel dafür ist die erzwungene Fusion von Fuji Steel und Yahata Steel zu Nippon Steel. Gleichzeitig scheiterten aber Fusionsbemühungen im Werkzeugmaschinenbau und der Ölverarbeitung am Widerstand der Unternehmen. Auch wenn der Erfolg dieser industriepolitischen Maßnahmen bis heute umstritten ist, dürften sie insgesamt dazu beigetragen haben, die latent vorhandenen oligopolistischen Strukturen in vielen Branchen zu festigen (Goydke 2002; Neuschwander 1994).

Mit dem *Large Scale Industrial Research and Development System* schuf die japanische Regierung die Grundlage für eine Reihe von Großforschungsprojekten. Unternehmen, die sich an den Projekten beteiligten, konnten mit z.T. üppiger langfristiger staatlicher Förderung rechnen (Harayama 2001: 5–6). Teilweise wurde allerdings auch erheblicher Druck auf die Unternehmen ausgeübt, sich an den Projekten zu beteiligen bzw. ließen sich die Unternehmen ihre Teilnahme vom MITI „vergolden“. Das erste dieser vom MITI initiierten Konsortien war die 1961 gegründete Japan Electronic Computer Company, der sieben führende Elektronikunternehmen angehörten. 1966 folgte das *Super High Perfor-*

---

<sup>9</sup> Auch bekannt unter dem Namen *Law on Temporary Measures for the Promotion of Machinery Industries (Kikai sangyō shinkō rinji sochi-hō)*.

mance Computer Project, in dem sechs japanische Computerfirmen einen dem S/360 von IBM ähnlichen Großrechner entwickeln sollten. Zwar wurde dieses Ziel nicht erreicht, die beteiligten Unternehmen konnten aber technologisch stark aufholen. Mit dem *Very Large-Scale Integration Project* (*Chōchō daiki boshū seki kairo*) (1975–1980) konnten die beteiligten Firmen zwar technologisch zur ausländischen Konkurrenz aufschließen, der erhoffte Durchbruch blieb aber auch hier aus (Neuschwander 1994: 130–132; Rutchik 1994: 17–18).

### 3.3 Liberalisierung und strukturelle Anpassungen (1967–1985)

Die siebziger Jahre brachten für die japanische Wirtschaft eine Reihe interner und externer Schocks, etwa die Aufwertung des Yen oder die Ölkrisen von 1973 und 1979. In dieser Situation wurden die Hauptziele der japanischen Industriepolitik neu definiert: eine kurzfristige wirtschaftliche Stabilisierung sowie eine Reaktion auf sich ändernde Rahmenbedingungen, besonders in Bezug auf Energie- und Handelspolitik standen nun im Vordergrund. Beispielhaft sei hier auf die Maßnahmen für den Schiffbau hingewiesen. Die Schiffbauindustrie war aufgrund teils großzügiger Exportsubventionen zum Streitfall mit Japans Handelspartnern geworden. Gleichzeitig litt die Branche besonders unter gestiegenen Energie- und Rohstoffkosten im Gefolge der Ölkrisen. Der daraus erwachsenen Schiffbaukrise Mitte der 1970er Jahre begegnete man mit einem Rezessionskartell. Mit staatlichen und privaten Krediten wurden Firmenausrüstungen und Grundstücke aufgekauft. Da Ausrüstungen und Werftgelände kaum zu veräußern waren, wurden die Kreditausfälle durch staatliche Zahlungen sowie den aufgrund staatlicher Vorgaben gegründeten Branchenverband kompensiert. Die Kapazität konnte um etwa ein Drittel reduziert werden (Neuschwander 1994: 128–129). Insgesamt häuften sich Handelsfriktionen in den 1970er Jahren und Japan sah sich gezwungen, protektionistische Maßnahmen weiter zu verringern. Außerdem waren Firmen zunehmend weniger gewillt, Eingriffe der Regierung in ihre strategischen Entscheidungen zu akzeptieren. Infolgedessen veränderten sich die industriepolitischen Zielsetzungen von „harten“ Maßnahmen, wie Beihilfen, Zölle, steuerliche Anreize und selektiver Finanzierung, hin zu „weicheren“ Maßnahmen, wie etwa der Bereitstellung von Informationen, Koordination und informellen Empfehlungen. Der industriepolitische Fokus in dieser Phase verschob sich von der Förderung der kapitalintensiven Schwer- und Chemieindustrien hin zur Förderung wissensintensiver Industrien, wie beispielsweise integrierten Schaltungen, Computer, Automatisierung, Feinchemikalien und neuen Legierungen (Goydke 2002).

### *3.4 Internationalisierung und Deregulierung (1985 bis Mitte der 1990er Jahre)*

Ein stabiles Wirtschaftswachstum machte Japan in den späten 1980er Jahren zur zweitgrößten Wirtschaft in der Welt und zu einem Hauptkonkurrenten auf den Weltmärkten. Insbesondere in den USA wurde der Vorwurf laut, dass diese Erfolge zu einem Großteil nur durch protektionistische und interventionistische Maßnahmen ermöglicht worden waren und Japan geriet unter zunehmenden Druck, seine interventionistischen Maßnahmen zu reduzieren. Das vom Ausland erzwungene Instrument der freiwilligen Exportbeschränkungen (*Voluntary Export Restraints*, VER, *Yushutsu jishu kisei*) setzte zwar der expansiven Exportstrategie des MITI enge Grenzen, erwies sich letztlich allerdings als Bumerang. Durch technologisches *upgrading* erhöhten die japanischen Produzenten die Wertschöpfung ihrer Produkte und umgingen die VERs durch die schnelle Einführung neuer Produktgenerationen. Zudem wichen sie in andere Märkte aus und bekämpften ihre Konkurrenten dort umso härter. Das MITI unterstützte die Unternehmen dabei durch ein Netz von Auslandsniederlassungen der Japan External Trade Organisation (JETRO, Nihon Böeki Shinkō-kikō). Hohe Lohnkosten und ein starker Yen zwangen die japanische Wirtschaft in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre zur verstärkten Verlagerung von Produktion ins Ausland. Die Rolle der Industriepolitik veränderte sich damit zunehmend dahingehend, die Unternehmen bei ihrem Weg in das Ausland zu unterstützen (Neuschwander 1994: 141; Goydke 2002).

### *3.5 Strukturelle Reformen und Globalisierung (seit Mitte der 1990er Jahre)*

Nach dem Ende der Hochwachstumsphase und dem Platzen der Immobilien- und Aktienblase Anfang der 1990er Jahre glitt Japan in eine Phase der Rezession und des Niedrigwachstums. Deregulierung und strukturelle Reformen wurden folglich zum Hauptanliegen der Industriepolitik der neunziger Jahre. Im Zuge der Globalisierung der japanischen Wirtschaft wurde es für das MITI zunehmend schwer, durch industriepolitische Maßnahmen nur der eigenen Wirtschaft Vorteile zu verschaffen. Die Industriepolitik konzentriert sich daher mehr und mehr auf die Förderung von globalen Kooperationen – insbesondere auch im Bereich der Forschungsk Kooperationen –, welche für Japan vorteilhaft erscheinen. 1996 bezeichnete der Rat für Industriestruktur (Industrial Structure Council, Sangyō kōzō shingikai) des MITI die Schaffung institutioneller Rahmenbedingungen und attraktiverer Investitions- und Produktionsbe-

dingungen für multinationale Firmen als wichtigste Anliegen der Industriepolitik. Zwar wurden erneut vierzehn (!) Schlüsselindustrien benannt, die besonders gefördert werden sollten, insgesamt entwickelte sich die Industriepolitik in den 1990er Jahren aber in Richtung einer allgemeinen, unspezifischen Wirtschaftspolitik. In den letzten Jahren sind zudem die lange vernachlässigten klein- und mittelständischen Unternehmen (KMU) in den Fokus des MITI gerückt. 2001 startete das MITI die *Industrial Cluster Policy (Sangyō kurasuta seisaku)*, deren Ziel es ist, KMU regional zu vernetzen und durch die Zusammenarbeit mit Universitäten und Forschungseinrichtungen technologisch aufzuwerten. Einen Pilotcharakter hatte das bereits in den 1990er Jahren gestartete TAMA-Projekt (*TAMA Technology Advanced Metropolitan Area, TAMA Gijutsu senshin shutoken chiki*) im Distrikt Tama der Metropolregion Tokyo. Das Regionalbüro des MITI hatte zunächst alle KMU der Region analysiert und nach verschiedenen Kriterien *geclustert*. Im Anschluss daran wurden die KMU mit Universitäten in Kontakt gebracht. Für die Gründung von Start-ups stellte das MITI Anschubfinanzierungen bereit (Goydke 2002; Kodama 2007).

#### 4 LEHREN AUS DEM JAPANISCHEN ANSATZ

Jenseits der Frage, ob Industriepolitik gerechtfertigt werden kann, besteht weitgehende Einigkeit darüber, dass Japans erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung seit 1945, wenn auch nicht ausschließlich, so doch maßgeblich durch industriepolitische Maßnahmen beeinflusst wurde.

Es lässt sich zeigen, dass sich die japanische Industriepolitik zwar teilweise gleicher Instrumente wie die Industriepolitik anderer Länder bediente, ihr jedoch eine substantiell andere Konzeption hinsichtlich Zielsystem, Trägern und Grundsätzen zugrunde liegt. Der Erfolg ist letztlich auf die Kombination dieses Konzepts mit spezifischen institutionellen Rahmenbedingungen und historischen Gegebenheiten zurückzuführen.

Dabei lassen sich im Wesentlichen folgende Erfolgsfaktoren bei der japanischen Konzeption herausarbeiten:

- Das enge Beziehungsgeflecht von Politik, Wirtschaft und Ministerialbürokratie erlaubte einen weitgehenden Konsens über das übergeordnete, langfristig angelegte Zielsystem und einen friktionsloseren Mitteleinsatz als in anderen Ländern.
- Die Fähigkeit der Ministerialbürokratie führte zur erfolgreichen Koordination privatwirtschaftlicher Akteure und Interessen im vorwettbewerblichen Bereich. Dies zeigte sich insbesondere in den Bereichen der Informationsbeschaffung, einem Reputationszugewinn und der Gestaltung von Netzwerken.

- Ein pragmatisches, instrumentelles Verständnis von Wettbewerb war zielführend und ermöglichte den Einsatz diverser Instrumente, die im westlichen, grundsatzgeleiteten Wettbewerbsverständnis als nicht legitime Eingriffe in die Marktstruktur aufgefasst worden wären.

Dieser Erfolg gelang allerdings auch nur aufgrund bestimmter Voraussetzungen. Japan befand sich in den ersten Nachkriegsjahrzehnten noch in der Situation einer relativ geschlossenen Wirtschaft mit einer geringen Einbindung in die Weltwirtschaft. Dies ließ der Regierung einen größeren Handlungsspielraum als er heute im Zuge fortschreitender Globalisierung denkbar ist. Wie bereits oben erwähnt, bestand ein weitgehender gesellschaftlicher Konsens hinsichtlich der Entwicklungsziele und daraus abgeleitet eine kollektive Bereitschaft, individuelle Interessen zurückzustellen. Dies lässt sich sicher teilweise mit kulturellen Eigenarten und dem japanischen Gesellschaftssystem erklären. Nicht unterschätzt werden sollten aber zwei weitere Faktoren: die offensichtliche Fähigkeit der Regierung bzw. der Bürokratie, ihre Politik nachvollziehbar zu kommunizieren – und die Fähigkeit der Bevölkerung, diese auch zu verstehen. Dabei spielt das traditionell hohe Bildungsniveau in Japan<sup>10</sup> eine nicht unerhebliche Rolle. Damit eng verknüpft ist letztlich auch die Fähigkeit der Bürokratie zur Umsetzung der Zielvorgaben.

Nicht vergessen werden sollte auch, dass die (industrie-)politischen Maßnahmen unterstützt wurden durch massive Investitionen in die physische Infrastruktur – dazu zählen vorwiegend Kommunikation, Straßen und Häfen – und die intellektuelle Infrastruktur, allen voran die Bildung. Voraussetzung dafür war eine von Anfang an hohe Sparneigung der Bevölkerung.<sup>11</sup>

Für Japan zeigt sich allerdings derzeit, dass sich sowohl die Strukturen, die der traditionellen Konzeption zugrunde lagen, auflösen, als auch die für die Vergangenheit als Erfolgsfaktoren identifizierten Aspekte dem Bestehen im globalen Wettbewerb eher hinderlich sind. Bei allem Erfolg in

---

<sup>10</sup> Schon bei der Öffnung Japans im 19. Jahrhundert lag die Alphabetisierungsquote mit 40 Prozent deutlich über dem Niveau vieler westlicher Staaten der damaligen Zeit. Heute haben mehr als 90 Prozent der Bevölkerung einen Abschluss, der über der Sekundarschulbildung liegt, und über 50 Prozent der Oberschulabsolventen besuchen eine Universität (Botschaft von Japan 2010).

<sup>11</sup> So lag der Anteil der Ersparnisse am Bruttoinlandsprodukt in den 1970er Jahren in Japan noch bei über 40 Prozent (in Europa bei durchschnittlich 28 Prozent). Neben konfuzianischen Prinzipien wird als Erklärung für die starke Sparneigung in Japan häufig der schnelle Anstieg der Einkommen zwischen 1950 und 1970, das Bonussystem, bei dem größere Geldsummen auf einmal von den Firmen an die Beschäftigten ausbezahlt werden, sowie die geringe Verfügbarkeit von Konsumentenkrediten angeführt (Haghirian 2008).

der Frühphase bleibt zu konstatieren, dass ein gradueller Übergang zu einem mehr marktorientierten System, das den Anforderungen der Globalisierung besser gewachsen scheint, zu lange aufgeschoben worden ist und der Anpassungsdruck daher inzwischen so groß ist, dass wenig Spielraum verbleibt, um ein geeignetes neues Modell zu entwerfen.

Aus diesen Problemen lassen sich Grenzen und damit letztlich auch wichtige Lehren hinsichtlich der Übertragbarkeit des japanischen Modells ziehen. Im Rückblick hat sich in Japan gezeigt, dass Institutionen ein erhebliches Beharrungsvermögen haben können. Institutionen, die sich in der Frühphase der wirtschaftlichen Aufholjagd als durchaus nützlich erwiesen haben, können daher zu einem späteren Zeitpunkt zu Stolpersteinen werden, wenn es nicht gelingt, diese Institutionen den neuen Erfordernissen anzupassen. Auch wenn in Japan das Korruptionsniveau immer vergleichsweise gering war,<sup>12</sup> wurde das Land in den 1980er und 1990er Jahren von einer Reihe von Korruptionsskandalen erschüttert. Die Schaffung stärkerer Transparenz sowie geeigneter Kontrollorgane wären damit wichtige Lehren aus dieser Entwicklung.

Aufgrund der gezielten Förderung einzelner Unternehmen und der generellen Konzentration auf Großunternehmen hat sich in Japan eine dualistische Wirtschaftsstruktur entwickelt mit einem großen Bereich international nicht wettbewerbsfähiger Unternehmen. Dies erweist sich in einer globalisierten Welt zunehmend als hinderlich. Eine stärkere Mittelstandsförderung wäre daher ein Rückschluss, der daraus gezogen werden kann.

Insgesamt zeigt das japanische Beispiel, dass ein stärkerer Einfluss des Staates als in einer neoklassischen Modellwelt vorgesehen, durchaus erfolgreiche Ergebnisse bringen kann. Die Koordinationsfähigkeit des Staates nimmt jedoch mit fortschreitender Entwicklung ab und es erscheint notwendig, Institutionen zu schaffen, die den Einfluss des Staates graduell zurückführen.

#### LITERATURVERZEICHNIS

- Amsden, Alice (1989): *Asia's Next Giant: South Korea and Late Industrialization*. London: Oxford University Press.
- Aoki, Masahiko und Yujiro Hayami (Hg.) (1998): *The Institutional Foundations of East Asian Economic Development: Proceedings of the IEA Conference Held in Tokyo, Japan*. Basingstoke: Macmillan.

---

<sup>12</sup> Japan liegt mit einer Wertung von 8 im *Corruption Perception Index* gleichauf mit Deutschland und noch vor den USA, Frankreich und Großbritannien (Transparency International 2011).

- Aoki, Masahiko, Hyung-Ki Kim und Masahiro Okuno-Fujiwara (Hg.) (1996): *The Role of Government in East Asian Economic Development*. Oxford: Clarendon Press.
- Aoki, Masahiko, Kevin Murdock und Masahiro Okuno-Fujiwara (1996): Beyond the East Asian Miracle: Introducing the Market-enhancing View. In: Aoki, Masahiko, Hyung-Ki Kim und Masahiro Okuno-Fujiwara (Hg.): *The Role of Government in East Asian Economic Development*. Oxford: Clarendon Press, S. 1–40.
- Berg, Hartmut und Frank Schmidt (1998): Industriepolitik. In: Klemmer, Paul (Hg.): *Handbuch Europäische Wirtschaftspolitik*. München: Vahlen, S. 849–943.
- Blechinger, Verena (1998): *Politische Korruption in Japan*. Hamburg: Institut für Asienkunde.
- Botschaft von Japan (2010): Bildung in Japan – Grundlage für Wachstum und Wohlstand. In: *Neues aus Japan*, Nr. 65 April 2010. <http://www.de.emb-japan.go.jp/naj/NaJ1004/bildung.html> (Zugriff am 20.08.2012).
- Calder, Kent (1993): *Strategic Capitalism: Private Business and Public Purpose in Japanese Industrial Finance*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Chang, Ha-Joon (1997): *An Institutional Perspective on the Role of the State – Towards an Institutional Political Economy*. Paper presented at the International Conference on „Institutions and Economic Development – Towards a Comparative Perspective on State Reform“, November 12–14, 1997. Rio de Janeiro: mimeo.
- Donau, Kai-F. (2005): *Erbabgeordnete in Japan – Entstehung und Zukunft eines Rekrutierungspfades*. <http://webdoc.sub.gwdg.de/diss/2006/donau/donau.pdf> (Zugriff am 25.11.2006).
- Eichner, Stefan L. (2002): *Wettbewerb, Industrieentwicklung und Industriepolitik: Ein neuer wettbewerbstheoretischer Ansatz auf der Basis des Lebenszykluskonzepts und Implikationen für eine wettbewerbs-, wachstums- und beschäftigungsfördernde Industriepolitik*. Berlin: Duncker und Humblot.
- Felderer, Bernhard und Stefan Homburg (2003): *Makroökonomik und neue Makroökonomik*. Berlin et al.: Springer.
- Gao, Bai (1997): *Economic Ideology and Japanese Industrial Policy: Developmentalism from 1931 to 1965*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Gerschenkron, Alexander (1962): *Economic Backwardness in Historical Perspective*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Goydke, Tim (2002): *Industrial Policy in East Asia. The Challenge of Globalisation*. Baden-Baden: Nomos.
- Goydke, Tim (1999): Is Vietnam the Youngest Goose in Japan's Flight Formation? In: *Intereconomics* 34, 4, S. 192–200.
- Haghirian, Parissa (2008): Reich und reicher – Wie wohlhabend sind die Japaner wirklich? In: *JapanMarkt*, Juli 2008, S. 8–10.

- Harayama, Yuko (2001): *Japanese Technology Policy: History and a New Perspective*. <http://www.rieti.go.jp/jp/publications/dp/01e001.pdf> (Zugriff am 22.3.2012).
- Itoh, Motoshige, Kazuharu Kiyono, Masahiro Okuno-Fujiwara und Kotaro Suzumura (1991): *Economic Analysis of Industrial Policy*. San Diego, CA: Academic Press.
- JICA, Japan International Cooperation Agency (1995): Country Study for Japan's Official Development Assistance to the Socialist Republic of Viet Nam. Wiederabdruck in: Ohno, Kenichi und Izumi Ohno (Hg.): *Japanese Views on Economic Development: Diverse Paths to the Market*. London: Routledge, S. 265–278.
- Johnson, Chalmers (1982): *MITI and the Japanese Miracle: The Growth of Industrial Policy, 1925–75*. Stanford, CA: Stanford University Press.
- Kerbo, Harold und John McKinstry (1995): *Who Rules Japan? The Inner-Circles of Economic and Political Power*. Praeger: The Greenwood Group.
- Kodama, Toshihiro (2007): *Industrial Cluster Policy in Japan – Its Concept, Origins, Development and Implications*. <http://www.iar.ubc.ca/centres/cjr/seminars/locecondev/slides/kodama.pdf> (Zugriff am 22.03.2012).
- Komiya, Ryutaro, Mashiro Okuno und Kotaro Suzuma (1988): *Industrial policy of Japan*. Tokyo und San Diego, CA: Academic Press.
- McCormack, Gavan (2002): Breaking the Iron Triangle. In: *New Left Review* 13, Januar/Februar 2002, S. 5–23.
- McVeigh, Brian J. (1998): *The Nature of the Japanese State: Rationality and Rituality*. London: Routledge.
- MIAC, Ministry of Internal Affairs and Communications (1996–2008): *Statistics Bureau, Statistics, Historical Statistics of Japan*. <http://www.stat.go.jp/english/data/chouki/index.htm> (Zugriff am 22.03.2012).
- Nakamura, Takafusa (1994): *Lectures on Modern Japanese Economic History: 1926–1994*. Tokyo: LTCB International Library Foundation.
- Neuschwander, Thomas (1994): *Mythos MITI: Industriepolitik in Japan*. Frankfurt am Main: Peter Lang.
- North, Douglass (1990): *Institutions, Institutional Change and Economic Performance*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Ohno, Kenichi und Izumi Ohno (Hg.) (1998): *Japanese Views on Economic Development: Diverse Paths to the Market*. London: Routledge.
- Okazaki, Tetsuji und Masahiro Okuno-Fujiwara (1998): Evolution of Economic Systems: The Case of Japan. In: Aoki, Masahiko und Yujiro Hayami (Hg.) (1998): *The Institutional Foundations of East Asian Economic Development: Proceedings of the IEA Conference Held in Tokyo, Japan*. Basingstoke: Macmillan, S. 482–521.
- Okimoto, Daniel (1989): *Between MITI and the Market: Japanese Industrial Policy for High Technology*. Stanford, CA: Stanford University Press.

- Ōta, Fusae, Hiroya Tanikawa und Tasuke Ōtani (1993): Roshia no keizai kaikaku to nihon no sangyō seisaku [Russlands Wirtschaftsreformen und Japans Industriepolitik]. In: *Tsusan kenkyū rebuyū* (MITI Research Review) 5, S. 87–107.
- Ozaki, Robert (1970): Japanese Views on Industrial Organization. In: *Asian Survey* 10, 10, S. 872–898.
- Pohlman, Frank (1999): *What Should be the Role of Industrial Policy? A Critical Review*. <http://www.adbinrm.org/news3.htm> (Zugriff am 08.06.2001).
- Richter, Rudolf und Eirik G. Furubotn (1996): *Neue Institutionenökonomik: eine Einführung und kritische Würdigung*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Rowley, Anthony (1992): To Russia with Pride – Japan offers Economic Model. In: *Far Eastern Economic Review* 13, S. 59–60.
- Rutchik, Gregory (1994): *Japanese Research Projects and Intellectual Property Laws*. Washington, DC: Office of Technology Policy, Technology Administration, U.S. Department of Commerce.
- Sakakibara, Eisuke (2003): *Structural Reform in Japan*. Washington, DC: Brookings Institution Press.
- Schubert, Klaus und Martina Klein (2006): *Das Politiklexikon*. Bonn: Dietz (4. Aufl.).
- Simons, Jürgen (1997): *Industriepolitik*. Stuttgart: Schäffer-Poeschel Verlag.
- Teranishi, Juro (1998): Inflation Stabilization with Growth: The Japanese Experience, 1945–50. In: Smitka, Michael (Hg.): *Japan's Economic Ascent. International Trade, Growth, and Postwar Reconstruction*. New York, NY und London: Routledge, S. 221–246.
- Transparency International (2011): *Corruption Perceptions Index 2011*. <http://cpi.transparency.org/cpi2011/results/> (Zugriff am 20.08.2012).
- Vittas, Dimitri und Yoon Je Cho (1994): *Credit Policies: Lessons from East Asia*. [http://www-wds.worldbank.org/external/default/WDSContentServer/IW3P/IB/1995/05/01/000009265\\_3961019105734/Rende-red/PDF/multi\\_page.pdf](http://www-wds.worldbank.org/external/default/WDSContentServer/IW3P/IB/1995/05/01/000009265_3961019105734/Rende-red/PDF/multi_page.pdf) (Zugriff am 19.06.2012).
- Wade, Robert (1990): *Governing the Market: Economic Theory and the Role of Government in East Asian Industrialization*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Weber, Hajo (1996): *Industriepolitische Steuerung in Japan, USA und Deutschland – intermediäre Systeme und organisatorisch-politische Kapazitäten*. <http://www.auto-rlp.de/download/publikationen/604%20Industriepolitische%20Steuerung%20in%20Japan,%20USA%20und%20Deutschland.pdf> (Zugriff am 20.03.2012).
- Weiss, Peter (1998): *Europäische Innovationspolitik*. Berlin: S+W Steuer- und Wirtschaftsverlag.
- World Bank (1993): *The East Asian Miracle: Economic Growth and Public Policy*. Oxford: Oxford University Press.

# DIE ERFINDUNG EINER NATION: OKINAWAS RÜCKGLIEDERUNG AN JAPAN

Gabriele VOGT

## 1 EINLEITUNG

Am 15. Mai 1972 wurden Japans Grenzen neu gezogen. Die Inselgruppe der Ryūkyūs südlich des 30. Grads nördlicher Breite wurde abermals<sup>1</sup> unter japanische Verwaltungshoheit gestellt. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs unterstand die Inselgruppe zunächst einer US-amerikanischen Militärregierung und später zivilen US-Administrationen.<sup>2</sup> Zwei Jahrzehnte nachdem der japanische Staat selbst in die Souveränität entlassen worden war, entstand mit Okinawa eine neue Präfektur.<sup>3</sup> Der zwischen 1964 und 1972 regierende japanische Ministerpräsident Satō Eisaku hatte diesen Schritt der Rückgliederung Okinawas einst mit dem Ende der Nachkriegszeit für Japan gleichgesetzt.<sup>4</sup> Diese emotionale Aussage spiegelt die Perspektive Tokyos zur Frage der Grenzziehung des japanischen Staates wider. Aus der Sicht Okinawas, und dort insbesondere aus der Sicht der politisch progressiven Kräfte, war die Nachkriegszeit jedoch

---

<sup>1</sup> Okinawa war seit dem sogenannten *Ryūkyū Shobun* von 1872, der erzwungenen Abdankung des letzten Königs der Ryūkyūs, Shō Tai (1843–1901), bereits japanisches Hoheitsgebiet gewesen (Kerr 2000: 381–419). Zuvor war das Königreich mehrere hundert Jahre lang sowohl Japan als auch China gegenüber tributpflichtig gewesen (Kerr 2000: 60–378).

<sup>2</sup> Die Insel Amami wurde bereits 1953 unter japanische Administration gestellt und ist seither Teil der Verwaltungseinheit der Präfektur Kagoshima (Anhalt 1991: 35–37).

<sup>3</sup> Die heutige Präfektur Okinawa besteht aus den drei Inselgruppen rund um Okinawa, Miyako und Yaeyama. Die Hauptinsel der Präfektur ist die gleichnamige Insel Okinawa; die dortige Hauptstadt Naha ist zugleich das wirtschaftliche wie politische Zentrum der Präfektur. Im vorliegenden Aufsatz benennt der Terminus „Okinawa“ die Präfektur.

<sup>4</sup> Während seines Okinawa-Besuchs im August 1965 formulierte Satō dies wie folgt: „Solange Okinawa nicht rückgegliedert wird, endet für Japan die Nachkriegszeit nicht“ (*Okinawa ga kaeranakeréba, Nihon no sengo ha owaranai.*) Original bei *NHK Special* (1996: 38); Übersetzung bei Vogt (2003: 49). Der Literatur- und Asienwissenschaftler Steve Rabson weist darauf hin, dass die Szene, in der Satō diesen berühmt gewordenen Satz sprach, sorgfältig choreographiert worden sei: So habe Satō Tränen vergossen und im Hintergrund winkten Schulkinder mit japanischen Flaggen (Rabson 2012: 181).

weder 1972 beendet noch ist sie es heute. Die ökologischen und ökonomischen sowie die sozialen Konsequenzen einer andauernden Stationierung von US-Militäreinheiten auf den Inseln prägen den Alltag der Menschen nach wie vor unmittelbar.<sup>5</sup> Als Andauern der Kriegszeit gar verstanden progressive Politiker, Aktivisten und Intellektuelle Okinawas die Zeit des Vietnamkriegs, als US-Militäreinheiten von der zentral auf der Hauptinsel Okinawa gelegenen Kadena Air Base, dem größten Stützpunkt der US-Luftwaffe in Asien-Pazifik, zu ihren Einsätzen aufbrachen (Ōta 09.11.1999).<sup>6</sup> Führend in diesem Diskurs ist der ehemalige Gouverneur der Präfektur (1992–1998) und frühere Journalistik-Professor der Universität der Ryūkyūs, Masahide Ōta. Das große Ziel der Rückgliederungsbewegung Okinawas in den späten 1960er und frühen 1970er Jahren, nämlich die Auflösung der US-Militärstützpunkte auf den Inseln (*NHK Special* 1996: 32–37), wurde verfehlt.

Aus der Diskrepanz der verteidigungspolitischen Belastungen zwischen Okinawa und den japanischen Hauptinseln speist sich bis heute eine Diskrepanz auch im Ausdruck einer nationalen Identität der Bürgerinnen und Bürger. Okinawa mag inzwischen politisch-administrativ ein Teil des japanischen Staates geworden sein, aber ob die Inseln auch ein Teil der Nation geworden sind, ist bis heute, zumindest in Okinawa, umstritten. Der vorliegende Aufsatz wird die unmittelbare Rückgliederungszeit von 1972 in den Blick nehmen und dabei entscheidende Momente einer vollzogenen oder fehlgeschlagenen Nationenwerdung untersuchen. Aus der Perspektive Okinawas heraus wird gefragt, warum es – im Angesicht vielfältiger historischer Spannungen, vor allem im Angesicht der Gräueltaten, die das japanische Militär in der Kriegszeit gegen die okinawische Zivilbevölkerung richtete – überhaupt zu einer Rückgliederungsbewegung an die japanischen Hauptinseln kam und welchen Bei-

---

<sup>5</sup> Mehr als zwei Drittel (68,4 Prozent) aller in Japan operierenden US-Militäreinheiten sind derzeit immer noch in der Präfektur Okinawa stationiert, welche lediglich 0,6 Prozent der japanischen Landesfläche ausmacht (OCK 2010: 1–3). Infolge dieser hohen Konzentration von Militäreinheiten kommt es immer wieder zu Gewalt gegen Frauen ebenso wie zu massiven Umweltverschmutzungen im Zuge von Militärübungen (Takazato 10.11.1999). Während die US-Militärstützpunkte auf der dicht besiedelten Hauptinsel Okinawa etwa 20 Prozent der Landesfläche einnehmen, wird aus der sogenannten Stützpunktwirtschaft (*kichi keizai*), d. h. aus Löhnen für okinawische zivile Angestellte auf den Stützpunkten, aus Pachteinnahmen für genutztes Land und aus der um die Stützpunkte angesiedelten Serviceindustrie, mittlerweile nur noch weniger als fünf Prozent des okinawischen Wirtschaftsaufkommens generiert (Ōta 09.11.1999). Zur Zeit der Rückgliederung lag der Anteil der Stützpunktwirtschaft noch bei 15,4 Prozent des gesamten Wirtschaftsaufkommens (Barrell und Tanaka 1997: 24).

<sup>6</sup> Siehe auch Kapitel 3.2 des vorliegenden Aufsatzes.

trag sie bei der Nationenwerdung „Japan mit Okinawa“ leistete.<sup>7</sup> Welche Bilder dieser neu zu gründenden Nation „Japan mit Okinawa“ wurden in jener Zeit des politischen Umbruchs geschaffen und präsentiert und warum erschienen sie erstrebenswert? Besonderes Augenmerk gilt dabei den Bildern dieser neuen Nation, wie sie in der lokalen Bevölkerung Okinawas und in der okinawischen Gemeinde auf den japanischen Hauptinseln vorherrschten. Als Datenmaterial für diese Analysen dient neben den wissenschaftlichen Aufarbeitungen der Rückgliederungszeit auch die Medienberichterstattung. Zusätzlich fließen Zeitzeugenberichte mit in die Betrachtungen ein. Quellen dafür sind publizierte Interviews sowie autobiographische und literarische Schriften.

## 2 FORSCHUNGSANSATZ

Der vorliegende Beitrag stützt seinen Forschungsansatz auf drei Säulen. Der zentralen Säule, dem Konzept der erfundenen Nation – wie es schon im Titel des Aufsatzes anklingt – stehen dabei unterstützend Ansätze der Forschung zu sozialen Bewegungen ebenso wie zur Normengenerierung im Politischen zur Seite.

In seinem 1983 erstmals erschienen Buch *Imagined Communities* (Die Erfindung der Nation) definiert der Politik- und Asienwissenschaftler Benedict Anderson die Nation als „imagined political community“ (Anderson 2006: 6). Für Anderson ist eine Nation eine Gemeinschaft (*community*). Jenseits aller Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten sähen die Mitglieder einer Nation diese zuallererst als Ausdruck einer tiefen Kameradschaft, für die es sich – im Extremfall – zu sterben lohne. Das Wesen einer Nation bedeutet in diesem Sinne das Zusammenschmelzen von Mehrheitsgesellschaft und Minderheitengruppen zu einer in Emotionalität und Solidarität verbundenen Gemeinschaft. Gleichzeitig ist eine Nation, so Anderson, auch anonym und erfunden (*imagined*). Kein Mitglied einer Nation könne aufgrund deren schierer Größe alle anderen Mitglieder persönlich kennen – die Existenz der anderen Mitglieder der Nation und eben auch ihre Zugehörigkeit zur selben Nation seien damit ein Stück weit erdacht bzw. erfunden. Gemeinsame Ziele und Handlungsnormen werden dabei immer wieder neu unter den Mitgliedern der Nation verhandelt. Dieser stete

---

<sup>7</sup> Während sich in den 1950er Jahren in Okinawa noch eine Mehrheit für eine Unabhängigkeit der Inseln aussprach, verlor dieser politische Flügel in den 1960er Jahren an Zulauf. In gleichem Maße gewann die Rückgliederungsbewegung an Popularität (Ishikawa 2001: 181–182). Die Hintergründe zu dieser Entwicklung werden in Kapitel 4.1 des vorliegenden Aufsatzes angesprochen.

Prozess des Erfindens der Nation durch ihre Mitglieder führt freilich zur kontinuierlichen Neuerfindung der Nation (Anderson 2006: 1–7).

Einen tieferen Einblick in das Wesen des Zusammenhalts beispielsweise einer Nation, generell aber einer jeden gewählten politischen Gemeinschaft, liefert die Forschung zu sozialen Bewegungen. Der Politikwissenschaftler und Soziologe Sidney Tarrow sieht im Prozess der Selbst-Definition und Selbst-Reflektion einen unerlässlichen Schritt in der Findungs- und Mobilisierungsphase politischer Gemeinschaften. Der Schritt besteht, so Tarrow, aus drei Komponenten: Erstens wird durch Selbst-Definition und Selbst-Reflektion eine eigene Identität der Gemeinschaft geschaffen; diese wird, zweitens, durch Einbindung eines hohen Grads an Emotionen stabilisiert und schließlich, drittens, durch bestimmte *frames*, also Bedeutungszuschreibungen an Begriffe, für die Gemeinschaft selbst sowie für die Außenwelt dargestellt. Als Resultat von Selbst-Definition und Selbst-Reflektion werde die Gemeinschaft, so Tarrow, einerseits intern gestärkt und zugleich präsentiert sie sich andererseits als solche nach außen. Wiederholte Prozesse von Selbst-Definition und Selbst-Reflektion wiederum ermöglichen eine Ausweitung der Gemeinschaft. Grenzen werden getestet und verschoben (Tarrow 2011: 142–143).

Konkret bedeutet das Verschieben von Grenzen, dass die politische Gemeinschaft – etwa die Nation – ihre Ziele neu formuliert und die ihr Stabilität verleihenden Normen neu generiert. Ein jedes Verschieben der Grenzen bedeutet somit eine Neudefinition der Fundamente der Gemeinschaft. Der Politikwissenschaftler Peter Katzenstein betont, dass eine solche Selbst-Reflektion niemals in Isolation sondern ausschließlich in Kommunikation mit der Außenwelt geschehen kann. Diese Kommunikation kann in dreierlei Weise ablaufen: Erstens, als eine spontan entstandene soziale Praxis; oder, zweitens, als eine bewusst geförderte politische Strategie, die bestimmte Interessen verfolgt; oder, drittens, als Mechanismus der Konfliktlösung, über welchen gezielt verhandelt wird. Die Beispiele aus der Realpolitik zeigen jedoch, dass meist mehr als nur eine Form der Kommunikation von Selbst-Reflektion parallel stattfindet (Katzenstein 1996: 21).

Aus den hier vorangestellten Überlegungen von Anderson, Tarrow und Katzenstein wird deutlich, dass die Nationenwerdung ein Prozess ist, der die neu entstehende Nation als Ganzes betrifft. Nicht nur die Bevölkerung der neu hinzukommenden Territorien, sondern ebenso die Bevölkerung der Nation in ihren ursprünglichen Grenzen ist dazu aufgerufen, diese neue politische Gemeinschaft zu erfinden. Emotionalität und Solidarität kreieren eine neue Identität, stabilisieren diese und dienen als Reflexionspunkt in der Außenrepräsentation der neuen Nation – sei es in

ihrer spontanen, der politisch strategischen oder der als Konfliktlösung funktionalisierten Präsentation.

Im Kontext von Modernisierungsprozessen lässt sich diese Neuerfindung einer Nation als Prozess der Differenzierung verstehen und damit – in den Worten des Soziologen Hans van der Loo und des Sozialphilosophen Willem van Reijen (1997: 33) – als die „strukturelle[n] Dimension sich verändernder Handlungsmuster und Interaktionsformen“.<sup>8</sup> Im Zuge dieses Prozesses werden Gesellschaften komplexer und „eine dieser Komplexität angepasste Form der Solidarität“ (van der Loo und van Reijen 1997: 130) erweist sich als notwendig, um die Funktionalität dieser Gesellschaften zu bewahren. Infolge der Anpassungen von Solidarität erleben moderne Gesellschaften gleichermaßen Maßstabsvergrößerungen wie Maßstabsverkleinerungen. D.h. einerseits entwickeln sich moderne Gesellschaften hin zu globalen Gesellschaften, andererseits werden gerade auch lokale und regionale Solidaritäten gestärkt (van der Loo und van Reijen 1997: 267). Der Soziologe Stuart Hall identifiziert Globalisierung ähnlich als Prozess, aus dem „globale[n] Identitäten“ und „Nachbarschaftsidentitäten“ (Hall 1999: 90) in Gemeinschaften gegenüber den bisher vorherrschenden nationalen Identitäten gestärkt hervorgehen.<sup>9</sup> Diversifizierungen innerhalb gesellschaftlicher Gruppen also nehmen zu und lassen konkurrierende Interessen entstehen (van der Loo und van Reijen 1997: 271). Als zentrale Herausforderung moderner Gesellschaften ergibt sich „[a]us der Perspektive der Differenzierung [...] das Problem der *Solidarität* [...]: Was hält Menschen oder Gruppen von Menschen zusammen? Was bindet sie?“ (van der Loo und van Reijen 1997: 265–266).

Eine konsensbasierte und schlüssige Beantwortung dieser Fragen und damit die erfolgreiche Neugenerierung politischer Normen im Angesicht dynamischer gesellschaftlicher Lebenswelten ist unabdingbare Voraussetzung für die Redefinition von Solidarität in neu entstehenden modernen Gemeinschaften und damit – im Sinne Benedict Andersons – eben auch für die Schaffung einer neuen Nation. Die Frage nach dem Prozess der Redefinition von Solidarität in einer neu geschaffenen Nation „Japan mit Okinawa“ sowie die Evaluierung dieses Prozesses stehen damit im Zentrum des vorliegenden Aufsatzes. Im folgenden Abschnitt werden die Schlüsselmomente der Rückgliederung Okinawas unter die politisch-ad-

---

<sup>8</sup> Neben der Differenzierung (von Strukturen) identifizieren van der Loo und van Reijen (1997: 30–44) drei weitere Handlungsschemata von Modernisierung: die Rationalisierung (der Kultur), die Individualisierung (der Person) und die Domestizierung (der Natur).

<sup>9</sup> Mit Blick auf die Seite der Maßstabsvergrößerung prägte der Soziologe Ulrich Beck den Begriff der „Risikogesellschaft“ (Beck 1986).

ministrative Hoheit Japans sowie die sie vorantreibenden Akteure beleuchtet. Es folgt ein Kapitel zu den Bildern und Vorstellungen (*imaginations*) der neuen Nation „Japan mit Okinawa“ wie sie einerseits in Okinawa, andererseits auf den japanischen Hauptinseln – und dort insbesondere innerhalb der okinawischen Minderheit – präsent waren. Ein Fokus der Analyse richtet sich auf die Konzepte dieser neuen Nation, wie sie innerhalb der Bevölkerung sowie unter den Intellektuellen mit Ausstrahlung hinein ins öffentliche Leben vorherrschten. Dem *bottom-up* Gedanken der Bewegungsforschung folgend wird davon ausgegangen, dass eben diese Konzepte – weit mehr als die konkrete Tagespolitik – über Erfolg oder Misserfolg einer Nationenwerdung entscheiden, da sie die Entstehung von Solidarität unter den Mitgliedern der neuen Nation emotional fördern oder einschränken. In einem abschließenden Kapitel werden die erbrachten Indizien zusammengeführt und zur Beantwortung der Forschungsleitfrage nach den Gründen für die Entstehung einer Rückgliederungsbewegung und ihrem Beitrag bei der Nationenwerdung „Japan mit Okinawa“ herangezogen.

### 3 POLITIK UND IDENTITÄT: OKINAWAS RÜCKGLIEDERUNG VON 1972

Bis heute spielen zwei konkurrierende Interpretationen der okinawisch-japanischen Geschichte im öffentlichen wie politischen Leben eine zentrale Rolle. Die Unterstützer des *Nichi-ryū-dōsō-ron* [Theorie gemeinsamer Wurzeln Japans und der Ryūkyū-Inseln] stehen dabei, d.h. insbesondere in den Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik Japans, der Liberaldemokratischen Partei (LDP) nahe, welche die US-orientierte Politik des Zentralstaats verkörpert; die Anhänger der Theorie einer Opferrolle Okinawas im japanisch-okinawischen Verhältnis wiederum dem bunten Bündnis progressiver Parteien Okinawas, welches jedoch auch zur Trägerschaft der Rückgliederungsbewegung zählte (Vogt 2003: 111–131). Dies mutet zunächst ironisch an. Die Gründe für das Aufflammen eines Bündnisses zur Rückgliederung an Japan sollen im vorliegenden Aufsatz erörtert werden. Dazu präsentiert dieses Kapitel einen historischen Abriss von Meilensteinen auf dem Weg zur Rückgliederung, welcher sich dezidiert auf die zentralen Akteure der Zeit und ihre teils politische, teils symbolische Wirkungskraft im Prozess der Nationenwerdung konzentriert. Zunächst erfolgen jedoch Ausführungen zu den beiden zentralen dominierenden Interpretationen der okinawisch-japanischen Geschichte als Referenzpunkte.

### 3.1 Okinawisch-japanische Geschichte

Der Gedanke einer graduellen Vereinigung der japanischen Hauptinseln und der Ryūkyūs, welche mit der Invasion der Inseln durch den Satsuma-Clan von 1609 begonnen und mit der Rückgliederung von 1972 abgeschlossen worden sei, geht auf den Historiker Kurayoshi Takara zurück (Meyer 2012: 8). Takara gilt als einer der führenden gegenwärtigen Intellektuellen des *Nichi-ryū-dōsō-ron*, als ein Verfechter der Idee einer gemeinsamen Abstammung der Bewohner der japanischen Hauptinseln und der Ryūkyū-Inseln (Vogt 2003: 171–181). Begründet hatte diese Denkrichtung der oft als Vater der okinawischen Volkskunde beschriebene Fuyū Iha, der schon während der japanischen Meiji-Zeit (1868–1912) Okinawa als „living museum of Japan’s ancient past“ (Siddle 1998: 127) konzeptionalisierte. Der zu dieser Zeit (1872) erfolgte *Ryūkyū Shobun*, die Angliederung der Ryūkyūs an Meiji-Japan bedeutete im Verständnis der Anhänger dieses Diskurses die Richtigestellung der politisch-administrativen Grundlagen dessen, was in der Realität bereits gültig war, nämlich eine nationale Einheit der beiden Gebiete.

Die Gegner dieses Diskurses verstanden sowohl die Satsuma-Invasion als auch den *Ryūkyū Shobun* und die Gräueltaten der kaiserlichen japanischen Armee gegenüber der okinawischen Zivilbevölkerung<sup>10</sup> als aggressive Handlungen einer Militärmacht, d. h. des japanischen Staates. Okinawa selbst sei in der Opferrolle eines pazifistischen Staates verhaftet geblieben. Noch bis in die heutige Zeit hinein wirke diese pazifistische Philosophie etwa in der – im Vergleich zur Machtpolitik Japans – auf Okinawa präsenten reinen Wertschätzung des Lebens (*nuchi du takara*) (Ōta 1996). Zu den Hauptvertretern dieser Gedankenrichtung zählt der bereits erwähnte frühere Gouverneur der Präfektur Masahide Ōta (Vogt 2003: 181–192). Er erregte 1995/96 während seiner Amtszeit als Gouverneur mit seiner Weigerung, Pachtverträge des US-Militärs für Ländereien in Oki-

---

<sup>10</sup> In der Schlacht von Okinawa, die am 26.03.1945 mit der Landung von US-Truppen auf Kerama begann, fielen 49.000 US-Soldaten. Auf japanischer Seite waren 107.000 Tote zu beklagen, darunter 42.000 Zivilisten (Coox 1997: 366–367). Dass die Zivilbevölkerung kaum Schutz durch die kaiserliche japanische Armee erfuhr, ja teils sogar von Angehörigen der Armee aus den Schutzräumen vertrieben worden war, ist zentraler Bestandteil der bis heute in Okinawa lebendigen Kriegserinnerung. Der Historiker George Kerr (2000: 466) skizziert die Bedeutung Okinawas für Japan in diesem Krieg wie folgt: „Tokyo gave little thought to the civil economy on distant Okinawa and did virtually nothing to prepare it for the crisis of invasion. The Ryukyus were not Kyushu, or Shikoku, or Honshu; Okinawa retained importance only as a potential field of battle, a distant border area in which the oncoming enemy could be checked, pinned down, and ultimately destroyed.“

nawa zu unterzeichnen, internationales Aufsehen.<sup>11</sup> Begründet hatte Ōta diesen Schritt mit dem Verweis auf die historische Waffenlosigkeit Okinawas, die sich noch heute in einer Ablehnung jeglicher Verbindung zum Krieg – beispielsweise auch dem Stationieren von Militäreinheiten – widerspiegeln und die er als Gouverneur respektieren wolle (Shimabukuro 1996: 82; Vogt 2003: 68–79). Aus dieser Perspektive rückblickend mutet also die Rückgliederung von 1972 wie eine erneute Manifestation der okinawischen Opferrolle an: entgegen der eigenen pazifistischen Philosophie müsse, dem Wohl der japanischen Nation halber, die Umsetzung des japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrages und die darin festgeschriebene Stationierungsgarantie für US-Militäreinheiten geschultert werden.

### *3.2 Amerikanisch-japanische Verhandlungen*

Am achten Jahrestag des Inkrafttretens des Friedensvertrags von San Francisco,<sup>12</sup> am 28. April 1960, begründete sich in der Eingangshalle der *Okinawa Times* – neben der *Ryukyū Shinpo* eine der beiden großen Tageszeitungen Okinawas – eine lokale Bewegung zur Rückgliederung der Inseln an Japan. Zwar war der Lehrerverband Okinawas ein zentraler Träger der Bewegung, doch zeichnete sie sich auch durch eine breite Trägerschaft über die Grenzen progressiver politischer Parteien hinweg aus. Die Bewegung nannte sich Okinawa-ken sokoku fukki kyōgikai [Kongress zur Rückgliederung der Präfektur Okinawa an das Vaterland] und wurde unter der Abkürzung fukkikyō [Rückgliederungsbewegung] bekannt.<sup>13</sup> Der gewählte Terminus der „Präfektur Okinawa“ stand 1960 zwar nicht im Einklang mit den rechtlichen Tatsachen, doch symbolisierte er damit umso mehr das Programm der Bewegung, nämlich den Ruf nach dem Ende der als unrechtmäßig empfundenen Verwaltung der Inseln durch die US-Militäreinheiten und zivilen Administrationen (Vogt 2003: 45–46).

Das Datum des 28. Aprils wurde fortan in Okinawa „Tag der Schande“ (*kutsujoku no hi*) genannt und war von den Begründern der fukkikyō mit

---

<sup>11</sup> Das mehrstufige System der Verpachtung von Ländereien zur Nutzung durch das US-Militär sah vor, dass der Gouverneur einer Präfektur die Pachtverträge zu unterzeichnen habe, sollten die privaten Landbesitzer ihre Unterschrift verweigern. Ōta jedoch kündigte am 28.09.1995 an, die Unterschrift in Vertretung der Landbesitzer, deren Verträge turnusmäßig zum 31.03.1996 ausliefen, nicht zu leisten (Vogt 2003: 70–73).

<sup>12</sup> Der Friedensvertrag von San Francisco wurde am 08.09.1951 von 46 Nationen unterzeichnet, am 18.11.1951 vom japanischen Parlament ratifiziert und am 28.04.1952 trat er in Kraft (Nakano und Arasaki 1996: 56).

<sup>13</sup> Siehe auch Kapitel 4.1 des vorliegenden Aufsatzes.

Bedacht gewählt (Anhalt 1991: 68; Nakano und Arasaki 1996: 116–118; Vogt 2003: 46–47). An diesem Tag erlangten die japanischen Hauptinseln ihre Souveränität wieder; gleichzeitig unterstellte Artikel 3 des Friedensvertrags<sup>14</sup> die Inselkette der Ryūkyūs explizit den USA. Die Inseln erhielten fortan den Status der potenziellen Souveränität. Diese Formel, völkerrechtlich nicht fassbar, sprach Japan jegliche Einflussnahme auf die Politik der Besatzungsmacht USA im Gebiet der Ryūkyūs ab, zugleich beließ sie die Inseln aber offiziell unter japanischer Oberhoheit und erkannte die Bewohner der Inseln weiterhin als japanische Staatsbürger an. Die 1952 so erfolgte Abtrennung der Ryūkyūs von den japanischen Hauptinseln charakterisiert die Politikwissenschaftlerin Sheila Smith als „separate peace“ und sieht darin das gespannte Verhältnis zwischen Okinawa und den japanischen Hauptinseln mitbegründet: „[...] that separate peace continues to haunt relations between Okinawa and Tokyo“ (Smith 2001: 180).

Mehr noch, der Friedensvertrag und die in der Verhandlungsphase erfolgte Positionierung zentraler Akteure in der Okinawa-Frage mögen gar als Grund für die bis dato zurückhaltende Identifikation der Menschen Okinawas mit dem japanischen Nationalstaat benannt werden. Der japanische Kaiser (1901–1989), posthum Shōwa Tennō, wandte sich in seiner neuen Rolle als Symbol des Staates am 20.09.1947 in einem Schreiben an den Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte in Japan, General Douglas MacArthur sowie am 22.09.1947 an George C. Marshall als Vertreter der US-Regierung. In seinem Schreiben erklärt der Kaiser seine Bereitschaft, einer zeitlich unbegrenzten Besetzung Okinawas durch das US-Militär zuzustimmen, sollten, im Gegenzug, die Hauptinseln ihre Souveränität rasch wiedererlangen können (Ōe 2000: 70; Ōta 1990: 315). Der Kern dieses als *Tennō messēji* [Nachricht des Kaisers] bekannt gewordenen Schreibens ist wie folgt überliefert:

Die Besetzung Okinawas [...] durch das US-Militär habe nach einer auf lange Sicht ausgerichteten Kolonisation – 25 bis 50 Jahre, oder aber noch länger – zu fußen. Die Souveränitätsrechte sollen jedoch bei Japan bleiben [...].<sup>15</sup>

---

<sup>14</sup> „Japan wird jedem Vorschlag der Vereinten Nationen zustimmen, die Nansei-Inselgruppe südlich des 29. Breitengrades deren Treuhandschaft zu unterstellen, und zwar mit den Vereinigten Staaten als alleiniger Verwaltungsmacht [...]. Bis zu einem solchen Vorschlag und bis zur positiven Aktion in dieser Hinsicht haben die Vereinigten Staaten das Recht, alle und jede Gewalt der Verwaltung, Gesetzgebung und Rechtsprechung über das Gebiet und die Einwohner dieser Inseln, einschließlich ihrer territorialen Gewässer, auszuüben.“ (Anhalt 1991: 28)

<sup>15</sup> Original bei Ōta (1990a: 316); Übersetzung bei Vogt (2003: 116).

Die *Tennō messēji* wurde erstmals in der April-Ausgabe des Jahres 1979 in der Zeitschrift *Sekai* publiziert (Ōta 1990: 314) und hatte damit keine unmittelbare Auswirkung auf die Herausbildung einer nationalen Identität in den Nachkriegsjahren oder aber im Vorfeld der Rückgliederungsbewegung. Doch spiegelt sie die Haltung des Symbols des Staates zum Stellenwert Okinawas innerhalb Japans wider. Der angebotene Tausch okinawischen Territoriums gegen baldige Souveränität lässt erkennen, dass der Shōwa Tennō eine Nation „souveränes Japan“ einer Nation „Japan mit Okinawa“ vorzog. Eine anhaltende Kolonialisierung Okinawas wurde in der Nachkriegszeit seitens der politischen Eliten Japans in Kauf genommen.<sup>16</sup> Der Historiker Moriteru Arasaki sieht denn in der *Tennō messēji* auch den Grund für das in den 1980er Jahren merklich abgekühlte Verhältnis zwischen Okinawa und den Hauptinseln (Nakano und Arasaki 1996: 120–122).<sup>17</sup> Noch unlängst nannte der Literat Shun Medoruma den Shōwa Tennō im Zusammenhang mit der *Tennō messēji* einen „feigen, schamlosen Mann“, dem man es unmöglich hätte erlauben können, den Boden Okinawas zu betreten (Medoruma 2012: 56).

Für die Bürger, Politiker und Intellektuellen Okinawas also war deutlich geworden, dass der Kaiser, symbolisches Staatsoberhaupt Japans, Okinawa lediglich als Verhandlungsmasse gegenüber den US-Besatzern und später, d.h. nach der zu für Okinawa nicht zufriedenstellenden Konditionen<sup>18</sup> vollzogenen Rückgliederung, als einen – bequem in großer Entfernung zu den Hauptinseln gelegenen – Standort von US-Militärstützpunkten ansah, nicht aber als integren Teil einer erneut in die Souveränität strebenden japanischen Nation verstand.

---

<sup>16</sup> Als weiteres Indiz hierfür mag die sogenannte *Ni-ichi-ketsugi*-Resolution angeführt werden, welche am 01.02.1962 von der Gesetzeskammer Okinawas in einem parteiübergreifenden Konsens verabschiedet wurde. Diese Resolution appellierte an die Vereinten Nationen, ihre eigene Erklärung von 1960 „zur Entlassung aller Kolonien in die Unabhängigkeit und zur Ablehnung jeglicher unvertragmäßiger Fremdherrschaft auch auf Okinawa anzuwenden“ (Vogt 2003: 47). Damit wurden die Vereinten Nationen aufgefordert, die Kolonialisierung Okinawas durch die USA zu beenden. Zwar war die Resolution öffentlichkeitswirksam, doch blieb sie politisch erfolglos, insbesondere auch, da die japanische Zentralregierung keine Solidarität mit dem Vorstoß Okinawas erkennen ließ. Der japanische Außenminister Zentarō Kosaka bemerkte gar lapidar, dass Japan Okinawa keineswegs als US-Kolonie betrachte (Anhalt 1991: 69).

<sup>17</sup> Exemplarisch sei hier auf das Verbrennen der japanischen Flagge durch Shōichi Chibana 1987 in Yomitan hingewiesen. Siehe dazu auch Kapitel 4.3 des vorliegenden Aufsatzes.

<sup>18</sup> Zu den Verhandlungen über eben diese Konditionen auch Kapitel 3.4 des vorliegenden Aufsatzes.

### 3.3 Die Okinawa-Politik der USA

„Vom Befreier zum Besatzer“ (*kaihōsha kara senryokusha he*), so skizzierte Masahide Ōta den Wandel, den das Bild der US-Soldaten und zivilen Verwaltungseinheiten bereits in den ersten Nachkriegsjahren vollzogen hat (Ōta 1995: 113). Die Inseln, welche in einer der blutigsten Schlachten des Pazifischen Krieges von den US-Militäreinheiten erobert worden waren, sollten fortan, wie vom US-Verteidigungsministerium gefordert, zum *Keystone of the Pacific*, einem zentralen Stützpunkt für die US-Politik in Asien ausgebaut werden. Im Zuge dessen kam es immer wieder zu Beschlagnahmungen okinawischen Landes; die Bevölkerung wurde enteignet und in Lagern festgehalten (Anhalt 1991:10; Bowen Francis 1999: 199–200). Japanischen Widerstand gegen derlei Maßnahmen erwarteten die US-Einheiten, allen voran General Douglas MacArthur nicht. Von ihm ist folgendes Zitat überliefert: „*Okinawajin ha Nihonjin de ha nai*. [Die Okinawer sind gar keine Japaner.]“ (Ishikawa 2001: 185).<sup>19</sup> Die imaginierte Nation „Japan“ umfasste für MacArthur nicht das Gebiet Okinawa – dies mag seiner tatsächlichen Überzeugung entsprochen haben oder aber aus strategischen Gründen – eines von Japan unkontrollierten Ausbaus von Okinawa zum militärischen *Keystone of the Pacific* halber – bewusst so gewählt und geäußert worden sein.

Die Demontage einer eventuell präsenten nationalen Identität als Teil Japans wurde in den 1950er und 1960er Jahren seitens der US-Administration durch eine Stärkung der regionalen Identität Okinawas vorangetrieben. So wurden auf Anweisung der US-Behörden hin Nachrichtensendungen nie in Hochjapanisch sondern stets im Ryūkyū-Dialekt ausgestrahlt. US-Soldaten hatten die Menschen Okinawas außerdem stets als „Ryukyuan“ zu bezeichnen (Johnson 1999: 129; Miyagi 1995: 25). Noch 1959 stellte das US-Militär alle Handlungen und Aussagen der Bürger Okinawas unter Strafe, welche die Rückgliederung an Japan forderten. Erst mit der neuen Okinawapolitik (*Okinawa shin-seisaku*), am 19.03.1962 unter US-Präsident (1961–1963) John F. Kennedy vorgestellt, schien sich eine Liberalisierung der rigiden anti-japanischen US-Politik in Okinawa anzukündigen. Statt der von lokalen Politikern und Aktivisten Okinawas erhofften und geforderten Reformen jedoch – etwa der Implementierung direkterer politischer Partizipationsmöglichkeiten – stellte die Kennedy-Initiative die Hebung des Lebensstandards in Okinawa in

---

<sup>19</sup> Gegenüber dem Politikwissenschaftler und politischen Berater George Kennan soll MacArthur die Bevölkerung Okinawas 1948 ferner als „simple and good-natured people“ charakterisiert haben, „who have been ‚looked down on‘ by Japanese, could now ‚pick up a good deal of money and live a reasonably happy existence from American base development““ (Rabson 2012: 166).

ihren Mittelpunkt. Zwar blieb sie damit hinter den in sie gesetzten Erwartungen zurück, doch muss sie als Meilenstein der US-Okinawapolitik gelten. Denn erstmals erkannte die US-Regierung im Rahmen dieses Reformpapiers Okinawa als Teil Japans an (Nakano und Arasaki 1996: 130). Damit war eine Rückgliederung Okinawas an Japan perspektivisch unausweichlich geworden.

Unmittelbar jedoch erschien das Ziel der Rückgliederung für die zu diesem Zeitpunkt gerade einmal zwei Jahre alte fukkikyō nicht erreichbar, denn mit dem Eintritt der USA in den Vietnamkrieg, spätestens aber mit dem Einsatzbefehl für die in Okinawa stationierten US-Soldaten am 14.05.1965, erfuhren die Inseln erneut einen starken Bedeutungszuwachs in den geostrategischen Überlegungen der US-Streitkräfte. Von US-Militärbasen in Okinawa aus starteten am 29.07.1965 die ersten B-52 Bomber zu ihren Einsätzen in Vietnam (Nakano und Arasaki 1996: 146). Die zentral auf der Hauptinsel gelegene Kadena Air Base war während des Vietnamkriegs mit etwa 10.000 Starts und Landungen pro Monat einer der geschäftigsten Luftwaffenstützpunkte der Welt (Vogt 2003: 48). Übungen in Bataillonsstärke verursachten große Flurschäden, die Kriminalitätsrate der US-Soldaten stieg sprunghaft an, Drogenhandel und Prostitution weiteten sich aus. Schließlich kam es sogar abermals zu Landbeschlagnahmungen durch das US-Militär (Anhalt 1991: 81). Die Gesetzeskammer Okinawas forderte bereits am Tag nach dem ersten Einsatz von US-Streitkräften aus Okinawa heraus deren Stopp. Zur Begründung hieß es, dass die Einsätze und die damit:

[...] vollzogene direkte Verwicklung in den Krieg [...] nicht nur der Präfekturbevölkerung die Unsicherheiten und Ängste eines unmittelbaren Kriegs [bringen], sondern [...] auch die Sicherheit der Hauptinseln [bedrohen].<sup>20</sup>

Aus dem Schriftstück der Gesetzeskammer geht klar die gefühlte Bedrohung hervor, erneut eine Kriegszeit in Okinawa zu erleben – zum Preis der Unterstützung für den eng an die Partnerschaft mit den USA geknüpften wirtschaftlichen Aufschwung der japanischen Hauptinseln. Vom materiellen Wohlstand der Hauptinseln war in Okinawa derweil kaum etwas zu bemerken. Doch es wird nicht nur die Sicherheit Okinawas, sondern auch die der japanischen Hauptinseln als bedroht empfunden. Dies kann als tatsächliche Solidarität mit den als solchen gefühlten oder erfundenen Mitgliedern der gleichen Nation verstanden werden. Es kann sich jedoch auch ein politischer Schachzug dahinter verbergen, der darauf abzielt, die Solidarisierung der politischen Eliten der Hauptinseln

---

<sup>20</sup> Original bei Nakano und Arasaki (1996: 146); Übersetzung bei Vogt (2003: 49).

gegen den gemeinsamen Gegenspieler USA sicher zu stellen. Zugleich versuchten insbesondere die Studierenden der Universität der Ryūkyūs, nach einer Großkundgebung in Koza im Juli 1965 einen Zusammenschluss mit der US-Friedensbewegung zu initiieren (Nakano und Arasaki 1996: 147). Okinawas Protestbewegung gegen den Vietnamkrieg also positionierte sich in Allianz mit der japanischen und der US-amerikanischen. Bemerkenswerterweise hielt sich die fukkikyō bei diesen Aktionen im Hintergrund (Nakano und Arasaki 1996: 147).

### 3.4 Die Okinawa-Politik Japans

Schon während des kurzen Okinawa-Besuchs des Ministerpräsidenten Satō Eisaku im August 1965 positionierte sich die fukkikyō jedoch öffentlichkeitswirksam als Kritikerin des Ministerpräsidenten. Dies mutet zunächst erstaunlich an, galt Satō doch als ausgesprochener Befürworter der Rückgliederung, wie sein Zitat von der bis dahin nicht endenden Nachkriegszeit für Japan verdeutlicht (*NHK Special* 1996: 38). Die Vertreter der fukkikyō jedoch warfen Satō vor, die Rückgliederung nicht entschlossen genug voranzutreiben. In der Kritik stand zum einen der immer noch nicht konkretisierte Zeitrahmen für eine Rückgliederung und zum anderen Satōs Bereitschaft, auch nach einer erfolgten Rückgliederung US-Militärstützpunkte auf Okinawa zu unterhalten (Vogt 2003: 49). Anhänger der fukkikyō äußerten ihren Unmut gegenüber der Okinawa-Politik des Ministerpräsidenten in Kundgebungen vor dessen Hotel; Satō verlegte schließlich sein Quartier auf einen US-Militärstützpunkt, was in Okinawa mit Spott aufgenommen wurde: „Man kann wohl sagen, daß Satō vor den Okinawern die Flucht ergriff“ (Anhalt 1991: 80).

An den Modalitäten der Rückgliederung entzündete sich der Unmut der fukkikyō. Die japanische Regierung schlug zunächst Teilrückgliederungspläne vor, so beispielsweise eine Rückgliederung nach geographischen Gesichtspunkten (*bunri-henkan*), nach funktionalen Aspekten (*kinōbetsu-henkan*), nach Inselgruppen (*sentō-bunri*),<sup>21</sup> oder aber eine Rückgliederung nur von Wohngebieten (*jūminchiiki-bunri*). Sowohl die fukkikyō als auch die US-Behörden lehnten derlei Pläne jedoch ab. Die Mitglieder der fukkikyō befürchteten, dass partielle Rückgliederungen eine vollständige Rückgliederung letztlich unwahrscheinlich werden ließ; die US-Behörden lehnten den mit partiellen Rückgliederungen verbundenen erhöhten Verwaltungsaufwand ab (Anhalt 1991: 83–84; Nakano und Arasaki 1996: 153–154).

---

<sup>21</sup> Nach diesem Vorschlag sollten die Inselgruppen um Miyako und Yaeyama eine Vorab-Rückgliederung erfahren (Anhalt 1991: 83–84).

Brisant war zudem die Frage nach dem künftigen Status okinawischen Territoriums im Hinblick auf die sogenannten drei Anti-Kernwaffen-Prinzipien Japans.<sup>22</sup> Mit dem Slogan einer *kaku-nuki henkan*, einer Rückgliederung ohne Kernwaffen, verlangten die Mitglieder der *fukkikyō* dabei, dass mit der Rückgliederung an Japan die Prinzipien der japanischen Verfassung uneingeschränkt in Okinawa zu gelten haben. Eine *kaku-tsuki henkan* jedoch, eine Rückgliederung unter Beibehalt des Status quo in der Kernwaffenpolitik, d.h. einer andauernden Nutzung von Ländereien und Seegründen Okinawas auch für die Stationierung von Kernwaffen, erfuhr seitens des US-Verhandlungspartners eine klare Präferenz. Es heißt, Satō und der US-Präsident (1969–1974) Richard Nixon hätten in einem Geheimdokument vom 21.11.1969 (*NHK Special* 1996: 146–147) vereinbart, dass die USA ihre Atomwaffen zunächst aus Okinawa abziehen. Sollte sich jedoch die sicherheitspolitische Lage der Region verändern, könnten die US-Militäreinheiten nach Absprache mit der japanischen Regierung erneut Atomwaffen in Okinawa stationieren (Gabe 2001: 360; Smith 2001: 184). Zugleich vereinbarten Satō und Nixon, die Rückgliederung Okinawas innerhalb der nächsten drei Jahre zu vollziehen.

Nachdem im Dezember 1971 das japanische Parlament den Rückgliederungsvertrag ratifiziert hatte, brachen in Okinawa, angeführt von der *fukkikyō*, stürmische Proteste gegen die Rückgliederung aus. Es waren die Konditionen der Rückgliederung, die diesen Unmut hervorriefen. So blieben US-Militäreinheiten weiterhin auf Okinawa stationiert; zusätzlich sollten ab 1972 schon 6.800 Soldaten der japanischen Selbstverteidigungsstreitkräfte in Okinawa stationiert werden (Hirose 1971: 411). Die Währungsumstellung vom US-Dollar zum Yen ebenso wie das Wegfallen von Importzöllen, welche bislang auf japanische Waren erhoben worden waren, drohten zudem, die wirtschaftliche Lage Okinawas zu verschlechtern. In Okinawa machte das Schlagwort von der *fukki fuan* (Rückgliederungsangst) die Runde. Und während am Tag der Rückgliederung, am 15.05.1972, Premierminister Satō in Tokyo Okinawas friedliche Rückgliederung feierte, betonte Yara Chōbyō, der 1972 erste frei gewählte Gouverneur Okinawas, in Naha, dass die Modalitäten der Rückgliederung für Okinawa nicht zufrieden stellend sind.<sup>23</sup> Die *fukkikyō* berief noch am Rückgliederungstag eine Versammlung zum Widerstand gegen das Ka-

---

<sup>22</sup> In Artikel 9 seiner Verfassung verzichtet Japan auf das Recht eines souveränen Staates zur Kriegsführung. Mit seinen Anti-Kernwaffen-Prinzipien (*hikaku sangensoku*) verpflichtet sich Japan darüber hinaus, Nuklearwaffen weder zu produzieren noch zu besitzen oder auf japanischem Boden zu lagern (Hasegawa 1995: 218).

<sup>23</sup> Siehe auch Kapitel 4.1 für weitere Informationen zu Yara Chōbyō.

binett Satō ein (Nakano und Arasaki 1996: 217; Vogt 2003: 51–52). Es hatte sich gezeigt, dass die neue Nation „Japan mit Okinawa“ in ihrer realpolitischen Ausprägung keineswegs den Erwartungen der Bürger, der Lokalpolitiker oder der Intellektuellen Okinawas entsprach.

#### 4 AKTIVISMUS UND IDENTITÄT: DIE ERFINDUNG DER NATION „JAPAN MIT OKINAWA“

Eben diese Erwartungen der Bürger, der Lokalpolitiker und der Intellektuellen stehen in den folgenden Absätzen im Zentrum der Betrachtungen. Leitend ist dabei die Forschungsfrage nach dem Wesen der Bilder einer neu zu gründenden Nation „Japan mit Okinawa“. Welche Erwartungen waren mit der Rückgliederung für Okinawa aber auch für Japan verbunden und was wurde aus den mit der Rückgliederung verknüpften Hoffnungen nach der zumindest partiell gescheiterten Nationenbildung „Japan mit Okinawa“? Um den Aspekt der Identitätsbildung einer sich neu erfindenden politischen Gemeinschaft, einer Nation, gebührend ins Zentrum der Betrachtungen stellen zu können, finden in den folgenden Absätzen dezidiert die Stimmen der Mitglieder dieser Nation Gehör. Gerade den öffentlichen Figuren aus dem Kreis der Bürger, der Lokalpolitiker und der Intellektuellen kommt eine besondere Bedeutung bei der Schaffung und Interpretation von Emotionalität und Solidarität innerhalb einer neuen Nation zu. Dabei finden sowohl spontane als auch politisch strategische oder als Konfliktlösung funktionalisierte Präsentationen von Identität Beachtung.

##### 4.1 Die *fukkikyō* in Okinawa

Die Rückgliederungsbewegung, die *fukkikyō*, entstand zwar erst, wie oben bereits erwähnt, im Jahr 1960 als ein Zusammenschluss verschiedener politisch progressiver Gruppen in Okinawa, doch gibt es eine direkte Vorläuferorganisation, die maßgeblich an der Identitätsbildung im Okinawa der 1950er Jahre beteiligt war und damit den Weg für das Wirken der Rückgliederungsbewegung ebnete. Der im April 1951 aus einer Allianz der Sozialistischen Massenpartei (*Shakai taishū-tō*) und der Okinawa Volkspartei (*Okinawa jinmin-tō*) hervorgegangene Verband zur Förderung der Rückgliederung an Japan (*Nihon fukki suishin kisei-kai*) führte sogleich nach seiner Gründung eine Meinungsumfrage zur politischen Zukunft Okinawas durch, bei der alle Wahlberechtigten Okinawas dazu aufgefordert waren, ihre Stimme abzugeben. 199.000 Wahlberechtigte und damit 72,1 Prozent votierten für eine Rückgliederung an Japan. Be-

reits einen Monat zuvor, im März 1951, hatte der Jugendverband Okinawas (Okinawa seinen *rengō-kai*) eine ähnliche Umfrage unter seinen Mitgliedern durchgeführt. An der Befragung nahmen 11.906 Personen teil. 10.206 Personen und damit 86 Prozent der Jugendlichen votierten für eine Rückgliederung; dafür, dass Okinawa unter dem Protektorat der Vereinten Nationen stehen sollte, sprachen sich sieben Prozent der Befragten aus, zwei Prozent für eine Unabhängigkeit Okinawas und weitere vier Prozent bevorzugten andere Modelle (Ishikawa 2001: 187–190). Im Jahr 1953 – dem Jahr der Rückgliederung der Insel Amami unter japanische Verwaltung – ging aus dem Verband zur Förderung der Rückgliederung an Japan von 1951 schließlich der Verband zur Rückgliederung der Inselkette Okinawa an das Vaterland (Okinawa *shotō sokoku fukki kisei-kai*) hervor. Mit der Wahl dieses Namens wurde Japan erstmals als „Vaterland“ Okinawas bezeichnet. Es sollte dies einer der zentralen *frames* der Rückgliederungsbewegung werden. Der erste Vorsitzende des Verbandes und spätere erste Gouverneur Okinawas, Yara Chōbyō, betonte auf der konstituierenden Sitzung des Verbandes, dass die „Rückgliederung ans Vaterland“ (*sokoku fukki*) der höchste Wunsch der „Präfekturbewölkerung“ (*kenmin*) sei (Ishikawa 2001: 187). Die Verwendung des Begriffs der „Präfekturbewölkerung“ war ihrer Zeit selbstredend voraus und symbolisierte eine deutliche politische Forderung nach der Realisierung dieses Status.

Aus dem in der unmittelbaren Nachkriegszeit noch präsenten Wunsch nach einem Ende der US-Besatzungszeit durch Entlassung der Inseln in die Unabhängigkeit war innerhalb von nur einer halben Dekade eine Minderheitenmeinung geworden. Noch 1945, unter dem frischen Eindruck der Kriegserlebnisse, war in Okinawa das Wort vom „geopferten Stein“ (*sute-ishi*) bekannt (Ishikawa 2001: 181). Die Inseln waren in den Augen der Menschen Okinawas der japanischen Kriegsstrategie wegen geopfert worden. Damals fanden sich in Okinawa zahlreiche Anhänger einer Unabhängigkeitsbewegung, wie der Historiker Moriteru Arasaki betont.<sup>24</sup> Ein Höhepunkt der Unabhängigkeitsbewegung war zweifellos die Ausrufung der Republik Yaeyama während der Versammlung der Inselbewohner am 15.12.1947. Diese hauptsächlich von jugendlichen Aktivisten getragene Unabhängigkeitsbewegung erfuhr zwar die Unterstützung anderer Gruppen, beispielsweise aus Miyako, doch wurde sie letztlich rasch von den US-Militärs niedergeschlagen, aufgelöst und verboten (Ishikawa 2001: 182). Es war dieses rigide Durchgreifen der Besat-

---

<sup>24</sup> Arasaki charakterisiert die Gruppe der vorherrschenden Meinung in der Bevölkerung wie folgt: „[...] *dochira ka to ieba dokuritsuron-teki hassō wo motte ita*“ [wenn man [die verschiedenen Gesinnungen, G.V.] abwägt, so waren es diejenigen, die die Vorstellung einer Unabhängigkeit verfolgten] (Ishikawa 2001: 182).

zungsmacht wie in Yaeyama oder auch die kontinuierlichen Beschlagnahmungen von Ländereien zu militärischen Zwecken, die in der Bevölkerung Okinawas die Unzufriedenheit mit der Administration der Inseln schürten. Auch revidierte die US-Administration zunächst getroffene Entscheidungen hin zu Liberalisierung und Demokratisierung der Inseln – wie etwa die Einführung eines Beratergremiums Okinawa (Okinawa shijun iinkai), welches die Repräsentanz des Bürgerwillens gewährleisten sollte – im Zuge des beginnenden Koreakrieges (1950–1952) (Vogt 2003: 41). Im Jahr 1957 gar ließ der regierende Kommandeur Okinawas, General James Moore, den im Vorjahr gewählten Bürgermeister Nahas, Kamejirō Senaga, einen ausgesprochenen Anti-Militär-Aktivist, absetzen. Dieser als *Senaga tsuihō* bekannt gewordene Vorfall verfestigte weiter das Bild eines kolonialistischen Herrschaftsstils der US-Behörden und schürte die lokalen Proteste (Rabson 2012: 172). Okinawa befand sich mitten im sogenannten „Inselweiten Widerstand“ (*shimagurumi tōsō*) gegen die Besatzungsmacht (Vogt 2003: 42–45).

Gleichzeitig schienen die japanischen Hauptinseln in ihrer neu gewonnenen Souveränität politisch und wirtschaftlich aufzublühen. Als Garant dieser Entwicklung galt vielen in Okinawa die sogenannte „Friedensverfassung“<sup>25</sup> und schon bald entwickelte sich dort der Wunsch nach einer „Rückgliederung unter die Friedensverfassung“ (*heiwa kenpō shimo he no fukki*) (Ishikawa 2001: 187). Ein Augenzeugenbericht erklärt ferner, dass viele der Mitglieder der Rückgliederungsbewegung in der Schlacht von Okinawa kämpften oder als Lehrer oder Ordnungsbeamte in den Krieg eingebunden gewesen wären. Sie alle hätten große Erwartungen in die „Friedensverfassung“ gesetzt und wären gewillt gewesen, Japan die ausbleibende Anerkennung seiner Kriegsschuld zu verzeihen bzw. die Verfassung als vollkommene Abkehr von der früheren militaristischen Ideologie zu werten (Ishikawa 2001: 184). Die Gefühlslage unter den Aktivisten also war komplex; Japans Kriegsschuld und die selbst davon getragenen Wunden waren nicht vergessen. Dies alles jedoch wurde um des Ideals der „Friedensverfassung“ Willen ein Stück weit negiert. Die Alternative eines andauernden Lebens unter der US-Besatzungsmacht er-

---

<sup>25</sup> Die als Yoshida-Doktrin bekannt gewordene Leitlinie der japanischen Außenpolitik der Zeit erklärte das Wirtschaftswachstum zur obersten Staatsräson. Verteidigungspolitik hingegen wurde via die Friedens- und Sicherheitsverträge größtenteils an die USA „ausgelagert“, einem größeren verteidigungspolitischen Engagement Japans gleichzeitig durch die „Friedensverfassung“ ein Riegel vorgeschoben. Seit dem Ende des Kalten Krieges und dem – vorübergehenden – Wandel der internationalen Beziehungen zu einem unipolaren System, wird diese klare Trennung der Politikfelder innerhalb und außerhalb Japans mehr und mehr kritisiert (Edström 2004).

schien darüber hinaus noch weniger attraktiv, die Unabhängigkeit kaum erreichbar.

Der am 28. April 1960 gegründete Kongress zur Rückgliederung der Präfektur Okinawa an das Vaterland (Okinawa-ken sokoku fukki kyōgikai) wurde vom Lehrerverband Okinawas, von Gewerkschaften, Jugend- und Hausfrauenorganisationen sowie lokalen Kulturverbänden und Reformparteien getragen. Der Kongress gewann rasch an Zuspruch. Bereits am ersten Jahrestag seiner Gründung, 1961, nahmen 65.000 Menschen an einer Kundgebung teil, auf der eine zügige Rückgliederung an Japan gefordert wurde. Im Jahr 1962 war die Teilnehmerzahl auf 75.000 angestiegen. Gefordert wurden Frieden, lokale Selbstverwaltung und ein Leben auf der Basis grundlegender Menschenrechte. All dies garantiert zu bekommen, setzten die Aktivisten mit einer vollzogenen Rückgliederung an Japan gleich (Ishikawa 2001: 191). Der Politikwissenschaftler Shōji Ishikawa spitzt diese Emotionen wie folgt zu (Übersetzung G.V.):

Je mehr die Rückgliederungsbewegung vom „Volksstaat Japan“ mit seiner Friedensverfassung sprach, desto mehr zeichnete sie ein Bild eines „Vaterlandes“, das einer Utopie nahe kam. Sie stellte sich vor, dass es in Japan all das gäbe, was es in Okinawa nicht gab.<sup>26</sup>

Ishikawa sieht in einem *Okinawa nashonarizumu* [Okinawa Nationalismus] den zentralen Träger der Rückgliederungsbewegung. Die Mitglieder der fukkikyō wandten sich entschieden gegen die Herrschaft eines „fremden Volks“ (*i-minzoku*) – in diesem Kontext die US-Besitzer – und betonten, dass die okinawische Identität (*Okinawa-teki aidentiti*) und die japanische Identität (*Nihon-teki aidentiti*) sich hingegen kaum unterscheiden (Ishikawa 2001: 194). In der Argumentation der Mitglieder der fukkikyō wurden Fragen der ethnischen und kulturellen Identität gemischt, um für eine Rückgliederung zu sprechen bzw. die Teilwerdung Okinawas in diesem neuen japanischen Staat als einzig richtigen, gar einzig möglichen Weg der Nationenwerdung hervorzuheben. Eine Nation „Japan mit Okinawa“ sei somit nicht nur folgerichtig sondern gleichzeitig sei „Japan ohne Okinawa“ sowohl für Okinawa als auch für Japan ein den natürlichen Gegebenheiten zuwiderlaufender falscher Zustand, so die Argumentation der fukkikyō.

---

<sup>26</sup> „Fukkiundō ha, heitwa kenpō wo motsu ,minshu kokka Nihon’ to iu iwaba yūtopia ni chikai ,sokoku’ imēji wo kaita. Okinawa ni ha nai mono ga Nihon ni subete are to hassō shita no de aru.“ (Ishikawa 2001: 192)

#### 4.2 Okinawische Diaspora in Japan

Ganz ähnlich argumentierend setzten sich zivilgesellschaftliche Akteure auf den japanischen Hauptinseln für die Rückgliederung Okinawas ein. Insbesondere den Mitgliedern der okinawischen Diaspora<sup>27</sup> bzw. ihren Verbänden und ihren informellen Netzwerken zu den politischen und intellektuellen Eliten Japans gelang es, die Rückgliederung entscheidend voranzutreiben. Ähnlich wie in Okinawa selbst reicht auch auf den japanischen Hauptinseln der erste Rückgliederungsaktivismus bis in die 1950er Jahre zurück. Im Januar 1955 ließen Berichte über die vom US-Militär verantworteten Landbeschlagnahmen in Okinawa die Proteste in Japan gegen eine andauernde Besatzung Okinawas anschwellen. Seishin Nakasone, Okinawa-stämmiges Mitglied des Stadtparlaments von Takarazuka, wandte sich 1956 in einem Brief an Ministerpräsident (1954–1955 und 1955–1956) Hatoyama Ichirō und Außenminister (1954–1956) Shigemitsu Mamoru, um ein Ende der Landbeschlagnahmen in Okinawa zu fordern. Die Stadtparlamente von Kakogawa, Ashiya und Itami verabschiedeten jeweils einstimmig ebensolche Aufforderungen (Rabson 2012: 170). Am 1. Juli 1956 schließlich sprach Uezu Hisashi, der Vorsitzende der Hyōgo Vereinigung für eine angemessene Landpolitik vor 2.000 Anhängern im Nakanoshima Park in Osaka:

Forced to submit again and again, our 800,000 comrades in Okinawa can endure humiliation no longer. [...] Their cries of long suffering echo in our hearts and move us deeply on the mainland as we join them in solidarity, inspired by their determination to demand justice and morality before the world. (Rabson 2012: 170–171)

Uezu verwendet in seinem Aufruf für eine gerechte Landpolitik in Okinawa eben jene Schlagworte, die Anderson in seiner Definition einer Nation aufzeigt, wenn er Solidarität (*solidarity*) mit den Gefährten (*comrades*) fordert. Uezu geht von der Vorstellung einer Nation als in Gleichberechtigung verbundenen Gefährten aus, die durch emotionale Solidarität Zusammenhalt erfahren. Schon am Folgetag demonstrierten abermals 2.000 Teilnehmer in Tottori und am 5. Juli 1956 – in der Gegenwart des Gastredners Yara Chōbyō – gar 3.000 Teilnehmer in Kobe für Solidarität mit den Menschen Okinawas. Nachdem die US-Behörden schließlich ihre Abschlagszahlungen für genutztes Land in Okinawa durch das lukrativere System der regelmäßigen Pachtzahlungen an die Eigentümer ersetzten,

---

<sup>27</sup> Mit der fünften Weltausstellung 1903 in Osaka begannen Migrationsbewegungen und Siedlungsaktivitäten aus Okinawa auf die japanischen Hauptinseln, insbesondere in die Kansai Region. Diese standen meist im Kontext von Handelsbeziehungen (Rabson 2012: 43–44).

feierten die Aktivisten in Japan dies als einen japanischen Sieg über die USA – ironischerweise titulierte als: „victory for democracy over the occupiers“ (Rabson 2012: 171).

Die Region Kansai und insbesondere die Präfektur Hyōgo mit ihrer relativ großen okinawischen Diaspora blieben weiterhin im Zentrum des Aktivismus für eine Rückgliederung Okinawas. Wiederum war es Uezu Hisashi, der den Ton eines neuen Protests setzte. Uezu kehrte im Juli 1969 nach einem einwöchigen Besuch bei seiner Familie in Okinawa auf die Hauptinsel zurück und weigerte sich an Bord des Schiffes nach dessen Einlaufen in den Hafen von Kobe die üblichen Einreiseformalitäten zu erledigen, insbesondere seinen Pass vorzuzeigen. Er wurde eine Woche lang auf dem Schiff festgehalten, bevor ihm schließlich die Einreise nach Kobe erlaubt wurde. Toguchi Seiji, Okinawa-stämmiger Abgeordneter des Stadtparlaments von Toyota, weigerte sich bei seiner Ankunft am Flughafen Haneda ebenfalls, seinen Pass vorzuzeigen. Schließlich akzeptierten die Beamten seinen Führerschein als Ausweisdokument. Eine Gruppe von 17 Studenten schließlich verbrannte an Deck ihres Schiffes nach dessen Anlegen im Harumi Hafen von Tokyo ihre Pässe, um eine Einreise auch ohne Pass zu erzwingen. Eine neue Protestbewegung, der Kampf gegen Einreisebestimmungen (*nyūkoku tetsuzuki kyōhi tōsō*), war geboren (Rabson 2012: 186–187). Der Literatur- und Asienwissenschaftler Steve Rabson (2012: 187) berichtet von einem Interview mit einem früheren Grenzbeamten, der angab, die japanische Regierung hätte die Passpflicht für Einreisende aus Okinawa nach diesen Ereignissen schlichtweg abgeschafft und stattdessen Studentenausweise oder gar Monatskarten örtlicher Bahnbetriebe als Ausweisdokumente akzeptiert. Mit dieser Entscheidung fielen de facto bereits drei Jahre vor der Rückgliederung Okinawas die territorialen Grenzen und die Zuwanderung aus Okinawa nach Japan nahm zu. Eine spontan entstandene soziale Praxis also brachte eine neue Norm innerhalb der politischen Gemeinschaft Japan hervor und bereitete zugleich mit diesem Verschieben der normativen – und hier auch physischen – Grenzen den Weg für eine neue Nation.

Trotz des Fallens der territorialen Grenzen blieben psychologische Grenzen, d.h. Vorurteile gegenüber den Bewohnern Okinawas auf den Hauptinseln präsent, teils bis zum heutigen Tag. Dies spiegelt sich beispielsweise im Ausdruck der „Okinawa time“ (Rabson 2012: 191) wider. Damit ist Okinawas langsamer, entspannter Lebensrhythmus gemeint. Implizit ist dem Begriff jedoch auch, dass die Menschen, die diesen Lebensstil pflegen, häufig überfordert sind von den Anforderungen eines modernen städtischen Lebens („demands of a modern urban life“), allen voran den Anforderungen des modernen Geschäftslebens (Rabson 2012: 191). Der Fortschritt im Hinblick auf die Modernisierung des Alltags also

stehe in Okinawa noch aus. Ebenso waren hinsichtlich der physiologischen Faktoren – rundere Augen, dunklere Haut, kürzere Statur, mehr Körperbehaarung – Unterschiede zwischen den Menschen Okinawas und denen der japanischen Hauptinseln auszumachen. Auch diese wurden in der Zeit vor und nach der Rückgliederung öffentlich thematisiert. Der Autor Higashi Mineo etwa verarbeitete eigene Diskriminierungserfahrungen in seinem autobiographischen Roman von 1976 *Churakaagi* (*Good-lookin'*).<sup>28</sup> Der Protagonist hat gerade seine Arbeit in einer Tokyoter Buchbinderei angetreten und trifft einen seiner neuen Kollegen zum ersten Mal:

Well, if it isn't a new face. Didn't you just get here yesterday?  
Yeah, where're you from?  
Fukugawa.  
Where's that?  
Just outside Asakusa.  
Oh, then you're from Tokyo.  
Damn right. Lived here since I was a kid.  
You looked so lonely, sitting all by yourself, I thought you might be from somewhere far away.  
How 'bout you?  
I'm from Okinawa.  
Okinawa? Wow, that's *really* far away. And you can't come and go freely from there, can you.  
No, you need a passport.  
A passport? Then it's a foreign country.  
I guess so. ...  
I thought you might be one of the native people from Ezo.  
Ezo?  
Yeah, from Hokkaido. 'Cause your cheekbones poke out and you've got lots of body hair. Are many people in Okinawa like that?  
More on the average, I guess.

Diskriminierungserfahrungen negativer wie auch positiver Natur – siehe beispielsweise den *obaa*-Boom der 1990er Jahre<sup>29</sup> – sind für die Menschen Okinawas bis heute Teil ihres Alltags und prägen sowohl das künstlerische

---

<sup>28</sup> Sowohl die Titelübersetzung als auch die Übersetzung der folgenden Szene stammen von Rabson (2012: 191–192). Rabson selbst hat die Übersetzung zuvor in seinem Buch *Okinawa: Two Postwar Novellas* (1989) publiziert.

<sup>29</sup> Die Japanologin Isabelle Prochaska übersetzt *obaa* mit „Powerfrauen“ (Prochaska 2012: 33). Gemeint sind damit die agilen Frauen der Großmüttergeneration, die symbolisch für die kraftvolle und gestreiche Generation der Alten in Okinawa stehen.

sche Schaffen in Okinawa (Hein 2012) als auch das politische Verhältnis der heutigen Präfektur zum japanischen Nationalstaat (Vogt 2003).

#### 4.3 Ein Aktivist in Okinawa: Shōichi Chibana

Der bisher symbolische Tiefpunkt des politischen Verhältnisses zwischen Okinawa und Japan war erreicht, als Shōichi Chibana, der Besitzer eines kleinen Supermarkts in Yomitan, einem Dorf unweit der Kadena Air Base an der okinawischen Ostküste, am 26.10.1987, während der Eröffnungszeremonie des landesweiten Jugendbaseball-Turniers und in Anwesenheit des damaligen Kronprinzen Akihito, öffentlich die japanische Flagge verbrannte.<sup>30</sup> Diese Einzelaktion der Flaggenverbrennung als Ausdruck anti-japanischer Gefühle stand im Kontext großflächiger Protestmärsche in den Tagen vor dem kaiserlichen Besuch in Okinawa, ebenso im Kontext vielfacher Ankündigungen der Bürger Yomitans und der okinawischen Sportler, der japanischen Flagge und Hymne keine Ehre zu erweisen. Chibana erklärte dazu: „Für Okinawa ist der Kaiser eins mit der Schlacht von Okinawa und der Erinnerung an den Krieg.“<sup>31</sup> Bereits im Dezember 1986 hatte auch der Gemeinderat Yomitans beschlossen, anlässlich des nationalen Sportfests weder die Flagge noch die Hymne in Yomitan zu präsentieren (Chibana 1996: 21–22) – vergeblich, denn die japanische Zentralregierung ordnete den Einsatz von *Hinomaru* und *Kimigayo* dennoch an. Der Bürgermeister Yomitans, Tokushin Yamauchi, sah darin eine Rückkehr zur Politik der Vorkriegszeit, zum Militarismus und zu einer verordneten Ideologie einer Nation im Zeichen eines Tenno-Kults (Chibana 1996: 21).

Die Episode um die Flaggenverbrennung von Yomitan verdeutlicht, wie tief verwurzelt anti-japanische Emotionen in den 1980er Jahren, im Jahrzehnt nach der Rückgliederung, unter den Bürgern und Lokalpolitikern Okinawas waren. Insbesondere die kurz zuvor veröffentlichte *Tennō messēji*<sup>32</sup> sowie die ausbleibende Anerkennung japanischer Kriegsschuld – schuldig auch gegenüber der Zivilbevölkerung Okinawas – schürte diese Emotionen. Dazu kam die ebenfalls ausbleibende explizite Anerkennung der Last, die die Bevölkerung Okinawas als Hauptstationierungsort von US-Militäreinheiten und damit als Garant der Sicherheit Japans vor und auch nach der Rückgliederung trug bzw. trägt. Anti-japanischer Ak-

---

<sup>30</sup> Ein umfassendes Bild der Person Chibana und seiner Rolle in der Gemeinde Yomitan findet sich in der ethnographischen Arbeit der Literaturwissenschaftlerin Norma Field (1993: 33–104).

<sup>31</sup> „Okinawa ni totte, tennō ha, Okinawa-sen oyobi sensō no kioku to ittai de aru.“ (Chibana 1996: 30)

<sup>32</sup> Siehe auch Kapitel 3.2 des vorliegenden Aufsatzes.

tivismus wie der von Chibana speist sich also aus einem Verständnis einer Nation in Schiefelage. Diese Schiefelage, das Empfinden von Ungerechtigkeit, manifestiert sich dabei in einer mangelnden Solidarität zwischen den eben doch nicht gleichberechtigten Mitgliedern der Nation.

#### 4.4 Ein Intellektueller in Japan: Kenzaburō Ōe

Vor dem Aufflammen eines solchen Ungerechtigkeitsempfindens hatte der japanische Intellektuelle Kenzaburō Ōe und spätere (1994) Träger des Literaturnobelpreises bereits im Mai 1972 gewarnt. Ōe, damals 36 Jahre alt, äußerte sich in einem Gespräch mit Siegfried Schaarschmidt, Übersetzer, Lyriker und Japankenner, zur Okinawa-Frage.<sup>33</sup> Im Gespräch mit Schaarschmidt erklärt Ōe, dass er Mitte der 1960er Jahre erstmals nach Okinawa reiste. Wie viele japanische Intellektuelle sei auch er damals der Meinung gewesen, „die Rückkehr dieser Inselgruppe zu fordern und zu betreiben, müsse der amerikanischen Asien-Strategie, vor allem gegenüber Vietnam, den Eckpfeiler rauben“ (FAZ 20.05.1972: BuZ 2). Bedenkt man insbesondere die zentrale Rolle, welche die Kadena Air Base für die US-Militärs spielte, ist diese Argumentation nachzuvollziehen. Sie offenbart aber auch ein Motiv, das hinter der Solidarisierung mit Okinawa und der dortigen Rückgliederungsbewegung für viele japanische Aktivisten, insbesondere die Mitglieder des Beheiren, der Friedensbewegung während des Vietnamkriegs, steckte, nämlich eine Stärkung der eigenen anti-amerikanischen Politik. Auf eben diesen Gedanken deutet auch der Japanologe Simon S. Avenell hin, wenn er als philosophischen Kern des Beheiren das Ringen um ein neues Verständnis japanischer Bürger als Bürger Asiens identifiziert (Avenell 2010: 106–147).<sup>34</sup> Dass dieser Gedanke der japanisch-okinawischen Allianz in Okinawa weit weniger präsent war als auf den japanischen Hauptinseln, habe Ōe während seines ersten Okinawa-Besuchs erfahren. Danach habe er begonnen, die andauernden Rück-

---

<sup>33</sup> Das Gespräch wurde in der Samstagsausgabe vom 20. Mai 1972, also nur fünf Tage nach der Rückgliederung, in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung abgedruckt.

<sup>34</sup> Der Schriftsteller und Sozialkritiker Oda Makoto, einer der zentralen Kräfte der *Beheiren*-Bewegung, verglich die Menschen Okinawas mit farbigen Amerikanern: „[...] both were linked by America’s colonial policy and the resultant distortion and destruction of democracy.“ (Avenell 2010: 119). Doch Oda verstand die Menschen Okinawas nicht nur als ein Zeugnis der fehlgeschlagenen Demokratie der USA, sondern auch, wie im Übrigen auch die Japaner, als „third-world people“ (Avenell 2010: 119). Dies, so Oda, sei ein Resultat der Statuten des japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrages. Nur in Solidarität zwischen Japanern und Okinawaern könne dieser Sicherheitsvertrag und damit die kolonialistische US-Außen- und Sicherheitspolitik bekämpft werden (Avenell 2010: 119).

gliederungsbestrebungen der japanischen Regierung kritischer zu hinterfragen. Schließlich begann er 1971, in Zusammenarbeit mit Masahide Ōta, eine Vierteljahreszeitschrift mit einer Auflage von 5.000 Exemplaren unter dem Titel „Okinawa-Erfahrung“ herauszugeben. Als Eckpfeiler der Beiträge der „Okinawa-Erfahrung“ benennt Ōe die folgenden drei:

1. Okinawa ist innerhalb des Fernen Ostens historisch und kulturell ein Besonderes; 2. daraus folgt, daß eine abermalige einseitige Gleichschaltung im national- und zentralstaatlichen Sinne nicht nur dem Lebensinteresse der Insel selbst, sondern auch dem aller Nachbarstaaten zuwiderläuft und den so notwendigen Ausgleich verhindert; 3. wenn schon – was demnach am logischsten wäre – eine Selbständigkeit Okinawas nicht erreichbar sein sollte, kann Japan das Okinawa-Problem nur lösen helfen, indem es einmal die Schuld aus der „Maßregelung“ von 1875<sup>35</sup> und aus der Okinawa-Schlacht von 1945 anerkennt, indem es andererseits in einer sinnvoll abgeänderten Regelung, nämlich durch einen Präfektur-Sonderstatus mit weitgehender kultureller Unabhängigkeit sowie durch eine restlose Entmilitarisierung, die mit den USA getroffenen Vereinbarungen zu unterlaufen beziehungsweise zu revidieren versucht. (FAZ 20.05.1972: BuZ 2)

Ōe spricht sich also für einen Sonderstatus Okinawas innerhalb des japanischen Staates aus, geprägt von kultureller Eigenständigkeit. Außerdem sollten alle US-Militäreinheiten aus Okinawa abziehen. Ōe spricht von einem „Dauerkriegszustand auf den Inseln im Süden“ (FAZ 20.05.1972: BuZ 2), den es nicht nur sofort zu beenden gelte. Darüber hinaus sei es für Japan notwendig, seine historische Schuld gegenüber Okinawa bewusst anzuerkennen und aufzuarbeiten. In Ōes Worten:

Wir können uns an der Realität dieser Inseln nicht vorbeimogeln. Zu lange haben wir Okinawa zu vergessen gesucht. [...] Wir müssen mit vollem Bewußtsein der Okinawa-Geschichte der letzten 27 Jahre beitreten. (FAZ 20.05.1972: BuZ 2)

Ōe kündigt die Umkehr der Perspektive an. Dieser Gedanke kulminiert in seiner Aussage:

Japan ist ein Teil Okinawas. (FAZ 20.05.1972: BuZ 2)

---

<sup>35</sup> Gemeint ist die sogenannte Matsuda Mission. Michiyuki Matsuda, Erster Sekretär im japanischen Innenministerium, landete am 10. Juli 1875 in Naha und reiste weiter nach Shuri, um König Shō Tai darüber in Kenntnis zu setzen, dass er ab sofort den Rang eines sogenannten *chokunin* Offiziellen innehatte. Auch die anderen Mitglieder des Ryūkyū-Adels erhielten neue, in der Regel abgestufte Ränge zugesprochen, welche komplementär zum japanischen Adelssystem waren (Kerr 2000: 371–372).

Ōe also spricht von der Nation „Okinawa mit Japan“. Japan sei der neu hinzukommende Teil der Nation, der Teil, der beitreten könne, wenn Okinawa dazu bereit und in der Lage sei, seine Grenzen zu verschieben. Japan sei der Teil der neu zu entstehenden Nation, der die größeren Anpassungsanstrengungen zu unternehmen und gleichzeitig seine mannigfaltigen historischen Vergehen an Okinawa zu begreifen habe und lernen müsse, mit ihnen umzugehen. Dies, so Ōe, sei der notwendige Prozess, den Japan gehen müsse, wolle es nicht „fast zwangsläufig [...] auf eine neue Phase japanischen Militarismus“ (FAZ 20.05.1972: BuZ 2) zutreiben. Sinnbild einer im Vergleich zu Japan schon weiter auf dem neuen, dem erstrebenswert pazifistischen Weg gegangenen Nation sei eben gerade Okinawa.

## 5 SCHLUSSBETRACHTUNGEN

Das Entstehen einer Rückgliederungsbewegung in Okinawa spiegelte zwei in der Bevölkerung fest verankerte Wünsche wider: zum einen den Wunsch nach einem Ende der US-Besatzung – in weiten Teilen der Bevölkerung als Kolonialisierung der Inseln verstanden – und zum anderen den Wunsch, an politischer Stabilität und wirtschaftlichem Wohlstand, wie sie auf den japanischen Hauptinseln präsent waren, teilhaben zu können. Die Rückgliederungsbewegung schlug genau dann in eine Anti-Rückgliederungsbewegung um, als abzusehen war, dass die Realisierung des zweiten Wunsches – der Teilhabe an den Entwicklungen auf den japanischen Hauptinseln – sich nicht zu den gleichen Bedingungen wie auf den Hauptinseln würde realisieren lassen. In diesem Augenblick und zu diesen Konditionen also verweigerte sich die Rückgliederungsbewegung einer neuen Nation „Japan mit Okinawa“. Das zentrale Schlagwort an dieser Stelle lautet *hondo-nami*, d. h. zu den gleichen Bedingungen wie auf Hondo, auf den japanischen Hauptinseln. Ursprünglich ist dies ein Begriff aus der Zeit der Rückgliederungsbewegung, der sich auf eine der zentralen Streitfragen der japanisch-amerikanischen Verhandlungen bezog, nämlich die Frage, ob das US-Militär auch nach der Rückgliederung Kernwaffen auf Okinawa stationieren dürfe (*kaku-tsuki henkan*) oder nicht (*kaku-nuki henkan*).<sup>36</sup> *Hondo-nami* stand synonym für *kaku-nuki henkan*, der Rückgliederung ohne Kernwaffen.

In Okinawa kam und kommt dem Begriff jedoch eine weitere Bedeutung zu. Zentral ist dabei die Frage, ob sich die Lebensbedingungen in Okinawa tatsächlich denen der japanischen Hauptinseln annähern. Die

---

<sup>36</sup> Siehe auch Kapitel 3.4 des vorliegenden Aufsatzes.

Antwort mag „nein“ lauten. Trotz der seit der Rückgliederung kontinuierlich implementierten Wirtschaftsförderpläne liegt die Wirtschaftskraft der Präfektur weiterhin unter dem landesweiten Durchschnitt. Die wirtschaftliche Abhängigkeit der Präfektur von der Zentralregierung wird in Tokyo häufig als Druckmittel in politischen Deliberationen eingesetzt (Vogt 2003: 136–169). Die Dominanz der Zentrale wird in der Präfektur denn auch als „Infragestellung der Identität Okinawas“ (Vogt 2003: 136) verstanden. Nirgendwo ist die Verknüpfung von Interdependenzstruktur und Identitätspolitik deutlicher in den Vordergrund getreten als in Japans Sicherheitspolitik und ihrer Auswirkungen auf das Alltagsleben in Okinawa. Die Inselpräfektur trägt die Hauptlast der Implementierung der japanischen Sicherheitspolitik. Politische Vorstöße wie etwa der Ruf von Ministerpräsident (2009–2010) Yukio Hatoyama nach einer neuen Balance in der Verteilung der US-Militärstützpunkte über die japanischen Präfekturen hinweg, scheiterten bislang allesamt (Vogt und Wiemann 2013).

Militärstützpunkte zählen wie Atomkraftwerke und Großflughäfen zu den „public bads“ (Aldrich 2008: 3), d.h. sie steigern mit großer Wahrscheinlichkeit die Wohlfahrt der Gemeinschaft, wobei diese Funktion ebenso wie ihre Existenz nur möglich ist auf Kosten der Individuen in den Kommunen, in denen sie angesiedelt sind (Aldrich 2008: 3–4). Eine balancierte Aufteilung von „public bads“ (Aldrich 2008: 3) innerhalb einer Nation erscheint im Hinblick auf den Faktor der Solidarität als eines der definitorischen Kriterien einer Nation als eine Selbstverständlichkeit. Sie ist es aber nicht, in kaum einer Nation und bei kaum einem Thema. Insofern muss die auf den hier vorgestellten Fall bezogene Aussage, dass eine Angleichung der Lebensumstände Okinawas an die japanischen Hauptinseln eine hinreichende Voraussetzung für die Nationenwerdung sei, sogleich relativiert werden. Vier Jahrzehnte nach der erfolgten Rückgliederung erscheint das Erreichen des Zustands von *hondo-nami* aber zumindest als eine notwendige Voraussetzung für eine Nationwerdung. Eine Okinawa-stämmige Journalistin, wohnhaft in Kumamoto, formuliert diesen Gedanken wie folgt: „I am Okinawan, not Japanese. [...] Perhaps Okinawans will become Japanese when those bases are moved to the mainland“ (Rabson 2012: 216).

Masahide Ōta, einer der leidenschaftlichsten Verfechter der *hondo-nami* Konditionen hatte bereits 1972, während seiner gemeinsamen Herausgeber Tätigkeit mit Kenzaburō Ōe, einen neuen, zukunftsweisenden Weg aufgezeigt. In einem Ausstellungs-Katalog schrieb er damals: „Wir Okinawesen haben ein Jahrhundert lang mühsam eine ‚Identität als Japaner‘ gesucht, jetzt suchen wir unsere ‚Identität als Menschen‘“ (FAZ 20.05.1972: BuZ 2). Ōta deutet mit dieser Aussage auf die Möglichkeit einer Identitätsbildung in Okinawa jenseits von Japan als Bezugspunkt hin. Die Frage der Ausgestaltung einer neuen Nation „Japan mit Okinawa“

stellt sich an dieser Stelle schon nicht mehr. Ōta betont stattdessen die Notwendigkeit, zu einem neuen Verständnis der Differenzierung von Strukturen – als einem der Kernprozesse von Modernisierung – zu kommen, das bis jenseits der bekannten strukturellen Kategorien, etwa der Nation, hin reicht. Erst ein Überkommen dieser Strukturen bedeute wahre Modernisierung und ermögliche – anstatt einer Nationenbildung – die Findung einer neuen Solidargemeinschaft. Es mag dies einen Weg für Okinawa, mit oder ohne Japan, aufzeigen.

#### LITERATURVERZEICHNIS

- Aldrich, Daniel P. (2008): *Site Fights. Divisive Facilities and Civil Society in Japan and the West*. Ithaca, NY und London: Cornell University Press.
- Anderson, Benedict (2006): *Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*. London und New York, NY: Verso.
- Anhalt, Gert (1991): *Okinawa zwischen Washington und Tōkyō. Betrachtungen zur politischen und sozialen Entwicklung 1945–1972*. Marburg: Förderverein Marburger Japan-Reihe.
- Avenell, Simon Andrew (2010): *Making Japanese Citizens. Civil Society and the Mythology of the Shimin in Postwar Japan*. Berkeley, CA, Los Angeles, CA und London: University of California Press.
- Barrell, Tony und Rick Tanaka (1997): Base Economics. In: Barrell, Tony und Rick Tanaka (Hg.): *Okinawa Dreams OK*. Berlin: Die Gestalten Verlag, S. 24–25.
- Beck, Ulrich (1986): *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bowen Francis, Carolyn (1999): Women and Military Voices. In: Johnson, Chalmers (Hg.): *Okinawa, Cold War Island*. Cardiff, CA: Japan Policy Research Institute, S. 189–203.
- Chibana, Shōichi (1996): *Yakisuterareta Hinomaru. Kichi no shima, Okinawa Yomitan kara*. [Die verbrannte und weggeworfene Hinomaru. Aus Yomitan, Okinawa, Insel der Stützpunkte]. Tokyo: Shakai hihyōsha.
- Coox, Alvin D. (1997): The Pacific War. In: Duus, Peter (Hg.): *The Cambridge History of Japan. The Twentieth Century*. Cambridge: Cambridge University Press, S. 315–382.
- Edström, Bert (2004): The Yoshida doctrine and the unipolar world. In: *Japan Forum* 16, 1, S. 63–85.
- FAZ, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (20.05.1972): Okinawa mit den Augen eines Engagierten. Kenzaburō Ōe – Ein Japaner, der nicht so sehr ein Japaner sein möchte. Von Siegfried Schaarschmidt, S. BuZ (Bilder und Zeiten, Feuilleton) 2.

- Field, Norma (1993): *In the Realm of a Dying Emperor. Japan at Century's End*. New York, NY: Vintage Books.
- Gabe, Masaaki (2001): The Changing U.S.-Japan Alliance System: The Return of Futenma Marine Air Station and the New Guidelines. In: Kreiner, Josef (Hg.): *Ryūkyū in World History*. Bonn: Bier'sche Verlagsanstalt, S. 343–363.
- Hall, Stuart (1999): Ethnizität: Identität und Differenz. In: Engelmann, Jan (Hg.): *Die kleinen Unterschiede. Der Cultural Studies-Reader*. Frankfurt am Main, New York, NY: Campus Verlag, S. 83–98.
- Hasegawa, Masayoshi (1995): *Nihon no kenpō* [Die japanische Verfassung]. Tokyo: Iwanami.
- Hein, Ina (2012): Okinawa-Repräsentationen postkolonial betrachtet. In: *Minikomi* 82, S. 11–18.
- Hirose, Michisada (1971): Okinawan Disappointment. In: *Japan Quarterly* 18, 4 (Oktober–Dezember 1971), S. 408–413.
- Ishikawa, Shōji (2001): Fukki undō ni okeru ‚Okinawa-teki‘ aidentiti to ‚Nihon-teki‘ aidentiti no henyō to sōkoku [Verklärung und Konflikt einer ‚okinawischen‘ Identität und einer ‚japanischen‘ Identität in der Rückgliederungsbewegung]. In: *Hōsei kenkyū / Journal of law and politics* 68, 1, S. 179–200.
- Johnson, Chalmers (1999): The 1995 Rape Incident and the Rekindling of Okinawan Protest Against the American Bases. In: Johnson, Chalmers (Hg.): *Okinawa, Cold War Island*. Cardiff, CA: Japan Policy Research Institute, S. 109–129.
- Katzenstein, Peter J. (1996): Introduction: Alternative Perspectives on National Security. In: Katzenstein, Peter J. (Hg.): *The Culture of National Security. Norms and Identity in World Politics*. New York, NY: Columbia University Press, S. 1–32.
- Kerr, George H. (2000): *Okinawa. The History of an Island People*. Boston, MA, Rutland, VT und London: Tuttle Publishing.
- Loo, Hans van der und Willem van Reijen (1997): *Modernisierung. Projekt und Paradox*. München: Deutscher Taschenbuch-Verlag (2. Aufl.).
- Medoruma, Shun (2012): Über die Schlacht von Okinawa literarisch schreiben. In: *Minikomi* 82, S. 55–61 (übersetzt von Julian Ahnelt et al.).
- Meyer, Stanislaw (2012): Okinawa: a different Japan? A historian's perspective. In: *Minikomi* 82, S. 5–10.
- Miyagi, Etsujiro (1995): Amerika-bunka to sengo Okinawa [Die amerikanische Kultur und Nachkriegs-Okinawa]. In: Teruya, Yoshihiko und Katsunori Yamazato (Hg.): *Sengo Okinawa to Amerika. Ibunka seshoku no 50 nen* [Okinawa und Amerika in der Nachkriegszeit. 50 Jahre Kontakt unterschiedlicher Kulturen]. Naha: Okinawa Times-sha, S. 17–31.

- Nakano, Yoshio und Moriteru Arasaki (1996): *Okinawa sengoshi* [Die Nachkriegsgeschichte Okinawas]. Tokyo: Iwanami.
- NHK Special (1996): *Sengo 50 nen sono toki Nihon ha. Okinawa henkan* [Japan 50 Jahre nach dem Kriegsende. Rückgliederung Okinawas]. Tokyo: NHK.
- OCK, Okinawa-ken chiji kōshitsu (2010): *Okinawa no beigun oyobi jiētai kichi (tōkei shiryōshū)* [Stützpunkte des US-Militärs und der japanischen Selbstverteidigungskräfte auf Okinawa (Sammlung von Statistiken und Dokumenten)]. Naha: Okinawa-ken chiji kōshitsu.
- Ōe, Kenzaburō (2000): Soul of Okinawa. In: *Japan Quarterly* 47, 3 (Juli–September 2000), S. 63–86.
- Ōta, Masahide (09.11.1999): Gespräch mit der Autorin in Naha, Okinawa.
- Ōta, Masahide (1996): *Okinawa no kokoro* [Das Herz Okinawas]. Tokyo: Iwanami.
- Ōta, Masahide (1995): *Minikui Nihonjin* [Der hässliche Japaner]. Tokyo: Saimaru Shuppankai.
- Ōta, Masahide (1990): *Kenshō. Shōwa no Okinawa* [Verifizierung. Okinawa in der Shōwa Zeit]. Naha: Naha Shuppansha.
- Prochaska, Isabelle (2012): Okinawa, Insel der Alten? Die *obaa* zwischen Klischee und Wirklichkeit. In: *Minikomi* 82, S. 33–38.
- Rabson, Steve (2012): *The Okinawan Diaspora in Japan. Crossing the Borders Within*. Honolulu, HI: University of Hawai'i Press.
- Shimabukuro, Shōko (1996) (Hg.): *Okinawa-ken chiji shōgen: kichi no nai heiwa na shima he* [Die Aussage des Gouverneurs der Präfektur Okinawa: zu einer friedlichen Insel, die keine Stützpunkte braucht]. Naha: Niraisha.
- Siddle, Richard (1998): Colonialism and Identity in Okinawa before 1945. In: *Japanese Studies, Bulletin of The Japanese Studies Association of Australia* 18, 2, S. 117–133.
- Smith, Sheila A. (2001): A Place Apart: Okinawa and Japan's Postwar Peace. In: Iriye, Akira und Robert A. Wampler (Hg.): *Partnership. The United States and Japan 1951–2001*. Tokyo, New York, NY und London: Kodansha International, S. 179–198.
- Takazato Suzuyo (10.11.1999): Gespräch mit der Autorin in Naha, Okinawa.
- Tarrow, Sidney (2011): *Power in Movement. Social Movements and Contentious Politics*. Cambridge et al.: Cambridge University Press.
- Vogt, Gabriele (2003): *Die Renaissance der Friedensbewegung in Okinawa. Innen- und außenpolitische Dimensionen 1995–2000*. München: iudicium.
- Vogt, Gabriele und Anna Wiemann (2013): Okinawa und die Außen- und Sicherheitspolitik der Hatoyama-Administration. In: *Asiatische Studien / Études Asiatiques*, LXVII, 2, S. 711–738.

## DIE DRITTE ÖFFNUNG



# JAPAN UND DER G20-GIPFEL: VON KAN NACH CANNES\*

Hugo DOBSON

## 1 EINLEITUNG

Vom 03. bis 04. November 2011 fand im französischen Cannes der sechste Gipfel der Gruppe der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer, der sogenannten G20, statt. Die Gruppe versteht sich selbst als führendes Forum für internationale Wirtschaftskooperation (G20 Research Group 2009)<sup>1</sup>, das – wie es der ehemalige französische Präsident (2007–2012) Nicholas Sarkozy ausdrückte – die Schatten der *Global Governance* des 21. Jahrhunderts vorauswirft (*Financial Times* 08.11.2011). Solch anerkennenden Worten zum Trotz, welche wohl bei jedem Gipfel wiederholt werden, steht die G20 an einem Wendepunkt. Der ursprüngliche Enthusiasmus, mit dem der G20 einst begegnet wurde, ist in jüngster Vergangenheit stark zurückgegangen. Zudem sind substantielle inhaltliche Spaltungen bei einer ganzen Bandbreite an Themen aufgetreten, die sich auf politische, wirtschaftliche und ideelle Orientierungen der Mitglieder zurückführen lassen. Einige Beobachter nehmen dabei die G20 selbst eher als Teil des Problems denn als Lösung wahr (*Financial Times* 26.11.2009). In der Diskussion stehen verschiedene Fragen von Mitgliedschaft, Legitimität, Effektivität und den inhaltlichen Aufgabenbereichen der G20. Außerdem ist nach wie vor die Frage zu einem großen Teil ungelöst, wie sich die G20 und die Gruppe der Acht (G8), die bislang als zentrale Institution der *Global Governance* galt (Kirton 1999), verständigen und voneinander abgrenzen. Einige Kommentare prognostizieren bei diesem Verhältnis Konkurrenz und Konflikt, andere hingegen Koexistenz und Kooperation (Kirton 2010; Dobson 2011). Manche haben sogar den Untergang einer oder mehrerer der zentralen Gruppen vorausgesagt. Alle diese Gremien haben in letzter Zeit zu einer Erweiterung der informellen Gipfeldiplomatie beigetragen, in deren Zentrum die Rolle und Fähigkeiten von Führungspersönlichkeiten stehen, *policy*-Blockaden durch politische Führungskraft zu durchbrechen. Häufig findet als Be-

---

\* Übersetzt aus dem Englischen von Inger M. Bachmann, Phoebe Holdgrün und Gabriele Vogt.

<sup>1</sup> Im englischen Original: „premier forum for international economic cooperation“ (G20 Research Group 2009).

zeichnung für diese Gremien und deren Wirken die Terminologie „Schar von Gs“ oder „GX-Gipfelpolitik“ Anwendung.<sup>2</sup> Es bestehen jedoch nach wie vor zahlreiche Unklarheiten über die Reichweite dieser Institutionen von *Global Governance*.

Eben diese ungeklärte Situation ist für Japan in vielerlei Hinsicht problematisch. Zum einen haben japanische Regierungen die Position Japans innerhalb der G8 und deren Bedeutung für die japanische Außenpolitik stets stark betont. In diesem Sinn könnte man den prognostizierten Untergang der von Japan bevorzugten G8 als ein weiteres Beispiel für den derzeit generell schwierigen Stand des Landes verstehen, der sich in einer Reihe von Politikfeldern und aktuellen Herausforderungen beobachten lässt (Jain und Williams 2011). Zum anderen hebt die (informelle) GX-Gipfelpolitik die Rolle der Präsidenten, Premierminister oder Kanzler als zentral hervor. Japans Premierminister ist innerhalb des politischen Systems des Landes jedoch vergleichsweise zurückhaltend mit Autoritäten ausgestattet, was die Rolle des Regierungschefs und, im Kontext der Gipfelpolitik, auch die des Landes schwächt. Zudem fällt die Erweiterung der GX-Gipfel mit einer Phase zusammen, in der die Premierminister in Japan besonders häufig wechseln, personelle Kontinuität und damit verlässliche Verhandlungspositionen also nicht gegeben sind.

Vor dem hier skizzierten Hintergrund hat dieser Beitrag zum Ziel, die Positionen Japans und die Herausforderungen, denen sich das Land im Rahmen der Gipfelpolitik gegenüber sieht, herauszuarbeiten. Als Fallbeispiel dient der bereits erwähnte Gipfel in Cannes Ende 2011. Zunächst gibt der Beitrag einen genaueren Überblick über die Entwicklung der GX-Gipfel und zeichnet Japans Positionen darin nach. Anschließend beleuchtet diese Studie die konkreten Entwicklungen vor und nach dem Gipfel in Cannes. Schließlich wird die Leistung des japanischen Premierministers (2011–2012) Yoshihiko Noda in diesem Zusammenhang evaluiert.

## 2 DIE ENTWICKLUNG DER GX-GIPFELPOLITIK

Die G20 entstanden ursprünglich als Forum von Finanzministern und Zentralbankchefs, gegründet in Reaktion auf die ostasiatische Wirtschaftskrise der Jahre 1997 und 1998. Eine wachsende Anzahl von Befürwortern sprach sich alsbald dafür aus, das Forum zu einem Treffen der Regierungschefs der führenden Industrienationen und Schwellenländer (L20) hochzustufen.<sup>3</sup> Einer der ausgesprochenen Ver-

---

<sup>2</sup> G steht hierbei für Gruppe und X für die jeweilige Anzahl an Mitgliedern.

<sup>3</sup> „L“ steht für *leader*.

fechter dieser Idee war der frühere kanadische Premierminister (2003–2006) Paul Martin, der forderte, dass die zentralen Entscheidungsträger aus Industriestaaten und Schwellenländern an einem Tisch sitzen sollten (Martin 2005). Dieser ursprüngliche Vorschlag für ein Treffen der L20 wandelte sich langsam aber stetig zu einem Gremium der G20. Diese Veränderung lässt sich insbesondere als direkte Konsequenz der seit 2007 andauernden globalen Wirtschaftskrise verstehen. Nach dem ersten Gipfeltreffen der G20-Führer im November 2008 in Washington fanden die Treffen in den Jahren 2009 und 2010 in einem halbjährlichen Turnus statt.<sup>4</sup> Mit dem Gipfeltreffen in Cannes vom November 2011 ergab sich ein neuer Turnus; die G20 trifft sich seither nur noch einmal pro Jahr zu einem Gipfel. Der darauf folgende Gipfel fand jedoch bereits im Juni 2012 in Mexiko statt. Die Anzahl aller Gipfeltreffen war seitdem sehr hoch, zumal sich die G8 weiterhin jährlich getroffen hat. Währenddessen nehmen einige Beobachter wahr, dass sich der G20-Gipfel von einem temporären Komitee der Krisenbewältigung hin zu einem permanenten globalen Lenkungsausschuss wandelt. Möglicherweise jedoch wird parallel dazu derzeit auch die ursprüngliche Rolle des G20-Gipfels als Komitee der unmittelbaren Krisenbewältigung gestärkt, was als eine Reaktion auf turbulente Entwicklungen in der Eurozone direkt vor und nach dem Gipfel in Cannes zurückzuführen wäre.

Jedoch treffen sich, wie bereits erwähnt, auch die G8 weiterhin. Allen Niedergangsprognosen zum Trotz scheint ihre Zukunft zumindest bis zum Jahr 2013 relativ sicher zu sein. US-Präsident (seit 2008) Barack Obama wählte Chicago als Ort für das Treffen im Mai 2012 aus und Englands Premierminister (seit 2010) David Cameron erklärte seine Absicht, Gastgeber der G8 im Jahr 2013 zu sein. Dies entspricht dem regelmäßigen jährlichen Turnus, der sich beobachten lässt, seitdem die G8 – damals noch als G6 – zum ersten Mal im Jahr 1975 im französischen Rambouillet zusammengekommen war.

Die Agenda der G8 hat sich jedoch allem Anschein nach gewandelt, indem sie sich nicht mehr auf den Bereich der Wirtschaft konzentriert, sondern nunmehr ihren Fokus auf Politik- und Sicherheitsfragen legt. Besonders deutlich erkennbar war dies etwa in den starken und expliziten Erklärungen auf dem G8-Gipfel in Deauville Ende Mai 2011, in denen der Arabische Frühling unterstützt und der frühere libysche Führer (1969–2011) Muammar Gaddafi zum Rücktritt aufgefordert wurden. Damit lässt sich, zumindest ansatzweise, eine beginnende themengebundene Abgrenzung der Gs erkennen. Diese Abgrenzung ist jedoch lediglich vorläu-

---

<sup>4</sup> Im Einzelnen fanden die Treffen im April 2009 in London und im Oktober 2009 in Pittsburgh, im Juni 2010 in Toronto und im November 2010 in Seoul statt.

fig. Sollte die G7 oder G8 – etwa als Antwort auf eine bewegungslose G20 – als Steuerungskomitee in Krisen reaktiviert werden, wäre eine thematische Abgrenzung wiederum nicht mehr möglich. Die Tatsache, dass das G8-Treffen in Chicago im Mai 2012 einen Monat vor dem G20-Treffen in Mexiko ausgerichtet wurde, trägt den Beigeschmack, dass hier ein Vortreffen der alten Eliten stattfand, das über die Richtung entschied, welche die nachfolgenden Gespräche im Rahmen der G20 einschlagen sollten. Ein ähnlicher Eindruck entstand auch bereits beim Gipfel in Kanada im Juni 2010.<sup>5</sup> Zusammenfassend gesagt verbleiben diese Institutionen der *Global Governance* bei den Fragen, wie sie gestaltet werden, in welche Richtung sie gehen, welche Agenda sie haben und wie sie effektiv wirken können, zu einem großen Teil unklar.

### 3 JAPANS POSITION IN DER GX-GIPFELPOLITIK

In Cannes wurde Japan zum ersten Mal von Premierminister Yoshihiko Noda vertreten, der sein Amt am 2. September 2011 angetreten hatte. Früher im selben Jahr, im Mai 2011, war noch dessen Vorgänger (2010–2011) Naoto Kan der Repräsentant Japans beim G8-Gipfel in Deauville gewesen. Die G8-Führer hatten Kan und der japanischen Nation auf dem Gipfel in Deauville ihre Unterstützung nach der Dreifachkatastrophe von Erdbeben, Tsunami und Atomunfall vom 11. März 2011 ausgedrückt. Dennoch trat Kan schließlich aufgrund der innenpolitischen Kritik an seinem Umgang mit der Krise zurück. Japan wurde in Cannes also von einem relativ neuen Gesicht repräsentiert; es muss dennoch erwähnt werden, dass Noda aufgrund seiner vorherigen Position als Finanzminister bereits Erfahrungen mit GX-Gipfeltreffen hatte.

Diese hohe Fluktuation von Regierungschefs ist seit dem politischen Rückzug von Jun'ichirō Koizumi (2001–2006) im September 2006 charakteristisch für die Teilnahme Japans an den GX Gipfeltreffen. Seit dem G8-Gipfel in Genua im Jahr 2001 nahm Koizumi insgesamt an sechs G8-Gipfeln teil. Sein Nachfolger Shinzō Abe (2006–2007) besuchte einen; Yasuō Fukuda (2007–2008) richtete einen aus; Tarō Asō (2008–2009) nahm an einem G8-Gipfel sowie an zwei G20-Gipfeln teil; Yukiō Hatoyama (2009–2010) besuchte einen G20-Gipfel und Naoto Kan war Teilnehmer bei zwei G8-Gipfeln und einem G20-Gipfel. Zum Vergleich: die deutsche Bundeskanzlerin (seit 2005) Angela Merkel nahm seit Koizumis letztem Gipfel – dem G8-Treffen in St. Petersburg 2006 – an allen G8- und G20-Gipfeln teil. Die personelle Unbeständigkeit im japanischen Premierministeramt ver-

---

<sup>5</sup> Als Präzedenzfall dafür kann das G4-Treffen in Guadeloupe im Jahr 1979 gelten.

leitete den früheren brasilianischen Präsidenten Lula da Silva zu einem berühmt gewordenen Kommentar: „So ist das in Japan – du sagst ‚Guten Morgen‘ zu einem Premierminister und ‚Guten Abend‘ zu einem anderen!“ (*Financial Times* 02.06.2010).<sup>6</sup>

Diese häufigen Wechsel im Amt des Premierministers führten auch dazu, dass Japans Beiträge bei den GX-Gipfeltreffen in den letzten Jahren eher durchwachsene Ergebnisse mit sich brachten und die Rolle des Landes in diesen internationalen Gremien geschwächt wurde. Dies gilt insbesondere für den Aspekt der Erweiterung der Gipfelpolitik. Allerdings hatte Japan durch seine Aufnahme in das erste G8-Treffen 1975 einen Status und eine Anerkennung erhalten, die dem Land als oft beschriebenem „Spätstarter“ innerhalb der internationalen Gemeinschaft von anderen Institutionen der *Global Governance*, wie etwa dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, bis heute verwehrt bleiben. Infolgedessen zeigt sich seitens der japanischen Regierungen gegenüber den G8-Gipfeltreffen kein developmentalistisches Plädoyer, das einen Druck gegenüber den frühen Industrienationen aufholen zu müssen, aussprechen würde. Diese Haltung Japans ist jedoch sehr wohl gegenüber den eher traditionellen Instrumenten der *Global Governance* wahrnehmbar, am deutlichsten gegenüber dem bereits erwähnten Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Bei den GX-Treffen lässt sich vielmehr ein internationaler Anspruch wahrnehmen, der besagt, dass Japan, indem es diesen Status verliehen bekommen hat, als verantwortungsbewusstes Mitglied der internationalen Gemeinschaft agieren sollte. Gleichzeitig strebten japanische Regierungen bislang stets danach, in der Position als Repräsentanten des einzigen asiatischen Landes, das in diese Gipfeltreffen der gegenwärtigen Großmächte eingebunden ist, die Region und die speziellen Interessen Asiens zu vertreten. Über vier Jahrzehnte lang konnte Japans Teilnahme und Motivation bei den G8-Gipfeln im Sinne dieser Mischung von Ansprüchen verstanden werden (Dobson 2004).

Der Bedeutungsgewinn der G20, welche die G8 in den Hintergrund zu drängen scheint, bringt allerdings, wie oben bereits erwähnt, erhebliche Herausforderungen für die japanische Regierung mit sich. Die erweiterte Mitgliedschaft schwächt die benannte Exklusivität, zu einer ausgewählten Gruppe zu gehören, denn neben Japan gibt es nun mit Australien, China, Indien, Indonesien und Südkorea auch andere Mitgliedstaaten aus dem asiatischen Raum. Die Identität, die Japans Teilnahme an den Gipfeltreffen untermauert hat, scheint damit auf den ersten Blick gefährdet zu sein. Japan hat zwar während der intensiven Phase der GX-Gipfeltreffen,

---

<sup>6</sup> „[...] it's like that in Japan – you say ‚good morning‘ to one Prime Minister and ‚good afternoon‘ to a different one!“ (*Financial Times* 02.06.2010)

die nach der Institutionalisierung der G20 im Jahr 2008 erfolgte, seine Haltung nach wie vor an der früheren G8-Gipfelpolitik ausgerichtet. Dies jedoch schränkte Japans Reaktionen auf die Realitäten der G20-Gipfelpolitik erheblich ein.

Einerseits ist der internationale Anspruch, nach dem Japan als verantwortungsbewusstes Mitglied der internationalen Gemeinschaft agieren soll, weiterhin deutlich erkennbar. Im Fall der Teilnahme an den G8-Treffen zeigt sich dies etwa an einer Reihe von Initiativen, an denen Japan bislang aktiv beteiligt war. Dazu gehören, zum Beispiel, nach dem Ende des Kalten Krieges, die Aufnahmeverfahren der Nachfolgestaaten der Sowjetunion in die internationale Gemeinschaft, die unterstützt wurden, und ebenso deutliche Kompromissbereitschaft, als es darum ging, Russland zu einer erweiterten G8 zuzulassen. Darüber hinaus hat Japan durchweg erfolgreiche Gipfeltreffen ausgerichtet und stimmt selbst zu einem relativ hohen Grad mit den allgemeinen politischen Zielsetzungen der G8 überein.<sup>7</sup> Diese international ausgerichtete Grundeinstellung Japans setzte sich innerhalb der G20 fort und zeigte sich etwa darin, dass Premierminister Tarō Asō anti-protektionistische Maßnahmen unterstützt und in die Wege geleitet hat, welche auf dem ersten G20-Gipfel in Washington 2008 formuliert worden waren. Ein weiteres Beispiel sind die finanziellen Zuwendungen für den Internationalen Währungsfonds (IWF), die auf dem Gipfel in London 2009 zugesagt wurden. Außerdem zeigt sich Japans Unterstützung für die Institutionen der *Global Governance* in seinem Bestreben, selbst den Vorsitz des G20-Gipfels zu übernehmen und den Gipfel in Japan auszurichten. Diese Bemühungen, den Erfolg der G20 zu sichern, sind jedoch durch Japans historische und offensichtliche Präferenz für die G8 und durch die Tatsache, dass eine erfolgreiche G20 und eine versagende G8 ein Nullsummenspiel darstellen, begrenzt. Mit anderen Worten: Ein Erfolg der G20 schwächt die Relevanz der G8. Die Strategie der japanischen Regierung zur Sicherung eines *raison d'être* für die anhaltende Existenz der G8 war, die gemeinsamen demokratischen Werte zu betonen, die im Zentrum der ursprünglichen Erklärung der G6 von Rambouillet im Jahr 1975 standen und am ehesten als Mitgliedskriterium herhalten können (Dobson 2012). Diese Werte stimmen nahtlos mit der wertorientierte Diplomatie überein, die Premierminister Asō in seiner Rede als Außenminister am Japan Institute of International Affairs im November 2006 vertreten hat und die er während seiner Amtszeit als Premi-

---

<sup>7</sup> Die G8 Research Group der Universität Toronto vergibt Auszeichnungen zur Evaluierung jedes Gipfels und erstellt landes- und themenspezifische Berichte. Nähere Informationen sind auf der Webpräsenz des Informationszentrums der Gruppe zu finden (G8 Research Group 2012).

erminister fortsetzte. Bemerkenswerter ist es da schon, dass diese Strategie auch nach dem historischen Niedergang der Liberaldemokratischen Partei (LDP) und dem Erdrutschsieg der Demokratischen Partei Japans (DPJ) bei der Unterhauswahl vom 30. August 2009 weitergeführt wurde. Dies lässt den Rückschluss zu, dass Japans Außenpolitik auch unter der neuen Regierungspartei hochgradig auf Kontinuität setzt.

Andererseits definierte Japan seine Rolle innerhalb der G8 noch immer als die des einzigen Mitglieds aus dem asiatischen Raum. Dadurch, dass fünf neue asiatische Länder in die G20 einbezogen wurden, die in einem unterschiedlichen Ausmaß um den Titel als Vertreter Asiens (oder der Schwellenländer) konkurrieren, bleibt Japan eine solche Rolle innerhalb der G20 verwehrt. Die japanische Regierung reagiert darauf, indem sie sich weiterhin darum bemüht asiatische Anliegen zu vertreten, gleichzeitig aber Konkurrenz zu China und Südkorea entfacht, etwa indem es deren Bekenntnis zu den Zielsetzungen der G20 in Frage stellt, oder aber andererseits auch versucht China direkt einzubeziehen. Premierminister Naoto Kan schlug auf dem G8-Gipfel in Muskoka 2010 sogar vor, dass China zu zukünftigen Treffen eingeladen werden könne, obwohl es nicht die gemeinsamen demokratischen Werte, welche die Basis der G8 bilden, teile (Dobson 2012). Die japanische Vorgehensweise bei dieser Neuorientierung hin zu Multipolarität weist also eine komplizierte und anscheinend sogar widersprüchliche Bandbreite von Positionen auf. Damit könnte auch ein Rückgang der Erklärungskraft der konstruktivistischen Schule innerhalb der internationalen Beziehungen verknüpft werden, die Japans multilaterale Rolle mit einer Reihe von Prozessen der Identitätsbildung in Beziehung setzt. Stattdessen kristallisiert sich eine Position heraus, die eher dem Realismus zuzuordnen ist und sich auf Machtbalance und Wettbewerb gründet.

#### 4 VOR CANNES

In diesem Kontext von GX-Gipfeltreffen mit japanischer Teilnahme fand im November 2011 der G20-Gipfel in Cannes statt. Auf der Agenda standen einige Anliegen, die noch aus vorherigen Gipfeltreffen stammten. Dazu zählten etwa wirtschaftliche Ungleichheiten zwischen Überschuss- und Defizitwirtschaften, eine Reihe von Finanzreformen, eine Reform des Internationalen Währungsfonds (IWF), Anti-Korruptionsmaßnahmen sowie die andauernde Doha-Runde der Welthandelsorganisation (WTO). Die französische Regierung, die den Vorsitz innehatte, fügte außerdem neue Punkte, beispielsweise eine Finanztransaktionssteuer, zu dem wachsenden Aufgabenbereich dieses Gremiums hinzu. Zusätzlich zu diesen

drängenden Tagesordnungspunkten verlangten überdies Fragen Aufmerksamkeit, die sich um die Beschaffenheit der G20 selbst, insbesondere um Fragen der Mitgliedschaft und um die Position des Gremiums innerhalb des Gefüges der *Global Governance* drehten. Diese Diskussionspunkte zum Selbstverständnis des Gremiums stehen schon seit dem ersten Treffen der G20 in Washington im November 2008 auf den jeweiligen Tagesordnungen. Beispielsweise wurde auf dem Gipfel in Seoul 2010 ein Verfahren eingeführt, das die Einladung von nicht-regulären Mitgliedern institutionalisierte, anstatt sie dem Ermessen des jeweiligen Gastgebers zu überlassen. Die G20 einigten sich darauf, nicht mehr als fünf nicht-reguläre Teilnehmer zu G20-Gipfeln einzuladen, von denen mindestens zwei aus Afrika stammen müssen. Einige Beobachter sahen hierin bereits die Schaffung einer G20+5 (*China Daily* 01.11.2011).

Viele dieser Themen und die dominanten Diskurse zur GX-Gipfelpolitik und Japans Rolle darin wurden jedoch von den Ereignissen der andauernden Staatsschuldenkrise in der Eurozone und der speziellen Situation in Griechenland überholt. Als die Besonderheiten dieser Krise in den Vordergrund rückten, wurden zahlreiche der vorherigen, breiter gefassten Anliegen in den Hintergrund gedrängt. Dies betraf beispielsweise die Frage nach der G20-Mitgliedschaft und mögliche Verfahrensreformen, wie etwa die Übereinkunft über einzelne Positionierungen zu gemeinsamen Zielen. Nach Ansicht der G20-Führer war es – angesichts der gegenwärtigen konkreten Probleme der Weltwirtschaft – nicht die richtige Zeit, um diese Fragen zu klären.<sup>8</sup>

Japans Premierminister Yoshihiko Noda kam mit einer stark fokussierten Agenda nach Cannes. Er selbst brachte eine Reihe von Zielen zu bestimmten Anliegen mit. Bevor er nach Cannes aufbrach, sprach Noda am 28. Oktober 2011 vor dem japanischen Unterhaus und betonte dabei die drei Hauptanliegen Japans: 1) der Wiederaufbau der durch Erdbeben und Tsunami betroffenen Regionen; 2) eine Lösung des damit verbundenen Atomproblems und 3) Japans wirtschaftlicher Aufschwung.

Zu den konkreten *policies* innerhalb des größeren Themenpakets des Gremiums beabsichtigte Noda als Reaktion auf die europäische Staatsschuldenkrise die Nachricht zu vermitteln, dass Europa sein Haushaltsdefizit in Ordnung bringen müsse. Japan würde im Gegenzug den eigenen Staatshaushalt ordnen, indem die nationalen Schulden mit konkreten klaren Maßnahmen, wie etwa der Anhebung der Mehrwertsteuer von fünf auf zehn Prozent bis 2015, getilgt würden. Im Vorfeld von Cannes wurde vorgeschlagen, dass diese Zusicherung in der abschließenden Gipfeldokumentation festgehalten werden solle (*The Japan*

---

<sup>8</sup> Jedoch einigte man sich auf einen Rotationsplan für zukünftige G20-Gipfel.

Times 28.10.2011). In seiner Rede betonte Noda auch die Notwendigkeit weiterer Steuererhöhungen<sup>9</sup> und des Verkaufs von Staatsanteilen von Japan Tobacco und Japan Post, um die Einkünfte zu erhöhen und Japans Aufschwung zu beschleunigen, ohne weitere Schulden aufzunehmen. Außerdem kündigte er Gehaltskürzungen für sich selbst (30 Prozent) und seine Minister (20 Prozent) als Teil der staatlichen Maßnahmen an, die Japans Staatshaushalt in Ordnung bringen sollten. Zusätzlich unterstrich er, dass mehr Kooperation mit oppositionellen Parteien ebenso wie innerhalb seiner eigenen Partei erforderlich sei, um möglichst schnell den dritten Nachtragshaushalt von 12 Billionen Yen (112 Milliarden Euro) zu verabschieden. Um die globale Schuldenkrise einzudämmen, kaufte Japan 20 Prozent der Schulden, die von der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) ausgegeben wurden und stellte weitere Maßnahmen in Aussicht.<sup>10</sup> Noda schlug vor, dass Japan mehr konkrete Maßnahmen auf dem G20-Gipfel in Cannes ankündigen werde, um zur Eindämmung der Krise beizutragen. Diese Vorgehensweise war hauptsächlich durch die Bedeutung des Europäischen Marktes für Japan und durch das Anliegen, eine Ausweitung der Krise bis nach Japan zu verhindern, motiviert.

Auch der hohe Wert des Yen war ein Grund zur Besorgnis, der von Noda angesprochen werden sollte. Der Yen hatte ein historisches Hoch von 75 Yen zum Dollar<sup>11</sup> erreicht. Damit kam die Sorge auf, dass Japans exportorientierte Wirtschaft – die sich gerade erst von der Dreifachkatastrophe des 11. März 2011 erholte – beeinträchtigt werden könnte. Angesichts des ersten Rückgangs der Industrieproduktion um vier Prozent als Nachwirkung der Dreifachkatastrophe könnte ein hoher Yen folglich zu einer Aushöhlung der japanischen Industrie führen. Aus diesem Grund kündigte Noda eine Kooperation mit der Bank of Japan (BOJ) an, die alle Maßnahmen zur Wertänderung der Währung ergründen sollte. Für dieses Vorhaben stellte die BOJ eine Woche vor Cannes eine zusätzliche mengenmäßige Lockerung (*quantitative easing*, QE) von 5 Billionen Yen<sup>12</sup> in Aussicht, die ihrem Fond von 55 Billionen Yen<sup>13</sup> hinzugefügt werden sollte.

Auf dem G20-Treffen der Finanzminister in Paris im September 2011 betonte Japan die Möglichkeit einer Intervention auf dem Währungs-

---

<sup>9</sup> Unternehmens- und Einkommenssteuer sollten temporär erhöht werden, um 11 Billionen Yen (103 Milliarden Euro) zu generieren.

<sup>10</sup> Klaus Regling, der Leiter der EFSF, besuchte in der Woche vor dem G20-Gipfel China und am Wochenende vor Cannes Japan.

<sup>11</sup> Zum Vergleich: 107 Yen zum Euro.

<sup>12</sup> 47 Milliarden Euro.

<sup>13</sup> 513 Milliarden Euro.

markt. Damit reihte sich Japan neben Schwellenländern und anderen exportabhängigen Wirtschaftsnationen ein, die die Besorgnis äußerten, dass Währungsschwankungen ihre Exporte beeinträchtigen könnten. Tatsächlich schwächte eine Währungsintervention der japanischen Regierung und der BOJ direkt vor dem G20-Treffen den Wert des Yen von 75 auf 78 Yen zum Dollar.<sup>14</sup> Diese dritte Währungsintervention im Jahr 2011 verlief – anders als die koordinierten Interventionen in Folge der Dreifachkatastrophe – unilateral. Obwohl die japanische Regierung und die BOJ diese Intervention seit einiger Zeit diskutiert hatten, kam sie für Japans G20-Partner offenbar überraschend. Einige Beobachter fassten dieses Vorgehen als Hinweis darauf auf, dass es Japan an Vertrauen in die mit den G20 abgestimmten Maßnahmen mangelt, und dass Japan sich bereits gegen internationale Kritik wappnete (*Financial Times* 31.10.2011).

Außerdem hob Nodas Rede hervor, dass so schnell wie möglich eine Entscheidung über Japans Teilnahme an der *Trans-Pacific Partnership* (TPP) notwendig sei. Diese sollte entweder bei dem G20-Gipfel oder bei dem Treffen der Asia Pacific Economic Cooperation (APEC) vom 12. bis 13. November 2011 gefällt werden (*The Japan Times* 30.10.2011). Das Thema ist sehr umstritten, da im Zentrum die Frage steht, ob Japan seine Märkte liberalisiert, um den Handel anzukurbeln und Wachstum zu fördern, oder ob es die eigenen Landwirte und andere Interessensgruppen vor Wettbewerb schützt. Japans nationale Vereinigung von Gemeinden und Bürgermeistern etwa spricht sich gegen eine Teilnahme an der TPP aus und beruft sich dabei darauf, dass andere Länder Asiens, wie etwa Südkorea und China, ebenfalls nicht partizipieren. Ein weiteres Argument dagegen lautet, dass die Regierung klare Aussagen über die Vorteile einer Teilnahme schuldig bliebe (*Asahi Shinbun* 29.10.2011).

Die japanische Presse reagierte in einem ähnlichen Ton auf diese Themen und auf die Rede von Noda. Angesichts des Anstiegs des Yen zum Dollar und Euro unterstrichen die Medien, dass es wichtig sei, sich mit dem hohen Wert des Yen zu befassen. Höchste Priorität hatte in den Augen der Presse jedoch die Beschäftigung mit der Krise der Eurozone, um deren Ausweitung zu vermeiden. Man begrüßte das Abkommen, das die Länder der Eurozone eine Woche vor dem Cannes-Gipfel in Brüssel getroffen hatten, warnte jedoch davor, dass halbherzige Maßnahmen in der Vergangenheit zu Währungsschwankungen geführt hatten und forderte, dass die Reaktion dieses Mal schneller weiter ausgearbeitet werden und effektiver sein sollte. Unterstützung gab es auch für die Erweiterung des QE Programms der BOJ und für eine koordinierte Intervention mit den USA und Europa. Gleichzeitig betonten die Medien, dass ein hoher Yen

---

<sup>14</sup> 107 Yen zum Euro.

bei internationalen Fusionen und Firmenübernahmen auch Vorteile brachte. Die Presse hob zudem die Notwendigkeit einer starken politischen Führung durch Premierminister Noda hervor (*Asahi Shinbun* 28.10.2011; *Mainichi Shinbun* 29.10.2011; *Nihon Keizai Shinbun* 28.10.2011; *Yomiuri Shinbun* 28.10.2011).

Es bleibt noch Japans Position gegenüber den anderen Punkten der Agenda, die in Cannes diskutiert wurden, zu klären: Eine IWF-Reform war immer schon von Interesse für Japan (Rapkin, Elston und Strand 1997). Die Gipfelerklärung von Seoul hatte im November 2010 bereits eine Reihe von Reformen aufgeführt, welche zu einer höheren Repräsentation von Entwicklungsländern in diesem Gremium führen sollten. Insbesondere sollte die Vertretung der europäischen Länder in dem aus 24 Mitgliedern bestehenden IWF-Ausschuss von acht auf sechs Sitze reduziert und sechs Prozent des Stimmrechts auf die bis dato unterrepräsentierten Länder umverteilt werden. Damit hätte China den drittstärksten Stimmenanteil. Diese Pläne, die Kompetenzen des IWF zur Bewältigung der Eurokrise zu stärken, wurden jedoch noch vor dem G20-Gipfel in Cannes vereitelt, als die G20-Finanzminister sich im September 2011 in Paris trafen. Japan lehnte dort neben Großbritannien, den USA, Kanada und Australien die weitgreifenden Vorhaben der Schwellenländer ab. Diese Entwürfe, die auf dem G20-Gipfel verkündet werden sollten, sahen vor, dass extra Ressourcen zur Bewältigung der Eurokrise für den IWF zur Verfügung gestellt werden. Gleichzeitig untermauerten sie die Forderungen der Schwellenländer nach mehr Einfluss in Institutionen wie dem IWF. Die Industriestaaten waren jedoch der Ansicht, dass der IWF bereits ausreichend Ressourcen zur Verfügung hatte und seine gegenwärtige Rolle in der Krise angemessen war (*Financial Times* 14.10.2011, *Financial Times* 16.10.2011). Bei diesem Thema erweckte die Diskussion den Anschein, als ob sich eine Teilung innerhalb der G20 zwischen Schwellenländern und Industriestaaten auftrug – also zwischen dem Westen (und Japan) einerseits und „dem Rest“ andererseits.

Der während des Gipfels von Cannes amtierende französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy hatte ein großes Interesse an der Realisierung der Finanztransaktionssteuer. Die Position der japanischen Regierung dazu blieb jedoch vage. Japans zivilgesellschaftliche Organisationen<sup>15</sup>

---

<sup>15</sup> Während der letzten zehn Jahre nahm die Bedeutung zivilgesellschaftlicher Organisationen als Ergänzungen zur Arbeit der GX-Gipfelpolitik stets zu. Im Vorfeld von Cannes betonten zivilgesellschaftliche Organisationen – wie etwa Oxfam Japan und Greenpeace Japan – Themen wie Lebensmittelsicherheit, Klimawandel, Armut und Ungleichheit als Kernfragen, die diskutiert werden sollten.

hatten sich zugunsten der Steuer ausgesprochen und ersuchten Noda darum, diese Position zu unterstützen. Sie hoben hervor, dass eine 0,005-prozentige Steuererhöhung auf Devisengeschäfte mehr als 600 Milliarden Yen<sup>16</sup> im Jahr einbringen würde. Dieses Geld, so ihr Argument, könne als Beitrag für den Wiederaufbau nach dem 11. März genutzt werden (*The Japan Times* 01.11.2011). Außerdem begrüßten sie Äußerungen der japanischen Regierung im vorangegangenen Jahr – wie etwa durch die früheren Außenminister Katsuya Okada (2009–2010) und Seiji Maehara (2010–2011) – zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Im Gegensatz dazu opponierten Unternehmensorganisationen wie die Nippon Keidanren gegen derlei Pläne (Nippon Keidanren 09.06.2010). Japan hatte kurz zuvor eine ähnliche Steuer verworfen, aber die Idee einer Finanztransaktionssteuer schien innerhalb der DPJ an Boden zu gewinnen. Laut Tsutomu Okubo, dem Leiter des Ausschusses für die Bereiche Steuern und Währungsfragen im Politik formulierenden Gremium der DPJ (DPJ Policy Research Committee, Minshutō seisaku chōsakai), müsse die Option, eine Finanztransaktionssteuer einzuführen, angesichts der Aufwertung des Yen und der Erfolgchancen von Interventionsstrategien auf dem Währungsmarkt bedacht werden. Zudem wäre Japan gezwungen nachzuziehen, sollte Europa eine solche Steuer einführen, um die unausweichliche Flucht der Anleger zum Yen zu vermeiden (*Wall Street Journal* 13.10.2011). Schließlich könnte eine solche Steuer ein attraktives Mittel für Japan sein, um die Verpflichtungen zur Verdoppelung der monetären Entwicklungszusammenarbeit für Afrika bis 2012 zu finanzieren, die auf der *Tokyo International Conference on African Development 2008* angekündigt worden waren.

Für Noda war Cannes der erste Gipfel als Regierungschef. Vorschnelle Einschätzungen könnten ihn als „weiteres Papiertaschentuch“, als nicht durchsetzungsfähigen Regierungschef, abstempeln.<sup>17</sup> Allerdings konnte Noda, Absolvent des Matsushita Institute of Government and Management, als Finanzminister unter Naoto Kan bereits Erfahrung auf internationalen Gipfeltreffen sammeln. Als solcher bezog Noda gegenüber China und Südkorea wegen ihrer Währungsmanipulationen – als Teil eines sogenannten Währungskriegs im Vorfeld des Seoul-Gipfels im Jahr 2010 – schon kritisch Stellung (*The Japan Times* 16.10.2010, *The Japan Times* 20.10.2010). In vieler Hinsicht war Cannes ein *déjà vu*, da Noda, jetzt als Premierminister, wieder versuchte das G20-Treffen zu nutzen, um

---

<sup>16</sup> 5,6 Milliarden Euro.

<sup>17</sup> Dies waren zumindest die Worte der früheren LDP Ministerin für Umwelt (2003–2006) und Verteidigung (2007), Yuriko Koike.

Schwankungen im Währungsmarkt zu besänftigen und dem hohen Wert des Yen entgegen zu wirken.

Vor Cannes trat somit eine Reihe von Themen auf die Agenda, die im Zusammenhang mit den vorherrschenden Diskursen zur Beteiligung Japans an den vorangegangenen G8- und G20-Gipfeln zu betrachten sind. Zu diesen Diskursen oder auch Anliegen Japans zählen erstens, die hohe Fluktuation in der personellen Führung des Landes und zweitens, eine ambivalente Haltung gegenüber der G20, die aus einer historischen Präferenz für die G8 resultierte. Der Wiederaufbau, insbesondere der japanischen Wirtschaft, nach dem 11. März kann als drittes Thema hinzugefügt werden. Diese Anliegen bilden die Grundlage für zahlreiche der oben erwähnten Stellungnahmen. Noda musste, als er nach Cannes abreiste, Führungskraft demonstrieren, Zweifel an der G20 und an Japans Rolle darin überwinden und eine Reihe von Maßnahmen bewerben, die Japans Aufschwung fördern würden.

## 5 WÄHREND UND NACH CANNES

Wie auf Gipfeltreffen üblich hielt Noda einige bilaterale Treffen am Rande des Gipfels in Cannes ab. Zu seinen Gesprächspartnern zählten dabei Vertreter aus Großbritannien, der Europäischen Union, der Türkei, China und Deutschland. Zu den Themen, die dabei angesprochen wurden, gehörten unausweichlich die Schuldenkrise der Eurozone und das Rettungspaket, das in Brüssel beschlossen worden war. Außerdem vertieften die Gespräche Diskussionen über ein japanisch-europäisches Freihandelsabkommen (*Japan-Europe Free Trade Agreement, FTA*) sowie spezielle bilaterale Anliegen.

Bei dem eigentlichen Gipfeltreffen der G20 warb Noda für eine möglichst schnelle sowie effektive Absicherung und Lösung der Schuldenkrise der Eurozone – auch um Japans Wiederaufbau und sein wirtschaftliches Wachstum zu sichern.<sup>18</sup> Damit unterstützte Noda den *Cannes Action Plan*, der die Notwendigkeit von Haushaltskonsolidierungen betonte. Im Gegenzug versprach Noda, die eigenen Ausgaben zu senken und temporäre Steuermaßnahmen einzuführen, um Japans Fiskus zu stabilisieren. Außerdem erläuterte er die Maßnahmen, mit denen die japanische Regierung und die BOJ den hohen Wert des Yen in den Griff zu bekommen versuchten.

Die Abschlusserklärung präsentierte gemischte Ergebnisse. Die G20 einigten sich schließlich auf eine Erweiterung der Sonder-Ressourcen für

---

<sup>18</sup> Der IWF sagte für Japan ein Wachstum von 2,3 Prozent für 2012 voraus.

den IWF, gegen die sich Japan bereits einige Wochen vor dem Gipfel ausgesprochen hatte. Andererseits gab es vieles, womit Japan zufrieden sein konnte. Noda verfasste eine Erklärung zur unilateralen Intervention Japans auf dem Währungsmarkt, die den Yen schwächen sollte und kam damit jeder Kritik zuvor. Noda versprach Kooperation bei der Staatsschuldenkrise in der Eurozone, sollte Europa in der Lage sein, *unisono* zu agieren. Er sagte der G20 zu in der gegenwärtigen Sitzungsperiode des Parlaments einen Gesetzesentwurf vorzulegen, um die Mehrwertsteuer in Japan bis Mitte der laufenden Dekade auf zehn Prozent anzuheben. Dieses Vorhaben war eine Maßnahme in einer ganzen Reihe von Bemühungen, die nach außen hin demonstrieren sollten, dass Japan sein Budget zu kontrollieren imstande ist. Zum Thema der *Trans-Pacific Partnership* wies Noda darauf hin, dass noch innerparteiliche Gespräche nötig seien, um hier zu einer endgültigen Entscheidung zu gelangen. Damit verlagerte sich der Fokus in dieser Sache auf das APEC Treffen Ende November 2011 in Honolulu. Zum Thema der Finanztransaktionssteuer sagte Noda schließlich, dass die japanische Regierung dieser Idee offen gegenüber stehe und vorhabe, sich näher damit zu befassen, ehe eine Übereinstimmung gefunden werde.

## 6 FAZIT

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass Noda vieles von dem erreichte, was er sich im Vorfeld des Gipfeltreffens vorgenommen hatte – und das obwohl in Japan beträchtliche innenpolitische Kämpfe gegen einflussreiche Interessengruppen zu führen sind. Noda scheint sich außerdem auf den ersten Blick als eine weitaus redegewandtere und erfolgreichere politische Führungspersönlichkeit etabliert zu haben als seine zahlreichen direkten Vorgänger. Das Motto des Gipfels in Cannes war es, Geschichte zu schreiben. Dies ist in jeder Hinsicht ein ambitioniertes Vorhaben. Im Falle Japans und seines neuen Premierministers war es gleichermaßen unwahrscheinlich, dass Geschichte geschrieben würde. Allerdings konnte eine gewisse zaghafte Neuausrichtung von Japans Haltung bei der GX-Gipfelpolitik beobachtet werden: diese zeichnete sich durch mehr Eigeninitiative und durch eine eindeutigeren Bindung an die G20 aus. Noda hatte möglicherweise mehr Führungskraft als Premierminister vermittelt als Japans Repräsentanten bei den vorangegangenen Gipfeln. Ob sich dieser Trend bestätigt, bleibt abzuwarten. Nicht zuletzt wird diese Entwicklung auch durch innenpolitische Aspekte bestimmt, die direkt über Nodas politische Zukunft entscheiden werden.

LITERATURVERZEICHNIS

- Asahi Shinbun* (29.10.2011): Zenkokuchōsonkai ga TPP hantai ketsugi [Die Versammlung des Verbandes von Kommunalparlamenten beschließt Widerstand gegen TTP], S. 4, Morgenausgabe.
- Asahi Shinbun* (28.10.2011): Kōyaku mieru seika o, Noda shushō, shoshin hyōmei enzetsu [Zur Antrittsrede von Premierminister Noda: Die Umsetzung der Wahlversprechen muss erkennbar sein], S. 2, Abendausgabe.
- China Daily* (01.11.2011): Make G20-plus transparent. [http://www.chinadaily.com.cn/opinion/2011-11/01/content\\_14012701.htm](http://www.chinadaily.com.cn/opinion/2011-11/01/content_14012701.htm) (Zugriff am 26.03.2012).
- Dobson, Hugo (2012): Japan's response to the changing global order: the case of a „Gaggle of Gs“. In: *International Relations of the Asia-Pacific* 12, 2, S. 229–257.
- Dobson, Hugo (2011): The G20 as a Forum for Global Governance: Issues, Challenges and Expectations. In: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.): *Panorama: Insights into Asian and European Affairs*. S. 27–39.
- Dobson, Hugo (2004): *Japan and the G7/8, 1975 to 2002*. London: Routledge.
- Financial Times* (08.11.2011): The G20's seven pillars of fiction. <http://www.ft.com/cms/s/980b2040-eb43-11df-811d-00144feab49a.html> (Zugriff am 26.03.2012).
- Financial Times* (31.10.2011): Yen move takes G20 by surprise. <http://www.ft.com/cms/s/0/bde0d510-03e5-11e1-864e-00144feabdc0.html> (Zugriff am 26.03.2012).
- Financial Times* (16.10.2011): G20's ageing aristocracy stands in way of new ideas. <http://www.ft.com/cms/s/0/8a1e43da-f804-11e0-a419-00144feab49a.html> (Zugriff am 26.03.2012).
- Financial Times* (14.10.2011): US-UK rule out wider IMF powers. <http://www.ft.com/cms/s/0/ce49e564-f679-11e0-9381-00144feab49a.html> (Zugriff am 26. März 2012).
- Financial Times* (02.06.2010): Revolving door keeps turning in Japan. <http://www.ft.com/cms/s/0/4a401eb8-6e2c-11df-ab79-00144feabdc0.html> (Zugriff am 26.03.2012).
- Financial Times* (26.11.2009): The Group of 20 must be stopped. <http://www.ft.com/cms/s/0/37deaeb4-dad0-11de-933d-00144feabdc0.html> (Zugriff am 26.03.2012).
- G8 Research Group (2012): *G8 Information Center*. <http://www.g8.utoronto.ca> (Zugriff am 28.11.2012).
- G20 Research Group (2009): *G20 Leaders Statement: The Pittsburgh Summit*. <http://www.g20.utoronto.ca/2009/2009communique0925.html> (Zugriff am 03.11.2011).

- Jain, Purnendra und Williams, Brad (Hg.) (2011): *Japan in Decline: Fact or Fiction?* Leiden: Brill.
- The Japan Times* (01.11.2011): Noda urged to back „solidarity levy“ at G20. <http://www.japantimes.co.jp/text/nb20111101a3.html> (Zugriff am 26.03.2012).
- The Japan Times* (30.10.2011): Noda to declare Japan will join TPP at APEC. <http://www.japantimes.co.jp/text/nn20111030a1.html> (Zugriff am 26.03.2012).
- The Japan Times* (28.10.2011): Noda to make global pledge to hike sales tax at G20 summit. <http://www.japantimes.co.jp/text/nn20111028a8.html> (Zugriff am 26.03.2012).
- The Japan Times* (20.10.2010): G20 finance chiefs to target currencies: Noda. <http://www.japantimes.co.jp/text/nb20101020a4.html> (Zugriff am 26.03.2012).
- The Japan Times* (16.10.2010): Noda vows to slow down excess forex volatility. <http://www.japantimes.co.jp/text/nb20101016a2.html> (Zugriff am 26.03.2012).
- Kirton, John J. (2010): *The G8-G20 Roles and Relationship*. [www.g7.utoronto.ca/scholar/kirton-brussels.pdf](http://www.g7.utoronto.ca/scholar/kirton-brussels.pdf) (Zugriff am 04.11.2011).
- Kirton, John J. (1999): Explaining G8 effectiveness. In: Michael R. Hodges, John J. Kirton und Joseph P. Daniels (Hg.): *The G8's Role in the New Millennium*. Aldershot: Ashgate, S. 45–68.
- Mainichi Shinbun* (29.10.2011): Shoshin hyōmei enzetsu, shushō no kaku-go itsu shimesu [Antrittsrede: wann zeigt der Premierminister seine Vorhaben?]. S. 5, Morgenausgabe.
- Martin, Paul (2005): A Global Answer to Global Problems: The Case of a New Leaders' Forum. In: *Foreign Affairs* 84, 3, S. 2–6.
- Nihon Keizai Shinbun* (29.10.2011): Shushō no kakugo o jikko ni utsuse [Setzen Sie die Vorhaben des Premierministers um!], S. 2, Morgenausgabe.
- Nippon Keidanren (09.06.2010): The Letter to the Leaders of the G-20 on International Financial Transaction Tax. <http://www.keidanren.or.jp/english/policy/2010/051.html> (Zugriff am 03.11.2011).
- Rapkin, David P., Joseph Elston und Jonathan R. Strand (1997): Institutional Adjustments to Changed Power Distributions: Japan and the United States in the IMF. In: *Global Governance* 3, 2, S. 171–195.
- Wall Street Journal* (13.10.2011): Forex tax in Japan a possibility. <http://online.wsj.com/article/SB10001424052970203914304576628831228605632.html> (Zugriff am 26.03.2012).
- Yomiuri Shinbun* (28.10.2011): En sengo saikōne, ōbei to no kinmitsuna kyōchō ga hitsuyō da [Der höchste Kurs des Yens in der Nachkriegszeit: eine enge Zusammenarbeit mit Europa und Amerika ist notwendig], S. 3, Morgenausgabe.

# AUSFÜHREN ODER ENTSCHEIDEN? DEZENTRALE ARBEITSTEILUNG IM JAPANISCHEN MEHREBENENSYSTEM<sup>1</sup>

Phoebe HOLDGRÜN

## 1 EINLEITUNG

Im Zuge der Umbildungen Japans zu einem modernen Nationalstaat während der Meiji-Zeit (1868–1912) wurde auch eine einheitliche Reorganisation der bisherigen eigenständigen Fürstentümer erforderlich. Bei der Neueinteilung und Umwidmung der Gebiete ging es der Meiji-Regierung darum, identitätsstiftende Bezugspunkte für das japanische Volk festzulegen und vor allem eine durchsetzungsfähige Form der politischen Steuerung für das gesamte japanische Territorium zu schaffen. Zu diesem Zweck wurden die Fürstentümer in Präfekturen<sup>2</sup> umgewandelt, die der Administration durch die Regierung in Tokyo unterstanden. Seitdem hat sich das Verhältnis Zentralstaat – Gebietskörperschaften<sup>3</sup> im japanischen Mehrebenensystem<sup>4</sup> jedoch immer wieder verändert. Zuletzt wurde in den 1990er Jahren und zu Beginn des neuen Jahrtausends durch umfangreiche Reformen eine Phase verstärkter Dezentralisierung eingeläutet. Aber auch ein Jahrzehnt nach diesen Reformen bleiben Fragen zum Ausmaß bzw. zur Verstärkung der Selbstverwaltung der Gebietskörperschaften nach wie vor Gegenstand der politischen Diskussion, etwa auf der Agenda des Bürgermeisters von Osaka, Tōru Hashimoto, dessen nationale Partei Nippon Ishin no kai

---

<sup>1</sup> Der vorliegende Beitrag greift Datenmaterial sowie einige Analysepunkte aus dem abgeschlossenen Dissertationsprojekt der Autorin „*Gender equality policies in japanischen Präfekturen. Dezentrale Implementierungsstrategien zwischen Selbstverwaltungsinitiativen und Erfüllungsnotwendigkeiten*“ auf. Die Dissertationsschrift wird 2013 im iudicium Verlag erscheinen.

<sup>2</sup> Zunächst war eine hohe Zahl von Präfekturen vorhanden, die aber bis zum Jahr 1888 durch Gebietszusammenlegungen auf 47 beschränkt wurde.

<sup>3</sup> Der Begriff „Gebietskörperschaften“ meint zwar die subnationalen Ebenen sowohl der Präfekturen (*todōfuken*) als auch der Kommunen (*shichōson*) im japanischen Mehrebenensystem, allerdings nimmt der Beitrag vor allem das Verhältnis von Zentralebene und Präfekturen in den Blick.

<sup>4</sup> Ein Mehrebenensystem wird als ein „politisches System, in dem Kompetenzen und Ressourcen auf ‚Ebenen‘ aufgeteilt sind“ (Benz 2009: 17–18) verstanden.

[Japan Restoration Party] bei den Unterhauswahlen am 16. Dezember 2012 zur drittstärksten Kraft avanciert ist.<sup>5</sup>

Dieser Beitrag umfasst zwei Ziele: zum einen soll die sich wandelnde Konstellation von Zentralebene und subnationalen Ebenen, insbesondere den Präfekturen, als Phänomen der japanischen Modernisierungsprozesse genauer in den Blick genommen werden. Anhand des Beispiels der Ziele und Umsetzung der jüngsten Dezentralisierungsreformen soll zum anderen hinterfragt werden, wie sich – im Verständnis der Modernisierungstheorie von van der Loo und van Reijen (1997) – dabei Prozesse der politischen Steuerung und Koordination durch Arbeitsteilung mehr differenzieren. Kritisch reflektiert werden soll, wie weit *multilevel governance*<sup>6</sup> im japanischen Mehrebenensystem sich tatsächlich differenziert: geht es über die formale Umverteilung von Zuständigkeiten hinaus bei den tatsächlichen Interaktionen darum, dass nunmehr dezentrale Akteure entscheiden, oder überträgt vielmehr ein Prinzipal mehr Aufgaben an einen Agenten, der diese ausführt?

Dazu werden zunächst einige theoretische Vorüberlegungen zum Konzept von Modernisierung nach van der Loo und van Reijen (1997) getroffen (Abschnitt 2). Ein Rückblick zeigt sich abwechselnde Tendenzen von Zentralisierung und Dezentralisierung in Japan bis vor den Reformen der 1990er Jahre auf (Abschnitt 3). In Teil 4 werden sodann wesentliche Elemente und Ziele der neuesten Reformen dargestellt und auf ihr formales Potential für sich differenzierende Strukturen überprüft. Anhand des Fallbeispiels der Umsetzung von *gender equality policies* in den Präfekturen Nagasaki und Shiga beleuchtet Teil 5 schließlich empirische Ergebnisse zu der Frage nach einer differenzierteren politischen Steuerung durch Dezentralisierung in Modernisierungsprozessen, bevor abschließend ein Fazit gezogen wird.

---

<sup>5</sup> Die neuesten Diskussionen über Dezentralisierung sind jedoch nicht Gegenstand dieses Beitrags. Zu Bürgermeister Hashimoto und seiner Agenda vergleiche beispielsweise Hoffman (2012); Hijino (2012); Osaka Ishin no kai (2013); zum Wahlergebnis der Unterhauswahlen vergleiche *Yomiuri Shinbun* (17.12.2012).

<sup>6</sup> *Multilevel governance* wird in dem Sinn verstanden, dass Ebenen untereinander und Akteure innerhalb dieser Ebenen nicht völlig getrennt voneinander handeln, sondern dass eine gegenseitige Einflusstruktur besteht: „Regieren beruht auf dem Zusammenwirken von inter- und intragouvernementalen Strukturen und Prozessen“ (Benz 2009: 15).

## 2 DEZENTRALISIERUNG ALS PHÄNOMEN DER MODERNISIERUNG: STRUKTURDIMENSION UND DIFFERENZIERUNG

Das Mehrebenensystem im Zentralstaat Japan setzt sich aus der nationalen Ebene, 47 Präfekturen und über 1000 kommunalen Einheiten mit größeren Städten, Kleinstädten und Dörfern zusammen.<sup>7</sup> Seit dem Aufbau eines modernen Nationalstaates im 19. Jahrhundert hat sich das Ausmaß von dezentraler Einflussnahme im Rahmen der zentralen Staatsorganisation jedoch wiederholt verändert. Während in föderalistischen Systemen Gliedstaaten ihre Kompetenzen an den Bund abtreten, eigenständig über finanzielle Ressourcen verfügen und an Entscheidungen des Bundes partizipieren, orientiert sich ein Zentralstaat umgekehrt an den Entscheidungen der Zentralebene. Zentralstaaten können allerdings, wie in Japan ersichtlich, auch dezentrale Elemente in der Staatsorganisation zulassen. Durch Dezentralisierung erhalten die subnationalen Ebenen mehr Kompetenzen für Selbstverwaltung. Die dezentrale Form politischer Steuerung in Zentralstaaten kann unterschiedlich weit reichen. Die Entscheidung darüber verbleibt jedoch, anders als in föderalen Systemen, bei der Zentralebene (Derichs und Heberer 2008: 17). Die nationale Ebene bleibt weiterhin die oberste Entscheidungsinstanz.

Im Fall der jüngsten Dezentralisierungsreformen in Japan während der 1990er Jahre war das Ziel vor allem mehr Devolution, also eine „[...] Übertragung administrativer und politischer Kompetenzen an autonome subnationale Einheiten, die eine eigene Regelungskompetenz besitzen und lediglich einer Rechts- und begrenzten Zweckaufsicht der nationalen Ebene unterliegen“ (Hüstebeck 2009: 31). Mit diesem Schritt hat die japanische Regierung die Kompetenzen zwischen Staat, Präfekturen und Kommunen formal umverteilt.<sup>8</sup>

Die Modernisierungstheorie der Soziologen van der Loo und van Reijen (1997) erklärt Modernisierung durch ein Schema, welches die Perspektiven von Struktur, Kultur, Person und Natur einbezieht und von diesen ausgehend Modernisierung als Prozesse der Differenzierung, Rationalisierung, Individualisierung und Domestizierung versteht und zusätzlich hervorhebt, dass zwischen diesen Prozessen Verknüpfungen bestehen (van der Loo und van Reijen 1997: 30–36).

---

<sup>7</sup> Die Anzahl der kommunalen Gebietskörperschaften verändert sich seit dem Start von Gebietsreformen im Jahr 1999, bei denen Städte und Gemeinden zusammengelegt werden (*gappei*) (Foljanty-Jost 2006: 64; Rausch 2006: 136–137).

<sup>8</sup> Die Rolle der Kommunen hat sich im Zuge der Dezentralisierung in Japan ebenfalls verändert. Dieser Beitrag konzentriert sich jedoch auf die Rolle der Präfekturen. Zur Sicht auf die Kommunen vergleiche beispielsweise Kisa (2008).

Von diesem Schema ausgehend, lässt sich Dezentralisierung vor allem in der strukturellen Dimension verorten, die nach van der Loo und van Reijen im Verlauf der Modernisierung eine zunehmende Differenzierung mit sich bringt. Struktur bezieht sich hierbei auf das Phänomen, dass Akteure in bestimmten Konstellationen miteinander interagieren. Differenzierung meint eine zunehmende Untergliederung dieser Akteure in einzelne Handlungseinheiten, die sich auf bestimmte Funktionen spezialisieren. Durch den Prozess der Modernisierung findet, so besagt dieser theoretische Ansatz, verstärkt eine Arbeitsteilung statt.

Dezentralisierung wird in dem vorliegenden Beitrag in dem Sinne verstanden, dass Entscheidungs- und Gestaltungskompetenzen auf lokale Organisationseinheiten verlagert werden. Auch wenn die Option bestehen bleibt, dass dezentrale Kompetenzen unter Umständen wieder an den Zentralstaat zurückgeführt werden können, zielt Dezentralisierung darauf ab, dass nicht nur Aufträgen der Zentralebene Folge geleistet wird, sondern dass subnationale Gebietskörperschaften in einem vorgegebenen Rahmen eigene Entscheidungen treffen können. Damit einher geht eine zunehmende Spezialisierung der betreffenden lokalen Einheiten: es ist notwendig, dass die Lokalregierungen und Lokaladministrationen Kenntnisse entwickeln, um die zugeteilten Kompetenzen anwenden zu können. Von der zentralstaatlichen Perspektive aus gesehen ist wesentlich, dass alle dezentralen Einheiten gleichermaßen Fähigkeiten erwerben, die gleichermaßen zugeteilten Rechte und Pflichten zu erfüllen. Von diesem Blickwinkel aus geht es also nicht um eine Unterteilung in Einheiten von Akteuren, die sich in unterschiedlichen Bereichen spezialisieren, sondern um eine Umverteilung gleichgearteter Aufgaben von der Zentralebene an die subnationalen Einheiten. Innerhalb der Gebietskörperschaften selbst ist jedoch davon auszugehen, dass sich die nun mit neuen Aufgaben und Kompetenzen betrauten Akteure umorientieren müssen. Das zieht gegebenenfalls nach sich, dass die Vollzugsträger die Arbeit anders einteilen oder dass sich bestimmte Akteurgruppen auf bestimmte Aufgaben spezialisieren. Der vorliegende Beitrag interessiert sich für beide angesprochenen Aspekte der Differenzierung, die durch eine verstärkte Dezentralisierung entstehen können: die neu ausgerichtete Umverteilung von Aufgaben und Kompetenzen zwischen Zentral- und Präfekturbene sowie Aspekte zur differenzierten Arbeitsteilung innerhalb der Präfekturen selbst.

### 3 RÜCKBLICK: ZENTRALE UND DEZENTRALE TENDENZEN VON DER MEIJI-ZEIT BIS IN DIE 1990ER JAHRE

Die Daimyate der Edo-Zeit, über 200 Fürstentümer, deren Daimyo (Landesherrn) zwar dem Shogun zu Loyalität verpflichtet waren und durch verschiedene Maßnahmen kontrolliert wurden, aber in ihrem eigenen Gebiet allein herrschten, wurden während der Umstrukturierungen der Meiji-Zeit abgeschafft: die Umbildungen zu einem modernen Nationalstaat machten eine einheitliche Reorganisation der bisherigen eigenständigen Fürstentümer erforderlich. Stattdessen wurden Präfekturen als Verwaltungseinheiten geschaffen, die der zentralen Administration der Meiji-Regierung in Tokyo unterstanden. Ursprünglich waren diese Gebiete noch in Ausmaß und Anzahl an die Territorien der Fürstentümer angelehnt. Im Verlauf der Meiji-Zeit einigte man sich jedoch auf die Zahl von 47 Präfekturen, die bis heute geblieben ist. Während dieser frühen Phase der Modernisierung ging es darum, die Präfekturen möglichst einheitlich auf die Vorgaben aus Tokyo hin auszurichten. Bei der Errichtung des modernen Selbstverwaltungssystems in den 1890er Jahren war vornehmliches Ziel, einen handlungsfähigen modernen Staat aufzubauen und die lokalen Gebiete dabei stark zu kontrollieren. Die Lokalregierungen, insbesondere Gouverneure und Bürgermeister, fungierten als Agenten der Regierung in Tokyo (Akizuki 2001: 65). Für diese Phase sind dezentrale Elemente und eine damit einhergehende Differenzierung also nicht erkennbar.

Erste Tendenzen für mehr lokale Selbstverwaltung zeigten sich jedoch noch vor dem Zweiten Weltkrieg, indem beispielsweise den Präfekturen mehr Haushaltsbefugnisse übertragen wurden (Pascha 2006: 278). Der Kriegsausbruch rief allerdings wiederum eine Phase starker Zentralisierung aus: dadurch, dass sich der gesamte Staat auf die Kriegsführung ausrichtete, war eine starke zentrale Führung im Interesse der Regierung (Kisa 2002: 265–266; Muramatsu und Iqbal 2001: 4).

Demokratisierung der japanischen Gebiete war ein Ziel der alliierten Besatzung (1945–1952) in Japan. Die Besatzungsmächte unter der Leitung von General MacArthur sahen als ein wichtiges Element dafür die Implementierung von mehr dezentralen Steuerungsmöglichkeiten an, was etwa in der Einführung der Direktwahl der bis dato von der Regierung ernannten Gouverneure und Bürgermeister resultierte. Die demokratische Nachkriegsverfassung von 1946 schrieb den „Grundsatz der örtlichen Selbstverwaltung“ (Artikel 94) fest. Darin heißt es:

Art. 94 Die öffentlichen Gebietskörperschaften haben das Recht, über ihr Vermögen, ihre Angelegenheiten und ihre Verwaltung zu bestimm-

men und im Rahmen der Gesetze ihre eigenen Vorschriften zu erlassen. (Die Japanische Verfassung vom 3.11.1946)

Der japanischen Regierung war dagegen wichtig, den Wiederaufbau des japanischen Staates zentral voranzutreiben (Foljanty-Jost 2009a: 8; MacDougall 2001: 37–38; Muramatsu und Iqbal 2001: 4–5). Durch zentrale Lenkung versprach man sich eine größere Wirksamkeit. Nach dem Ende der Besatzungszeit löste entsprechend eine zentralstaatlich ausgerichtete Phase die dezentralisierenden Tendenzen ab, während der das Hauptaugenmerk der Zentralregierung auf der Wirtschaftskonsolidierung lag. Akteurhandeln differenzierte sich höchstens insofern, als dass die Präfekturen als ausführende Agenten für die Zentralebene dienten.

Umweltskandale, die im Zuge der exzessiven wirtschaftlichen Nutzung auftraten, markierten den Startpunkt für eine Phase lokaler Initiativen in den späten 1960er und frühen 1970er Jahren. Neu zusammengeschlossene Bürgerbewegungen und Regierungswechsel bei den Lokalregierungen trugen dazu bei, dass diese Initiativen ein weites Echo bei der Bevölkerung und bei anderen Präfekturen fanden. Die Zentralebene spürte ebenfalls die Auswirkungen dieser starken Tendenz (Muramatsu und Iqbal 2001: 6–7, 12–16). Akteure in den Gebietskörperschaften konnten somit eine Situation schaffen, während der der dezentrale Blickwinkel deutlich an Beachtung gewann. Lokale Probleme riefen damit eine eigenständige Spezialisierung von Akteuren vor Ort hervor. Allerdings brachte das noch nicht eine formale Umschichtung von Kompetenzen mit sich, wie sie durch die Reformpakete in den 1990er Jahren auftreten sollte.

Ein Ende dieser Phase der „progressiven Lokalregierungen“ führte die Ölkrise 1973 herbei, deren Auswirkungen wieder stärker die nationale Konsolidierung in den Mittelpunkt rückten. Erneut schien die zentrale Leitung erforderlich, um Japan bei dieser nationalen Herausforderung zu stärken. Somit löste wiederum eine Ausrichtung auf die zentrale Ebene dezentrale Tendenzen ab. Während bei den vorangehenden Perspektivwechseln die Auslöser von anderen Akteuren, wie den alliierten Besatzern oder den lokalen Gebieten, ausgingen, zeigte die Zentralebene aber seit den 1980er Jahren selbst verstärkt Interesse, mehr Aufgaben und Kompetenzen an die subnationalen Ebenen abzugeben. Ein wichtiger Gesichtspunkt war die eigene finanzielle Konsolidierung (Muramatsu und Iqbal 2001: 6–7, 16–18). Damit begann auch die Entwicklung, die zu den Reformen der 1990er Jahre geführt hat (siehe Abb. 1).

Vor den Dezentralisierungsreformen der 1990er Jahre verfügte die Zentralebene trotz des in der Verfassung festgeschriebenen Grundsatzes der lokalen Selbstverwaltung über verschiedene Möglichkeiten, um die Präfekturen und Kommunen zu kontrollieren. Zur Durchsetzungskraft der

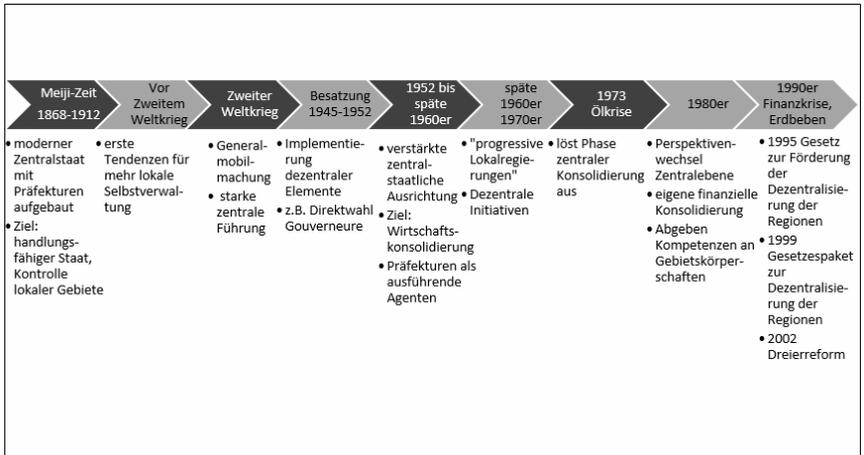


Abb. 1: Abwechselnde Phasen von starker zentraler Führung und dezentralen Tendenzen in Japan 1868–2002.

Quelle: Eigene Darstellung.

Zentralebene trugen Steuerungsinstrumente wie gesetzlich verankerte Maßnahmen, die finanzielle Budgetverteilung und administrative Kontrolle bei.

Als gesetzlich festgelegte Kontrollmöglichkeit ist vor allem die Agentenfunktion der Präfekturen gegenüber der Zentralebene zu nennen. Die Präfekturen hatten so genannte institutionelle Auftragsangelegenheiten (*kikan i'nin jimū*) als Agenten für den Zentralstaat durchzuführen. Dieses System verfügte über wirksame Kontrollinstrumente gegenüber der Lokalebene: wenn Gouverneure die Auftragsangelegenheiten nicht mittragen, konnten sie im Extremfall aus dem Amt entfernt werden. Die Präfekturparlamente wiederum waren nicht eingebunden. Diese Regelung der Agentenfunktion brachte mit sich, dass Präfekturadministrationen sich vor allem als Ausführende der Tokyoter Regierung verstanden (Hüstebeck 2009: 35–36; Kume 2001: 208–209).

Eine finanzielle Kontrolle der Präfekturen und Kommunen fand durch den hohen Anteil an zweckgebundenen Finanzmitteln aus den Töpfen der Zentralebene statt. Die Präfekturen erhielten nur ein Drittel der gesamten Steuereinnahmen direkt und nicht zweckgebunden – dieses Verhältnis wurde mit „Ein-Drittel-Autonomie“ (*san-wari-jichi*) bezeichnet (Foljanty-Jost 2006: 65–66). Gleichzeitig war bei den Präfekturen ein vergleichsweise hoher Ausgabenbedarf vorhanden (Kisa 2008: 119; Muramatsu und Iqbal 2001: 8; Foljanty-Jost 2006: 76).

Durch administrative Empfehlungen, Personalverflechtungen (*amakudari*)<sup>9</sup> und weitere administrative Vorgaben konnte zudem eine weitergehende personelle und inhaltliche Kontrolle über die Präfektorebene gewährleistet werden (Akizuki 2001: 67–68, 77; Kume 2001). Die Kontrollmöglichkeiten der Zentralebene über die Präfekturen vor den Reformen der 1990er Jahre waren also umfassend und weit reichend.

#### 4 DIE ZIELE DER DEZENTRALISIERUNGSREFORMEN DER 1990ER JAHRE

Nachdem die Ölkrise der 1970er Jahre zuletzt eine verstärkte Ausrichtung auf die Zentralebene hervorgerufen hatte, zeichnete sich seit den 1980er Jahren erneut eine dezentrale Tendenz ab, die schließlich zu den umfassenden Dezentralisierungsreformen der 1990er Jahre führte. Zwei Faktoren trugen dazu bei: einerseits machte die Finanzkrise nach dem Platzen der *bubble economy* eine Konsolidierung von Staats- und Lokalhaushalten notwendig. Andererseits äußerte sich Kritik an der zentralen politischen Steuerung, deren Nachteile beziehungsweise Defizite vor allem bei der Katastrophensituation nach dem Hanshin-Awaji-Erdbeben von 1995 offensichtlich wurden (Kisa 2008: 107; Foljanty-Jost 2009a, Foljanty-Jost 2006: 67; Pascha 2006: 271, 280).<sup>10</sup>

Mit einem „Paradigmenwechsel“ (Foljanty-Jost 2009a: 8) brachten die Dezentralisierungsreformen, die in den 1990er Jahren und zu Beginn des neuen Jahrtausends durchgeführt wurden, umfangreiche Neuerungen für das japanische Mehrebenensystem mit sich. Die Reformen bestanden aus mehreren Programmpaketen: Grundlage war das Gesetz zur Förderung der Dezentralisierung der Regionen (*Chihō bunken suishin-hō*) von 1995 (MIC 1995). Im Jahr 1999 erfolgte die Verabschiedung des insgesamt 475 Gesetze umfassenden Gesetzespaketes (*Chihō bunken no suishin o hakaru tame no kankei hōritsu no seibi nado ni kansuru hōritsu*; abgekürzt *Chihō bunken ikkatsu-hō* [Gesetzespaket zur Dezentralisierung der Regionen]), welches im Jahr 2000 in Kraft trat (Kisa 2008: 113; Foljanty-Jost 2006: 67–68). Dieses Reformpaket zielte vor allem auf die administrative Dezentralisierung ab. Mit der „Dreierreform“ von 2002 schloss sich eine finanzielle Reform an.<sup>11</sup>

---

<sup>9</sup> *Amakudari* [Herabsteigen vom Himmel] bedeutet, dass hohe Beamte aus der zentralen Bürokratie in diesem Fall auf Posten in den Präfekturen eingesetzt werden.

<sup>10</sup> Auch nach der Dreifachkatastrophe vom 11. März 2011 wird Kritik an der zentral gesteuerten Wiederaufbaupolitik laut (Hijino 2012).

<sup>11</sup> Ausführlicher zur Dreierreform Doi und Ihori (2009) beziehungsweise Mochida (2008, 2001).

Das übergreifende Ziel dieser Reformen ist eine verbesserte politische Steuerung durch mehr Verwaltungseffizienz, Bürgernähe und Einsparungen (Foljanty-Jost 2006: 76–77; Hüstebeck 2009: 38–41). Mittel dafür und zugleich ein weiteres Ziel ist, dass die Lokalregierungen formal nicht mehr vor allem als ausführende Agenten der Zentralebene gelten. Vielmehr sind die Ebenen von Zentralstaat, Präfekturen und Kommunen nunmehr gleichberechtigt (Matsushita 2002: 6, zitiert nach Foljanty-Jost 2002: 69). Diese Ziele sollen vor allem durch drei Maßnahmenbereiche (Hüstebeck 2009: 54) erreicht werden:

- die Aufhebung gesetzlich festgelegter Kontrollinstrumente,
- mehr Bürgerpartizipation,
- eine fiskalische Umverteilung.

Der formale Kompetenzzugewinn der Gebietskörperschaften bei der Entscheidung und Durchführung von *policies* spiegelt sich vor allem in der Abschaffung der institutionellen Auftragsangelegenheiten wider. Die Aufgaben, die Präfekturen als Agenten für die Zentralebene durchzuführen haben, wurden deutlich eingeschränkt: nur noch Gesetze können Aufgaben an die Lokalregierungen übertragen, und auch dies nur durch gesetzlich delegierte Aufgaben (*hōtei jutaku jimu*), die die subnationalen Ebenen in eigener Regie durchführen. Dabei dürfen sie jedoch nicht gegen Gesetze verstoßen. Wenngleich also nationale Leitlinien bei solchen delegierten Aufgaben weiter vorhanden sind und einen bestimmten Rahmen setzen, haben die Präfekturen und Kommunen formal einen Handlungsspielraum, um eigene Besonderheiten einzubringen (Derichs und Lukner 2008: 242; Hüstebeck 2009: 39–40; Pascha 2006: 280; Kume 2001: 206; Foljanty-Jost 2006: 68; Muramatsu, Iqbal und Kume 2001a: 245). Nishio (2007) erkennt Auswirkungen dieses Spielraums darin, dass lokale Gebietskörperschaften mehr eigene lokalen Verordnungen (*jōrei*) verabschieden, und darin, dass mehr Handlungsspielraum bei der Interpretation von Gesetzen vorhanden ist (2007: 67–68).

Während vormals eine inhaltliche und bis zu einem gewissen Grad auch personelle Verflechtung der Präfekturen bzw. Kommunen mit der Zentralebene bestand, ist eine wichtige Neuerung der Reformen, dass die Bürger stärker in den politischen Prozess einbezogen werden sollen. Durch das Konzept einer Zusammenarbeit von Administration und Bürgern (*kyōdō*) sollen verschiedene Instrumente zum Einsatz kommen, die Mitsprachemöglichkeiten der Bürger fördern (Foljanty-Jost 2009b: 1, 5, Foljanty-Jost 2006: 77).

Die fiskalische Reform von 2002 wiederum hatte zum Ziel, die finanzielle Situation der Präfekturen zu stärken, indem zweckgebundene Budgetzuweisungen eingeschränkt, der Finanzausgleich unter den Präfektu-

ren vereinfacht und mehr lokale Steuereinnahmen anvisiert wurden (Pascha 2006: 280–281).

Eine Differenzierung von Strukturen kann somit auf verschiedenen Ebenen stattfinden: zum einen verschieben sich durch die Aufhebung von zentralen Kontrollinstrumenten und durch die Neudefinition der lokalen Kompetenzen Aufgaben und Zuständigkeiten von der Zentralebene auf die Ebene der Präfekturen und Kommunen. Zum anderen bringt dieser Kompetenzzugewinn, aber auch der Anspruch an eine verstärkte Bürgerpartizipation mit sich, dass auch innerhalb der Präfekturen und Kommunen eine neue Arbeitsteilung zwischen verschiedenen Akteuren stattfindet, die zuvor nicht in diesem Ausmaß in den politischen Prozess einbezogen wurden. Die fiskalischen Neuerungen schließlich sind Voraussetzung dafür, dass die Gebietskörperschaften die an sie herangetragenen neuen Aufgaben bewältigen können.

Der folgende Abschnitt setzt sich mit diesen Faktoren der Kompetenzübertragung an die Lokalregierungen, der stärkeren Einbeziehung der Bürger in lokale politische Prozesse sowie der anvisierten Stärkung der lokalen Finanzsituation, die zur Strukturdifferenzierung beitragen können, anhand des Fallbeispiels der Implementierung des *Basic Law for a Gender-equal Society* (1999) in den Präfekturen Nagasaki und Shiga kritisch auseinander und hinterfragt das Potential bzw. die Reichweite der Reformen. Inwiefern bringt diese mehrfache Umverteilung von Aufgaben tatsächlich eine Differenzierung mit sich?

## 5 UMSETZUNG DER REFORMEN: DAS FALLBEISPIEL DER IMPLEMENTIERUNG VON *GENDER EQUALITY* IN DEN PRÄFEKTUREN NAGASAKI UND SHIGA

Ein Beispiel für eine *policy*, deren Durchführung von der Zentralebene auf die Präfektorebene delegiert wird (*hōtaku jutei jimū*), ist das *Basic Law for a Gender-equal Society* (1999) (im Folgenden *Basic Law*). Dieses Gesetz fordert die umfassende Umsetzung von Geschlechtergleichstellung in Japan und überträgt sowohl der Nationalebene als auch den Präfekturen und Kommunen die Verantwortung für die Implementierung seiner Inhalte. Die Präfekturen sollen dabei bei der Umsetzung zwar nach nationalen Leitlinien handeln, aber zugleich auch eigene Besonderheiten mit einbringen (Artikel 9) und einen eigenen Rahmenplan erstellen (Artikel 14) (Gender Equality Bureau, Cabinet Office 1999).

Dieser Abschnitt nimmt die Implementierung des *Basic Law* auf der Präfektorebene als Fallbeispiel dafür in den Blick, wie sich die Umsetzung einer von zentraler Ebene delegierten Aufgabe auf dezentraler Ebene nach den Dezentralisierungsreformen gestalten kann. Empirische Bei-

spiele veranschaulichen die als zentral hervorgehobenen Maßnahmenbereiche der Dezentralisierungsreformen. Die Daten dafür hat die Autorin in den Jahren 2007 und 2008 in den Präfekturen Nagasaki und Shiga erhoben. Zentrales Erhebungsinstrument waren qualitative Experteninterviews. Das Fallbeispiel berücksichtigt die Differenzierung sowohl zwischen Zentralebene und Präfektorebene als auch innerhalb einer Präfektur selbst.

### *5.1 Mehr Kompetenzen für die Präfekturen*

Die japanbezogene Dezentralisierungsforschung hat kritisch hervorgehoben, dass trotz der formalen Aufwertung der Präfekturen und Kommunen die Zentralebene in Japan auch nach den Reformen der 1990er Jahre nach wie vor Möglichkeiten hat, die substaatlichen Ebenen zu kontrollieren und anzuweisen (Hüstebeck 2009: 42, 53). Nishio (2007: 68), Hüstebeck (2009: 42–43, 53) und Kisa (2008: 118) weisen darüber hinaus auch darauf hin, dass die lokalen Regierungen und Administrationen sich bislang nur unzureichend auf die neuerworbenen Kompetenzen hin ausgerichtet haben.

Die Umsetzung des *Basic Law* in den Präfekturen muss sich an nationale Leitlinien halten. Diese Leitlinien finden sich vor allem im Gesetz selbst und im nationalen Rahmenplan, der die Themen und Ziele für einen Geltungszeitraum von fünf Jahren aufzeigt und regelmäßig aktualisiert wird. So gibt das Gesetz etwa fünf Grundprinzipien für die Verwirklichung von Geschlechtergleichstellung in der Gesellschaft vor, und der Rahmenplan führt umfassende Maßnahmenbereiche auf, die sich auf der Präfektorebene widerspiegeln (Gender Equality Bureau, Cabinet Office 1999; Gender Equality Bureau, Cabinet Office 2005). Das überarbeitete Gesetz zur Selbstverwaltung sieht vor, dass die Zentralebene auf diese Weise sicherstellen kann, dass durch solche Vorgaben ein bestimmter Standard, der im nationalen Interesse ist, eingehalten wird. Darüber hinaus handelt jede einzelne Präfektur jedoch autonom (MIC 1999). Sowohl das *Basic Law* als auch der dazugehörige Rahmenplan zeichnen sich allerdings durch eine weitgehend offene Formulierung aus, so dass sie für die lokalen Gebiete einen Interpretationsspielraum bei der genauen Gestaltung und Ausführung von Maßnahmen zulassen.

Die Präfekturen richten sich entsprechend bei der Ausarbeitung eigener Verordnungen und Rahmenpläne nach den nationalen Vorbildern. Wenn gewünscht, kann die Zentralebene bei diesen Arbeitsschritten Beratung anbieten (Gender Equality Bureau, Cabinet Office 2005: 133). Die Entscheidung über den Inhalt liegt jedoch formal allein bei der betreffen-

den Präfektur selbst. So erläutert ein Angestellter der Abteilung für *gender equality* in der Präfekturverwaltung Shiga:

Man erfragt nicht im Besonderen die Meinung [der Behörde der Zentralebene]. Ich glaube, es stellt sich so dar, dass wenn es notwendig ist, wenn es etwas gibt, das man nicht versteht oder so etwas, dann fragt man [dort] nach. Ich denke nicht, dass man [in der Zentralbehörde] überprüft, ob der ausgearbeitete Rahmenplan und die Verordnung so in Ordnung sind. [...] Es ist nicht notwendig, das Einverständnis vom Staat zu bekommen. (Präfektur Shiga, Interview Nr. 1, Verwaltungsangestellter, 26.05.2008)

Die Untersuchung der Fallbeispiele Nagasaki und Shiga hat ergeben, dass sich die präfektoreigenen Programme zwar an die nationalen Leitlinien anlehnen, aber dass darüber hinaus keine direkte Kontrolle oder Anweisung durch die Zentralebene spürbar ist. Dies gilt auch für den weiteren Implementierungsprozess. Über die Programmausarbeitung hinaus hat die Zentralebene formal vor allem folgende Verbindungspunkte zu den Präfekturen festgelegt: die Präfekturen informieren die Zentralebene über die Fortschritte bei der Umsetzung der *policy* im eigenen Gebiet. Diese Informationen werden zentral zusammengestellt und veröffentlicht. Außerdem kooperieren die Präfekturen mit der Zentralebene bei der Durchführung landesweiter Veranstaltungen. Umgekehrt bietet die Zentralebene vor allem Beratung an (Gender Equality Bureau 2007b: 31).

Die Verordnungen und Rahmenpläne der Präfekturen sind zu einem großen Teil ebenfalls offen formuliert. Für Nagasaki und Shiga lässt sich erkennen, dass sowohl die Verordnungen als auch die Rahmenpläne in den darin aufgeführten Zielen, Maßnahmenbereichen, Steuerungsinstrumenten und zuständigen Akteuren gleich aufgebaut sind und sich überwiegend durch ähnliche inhaltliche Formulierungen auszeichnen. Bei dem Vergleich der Fallbeispiele Nagasaki und Shiga sind darüber hinaus aber in der Tat auch Unterschiede durch präfektoreigene Initiativen feststellbar. Beispielsweise führt die Präfektur Shiga in ihrer Verordnung über die Implementierung von *gender equality* neben den im nationalen *Basic Law* sowie in der Präfektur Nagasaki niedergelegten fünf Grundprinzipien ein weiteres Grundprinzip zur reproduktiven Gesundheit auf (Shiga Prefecture 2001). Bei anderen Fallbeispielen finden sich sogar deutliche Hinweise darauf, wie dehnbar die Interpretation der nationalen Gleichstellungsvorgaben augenscheinlich bei der lokalen Implementierung ist: Tsujimura (2005) erwähnt die Stadt Ubu, die den Stellenwert der Familie (im Gegensatz zu der individuellen Selbstverwirklichung, wie im *Basic Law* vorgesehen) in ihrer Verordnung hervorhebt und damit konservativen Werten nachfolgt.

Diese Beobachtungen machen deutlich: Kontrolle und Anweisungen durch die Zentralebene sind bei dem ausgewählten Fallbeispiel so nicht erkennbar. Vielmehr lassen sich auch eigene Initiativen in den Implementierungsprogrammen von Präfekturen erkennen: das ist ein Hinweis darauf, dass die Präfekturen ihre Rolle als selbständige Gebietseinheit wahrnehmen. Das Ausmaß dieser in die formalen Programme eingebrachten Selbstverwaltungsinitiativen ist in Nagasaki und Shiga jedoch sehr gering. Vielmehr überwiegen die weit reichenden Übereinstimmungen von Aufbau und Inhalt der Verordnungen und Rahmenpläne. Die Ursache dafür kann die Notwendigkeit sein, sich formal an die nationalen Leitlinien zu halten. Dass eine Kommune wie Ubu aber konservative Werte in seine Verordnung einbringt, zeigt, dass die nationalen Leitlinien augenscheinlich sehr viel Interpretationsspielraum bieten. Die überaus große Konformität bei den weit auseinanderliegenden Präfekturen Nagasaki und Shiga beruht darüber hinaus deshalb wohl darauf, dass diese Gebietskörperschaften zunächst vor allem daran interessiert sind, den von der Zentralebene vorgegebenen Mindeststandard aufrecht zu erhalten. Eine mögliche Begründung ist, dass es den verantwortlichen Akteuren an Interesse, Energie oder einem Anlass mangelt, zu einem großen Ausmaß Eigeninitiativen in die eigenen Implementierungsprogramme einzubringen. Ein weiterer Grund kann sein, dass es an finanziellen und personellen Ressourcen fehlt, um über den zentral vorgegebenen Mindeststandard hinauszugehen. Außerdem ist auch zu bedenken, dass die formalen Implementierungsprogramme nach einem bestimmten Formulierungsschema aufgebaut sind, zu dem eine offene Formulierungsweise gehört. Das schließt nicht die Option aus, dass im weiteren Verlauf der Umsetzung von Maßnahmen lokale Eigeninitiativen mit eingebracht werden, die in den regionalen und kommunalen Implementierungsprogrammen nicht so deutlich hervorgehoben werden. Nicht zuletzt haben im Fall dieser *policy* die nationalen Vorgaben eine Spannweite, die nahezu alle Bereiche der Gesellschaft umfasst. Eigene Akzente können deshalb nur schwer durch eine Erweiterung auf darüber hinausgehende Bereiche gesetzt werden; vielmehr ist eine Intensivierung der Maßnahmen in den bestehenden Bereichen eine Option. Diese wird aber unter Umständen nicht deutlich in den offen formulierten lokalen Verordnungen und Rahmenplänen erwähnt.

Eine verstärkte Selbstverwaltung durch die neu ausgerichtete Arbeitsteilung zwischen Zentralebene und Lokalebene ist bei dem Fallbeispiel also spürbar, bleibt aber verhalten. Die Kontrolle durch die Zentralebene erscheint deutlich eingeschränkt. Allerdings sind die lokalen Implementierungsprogramme überwiegend auf die Zentralebene ausgerichtet.

## 5.2 Mehr Partizipation der Bürger

Auch der *outcome* des zweiten wichtigen Maßnahmenbereiches der Dezentralisierungsreformen, der Bürgerpartizipation am politischen Prozess stärken soll, wird in der Forschung kritisch in den Blick genommen: trotz verschiedener Kooperationsformen zwischen Bürger und Verwaltung ist, so argumentiert Foljanty-Jost (2006: 79), die Rolle der Verwaltung bei dieser Zusammenarbeit stark und bestimmt das Verhältnis zum Bürger. Tsukamoto und Nishimura (2008) heben hervor, dass die Zusammenarbeit von Bürgern und Verwaltung häufig eher als *co-management* zu charakterisieren ist, bei dem die Bürger als Agenten für die Administration tätig sind, und weniger als *co-governance* mit einer ausgewogenen Verteilung von Entscheidungskompetenzen. Haufe und Foljanty-Jost (2011: 114) urteilen bei ihrer Analyse von Bürgerpartizipation in den japanischen Kommunen ebenfalls, dass Bürgerselbstverwaltung hier noch lange nicht realisiert ist, unterstreichen aber auch, dass Bürger durch die bisherigen Beteiligungsformen „demokratische Kompetenzen“ gewinnen. Im Folgenden geben Beispiele aus den empirischen Daten zum Fallbeispiel einen Einblick, wie Bürger am politischen Prozess konkret teilhaben können.

Die formalen Implementierungsprogramme zum *Basic Law* in Nagasaki und Shiga heben die Rolle der Bürger und die Zusammenarbeit mit ihnen hervor. Jeder einzelne Bürger ist Adressat der *policy*-Programme. Die Verantwortung jedes Einzelnen für eine gelungene Umsetzung von Gleichstellung in der Gesellschaft wird unterstrichen. Die Verordnungen (Nagasaki Prefecture 2007b; Shiga Prefecture 2001) und Rahmenpläne nennen Non-Profit-Organisationen (NPO) und andere Bürgerorganisationen direkt und sichern Unterstützung zu:

Durch ihre Kooperation und die Verwirklichung von Projekten der Zusammenarbeit, die auf die Lösung von Gemeindeaufgaben und eine Verbesserung des Serviceangebots für die Bürger abzielen, verursachen NPO und die Präfektur einen gesellschaftlichen Trend, der sich damit auseinandersetzt, eine bessere Gemeinde nach den Blickwinkeln sowohl von Männern als auch Frauen zu schaffen. (Nagasaki Prefecture 2007b: 31)

Die Kooperation (*kyōdō*) wird als Ziel bzw. Maßnahme direkt genannt (Nagasaki Prefecture 2007 b: 7).

Wie verwirklichen die Präfekturen jedoch diesen Anspruch an Kooperation? In Nagasaki wie in Shiga werden engagierte Bürger auf verschiedene Weise in Implementierungsaufgaben eingebunden, d.h., es ist möglich, dass Bürger an der Politikdurchführung partizipieren. Beispielsweise

können sie, nachdem sie von der Präfektur veranstaltete Schulungen absolviert haben, anstelle von Präfekturangestellten Workshops (*demae kōza*) zu Geschlechtergleichstellung in den Kommunen, Unternehmen und anderen Organisationen leiten und durchführen. Außerdem bindet die Präfektur Bürger als ehrenamtliche Helfer bei Veranstaltungen ein, etwa indem sie bei der Organisation von Events Mitglieder der Exekutivkomitees werden (Präfektur Shiga, Interview Nr. 16, Aktivistin, 25.11.2008). In Nagasaki beauftragt die Präfektur Bürger als intermediäre Akteure zwischen Präfektur und Kommune, die als Ehrenamtliche den Fortschritt von *gender equality* in den Kommunen vorantreiben sollen.<sup>12</sup>

Bei all diesen Aufgaben werden die Bürger ehrenamtlich für Tätigkeiten zur Förderung des Implementierungsprozesses der betreffenden *policy* verpflichtet. Gleichzeitig kann die Präfektur bei diesen genannten Aufgaben die Durchführung und die durchführenden Akteure kontrollieren, indem sie diese ausbilden, kontinuierlich mit Informationen versorgen, und sich Bericht erstatten lassen. Sowohl für Nagasaki als auch für Shiga sind solche Formen der Zusammenarbeit zwischen Präfektur und Bürgern feststellbar. Ob es sich aber hierbei um Kooperationen auf Augenhöhe im Sinne von *co-governance* oder vielmehr um *top-down* Anweisungen der Verwaltung, die die Bürger als Agenten ausführen – im Verständnis von *co-management* (Tsukamoto und Nishimura 2008) – handelt, wird deutlicher, wenn die Einflusskraft der Bürger auf politische Planungen und Entscheidungen in den Blick genommen wird.

Als konkrete Maßnahmen, die die Bürgerpartizipation bei der Planungs- und Entscheidungsphase fördern sollen, sind bei dem ausgewählten Fallbeispiel die öffentliche Ausschreibung von Sitzen in Kontroll- und Beratungsgremien (*shingikai*), die vom Gouverneur einberufen werden und von der Verwaltung bei der Politikdurchführung gehört werden müssen, sowie öffentliche Anhörungen bzw. die Möglichkeit, Meinungen und Kritik vor einer Beschlussfassung zu äußern (*paburikku komento, public comments*) relevant.

Neben *shingikai* und *public comments* hat sich jedoch – abgesehen von der Abgabe der Wahlstimme – bei diesem Beispiel auf Präfektorebene keine andere institutionalisierte Form der Beteiligung an der Planungs- und Entscheidungsphase, wie etwa Referenden, Bürgerkonferenzen oder deliberative Bürgerforen, die Haufe und Foljanty-Jost für die kommunale Ebene aufzeigen (2011: 101–107), als relevant erwiesen.

Wenn sich engagierte Bürger darüber hinaus aktiv bemühen, an der Ausarbeitung von Maßnahmen und an Entscheidungsprozessen teilzu-

---

<sup>12</sup> Es handelt sich um so genannte *danjo kyōdō sankaku suishin'in* [Förderer für die gemeinsame Partizipation von Männern und Frauen], vgl. Holdgrün (2011).

haben, stößt das auf Präfekturseite nicht unbedingt auf ein Echo, so meint eine Aktivistin in Nagasaki:

Wenn eine Gruppe von hier [die Zuständigen bei der Präfekturverwaltung] fragt [...]: „wie wäre es, wenn man so etwas macht?“, [...] [sagen sie] „tja, so etwas können wir nicht machen“. (Nagasaki, Interview Nr. 18, Aktivistin, 01.08.2008)

Die Präfektur begründet solche abschlägigen Antworten auf die Eingaben der Bürger, so die Aktivistin, mit der mangelnden finanziellen Ausstattung (Nagasaki, Interview Nr. 18, Aktivistin, 01.08.2008). Sie zieht daraus kritische Rückschlüsse für die Partizipation der Bürger an Entscheidungsprozessen:

Wenn man [seine Stimme] erheben will, dann kann man sie zwar erheben. Aber es gibt auch den Punkt, bis wohin die [in der Verwaltung] drüben das wohl annehmen. Bitte verstehen Sie das jetzt als meine persönliche Meinung, aber ich habe die Ansicht, dass es gleich ist, ob man was sagt oder nicht. [...] Aus dem Lauf der Dinge bis jetzt habe ich das Gefühl, es ist gleich, ob man etwas sagt oder nicht. Aber wenn mir etwas wichtig ist, dann [sage ich] tatsächlich so „Leute, lasst uns gemeinsam eine Petition machen [...]“. Darauf erfolgt dann zwar ein Antwortschreiben, aber eine Antwort, die eine Entwicklung bringt, gibt es kaum. (Nagasaki, Interview Nr. 18, Aktivistin, 01.08.2008)

Die möglichen Kanäle, um verstärkt an Entscheidungsprozessen zu partizipieren, bleiben also – soweit es bei diesem Fallbeispiel beobachtbar ist – auf die Teilnahme an *shingikai* und auf das Einbringen von *public comments* beschränkt. Wie weit die Eingaben einer *shingikai* und die durch die Präfektur zusammengefassten und veröffentlichten *public comments* zu einer *policy* tatsächlich die Entscheidungsprozesse im Präfekturapparat beeinflussen, bleibt jedoch ebenfalls fraglich. Ein Kriterium hierbei ist, dass die Präfektur die Bewerbungen auf die öffentlichen Ausschreibungen für die *shingikai* sichtet und daraus Kandidaten auswählt:

[...] die Präfektur hat zwar Beratungsgremien – aber was die Zusammensetzung der Mitglieder angeht – man versammelt keine Leute, die der Präfektur Shiga nicht passen. [...] Man versammelt solche Leute, mit denen man die Ansicht der Präfektur Shiga geschickt vorantreiben kann. [...] Sie richten keinen Ausschuss ein, indem sie beide Seiten, Leute, die denken, das ist OK, und Leute, die sagen „das ist ein Problem“, „ich stimme nicht zu“, zusammenführen, sondern sie versammeln Leute, die sagen: „Das ist im Großen und Ganzen in

Ordnung“. [...] Größtenteils werden Leute versammelt, die der Meinung der Präfektur nahe stehen. (Shiga, Interview Nr. 6, Präfekturabgeordnete, 27.11.2008)

Die Präfektur hat also hohe Kontrollmöglichkeiten über die Zusammensetzung der Gremien, die wiederum die Arbeit der Präfektur kontrollieren sollen. Dies betrifft auch die öffentlich ausgeschriebenen Sitze, die zwar über die bisher aufgestellten akademischen und praktischen Experten hinaus Zugang für andere Bürger schaffen: dieser Zugang wird gleichwohl von der Präfektur gelenkt.

Eine andere Frage ist, wie bekannt bei der Bevölkerung die Möglichkeit zur Kommentierung der Präfekturvorhaben ist. So berichtet eine Präfekturabgeordnete, dass die Kommentare zum neuen Rahmenplan ursprünglich nur über ein Internetportal abgegeben werden sollten:

Aber weil die Leute, die das im Internet machen, ziemlich wenig sind, haben wir darum gebeten, dass [...] das nicht nur im Internet [stattfindet], sondern dass der Verantwortliche ordentlich rund um die Präfektur Shiga zu verschiedenen Plätzen fährt und so etwas erklärt wie „Wir haben einen Plan aufgestellt. [...] Ist er so in Ordnung?“ und die Meinungen einholt. (Shiga, Interview Nr. 6, Präfekturabgeordnete, 27.11.2008)

Auch diese Maßnahme hat also unter Umständen nur eine eingeschränkte Wirksamkeit.<sup>13</sup>

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass eine Teilhabe der Bürger an der Gestaltung des politischen Prozesses trotz der Ansprüche an mehr Bürgerpartizipation begrenzt bleibt: abgesehen von öffentlichen Ausschreibungen für Sitze in *shingikai* und *public comments* – Instrumente, die leicht durch die Präfektur gelenkt werden können –, sind die Partizipationsmöglichkeiten als Partner der Verwaltung bei der Planung und Entscheidung über *policies* beschränkt. Bürger werden also zwar verstärkt einbezogen, allerdings im Sinn von *co-management* vornehmlich als ausführende Agenten für die Präfekturregierungen bei der Implementierungsphase.

Damit findet auch eine Arbeitsteilung zwischen Präfekturverwaltung und Bürgern statt. Im Zuge dieser Differenzierung erwerben Bürger besondere Kenntnisse und zusätzliche Kompetenzen, um die übertragenen Aufgaben erfüllen zu können.<sup>14</sup> Allerdings reicht die Differenzierung

---

<sup>13</sup> Zu Kritik an den Instrumenten *public comments* und *shingikai* vergleiche auch Haufe und Foljanty-Jost (2011: 102–104).

<sup>14</sup> Haufe und Foljanty-Jost (2011: 114) heben dies als positive Aspekte der bisherigen Form der Einbeziehung der Bürger hervor und nennen beispielsweise den Gewinn von „politische[n] Fertigkeiten“ und „Sozialkapital“.

nicht so weit, dass die Bürger als gleichberechtigte Partner im politischen Prozess zu bezeichnen wären.

### 5.3 Mehr Finanzen für die Gebietskörperschaften

Der dritte große Maßnahmenbereich der Dezentralisierungsreformen, der durch die „Dreierreformen“ im Jahr 2002 angegangen wurde, bezieht sich auf die Umlagerung und Vereinfachung von Finanzaufteilungen an die lokalen Gebietskörperschaften. Der *outcome* dieser Finanzreformen wird jedoch ebenfalls als bislang ungenügend angesehen (Pascha 2006: 281; Schulz 2009: 95).

Das Beispiel der Implementierung von Geschlechtergleichstellung in den ausgewählten Präfekturen zeigt, dass die Präfekturen nach wie vor einer hohen Mittelknappheit ausgesetzt sind. Die in den Präfekturen vorhandenen finanziellen Ressourcen für die Umsetzung des *Basic Law* sind grundsätzlich niedrig. Hierbei sind unter den Präfekturen allerdings große Unterschiede feststellbar. Der Etat in der Präfektur Shiga betrug etwa im Jahr 2007 103.838.000 Yen, das Budget der Präfektur Nagasaki lag jedoch nur bei 26.706.000 Yen (Gender Equality Bureau, Cabinet Office 2007a: 46).

Die kritische finanzielle Lage der Präfekturen spiegelt sich im Implementierungsprozess deutlich wider: die Handlungsbeschränkungen der Vollzugsträger treten klar zutage. Vorschläge für eigene Initiativen werden mit Verweis auf die kritische finanzielle Lage von der Präfekturadministration abschlägig beschieden (Nagasaki, Interview Nr. 18, Aktivistin, 01.08.2008). Bei den ausgewählten Fallbeispielen sind die Abteilungen für *gender equality* mit sehr wenig Personal besetzt. Durch den Anspruch der Dezentralisierungsreformen, Bürger mehr partizipieren zu lassen, entsteht jedoch auch eine Möglichkeit, den lokalen Haushalt durch Auslagerung von Aufgaben an die ehrenamtlichen Helfer finanziell und personell zu entlasten, so merkt auch ein Mitglied einer *shingikai* in der Präfektur Shiga an:

Umgekehrt ist [die Verwaltung] dabei, weil das Budget jetzt so gering ist, [Ehrenamtliche] einzubinden. Vielleicht will die Präfektur etwas machen, aber weil kein Geld da ist, lassen sie Gruppen von Ehrenamtlichen und NPO und so etwas aktiv sein. [...] Ich bin dagegen. Sie sollen ordentlich ein Budget dafür aufstellen und ordentlich die Aktivitäten unterstützen. (Shiga, Interview Nr. 10, *shingikai*-Mitglied, 27.08.2008)

Weniger als eine Stärkung der lokalen Haushalte scheint die Dreierreform somit eher gefördert zu haben, dass die Zentralebene ihren Haushalt kon-

solidieren konnte. Dadurch, dass weniger zweckgebundene Zuweisungen durch die Regierung in Tokyo an die Gebietskörperschaften erfolgen, aber gleichzeitig das Steueraufkommen nach wie vor vor allem an die zentrale Ebene fließt, hat sich die Belastung der lokalen Budgets eher noch erhöht. Gleichzeitig bleiben die Ausgaben auf der lokalen Ebene hoch (Hijino 2012; Hüstebeck 2009: 45–48; Derichs und Lukner 2008: 242). Als Mittel zur Entlastung der finanziellen Lage der Gebietskörperschaften reicht die Dreierreform deshalb noch nicht aus (Schulz 2009: 95).

Das Ziel der Dreierreform war, die finanzielle Lage der Präfekturen und Kommunen aufzuwerten und so eine solide Grundlage zur Wahrnehmung der erweiterten Kompetenzen zu schaffen. Die Dreierreform sollte durch Umverteilung von Finanzen letztlich zu der Aufgabenschichtung und der damit einhergehenden Differenzierung zwischen Zentralebene und lokalen Einheiten beitragen. Dieses Ziel bleibt jedoch noch unerreicht. Die Wirkung der Dezentralisierungsreformen ist deshalb eingeschränkt. Dadurch lassen sich auch das überschaubare Ausmaß an Eigeninitiativen der untersuchten Präfekturen Nagasaki und Shiga erklären: ein wichtiges Kriterium, das gegen Initiativen über den durch nationale Leitlinien vorgegebenen Mindeststandard hinaus spricht, sind mangelnde Ressourcen.

## 6 FAZIT

Dezentralisierung ist keineswegs ein kontinuierliches Phänomen in japanischen Modernisierungsprozessen. Während der Meiji-Zeit selbst war es zunächst wesentlich für die Regierung, eine effiziente politische Steuerung zu erzielen, indem sich die neu eingerichteten Präfekturen möglichst einheitlich auf die Vorgaben aus Tokyo hin ausrichteten. Seither haben sich jedoch Phasen der starken Konzentration auf die Zentralebene immer wieder mit Phasen abgelöst, in denen eine dezentrale Perspektive und Initiativkraft deutlich an Bedeutung gewinnen konnte. Die Auslöser waren dabei unterschiedlich. Die Dezentralisierungsreformen der 1990er Jahre haben zuletzt eine solche Phase eingeläutet. Der Zuwachs an Entscheidungsmacht für die subnationalen Ebenen der Präfekturen wie auch der Kommunen hat vor allem eine strukturelle Komponente: Nachdem die beginnende Modernisierung während der Meiji-Zeit die zentrale Ausrichtung erforderte, scheint eine dezentrale Aufgabenverteilung heutigen Anforderungen mehr gerecht zu werden. Differenzierung soll den Bedürfnissen der einzelnen Gebietskörperschaften besser entsprechen und gleichzeitig zu mehr Effizienz beitragen und den Zentralstaat entlasten. Bei der Frage nach der Organisation des Staates und der darin bestehen-

den Gebietskörperschaften scheinen sich also in der strukturellen Perspektive Differenzierung und Vereinheitlichung je nach Bedarf abzulösen. Modernisierung steht also, wie das Fallbeispiel Japan anschaulich zeigt, nicht eindeutig für Zentralisierung, die bei der Bildung des modernen Nationalstaates im 19. Jahrhundert und während verschiedener kritischer Phasen im Verlauf des 20. Jahrhunderts als unerlässlich schien. Vielmehr veranschaulicht das Wechselverhältnis zentraler und dezentraler Tendenzen in Japan Flexibilität. Zuletzt haben dezentrale Elemente – mit den Reformen der 1990er Jahre und von 2002 auf eine neue legale Stufe gestellt – formal deutlich an Gewicht gewonnen. Es stellt sich jedoch auch die Frage, ob die japanische Regierung damit auf globale Trends einer abnehmenden Bedeutung von nationalen Identitäten und einer zunehmenden Ausrichtung auf Regionalisierung und „Nachbarschafts-Identitäten“ (neben globalen Identitäten) (Hall 1999: 87–90; Beck 2007: 93, 120, 190; Vogt 2003: 12) im Zuge der Globalisierung antwortet, oder ob der Aspekt pragmatischer Finanzkonsolidierung im Sinne des Zentralstaates überwiegt.

Durch die jüngsten Dezentralisierungsreformen ist *multilevel governance* in Japan formal differenzierter geworden, indem die Reformpakete die Arbeitsteilung zwischen Zentral- und Lokalebene verstärken. Der bisherige *outcome* der Reformen zeigt jedoch gleichzeitig die Grenzen der damit erreichten Dezentralisierung und Differenzierung auf. Das Fallbeispiel von Implementierungsprozessen in den Präfekturen Nagasaki und Shiga hat deutlich gemacht, dass Eigeninitiativen und Entscheidungen bei der Implementierung von *policies* auf Präfektorebene möglich sind. Dass die Zentralebene nach wie vor hohe Kontrolle über die Arbeitsweise der Gebietskörperschaften ausübt, konnte durch die Fallstudie nicht bestätigt werden. Nationale Leitlinien zeigen zwar den einzuhaltenden Mindeststandard auf, bieten jedoch gleichzeitig Interpretationsfläche. Ein Grund dafür, dass sich die Präfekturprogramme in den ausgewählten Fallbeispielen dennoch zum überwiegenden Teil konform gestalten, kann sein, dass vor allem die finanzielle Umverlagerung als Voraussetzung für eine gelungene Arbeitsteilung zwischen Nationalebene und Lokaleinheiten bislang unzureichend ist.

Grenzen der Differenzierung lassen sich ebenfalls bei der Arbeitsteilung innerhalb der Gebietskörperschaften selbst erkennen: Ein Ziel der Reformen ist, die Partizipation der Bürger zu verstärken. Die Fallstudie verdeutlicht, dass die Beteiligung der Bürger formal hervorgehoben wird, ein Einfluss der Bürger auf Entscheidungsprozesse jedoch nur begrenzt stattfindet und der Fokus vielmehr darauf liegt, Bürger als Agenten für die Politikdurchführung der Lokalregierungen zu nutzen.

Die Ziele, die durch die Dezentralisierungsreformen formal angestrebt worden sind, konnten deshalb bislang nur teilweise realisiert werden. Die

differenzierte Arbeitsteilung zwischen Zentralebene und Präfekturen (und Kommunen) einerseits und Präfekturen und Bürgern andererseits bleibt begrenzt. Die Reformen haben vielmehr dem Zweck einer Finanzkonsolidierung gedient: erstens, durch eine Entlastung des zentralen Haushalts und zweitens, indem Bürger auf lokaler Ebene verstärkt als implementierende Agenten herangezogen werden. Regionale und lokale Bedürfnisse beziehungsweise „Nachbarschafts-Identitäten“ (Hall 1999: 90; Vogt 2003: 12) stehen erst an zweiter Stelle.

#### LITERATURVERZEICHNIS

- Akizuki, Kengo (2001): Partnership in Controlled Decentralization: Local Governments and the Ministry of Home Affairs. In: Muramatsu, Michio, Farrukh Iqbal und Ikuo Kume (Hg.): *Local Government Development in Post-war Japan*. Oxford und New York, NY: Oxford University Press, S. 63–84.
- Beck, Ulrich (2007): *Was ist Globalisierung?* Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Benz, Arthur (2009): *Politik in Mehrebenensystemen*. Vol. 5: Governance. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Derichs, Claudia und Kerstin Lukner (2008): Japan: Politisches System und politischer Wandel. In: Heberer, Thomas und Claudia Derichs (Hg.) (2008): *Einführung in die politischen Systeme Ostasiens. VR China, Hongkong, Japan, Nordkorea, Südkorea, Taiwan*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 197–283 (2. Aufl.).
- Doi, Takero und Toshihiro Ihori (2009): *The Public Sector in Japan. Past Developments and Future Prospects*. Cheltenham, Northampton: Edward Elgar.
- Foljanty-Jost, Gesine (2009a): Einleitung: Kommunalen Reformdruck aus vergleichender Perspektive. In: Foljanty-Jost, Gesine (Hg.): *Kommunalreform in Deutschland und Japan. Ökonomisierung und Demokratisierung in vergleichender Perspektive*. Stadtforschung aktuell, Bd. 113. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 7–15.
- Foljanty-Jost, Gesine (2009b): *Partnerschaft als Leitmotiv kommunaler Politik: Ressource für lokale Demokratie? Zivilgesellschaft und lokale Demokratie*. In: Arbeitspapiere des Institutes für Politikwissenschaft und Japanologie 7. Halle: Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.
- Foljanty-Jost, Gesine (2006): Dezentralisierung als Herausforderung lokaler Demokratie? In: Blechinger, Verena, Christiane Frantz und Mark Thompson (Hg.): *Politik in Japan. System, Reformprozesse und Außenpolitik im internationalen Vergleich*. Frankfurt am Main und New York, NY: Campus, S. 63–81.

- Gender Equality Bureau, Cabinet Office (2007a): *Chihō kōkyō dantai ni okeru danjo kyōdō sankaku shakai no keisei mata wa josei ni kansuru shisaku no suishin jōkyō (gaiyō)* [Die Gestaltung der Gesellschaft der gemeinsamen Partizipation in den Gebietskörperschaften beziehungsweise der Stand der Dinge zum Fortschritt von Maßnahmen im Zusammenhang mit Frauen (Überblick)]. Tokyo: Gender Equality Bureau, Cabinet Office.
- Gender Equality Bureau, Cabinet Office (2007b): *Gender Equality in Japan*. Tokyo: Gender Equality Bureau, Cabinet Office.
- Gender Equality Bureau, Cabinet Office (2005): *Danjo kyōdō sankaku kihon keikaku dai 2ji* [Zweiter Rahmenplan zur gemeinsamen Partizipation von Männern und Frauen]. Tokyo: Gender Equality Bureau, Cabinet Office.
- Gender Equality Bureau, Cabinet Office (1999): *Danjo kyōdō sankaku shakai kihonhō* [Rahmengesetz für die Gesellschaft der gemeinsamen Partizipation von Männern und Frauen]. [http://www.gender.go.jp/about\\_danjo/law/kihon/9906kihonhou.html](http://www.gender.go.jp/about_danjo/law/kihon/9906kihonhou.html) (Zugriff am 02.04.2013).
- Hall, Stuart (1999): Ethnizität: Identität und Differenz. In: Engelmann, Jan (Hg.): *Die kleinen Unterschiede. Der Cultural Studies Reader*. Frankfurt am Main und New York, NY: Campus Verlag, S. 83–98.
- Haufe, Caroline und Gesine Foljanty-Jost (2011): „Partizipationsboom“ in Japan: Zur (Un)Möglichkeit einer Bürgerselbstverwaltung. In: Chiavacci, David und Iris Wieczorek (Hg.): *Japan 2011. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft*. Berlin: Vereinigung für sozialwissenschaftliche Japanforschung e.V., S. 89–119.
- Hijino, Ken (2012): Osaka and Scotland: local leaders and decentralization. In: *The Japan Times* (14.04.2012). <http://www.japantimes.co.jp/text/eo20120414a1.html> (Zugriff am 31.12.2012).
- Hoffman, Michael (2012): Hashimoto: a young politician to keep an eye on. In: *The Japan Times* (05.03.2012). <http://www.japantimes.co.jp/text/ek20120305a1.html> (Zugriff am 31.12.2012).
- Holdgrün, Phoebe (2011): Förderer für Gleichstellung zwischen Präfektur und Kommune: Ein Beispiel für Bürgerpartizipation an dezentralen Implementierungsprozessen? In: Chiavacci, David und Iris Wieczorek (Hg.): *Japan 2011. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft*. Berlin: Vereinigung für sozialwissenschaftliche Japanforschung e.V., S. 53–88.
- Hüstebeck, Momoyo (2009): Administrative und fiskalische Dezentralisierung in Japan – Instrumente zur Stärkung der japanischen lokalen Selbstverwaltung. In: Foljanty-Jost, Gesine (Hg.): *Kommunalreform in Deutschland und Japan. Ökonomisierung und Demokratisierung in vergleichender Perspektive*. Stadtforschung aktuell Bd. 113. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 31–58.

- Japanische Verfassung vom 3.11.1946*, Offizielle Übersetzung der japanischen Regierung. [http://web.archive.org/web/20070519022015/http://www.cx.unibe.ch/~ruetsche/japan/Japan3.htm#Die\\_Japanische\\_Verfassung\\_vom\\_3.11.1946](http://web.archive.org/web/20070519022015/http://www.cx.unibe.ch/~ruetsche/japan/Japan3.htm#Die_Japanische_Verfassung_vom_3.11.1946) (Zugriff am 16.11.2009).
- Kisa, Shigeo (2008): Dezentralisierung und kommunale Selbstverwaltung in Japan – Aktueller Stand und Problemstellungen der Reformen. In: Pitschas, Rainer (Hg.): *Dezentralisierung im Vergleich – kommunale Selbstverwaltung in Deutschland und Südostasien am Beginn des 21. Jahrhunderts. Vorträge und Berichte auf dem 10. Internationalen Speyerer Forum an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer vom 19. bis 21. September 2005*. Berlin: Duncker und Humblot, S. 105–126.
- Kisa, Shigeo (2002): Grundlegende Reform des örtlichen Selbstverwaltungsrechts in Japan. In: Pitschas, Rainer und Shigeo Kisa (Hg.): *Internationalisierung von Staat und Verfassung im Spiegel des deutschen und japanischen Staats- und Verwaltungsrechts*. Berlin: Duncker & Humblot, S. 265–281.
- Kume, Ikuo (2001): The Agency-Delegated Function and its Implications. In: Muramatsu, Michio, Farrukh Iqbal und Ikuo Kume (Hg.): *Local Government Development in Post-war Japan*. Oxford und New York, NY: Oxford University Press, S. 206–221.
- Loo, Hans van der und Willem van Reijen (1997): *Modernisierung. Projekt und Paradox*. München: Deutscher Taschenbuch-Verlag (2. Aufl.).
- MacDougall, Terry (2001): Towards Political Inclusiveness: The Changing Role of Local Government. In: Muramatsu, Michio, Farrukh Iqbal und Ikuo Kume (Hg.): *Local Government Development in Post-war Japan*. Oxford und New York, NY: Oxford University Press, S. 29–62.
- MIC, Ministry of Internal Affairs and Communications (1999): *Revised Local Autonomy Law*, Artikel 149, <http://law.e-gov.go.jp/htmldata/S22/S22HO067.html> (Zugriff am 16.01.2013).
- MIC, Ministry of Internal Affairs and Communications (1995): *Chihō bunken suishin hō* [Gesetz zur Förderung der Dezentralisierung der Regionen]. <http://law.e-gov.go.jp/haishi/H07HO096.html> (Zugriff am 03.05.2011).
- Mochida, Nobuki (2008): *Fiscal Decentralization and Local Public Finance in Japan*. London und New York, NY: Routledge.
- Mochida, Nobuki (2001): Taxes and Transfers in Japan's Local Finances. In: Muramatsu, Michio, Farrukh Iqbal und Ikuo Kume (Hg.): *Local Government Development in Post-war Japan*. Oxford und New York, NY: Oxford University Press, S. 85–111.
- Muramatsu, Michio und Farrukh Iqbal (2001): Understanding Japanese Intergovernmental Relations: Perspectives, Models, and Salient Characteristics. In: Muramatsu, Michio, Farrukh Iqbal und Ikuo Kume

- (Hg.): *Local Government Development in Post-war Japan*. Oxford und New York, NY: Oxford University Press, S. 1–28.
- Muramatsu, Michio, Farrukh Iqbal und Ikuo Kume (2001a): *Local Government Development: Some Lessons from Japanese Experience*. In: Muramatsu, Michio, Farrukh Iqbal und Ikuo Kume (Hg.): *Local Government Development in Post-war Japan*. Oxford und New York, NY: Oxford University Press, S. 242–248.
- Muramatsu, Michio, Farrukh Iqbal und Ikuo Kume (2001b) (Hg.): *Local Government Development in Post-war Japan*. Oxford und New York, NY: Oxford University Press.
- Nagasaki Prefecture (2007a): *Nagasaki-ken Danjo kyōdō sankaku kihon keikaku* [Rahmenplan der Präfektur Nagasaki zur gemeinsamen Partizipation von Männern und Frauen]. Nagasaki: Nagasaki Prefecture.
- Nagasaki Prefecture (2007b): *Nagasaki-ken Danjo kyōdō sankaku suishin jōrei* [Verordnung der Präfektur Nagasaki zur Förderung der gemeinsamen Partizipation von Männern und Frauen]. Nagasaki: Nagasaki Prefecture.
- Nishio, Masaru (2007): *Chihō bunken kaikaku* [Die Dezentralisierungsreformen]. In: Gyōseigaku sōsho 5. Tokyo: Tokyo Daigaku Shuppankai.
- Osaka Ishin no kai [One Osaka] (2013): *Osaka Ishin no kai Manifesto* [Manifest von One Osaka]. <http://www.oneosaka.jp> (Zugriff am 02.04.2013).
- Pascha, Werner (2006): *Wirtschaftspolitische Reformen in Japan und Deutschland: Das Verhältnis von Zentralstaat und Regionen*. In: Blechinger, Verena, Christiane Frantz und Mark Thompson (Hg.): *Politik in Japan. System, Reformprozesse und Außenpolitik im internationalen Vergleich*. Frankfurt und New York, NY: Campus, S. 269–287.
- Peckanen, Robert (2006): *Japan's Dual Civil Society: Members without Advocates*. Stanford (CA): Stanford University Press.
- Rausch, Anthony (2006): *The Heisei Dai Gappei: a case study for understanding the municipal mergers of the Heisei era*. In: *Japan Forum* 18, 1, S. 133–156.
- Schulz, Martin (2009): *Ökonomisierung der Kommunen als Überlebensstrategie in Japan*. In: Foljanty-Jost, Gesine (Hg.): *Kommunalreform in Deutschland und Japan. Ökonomisierung und Demokratisierung in vergleichender Perspektive*. Stadtforschung aktuell Bd. 113. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 79–105.
- Shiga Prefecture (2008): *Shiga-ken Danjo kyōdō sankaku keikaku* [Plan der Präfektur Shiga zur gemeinsamen Partizipation von Männern und Frauen]. Ōtsu: Shiga Prefecture.
- Shiga Prefecture (2001): *Shiga-ken Danjo kyōdō sankaku suishin jōrei* [Verordnung der Präfektur Shiga zum Fortschritt der gemeinsamen Partizipation von Männern und Frauen]. Ōtsu: Shiga Prefecture.

- Tsujimura, Miyoko (2005): Chihō kōkyō dantai no Danjo kyōdō sankaku seisaku [Maßnahmen der Gebietskörperschaften für die gemeinsame Partizipation von Männern und Frauen]. In: Tsujimura, Miyoko und Kaoru Inaba (Hg.): *Nihon no danjo kyōdō sankaku seisaku. Kuni to chihō kōkyō dantai no genjō to kadai* [Maßnahmen für die gemeinsame Partizipation von Männern und Frauen in Japan. Status quo und Aufgaben für Land und Gebietskörperschaften]. Tōhoku daigaku 21seiki COE puroguramu jendāhō – seisaku kenkyū sho Dai 2 maki. Sendai: Tōhoku Daigaku Shuppankai, S. 127–136.
- Tsukamoto, Ichiro and Mariko Nishimura (2008): The Emergence of Local Non-Profit-Government Partnerships and the Role of Intermediary Organizations in Japan. Contractual relationships and the limits to co-governance. In: Pestoff, Victor A. (Hg.): *Co-production: the third sector and the delivery of public services*. London: Routledge S. 75–89.
- Vogt, Gabriele (2003): *Die Renaissance der Friedensbewegung in Okinawa. Innen- und außenpolitische Dimensionen 1995–2000*. München: iudicium Verlag.
- Yomiuri Shinbun* (17.12.2012): Jimin taishō 294, kako 4banme no tasa...giseki kakutei [Überwältigender Sieg der Liberaldemokratischen Partei mit 294 Sitzen, rückblickend viertgrößte Anzahl...Festsetzung der Abgeordnetensitze]. <http://www.yomiuri.co.jp/election/shugiin/news/20121218-OYT1T00809.htm> (Zugriff am 01.01.2013).

# „DER EHEMANN ALS LUXUSGUT“ – JAPANS TREND ZUR SPÄTEN HEIRAT

Annette SCHAD-SEIFERT

## 1 EINLEITUNG

Seit Mitte der 1970er Jahre ist in Japan, wie in anderen entwickelten Industrieländern, ein konstanter Anstieg des durchschnittlichen Erstheiratsalters zu beobachten und der Anteil der Unverheirateten in der Bevölkerungsgruppe der 25–35-Jährigen nimmt kontinuierlich zu (Tsuya, Oppenheim Mason und Bumpass 2004: 39). Im Jahr 2000 überschritt die Quote der noch nie verheirateten Frauen zwischen 25 und 29 Jahren mit 54 Prozent erstmals die 50-Prozentmarke; das heißt mehr als die Hälfte der Frauen dieser Altersgruppe war zum Zeitpunkt der Erhebung ledig. Bis zum Jahr 2005 lag die Quote dann bereits bei 59,0 Prozent. Auch bei der Korrespondenzgruppe der Männer zwischen 30 und 34 Jahren lag die Zahl der noch nie Verheirateten im Jahr 2000 bei 42,9 Prozent und stieg bis zum Jahr 2005 auf 47,1 Prozent an (MIAC 2000, 2005).

Die Zunahme der Ledigen wird in Japan vor allem als ein demographisches Problem betrachtet, und die Haltung, Heirat in ein Lebensalter jenseits des dritten oder gar vierten Lebensjahrzehnts hinauszuschieben, wird als wesentliche Ursache für den Rückgang an Familiengründungen und die Kinderlosigkeit der japanischen Gesellschaft benannt (Schad-Seifert 2002; Shirahase 2005). In Japan ist Heirat eine wichtige Voraussetzung für Familiengründung und der Wunsch nach eigenen Kindern wird nur sehr selten außerhalb einer formalen Ehe verwirklicht. Während in den USA ein Drittel aller Kinder von Frauen stammen, die zum Zeitpunkt der Geburt des Kindes nicht verheiratet sind, werden in Japan nicht einmal zwei Prozent der Kinder außerehelich geboren (Rindfuss 2004: 136; Shirahase 2010: 60).

Da etwa 70 Prozent der Kohorten, die mit Anfang Dreißig nicht heiraten, mit Ende Dreißig immer noch unverheiratet sind, lässt sich, zumindest statistisch gesehen, vermuten, dass das Phänomen des Trends zur späten Heirat zunehmend dazu führt, dass viele Menschen zeitlebens unverheiratet bleiben (Shirahase 2010: 61). Dieser Trend der späten Heirat oder auch der lebenslangen Nicht-Heirat wird in der Literatur meistens als Problem der sinkenden gesellschaftlichen Fertilität diskutiert, welches mit Langzeitfolgen, wie etwa abnehmender ökonomischer Produktivität,

einhergeht, da sich die Balance zwischen der beruflich aktiven Bevölkerung und der durch Renten alimentierten, nicht-produktiven Bevölkerung ungünstig verschiebt. Somit steht immer wieder die Frage im Mittelpunkt, mit welchen politischen Steuerungsinstrumenten man gegen „Heiratsschwierigkeiten“ (*kekkonnan*) vorgehen kann. Um den Trend zu weniger Familiengründungen zu stoppen, brachte die japanische Regierung zahlreiche Maßnahmenpakete auf den Weg. Diese sollen eine verbesserte berufliche Gleichstellung von Frauen und Männern bewirken oder zielen auf einen Ausbau der Kinderbetreuung ab, um Frauen eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen. Über den Erfolg oder Misserfolg dieser Maßnahmen ist an anderer Stelle ausführlich berichtet worden (Holdgrün 2011; Klein 2010; Holthus 2011).

Der vorliegende Aufsatz wird sich zum einen mit den makrosoziologischen Folgen des veränderten Heiratsverhaltens sowohl bei Frauen als auch bei Männern auseinandersetzen, und sich zum anderen mit der Frage beschäftigen, wie in den journalistischen und wissenschaftlichen Diskursen die individuellen Einstellungen der betroffenen Personengruppen, ihr favorisierter Lebensstil und ihre persönlichen Strategien auf dem sich wandelnden Heiratsmarkt zum Ausdruck kommen.

## 2 SOZIOLOGISCHE BEOBACHTUNGEN DES HEIRATSVERHALTENS

Bei der Suche nach den Gründen für die zurückhaltende Einstellung gegenüber der Ehe wurde lange Zeit vor allem das weibliche Geschlecht in den Blick genommen. In der demographischen Forschung vermutete man mit Hinweis auf westliche Theorien zum Heiratsverhalten, dass infolge des Bildungsanstiegs und der gestiegenen weiblichen Berufstätigkeit Familie und Kinder als hohe ökonomische Opportunitätskosten gewertet würden, wenn die Ehefrau ihren Arbeitsplatz bei einer Heirat verlassen müsse (Atoh 2000: 78). Andere Autoren unterstellten, dass Heirat und Kindererziehung insbesondere für gut ausgebildete Frauen wegen der normativen Geschlechterrolle von Hausfrau und Mutter zunehmend negativ besetzt sei und der Gang in eine Ehe somit einen Verlust an Autonomie, Individualität und Selbstverwirklichung bedeute (Meyer 2004: 59; Nagase 2006: 40).

In der Nachkriegszeit bildete sich das für Japan typische Modell der Kernfamilie mit vollbeschäftigtem Ehemann, Vollzeitfrau und zwei Kindern heraus. Männern vorbehaltene Beschäftigungssysteme, wie lebenslange Anstellung und mit dem Alter steigende Löhne, bewirkten einen hohen Anreiz zur Familiengründung. Dieses Familienmodell blieb

bis zum Ende der 1980er Jahre für eine Mehrheit der Japaner erstrebenswert (Sodekawa, Hanashima und Morisumi 2005: 23–24).

Die Familienstruktur des männlichen Alleinverdieners und der Vollzeithausfrau war kein traditionelles System, sondern formierte sich besonders in den 1960er Jahren des wirtschaftlichen Hochwachstums nach dem Modell der US-amerikanischen Mittelschichtgesellschaft mit einem Ehemann als Ernährer der Familie und einer Ehefrau als Vollzeithausfrau. Die Zahl der japanischen Vollzeithausfrauen (*sengyō shufu*) erreichte ihren Höchststand im Jahr 1975 (Yamada 2001b: 160). Gleichzeitig suchten viele Frauen infolge der Ölkrise in den 1970ern einen Nebenjob im wachsenden Dienstleistungssektor, der zwar das Familieneinkommen aufbesserte, jedoch keine Änderung am sozialen Status der Hausfrau bedeutete (Iwakami *et al.* 2010: 102–103). Der numerische Anstieg so genannter Karrierefrauen sowie verbesserte berufliche Qualifizierungsmöglichkeiten für junge Frauen wurden in Japan erst infolge des 1986 verabschiedeten Beschäftigungsgleichstellungsgesetzes (*Danjo koyō kikai kintō-hō*) beobachtbar.

Die erste Generation Frauen, die infolge des Gleichstellungsgesetzes auf einen veränderten Arbeitsmarkt trat, wurde in den 1970er Jahren geboren. Diese Kohorte der heute 35–44-jährigen Frauen konnte sich dazu entscheiden, trotz Heirat berufstätig zu bleiben, ganz auf Heirat zu verzichten, oder diese auf einen späteren Zeitpunkt aufzuschieben. Der soziale Hintergrund für diese Entwicklung war vor allem die Aufhebung der diskriminierenden unternehmerischen Personalpolitik, Frauen mit Erreichen des sogenannten Heiratsalters zum Verlassen der Firma zwecks Eheschließung und Familiengründung zwingen zu können. Frauen sahen sich außerdem dem, in der japanischen Gesellschaft der Nachkriegszeit vorherrschenden, hohen, normativen Druck zu heiraten ausgesetzt. Die Folge dieses politischen und sozialen Wandels war, dass innerhalb von zwei Jahrzehnten der Anteil der unverheirateten Frauen im Alter zwischen 35 und 44 Jahren von 5,8 Prozent (1985) über 8,3 Prozent (1995) auf 15,3 Prozent (2005) angewachsen ist (MIAC 1996–2008).

Ein weiterer wichtiger Faktor, der das Heiratsverhalten beider Geschlechter beeinflusst, sind Veränderungen des Arbeitsmarktes. Da die wichtigste Ehe-Qualifikation für einen jungen Mann seine Fähigkeit ist, eine Familie mit dem eigenen Einkommen ernähren zu können, haben Arbeitsmarktkrisen der letzten zwei Jahrzehnte einen erheblichen Einfluss auf das Heiratsverhalten auch der männlichen Kohorten gehabt. Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit, soziale Handlungsweisen auch des männlichen Geschlechts genauer zu analysieren und die Heiratszurückhaltung nicht allein auf die Frauen zurückzuführen: es ist in Frage zu stellen, ob Männer als grundsätzlich heiratswillige Personen lediglich se-

kundär von dem weiblichen Einstellungswandel betroffen sind (Yamada 2002: 78).

Nach dem Platzen der Finanzblase<sup>1</sup> haben zu Beginn der 1990er Jahre viele Unternehmen in Japan ihre Rate an fest angestellten Arbeitskräften dezimiert. Insbesondere junge Leute wurden nicht mehr wie bis dahin üblich nach ihrem Hochschulabschluss regulär beschäftigt, was dazu führte, dass der Anteil an Personen dieser Kohorte, die als Teilzeitkräfte, Jobber oder Zeitarbeiter arbeiten, stark zugenommen hat (Genda 2005, 2007; Tachibanaki 2004; Kosugi 2008; Yamada 2004). Die Statusdifferenz zwischen einem Festangestellten (*seishain*) und einem Teilzeitbeschäftigten (*hiseiki shain*) ist in japanischen Unternehmen deutlich ausgeprägt. Festangestellte arbeiten in Vollzeit, werden relativ hoch besoldet und erhalten soziale Versicherungsleistungen, während Teilzeitbeschäftigte weniger Gehalt und kaum Sozialversicherung erhalten und immer befristet beschäftigt sind. Der Unterschied zwischen den beiden Beschäftigungsformen ist häufig nach außen hin kaum sichtbar, da beide Typen der Beschäftigung die gleichen Arbeitsaufgaben erledigen – tatsächlich handelt es sich um einen Statusunterschied (Weathers 2009: 143).

Bis zu Beginn der 1990er Jahre wurde *part-time work* (*pāto taimu*) in Japan im Regelfall von verheirateten Frauen mittleren Alters ausgeübt und die Konditionen der niedrigen Bezahlung und fehlenden sozialen Absicherung wurden damit solchen weiblichen Arbeitnehmern zuerteilt, die von dem Familieneinkommen ihres Ehemannes abhingen. In diesem Sinne war der japanische Arbeitsmarkt streng geschlechtlich segregiert. Keine Untersuchung der sozialen Statusgruppen in Japan konnte weibliche Mitglieder der Mittelschicht angemessen begreifen, da Ehefrauen normalerweise als Nicht-Inhaber einer regulären Beschäftigung und deshalb grundsätzlich als statusabhängig vom Ehemann erfasst wurden.

Die infolge der gewandelten Einstellungspolitik von Unternehmen befristet beschäftigten jungen Hochschulabsolventen werden im Unterschied zu den verheirateten weiblichen Teilzeitbeschäftigten als *freeter* (*furitā*) bezeichnet. Auffällig ist der wachsende Anteil an männlichen Teilzeitbeschäftigten, wenngleich es insgesamt immer noch mehr weibliche *freeter* gibt (Satō und Koizumi 2007).

Laut dem japanischen Statistiker arbeiten mehr als 50 Prozent der Frauen in Teilzeit, während weniger als 15 Prozent der Männer in diesem Segment beschäftigt sind (Ishiguro 2008: 5). Unter jungen Leuten ist der Anteil an Jobbern für beide Geschlechter hoch, insbesondere in den Altersgruppen der 15–19-Jährigen (Männer 66,5 Prozent, Frauen 78,63 Pro-

---

<sup>1</sup> Immobilien- und Aktienblase der späten 1980er Jahre, deren Platzen 1991 die japanische Wirtschaft in eine Dekade der Rezession stürzte.

zent) und der 20–24-Jährigen (Männer 36,55 Prozent, Frauen 44,60 Prozent). Mit steigendem Alter wächst der Anteil weiblicher *freeter* gegenüber dem der männlichen *freeter* signifikant; in der Gruppe der 25–29-Jährigen fällt der männliche Anteil auf 12,91 Prozent verglichen mit den Frauen, bei denen der Anteil 36,59 Prozent beträgt (Ishiguro 2008: 4). Frauen werden also nach wie vor eher für den Bereich der Teilzeitarbeit angeworben, was ein Fortwirken traditioneller Gender-Normen im Arbeitsmarkt vermuten lässt. Dennoch haben die im Vergleich zu früher verbesserten Möglichkeiten für Frauen, eine reguläre Beschäftigung ergreifen zu können, einen beachtlichen Einfluss auf die veränderten Einstellungen zu Ehe und Familie (Rebick 2006: 87). Diese Entwicklung scheint die oben genannten Theorien zur Heiratszurückhaltung von Frauen zu bestätigen.

Fasst man die oben genannten Punkte zusammen, ist die Ausweitung der nicht regulären Beschäftigung dafür verantwortlich zu machen, dass Individuen beider Geschlechter ihre Biographie nicht mehr auf die Gründung einer eigenen Familie richten, sondern sich eher als Einzelne absichern oder zusätzlich von Sozialtransfers der Elterngeneration abhängig bleiben. Eine schlechte Vereinbarkeit von Familie und Beruf verstärkt wiederum die Neigung der regulär beschäftigten Frauen, Heirat und Familiengründung aufzuschieben. Andererseits wird in Umfragen deutlich, dass die Mehrheit der jungen Erwachsenen in Japan durchaus eine Ehe für sich wünscht (NIPSSR 2008). Die Suche nach den strukturellen Faktoren und Hemmnissen, infolge derer Individuen in Japan gegen ihren Willen partnerlos bleiben, ist deshalb ein wichtiges Untersuchungsfeld, das nicht allein auf das Problem der nicht-regulären Beschäftigung beschränkt bleibt.

### 3 DER ÖFFENTLICHE DISKURS ZU „HEIRATSSCHWIERIGKEITEN“

In der soziologischen Literatur und in den gesellschaftspolitischen Kolumnen der wichtigsten japanischen Wochenzeitschriften wird schon seit vielen Jahren umfangreich zu Themen wie etwa Schwierigkeiten bei Heirat und Partnerwahl, Suche nach dem idealen Heiratspartner, Vorstellungen vom Eheleben oder auch Vorteile verheiratet oder unverheiratet zu bleiben, berichtet und diskutiert.

Der erste soziologische Diskursstrang, der sich öffentlich mit diesem Phänomen auseinandersetzte, analysierte das Vermeiden der Ehe als eine Art hedonistische Verweigerungshaltung. Unverheiratete Personen, die weder allein noch mit einem Partner in einer nichtehelichen Beziehung zusammenlebten, sondern als ökonomisch Selbständige im elterlichen

Haushalt wohnten, wurden aufgrund dieses Verhaltens erstmals 1999 von dem Familiensoziologen Masahiro Yamada als parasitäre Singles (*parasaito shinguru*) bezeichnet. Er behauptete, dass in Japan eine wachsende Personengruppe diesen Lebensstil bevorzuge, und vor allem junge Frauen, die frei von sozialen Verpflichtungen ihr Gehalt zur vollen Disposition haben, den Eintritt in eine Ehe als sozialen und ökonomischen Abstieg empfinden müssten. Ferner ließe sich der berufliche Wettbewerb in einer männlich dominierten Berufswelt leichter mit einer versorgenden Mutter im Rücken bestehen (Yamada 1999, 2001a). An anderer Stelle wurde gegen Yamada argumentiert, dass der von ihm kritisierte Hedonismus in Wirklichkeit als eine neue Form einer symbioseähnlichen Mehrgenerationenfamilie bewertet werden müsse. Denn vielfach zögen auch die Eltern, etwa für ihre Pflege im Alter, einen persönlichen Vorteil daraus, wenn die erwachsenen Kinder zu Hause wohnen blieben (Schad-Seifert 2002).

Dennoch lassen sich keine unmittelbar schlüssigen Gründe dafür finden, dass eine Eheschließung oder eine Wohngemeinschaft mit einem Partner grundsätzlich ökonomisch schlechter mit einer Berufstätigkeit zu vereinbaren sei als durch das Zusammenleben mit den Eltern. So ist es in europäischen Ländern, in denen ebenfalls ein ähnlicher Anstieg des Erstheiratsalters zu verzeichnen ist, durchaus üblich, unverheiratet mit einem Partner oder in Wohngemeinschaften zusammen zu leben. In Japan dagegen tendieren junge Leute beiderlei Geschlechts dazu, intime und mehr oder weniger langfristige Liebesbeziehungen und Partnerschaften zu pflegen, ohne zusammenzuziehen. Daraus lässt sich schließen, dass zum einen Heirat keine notwendige Voraussetzung mehr für sexuelle Kontakte zum anderen Geschlecht bedeutet, zum anderen aber langfristig angelegte Paarbindungen mit gemeinsamer Haushaltsführung nur mit offizieller Eheschließung möglich sind. Gleichzeitig steigt der Anteil der jungen Erwachsenen, die ledig im elterlichen Haushalt wohnen bleiben. Es ist also ein charakteristisches Merkmal der japanischen Gesellschaft, dass trotz einer wachsenden liberalen Einstellung zu nichtehelichen intimen Beziehungen keine Absicht entsteht, nichtehelich zusammen zu wohnen. Ein Grund für dieses Phänomen ist, dass gesellschaftliche Vorbehalte gegen diese Lebensform tief verankert zu sein scheinen. Ein weiterer ist darin zu sehen, dass die *Push*- und *Pull*-Faktoren, die früher einen Auszug aus dem Elternhaus bewirkt haben, deutlich schwächer geworden sind. So üben Eltern in Japan im Unterschied zu früher kaum noch emotionalen Druck aus um ihre erwachsenen Kinder zum Heiraten oder Auszug zu bewegen.

Die Journalistin und Single-Frau Junko Sakai hat im Jahr 2003 ausgelotet, weshalb es immer mehr Frauen gibt, die dauerhaft solo bleiben. Der

Titel des Buches „Das Heulen der Verliererhunde“ (*Makeinu no tōboe*) bezieht sich auf eine in der japanischen Gesellschaft wirksame sprachliche Diskriminierung, verheiratete Frauen als Gewinnerinnen und Unverheiratete als Verliererinnen zu bezeichnen.

Sakai (2003: 17) stellt heraus, dass Frauen heutzutage nicht aufgrund eines Makels unverheiratet bleiben, sondern wegen ihrer relativ gefestigten ökonomischen Lage als Berufstätige darauf verzichten könnten, den vermeintlich noch sicheren Weg der Ehe zu suchen. Die Autorin des Buches, Geburtsjahrgang 1966, ist selbst bekennende „Verliererin“ und lässt eigene Erfahrungen in die Thesen ihres Buches einfließen. Der Anlass, dieses Buch zu schreiben, war für Sakai laut eigenen Angaben unter anderem eine Einladung des japanischen Ministeriums für Arbeit und Wohlfahrt von 2002, dort regelmäßig an einer Gesprächsrunde teilzunehmen, die die Gesellschaft mit sinkender Geburtenrate thematisiert (*Shōshika o kangaru kondankai*).<sup>2</sup>

Alle politischen Empfehlungen, die aus dieser Gesprächsrunde heraus entwickelt wurden, zielten – wie sich vermuten lässt – auf eine Verbesserung oder Abschaffung der Bedingungen, die junge und verheiratete Menschen in Japan davon abhalten, eine Familie zu gründen. Dazu zählte vor allem eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch den Ausbau der Kinderbetreuungsangebote. Sakai (2003: 56) vertrat die Ansicht, dass familienpolitische Maßnahmen jedoch für die große und anwachsende Gruppe der Singles in der japanischen Gesellschaft ohne jegliche Wirkung bleiben würden. Tatsächlich stünden eine starke berufliche Einbindung und spezifische individuelle Erwartungen an den zukünftigen Lebenspartner laut Aussage betroffener Frauen einer Beziehungsanbahnung im Wege, obwohl sie durchaus eine eheliche oder zumindest partnerschaftliche Bindung wünschten. Allerdings sei die Partnersuche für Frauen ab dem Alter von 35 Jahren sehr schwierig. Die von Sakai vermittelte Erkenntnis, dass viele Frauen infolge verpasster Gelegenheiten oder falscher Einschätzung in der Partnerwahl allein stehend bleiben, sorgte wiederum für einen neuen Boom besorgter Debatten unter Regierungsmitgliedern, Wissenschaftlern und Medienvertretern.

Zusammengefasst wird dieser Themenbereich seit dem Jahr 2008 unter dem japanischen Neologismus der „aktiven Heiratssuche“ (*kekkon*

---

<sup>2</sup> Siehe Sakai (2003: 53). Für die japanische Regierung war die extrem niedrige Geburtenrate von 1,3 Kindern im Jahr 2000 und die dadurch entstandene „Gesellschaft mit abnehmender Bevölkerung“ (*jinkō genshō shakai*) Anlass, Beratungsrunden zur Lösung dieses Problems einzurichten und Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

*katsudō*) diskutiert, welcher abgekürzt unter der Wortneuschöpfung *konkatsu* firmiert.<sup>3</sup>

In ihrem Buch „Das Zeitalter der ‚aktiven Heiratssuche‘“ („*Konkatsu*“ *jidai*) aus dem Jahre 2008 gehen der bereits oben genannte Familiensoziologe Yamada und die Journalistin Tōko Shirakawa dem Phänomen nach, dass es in Japan mittlerweile ohne eine strategisch angelegte aktive Ehepartnersuche unmöglich geworden sei, einen Ehepartner zu finden. In früheren Zeiten hätte eine starke soziale Regulierung den Heiratsmarkt bestimmt und die alleinstehenden Individuen fanden sich *nolens volens* verschiedenen Institutionen zur Heiratsanbahnung ausgesetzt, darunter das althergebrachte *o-miai*, das formelle Vorstellen zweier Heiratsinteressenten, oder auch von Firmen organisierte Gruppen-Datings. Durch den Wegfall dieser Regulierung seien die Mechanismen einer fremdbestimmten Partnervermittlung außer Kraft gesetzt; so hänge es heutzutage von der individuellen Initiative ab, am Heiratsmarkt teilzunehmen.

Der hohe gesellschaftliche Druck in der japanischen Gesellschaft der Nachkriegszeit, zu heiraten und eine Familie zu gründen, galt auch für Männer. Gleichzeitig war die soziale Institution der Ehe an die ökonomische Fähigkeit des Ehemanns gebunden, durch eine Anstellung in einer Firma die eigene Familie ernähren zu können. Ein gesellschaftlich als „vollwertig“ akzeptierter erwachsener Mann musste die Anforderung erfüllen, einen Beruf zu ergreifen, eine Ehe zu schließen und Kinder zu zeugen. Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges bis zur Zeit der Finanzblase der späten 1980er und frühen 1990er Jahre fand man zumindest als männlicher Bildungsabsolvent beinahe automatisch nach dem Schul- oder Universitätsabschluss eine Beschäftigung. Oberschülern wurden durch die Berufsberater der jeweiligen Schule Stellen vermittelt. Darüber hinaus gab es das System der sogenannten Anstellungsvereinbarung (*naitei*), nach der den Absolventen ein Arbeitsplatz angeboten wurde, ohne dass diese überdurchschnittliche Leistungen hätten erbringen müssen. Weibliche Bildungsabsolventen waren dagegen in der Berufswahl eingeschränkter und wurden im Bereich der assistierenden Verwaltungstätigkeit als sogenannte *office ladies* (OL) ohne Aufstiegsmöglichkeit angestellt. In diesem Sinne befand sich der Übergang von der Bildung in den Beruf in einem regulierenden Rahmen. Mit der Eheschließung verhielt es sich laut Yamada und Shirakawa im Grunde ähnlich: Auch hier war dank verschiedener Regulierungen etwa die Eheschließung zwischen Arbeitskol-

---

<sup>3</sup> Japanisch: *konkatsu* ist eine Verkürzung von *kekkon katsudō* [Aktivitäten zur Ehepartnersuche] und stellt eine Analogie zu dem etablierten Begriff *shūshoku katsudō* [Aktivitäten zur Arbeitsplatzsuche] dar.

legen eine selbstverständliche Institution, sobald man das heiratsfähige Alter erreichte.

Als Folge der Deregulierung der Beschäftigungsverhältnisse ist die Praxis der sogenannten Heirat am Arbeitsplatz (*shokuba kekkon*) zunehmend schwieriger geworden und es scheint, dass die betriebsinternen Vermittlungsinstanzen nicht mehr durchgängig funktionieren.

#### 4 DIE THESEN DES BUCHES „DAS ZEITALTER DER ‚AKTIVEN HEIRATSSUCHE‘“

Yamada und Shirakawa untersuchen in ihrem Buch die Faktoren, die es ihrer Meinung nach für ein Individuum heutzutage notwendig machen, aktive Ehepartnersuche zu betreiben, wenn der Wunsch nach einer Heirat besteht. Im Verlauf ihrer Diskussion stellen sie fest, dass selbst „gewöhnliche Personen nicht heiraten können, obwohl sie es gerne möchten“ (*futsū no hito ga kekkon shitai no ni kekkon dekinai*) (Yamada und Shirakawa 2008: 24). Mit anderen Worten: Obwohl Frauen und Männer heutzutage durchaus die sozialen und ökonomischen Möglichkeiten zu einer Ehe besitzen, ist die Zahl der ungewollt ledigen Personen gestiegen.

Ein Teil dieser Personen sind Frauen der von Sakai genannten Verlierer-Generation, die von Shirakawa und Yamada wiederum beschrieben werden als Frauen, „die durch einen Beruf etwas aus sich gemacht und ihren eigenen Wert gesteigert haben, und für die dadurch die Hürde, einen passenden Ehemann zu finden, zu hoch wurde“<sup>4</sup> (Yamada und Shirakawa 2008: 24). So waren die Frauen, die Shirakawa in einer im Jahr 2002 veröffentlichten Untersuchung selbst befragt hatte, fünf Jahre später trotz aktiver Ehepartnersuche immer noch unverheiratet (Shirakawa 2002). Im Gegensatz dazu sind ihrer Ansicht nach Männer eher aufgrund ihrer extremen beruflichen Belastung unverheiratet und hätten keine Möglichkeit, dies zu ändern (Yamada und Shirakawa 2008: 25).

Im Fall der Frauen gibt es offensichtlich ein Missverhältnis zwischen der Vorstellung von einem idealen Ehepartner und der verfügbaren Gruppe an heiratswilligen Männern, die diesem Typ entsprechen. Shirakawa und Yamada stellen fest, dass vor allem diejenigen, die nach dem klassischen Modell der Versorgungssehe heiraten möchten, keinen passenden Partner finden können. Frauen, die von ihren Ehemännern abhängig sein wollen, und sich ihn als Hauptverdiener in der Familie wün-

---

<sup>4</sup> Im japanischen Original: *Kanojotachi ga shigoto ya jibunmigaki nado de mizukara no kachi o takameta sue ni, haadoru ga takaku narisugite, kekkkyoku tsuriau dansei ga in-akunatte shimatta.*

schen, hätten besonders hohe Ansprüche an das Verdienstniveau des zukünftigen Ehemannes. Diesen Typ sieht man laut Shirakawa und Yamada besonders bei Frauen, die in keiner beruflich qualifizierenden Anstellung stehen, sondern in assistierender Büroarbeit oder als Zeitarbeiterin in Topunternehmen arbeiten. Sie konnten feststellen, dass ein Großteil dieser Personen sich von ihren zukünftigen Ehepartnern ein Jahreseinkommen erhofft, das doppelt so hoch ist wie das eigene. Sie nennen diese Einstellung „das Gesetz des doppelten Jahresgehalts“ (*nenshū nibai no hōsoku*) (Yamada und Shirakawa 2008: 27). Der Grund für diesen Anspruch liegt ihrer Meinung nach darin, dass beide Ehepartner am Beginn der Ehe noch berufstätig sind und deshalb einen hohen Lebensstandard haben. Nach der Geburt des ersten Kindes werde jedoch geplant, dass die Ehefrauen für die Zeit der Kindererziehung nicht berufstätig seien. Frauen wünschten sich also für diese Elternzeit, dass der Ehemann mit seinem Einkommen das eigene nicht vorhandene Gehalt ausgleichen könne. Rein rechnerisch kommt bei einem geschätzten Jahreseinkommen von vier Millionen Yen deshalb nur ein Partner in Frage, dessen Jahreseinkommen mindestens acht Millionen Yen beträgt.

Laut einer Untersuchung Yamadas aus dem Jahr 2002 gaben 40 Prozent der in Tokyo lebenden Frauen an, einen Mann heiraten zu wollen, dessen Jahreseinkommen über sechs Millionen Yen liegt. Bei der Frage, wie groß der Anteil der Männer in der Altersgruppe von 25 bis 35 Jahren ist, die ein derartiges Jahreseinkommen vorweisen, lautet die Antwort lediglich 3,5 Prozent (Yamada 2002).

Ein weiterer Frauentypus, der ungewollt ledig bleibe, sei die sogenannte Super-Karrierefrau (*sūpā kyaria ūman*). Dies erklärt sich laut Shirakawa und Yamada dadurch, dass letztlich auch beruflich erfolgreiche Frauen den gleichen Typ von Mann bevorzugten, den sich die abhängige Frau wünscht. Die beruflich qualifizierte Frau suche einen Partner, der ebenso viel verdiene wie sie selbst, sogar wenn sie über ein Jahresgehalt von über acht Millionen Yen verfüge und damit noch eine weitere Person ernähren könne. Erwerbstätige Frauen wünschten sich ferner Männer, die beruflich erfolgreich seien. Des Weiteren wollten sie einen ansehnlichen Mann, der zu ihrem Geschmack und ihrem Lebensstil passe und der gute Kommunikationsfähigkeiten besitze, mithin einen „Menschen, der [ihnen] verbal das Wasser reichen kann“ (*kaiwa no kyatchibōru ga dekiru hito*) (Yamada und Shirakawa 2008: 30).

Zuletzt sei die Tatsache, dass Frauen sich nicht mehr existenziell über eine Heirat absichern müssen, der entscheidende Faktor dafür, dass Heirat zu einer Art Luxus geworden sei. Und auch die Männer, die für eine Eheschließung in Frage kommen, hätten beinahe den Status eines hochgradig begehrten Luxusguts (Yamada und Shirakawa 2008: 32).

In Bezug auf den Lebensstil, den man nach der Heirat weiterführen möchte, gebe es eine durchaus wachsende Zahl von Frauen, die im Falle einer Heirat weiterhin berufstätig bleiben wollen. Insgesamt sei aber vielen Frauen bis zum Zeitpunkt der Eheschließung nicht klar, ob sie eine Vollzeithausfrau werden oder einer beruflichen Arbeit nachgehen möchten. Was laut Shirakawa und Yamada aus den Gesprächen der meisten Frauen zu entnehmen war, ist, dass wohl etwa 70 Prozent beiden Lebensentwürfen zustimmen würden. Für den Fall, dass die Frau weiter berufstätig bleibt, sei es jedoch unerlässlich, dass der Mann Haushaltsfähigkeiten habe. Shirakawa und Yamada attestieren aber den heutigen Männern diesbezüglich schlechte Fähigkeiten, da sie von einer Mutter erzogen wurden, die als Vollzeithausfrau oder als perfekte Ehefrau allenfalls teilszeitbeschäftigt war. Andererseits bestehe wiederum heutzutage aufgrund der Rezession bei vielen Paaren die wirtschaftliche Notwendigkeit, dass die Frau nach der Heirat im Erwerbsleben verbleibt. Die Mehrheit der unverheirateten Männer wünsche sich deshalb laut eigener Angabe, dass ihre Ehefrau ohne Unterbrechung weiterarbeite und das gemeinsame Jahreseinkommen mindestens fünf Millionen Yen betragen solle (Yamada und Shirakawa 2008: 33).

Bei den Männern unter 35 Jahren höre man heutzutage vermehrt die Meinung, dass viele gerne Erziehungszeit nehmen würden. Doch es scheint für Männer noch schwieriger zu sein als für Frauen, Beruf und Familie zu vereinbaren, da ein gesellschaftliches Klima herrsche, demzufolge es trotz bestehender Gesetze schwierig ist, tatsächlich in Erziehungszeit zu gehen. Dies zeige sich etwa darin, dass der Eindruck entsteht, der eigene Beruf würde einem nichts bedeuten. Es sei außerdem eine Tatsache, dass 25 Prozent der Männer im Alter zwischen 30 und 39, also in der Phase der Kindererziehung, mehr als 60 Stunden in der Woche arbeiten (Yamada und Shirakawa 2008: 34).

Shirakawa und Yamada vermuten ferner, dass es von Beginn der Ehe an die eigentliche Absicht des Mannes sei, von seiner berufstätigen Ehefrau zu erwarten, dass sie die Hauptlast der Kindererziehung schultere. Die Frauen sind indes der Ansicht, ihr Mann verlasse sich zu sehr darauf, dass sie sich um den Haushalt kümmert. Daher kämen viele Frauen zu der Einschätzung, dass anstelle der Doppelbelastung mit Haushalt und Beruf ein Leben als Vollzeithausfrau mit einem Ehemann zu bevorzugen sei, der genug für beide Partner verdiene (Yamada und Shirakawa 2008: 34–35).

Yamada und Shirakawa stellen des Weiteren fest, dass für Männer die Möglichkeit zu heiraten nach wie vor an seine wirtschaftliche Versorgungsfähigkeit geknüpft ist. In früheren Zeiten galt diese als beinahe ausschließliche Qualifikation des Mannes. Das ergab sich aus der betrieblichen Praxis des Senioritätslohns, der bedeutete, dass man als junger

Mann zwar über ein eher geringes Gehalt verfügte, jedoch mit der Dauer der Betriebszugehörigkeit ein gesichertes Einkommen und stetig angepasste Gehaltserhöhungen erwarten konnte (Yamada und Shirakawa 2008: 105).

Heutzutage gibt es zum einen eine Zunahme an irregulär beschäftigten Männern, zum anderen verfügen auch die regulär Beschäftigten häufig nicht mehr über solch ein regelmäßig steigendes Gehalt. Laut Yamada und Shirakawa nimmt infolge der wachsenden Zahl an Beschäftigten ohne Aussicht auf eine Gehaltserhöhung insgesamt die Zahl der Männer zu, die nicht heiraten können. Selbst wenn er als Liebespartner der Frauen in Frage käme, sei ein *freeter* oder ein gering verdienender *salaryman* als Ehemann nicht akzeptabel (Yamada und Shirakawa 2008: 98–99).

Neben der Wirtschaftskraft ergebe sich heutzutage als eine wichtige weitere Qualifikation des Mannes seine Kommunikationsfähigkeit, wobei die Kluft zwischen Männern mit viel Erfahrung in Liebesbeziehungen und denen mit geringer Erfahrung immer größer werde. Um einen Partner zu finden, sei Erfahrung darin, wie man jemanden anspricht und einlädt und wie man sich um sein Erscheinungsbild kümmert, wertvoll. Diejenigen ohne Erfahrung würden durch ihr Erfahrungsdefizit immer unbeliebter (Yamada und Shirakawa 2008: 105).

Während Frauen infolge von vielfältigen sozialen Kontakten außerhalb des Arbeitsplatzes ihre Kommunikationsfähigkeiten auch ausbauen könnten, wenn sie nicht mit Männern ausgehen, entwickelten sich diese Fähigkeiten bei Männern kaum, da ihr sozialer Austausch auf den Arbeitsplatz beschränkt sei. Gewiss sei anzunehmen, dass sie die Fähigkeiten mit Höhergestellten und Untergebenen zu kommunizieren üben, in gleichberechtigten Beziehungen zwischen Mann und Frau falle es Männern ohne Erfahrung in Liebesbeziehungen aber äußerst schwer, sofort zu erkennen, was ihr Gegenüber von ihnen erwarte (Yamada und Shirakawa 2008: 106).

## 5 DISKUSSION DER URSACHEN UND LÖSUNGSANSÄTZE VON „HEIRATS-SCHWIERIGKEITEN“

Die Entscheidung für eine Heirat ist ohne Zweifel von den individuellen Verhaltens- und Einstellungsmustern beeinflusst, die die betreffenden Personen an den Tag legen. Partnerwahl ist in der menschlichen Gesellschaft keine natürlich oder biologisch motivierte Selektion, sondern hängt überwiegend von Konventionen und Institutionen ab, die vom gesellschaftlichen System ausgehend das Handeln der Individuen bestimmen. In den oben beschriebenen journalistischen und wissenschaftlichen Dis-

kursen zu Heiratsschwierigkeiten wird deshalb überwiegend ein Systemansatz verfolgt. Die statistischen Daten des Wandels der Verheiratenrate belegen, dass in der japanischen Gesellschaft der Nachkriegszeit ein sehr hoher Anteil der Bevölkerung mindestens einmal in seinem Leben verheiratet war. Die soziologischen Forschungsansätze, die die heutige Heiratszurückhaltung erforschen, beschäftigen sich daher mit den Norm setzenden Institutionen und Anreizsystemen, die zu der historisch hohen Zahl von Eheschließungen geführt haben. Dazu gehört in erster Linie die Analyse der in früheren Jahrzehnten praktizierten Partnerfindungsstrategien und der Regeln des Heiratsmarktes. Die oben genannte Untersuchung Yamadas und Shirakawas ist beispielhaft für diesen Ansatz: Demnach haben die Erosion und der Funktionsverlust herkömmlicher Ehestiftungssysteme, wie die arrangierte Heirat oder die Heirat unter Kollegen, dazu beigetragen, dass es heute einen Trend zur späten Heirat oder Nicht-Heirat gibt (Zaiki 2010: 152).

Die individuelle Entscheidung zu heiraten war unter diesen beiden regulierenden Systemen offensichtlich von geringer Bedeutung; die Entscheidung fand vielmehr unter dem normativen Druck der sozialen Gruppe wie der Angehörigen oder der Kollegenschaft statt. So wurden auch in der Partnersuche vollkommen passive Individuen von ihrer Umgebung mit einem Ehepartner „versorgt“. In der Selbstsicht der Individuen wurde diese Passivität jedoch nicht wahrgenommen. Vielmehr belegen Statistiken eine seit Mitte der 1970er Jahre zunehmende „Liebesheirat“ (*ren'ai kekkon*), also die Vorstellung, den eigenen Ehepartner freiwillig aufgrund von Zuneigung gewählt zu haben (MHLW 2007; Zaiki 2010: 153). So haben in den Jahren von 2000 bis 2004 nur 6,2 Prozent der Befragten angegeben, ihre Ehe sei durch das traditionelle Heiratsarrangement des *o-miai* zustande gekommen, während 87,2 Prozent aussagten, sie hätten aus Liebe geheiratet. Die beiden am Nationalen Institut für Demographieforschung tätigen Soziologinnen Miho Iwasawa und Fusami Mita haben im Jahr 2005 für die Jahrzehnte 1960 bis 2005 untersucht, unter welchen Umständen Erstverheiratete ihren Partner kennen gelernt haben. Das „Kennenlernen am Arbeitsplatz“ (*shokuba ya shigoto de no deai*) war ihrer Analyse zufolge unter den Liebesheiraten die bei weitem häufigste Art der Partnerfindung seit der Mitte der 1970er Jahre, welche aber seit den 1990er Jahren signifikant abgenommen hat. Zu vermuten ist, dass japanische Unternehmen in Zeiten der wirtschaftlichen Prosperität verschiedene Formen von kollektiven Ehe-Anbahnungssystemen unterhalten haben, die infolge der Rezession eingestellt wurden (Iwasawa und Mita 2005: 25–26). So habe es früher zahlreiche Firmenausflüge oder Gruppenaktivitäten gegeben, in deren Rahmen ein Kennenlernen der Belegschaften untereinander zum Zweck späterer Heirat vorgesehen war. Außer-

dem wurden Frauen im traditionellen japanischen Management-System als Arbeitskraft nur kurzfristig genutzt und konnten als Bräute der männlichen *salaryman* im Falle der Eheschließung sofort zum Verlassen des Arbeitsplatzes aufgefordert werden. Heutzutage werden sowohl Männer als auch Frauen als festangestellte langfristige Arbeitskräfte genutzt, das heißt, beide Geschlechter verbringen als Beschäftigte einen großen Teil ihres täglichen Lebens am Arbeitsplatz (Iwasawa und Mita 2005: 25). Als Grund für das Einstellen der früher praktizierten „Verkupplungsaktivitäten“ innerhalb der Unternehmen gilt über rezessionsbedingte Strukturrevisionen hinaus zum einen, dass weibliche Beschäftigte daran interessiert sind, auch bei einer Heirat fortgesetzt berufstätig bleiben zu können. Zum anderen wird die Einmischung von Seiten des Arbeitgebers in private Belange wie Partnerfindung zunehmend als sozial unangemessenes Verhalten empfunden. Iwasawa und Mita fragen also berechtigterweise, ob die als Liebesheiraten geltenden Ehen unter Kollegen nicht vielmehr das Ergebnis einer erweiterten Form von arrangierter Heirat waren, die sich unter dem regulierenden Rahmen der Firmen als *match-maker* etabliert haben (2005: 25). Die Eheschließung über Vermittlung am Arbeitsplatz war also früher ein wichtiger Bestandteil des Heiratsmarktes und das Resultat eines hohen Grads der sozialen Einmischung in private Entscheidungen durch Vermittler beziehungsweise dritte Parteien.

Ferner haben zentrale Bestandteile der betrieblichen Wohlfahrt wie die lebenslange Beschäftigung und der Senioritätslohn für männliche Beschäftigte dazu beigetragen, dass in der Vergangenheit Heirat einen ökonomischen Anreiz bildete. Heutzutage hat die Ausweitung der nicht regulären Beschäftigung unter jungen Erwachsenen zu einer Destabilisierung und Stagnation der Einkommen bei männlichen Arbeitnehmern geführt. Trotz dieser Entwicklung ist unter den 20–39-jährigen Kohorten nach wie vor die Erwartung verankert, dass der Ehemann als Alleinverdiener für den vollständigen Unterhalt der Familie aufkommen können sollte. Junge Frauen sind zwar einerseits bereit, eine Aufteilung der alten Geschlechterrollen zu hinterfragen, wünschen sich aber andererseits nach der Heirat eine in die Zukunft hinein wachsende Prosperität ihres Lebensstandards. Viele junge Frauen stehen deshalb vermutlich dem Heiratsmarkt mit einem inneren Zielkonflikt gegenüber, da nur die Heirat mit einem gut verdienenden Ehemann die Opportunitätskosten ausgleichen kann, die bei der Geburt eines Kindes und der Aufgabe ihres Berufs entstehen werden.

Gut verdienende Männer sind wiederum überwiegend als Festangestellte beschäftigt, deren Anteil als Folge der Rezession innerhalb der Unternehmen stark zurück gefahren wurde. Diese Form der „Begrenzung regulärer Angestellter“ (*seishain no gentei*) sorgt dafür, dass die Arbeits-

stunden für jüngere Männer im familienfähigen Alter überbordend ansteigen sind (Kumazawa 2006: 42). Der Grund für die Mehrbelastung liegt darin, dass die operativen Kernaufgaben auf weniger Personal verteilt werden. Unter diesen Bedingungen ist eine partnerschaftliche Teilung der Haushaltspflichten kaum vorstellbar. In Frage gestellt werden muss daher die von Shirakawa beschriebene männliche Sozialisation durch eine Mutter als Hausfrau, die Ehemänner dazu verleite, ihren Anteil an den familiären Betreuungslasten zurückzufahren. Vielmehr ist die Unternehmenskultur in Japan nach wie vor zu wenig auf eine *Work-Life-Balance* ihrer Belegschaften orientiert.

Die in der Öffentlichkeit zunehmend beklagte mangelnde Kommunikationsfähigkeit japanischer Männer ist ebenfalls ein bemerkenswerter Faktor in der derzeitigen Heiratsentwicklung. Man muss sich fragen, ob eine Passivität nicht unter dem oben beschriebenen historischen Regelsystem der im weiteren Sinne arrangierten Ehen geradezu notwendig oder vorausgesetzt war. Die männliche Inaktivität fällt heute vermutlich deshalb negativ auf, weil unter den sozial erodierenden Ehestiftungssystemen die männliche Fähigkeit, sich aktiv an eine Partnerin anzunähern, eine gefragte Ressource geworden ist.

Insgesamt ist unter den oben genannten Faktoren, die das individuelle Heiratsverhalten beeinflusst haben, zu konstatieren, dass in der japanischen Gesellschaft institutionalisierte Praktiken, wie das „Kennenlernen am Arbeitsplatz“, einen regulierenden Rahmen bereit gestellt haben, der das individuelle Verhalten in der Partnerfindung standardisierte. Ob es unter den gegenwärtigen Arbeitsmarktstrukturen möglich ist, ein neues System der Partnerfindungsstrategien wie „aktive Partnersuche“ (*konkatsu*) zu etablieren, ohne den Individuen mehr Freiräume als Arbeitnehmer zuzugestehen, oder eine generell familienfreundlichere Arbeitswelt zu generieren, bleibt zu bezweifeln.

#### LITERATURVERZEICHNIS

- Atoh, Makoto (2000): Social Policies in Low-Fertility and Rapidly Aging Societies. The Case of Japan. In: Von Maydell, Bernd, Takeshi Shimomura und Kazuaki Tezuka (Hg.): *Entwicklungen der Systeme sozialer Sicherheit in Japan und Europa*. Berlin: Duncker & Humblot, S. 75–94.
- Genda, Yūji (2007): Jobless Youths and the NEET Problem in Japan. In: *Social Science Japan Journal*, 10, 1, S. 23–40.
- Genda, Yūji (2005): *A nagging sense of job insecurity. The new reality facing Japanese youth*. Tokyo: International House of Japan.
- Holdgrün, Phoebe (2011): Aiming for Equality in Japan: The Challenges

- of Implementing the (1999) Basic Law for a Gender-equal Society. In: Tsujimura, Miyoko und Jackie F. Steele (Hg.): *Gender Equality in Asia: Policies and Political Participation*. Sendai: Tohoku University Press, S. 71–90.
- Holthus, Barbara (2011): Child Care and Work-Life Balance in Low Fertility Japan. In: Coulmas, Florian und Ralph Lützelner (Hg.): *Imploding Populations in Japan and Germany*. Leiden: Brill, S. 203–228.
- Ishiguro, Kuniko (22.12.2008): Japanese Employment in Transformation: The Growing Number of Non-Regular Workers. In: *ejcjs, electronic journal of contemporary japanese studies*. <http://www.japanesestudies.org.uk/articles/2008/Ishiguro.html> (Zugriff am 09.11.2009).
- Iwakami, Mami *et al.* (2010): *Ima, kono Nihon no kazoku: Kizuna no yukue* [Die japanische Familie heute: die Zukunft der Bindung]. Tokyo: Kōbundō.
- Iwasawa, Miho und Fusami Mita (2005): Shokuen kekkon no seisui to mikonka no shinten [Der Niedergang der Heirat am Arbeitsplatz und der Anstieg der Unverheiratetenrate]. In: *Nihon Rōdō Kenkyū Zasshi* 535, S. 16–28. <http://www.jil.go.jp/institute/zassi/backnumber/2005/01/pdf/016-028.pdf> (Zugriff am 16.06.2012).
- Klein, Axel (2010): Niedrige Fertilität als politische Herausforderung: Eine neue Perspektive auf staatliche Steuerungsversuche im Feld der demographischen Entwicklung Japans. In: Chiavacci, David und Iris Wiczorek (Hg.): *Japan 2010. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft*. Berlin: Vereinigung für sozialwissenschaftliche Japanforschung, S. 99–122.
- Kosugi, Reiko (2008): *Escape from Work: Freelancing Youth and the Challenge to Corporate Japan*. Melbourne: Trans Pacific Press (übersetzt von Ross Mouer).
- Kumazawa, Makoto (2006): *Wakamono ga hataraku toki: „Tsukai suterare“ mo „moetsuki“ mo sezu* [Wenn junge Leute arbeiten: weder „ausnutzen“ noch „ausbrennen“]. Kyoto: Mineruva Shobō.
- Meyer, Thomas (2004): Die Familie im demografischen Wandel. In: Frevel, Bernhard (Hg.): *Herausforderung demografischer Wandel*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 58–74.
- MHLW, Ministry of Health, Labour and Welfare (2007): *Dai 4kai shakai hoshō shingikai – Jinkō kōzō no henka ni kansuru tokubetsu bukai, Shiryō 1–2* [Vierter Beratungsausschuss für soziale Sicherheit – Sondersektion für Wandel der Bevölkerungsstruktur, Daten 1–2]. <http://www.mhlw.go.jp/shingi/2007/01/s0126-3.html> (Zugriff am 26.05.2012).
- MIAC, Ministry of Internal Affairs and Communications (2005): *Population Census. 3. Marital Status*. <http://www.stat.go.jp/english/data/kokusei/2005/kihon1/00/03.htm> (Zugriff am 21.11.2012).
- MIAC, Ministry of Internal Affairs and Communications (1996–2008): *Sta-*

- istics Bureau, *Statistics, Historical Statistics of Japan, Chapter 2 Population and Households*. <http://www.stat.go.jp/data/chouki/zuhyou/02-04.xls> (Zugriff am 02.12.2012)
- MIAC, Ministry of Internal Affairs and Communications (2000): *Statistics Bureau, Population Census. 4. Marital status*. <http://www.stat.go.jp/english/data/kokusei/2000/kihon1/00/04.htm> (Zugriff am 21.11.2012).
- Nagase, Nobuko (2006): Japanese Youth's Attitudes towards Marriage and Child Rearing. In: Rebick, Marcus und Ayumi Takenaka (Hg.): *The Changing Japanese Family*. London, New York, NY: Routledge, S. 39–53.
- NIPSSR, National Institute of Population and Social Security Research (2008): *Dai 13 kai shusshō dōkō kihon chōsa. Kekkon to shussan ni kansuru zenkoku chōsa, dokushinsha chōsa no kekka gaiyō* [Der 13. Bericht zum Wandel der Geburtenrate. Gesamtjapanische Untersuchung zu Heirat und Geburt, Zusammenfassung der Ledigenbefragung]. [http://www.ipss.go.jp/ps-doukou/j/doukou13\\_s/Nfs13doukou\\_s.pdf](http://www.ipss.go.jp/ps-doukou/j/doukou13_s/Nfs13doukou_s.pdf) (Zugriff am 12.02.2012).
- Rebick, Marcus (2006): Changes in the Workplace and their Impact on the Family. In: Rebick, Marcus und Ayumi Takenaka (Hg.): *The Changing Japanese Family*. London, New York, NY: Routledge, S. 75–93.
- Rindfuss, Ronald R. (2004): The Family in Comparative Perspective. In: Tsuya, Noriko O. und Larry L. Bumpass (Hg.): *Marriage, Work, and Family Life in Comparative Perspective: Japan, South Korea, and the United States*. Honolulu (HI): University of Hawai'i Press, S. 134–144.
- Sakai, Junko (2003): *Makeinu no tōboe* [Das Heulen der Verliererhunde]. Tokyo: Kōdansha.
- Satō, Hiroki und Shizuko Koizumi (2007): *Fuantei koyō to iu kyojō: pāto, furitā, haken no jitsuzō* [Das falsche Bild der unsicheren Beschäftigung: die Realität der Teilzeitarbeit, Freeter und Leiharbeiter]. Tokyo: Keisō Shobō.
- Schad-Seifert, Annette (2002): (Ehe-)Paarhaushalt als Auslaufmodell? Die Debatte um die Parasiten-Singles in Japan. In: Pohl, Manfred und Iris Wieczorek (Hg.): *Japan 2001/2002 – Politik und Wirtschaft*. Jahrbuch des Instituts für Asienkunde, S. 228–253.
- Shirahase, Sawako (2010): Marriage as an Association of Social Classes in a Low Fertility Rate Society: Towards a New Theory of Social Stratification. In: Ishida, Hiroshi und David H. Slater (Hg.): *Social Class in Contemporary Japan: Structures, Sorting and Strategies*. London, New York, NY: Routledge, S. 57–83.
- Shirahase, Sawako (2005): *Shōshi kōrei shakai no mienai kakusa: Jendā, sedai, kaisō no yukue* [Die unsichtbaren Differenzen in einer kinderlosen und überalterten Gesellschaft: der Einfluss von Gender, Generation und Klasse]. Tokyo: Tokyo Daigaku Shuppankai.

- Shirakawa, Tōko (2002): *Kekkon shitakute mo dekinai otoko, kekkon dekite mo shinai onna* [Der Mann, der heiraten möchte und nicht kann, die Frau, die heiraten kann und nicht möchte]. Tokyo: Sanmāku Shuppan.
- Sodekawa, Yoshiyuki, Yukari Hanashima und Masahiro Morisumi (Hg.) (2005): *Heisei kakudai kazoku – dankai to dankai junia no kazokugaku* [Die ausgedehnte Heisei-Familie – Eine Familienstudie der Babyboom- und Post-Babyboom-Generation]. Tokyo: Dentsū.
- Tachibanaki, Toshiaki (2004): Social Security Reform in Japan in the Twenty-First Century. In: Tachibanaki, Toshiaki (Hg.): *The Economics of Social Security in Japan*. Cheltenham, Northampton (MA): ESRI Studies Series on Ageing, S. 12–42.
- Tsuya, Noriko O., Karen Oppenheim Mason und Larry L. Bumpass (2004): Views of Marriage among Never-Married Young Adults. In: Tsuya, Noriko O. und Larry Bumpass (Hg.): *Marriage, Work, and Family Life in Comparative Perspective: Japan, South Korea, and the United States*. Honolulu, HI: University of Hawai'i Press, S. 39–53.
- Weathers, Charles (2009): Nonregular Workers and Inequality in Japan. Review Article. In: *Social Science Japan Journal* 12, 1, S. 143–148.
- Yamada, Masahiro (2004): *Kibō kakusa shakai. „Make-gumi“ no zetsubōkan ga Nihon o hikisaku* [Gesellschaft der ungleichen Zukunftschancen: die Verzweiflung der „Verlierer“ spaltet Japan]. Tokyo: Chikuma Shobō.
- Yamada, Masahiro (2002): *Kazoku no ristorakuchuaringu: 21 seiki no fūfū, oyako wa dō ikinokoru ka* [Restrukturierung der Familie: Wie überdauern Paare und Eltern im 21. Jahrhundert]. Tokyo: Shinyōsha (1. Aufl. 1999).
- Yamada, Masahiro (2001a): Parasite Singles Feed on Family System. In: *Japan Quarterly* 48, 1, S. 10–16.
- Yamada, Masahiro (2001b): *Kazoku to iu risuku* [Das Risiko namens Familie]. Tokyo: Keisō Shobō.
- Yamada, Masahiro (1999): *Parasaito shinguru no jidai* [Das Zeitalter der Parasiten-Singles]. Tokyo: Chikuma Shobō.
- Yamada, Masahiro und Tōko Shirakawa (2008): „*Konkatsu*“ *jidai* [Das Zeitalter der „aktiven Heiratssuche“]. Tokyo: Diskabā Keisho.
- Yoshida, Akiko (2011): No Chance for Romance: Corporate Culture, Gendered Work, and Increased Singlehood in Japan. In: *Contemporary Japan* 23, 2, S. 213–234.
- Zaiki, Kazuo (2010): *Kekkonnan no shinka to konkatsu shien no hitsuyōsei* [Die Verschärfung der Heiratsschwierigkeiten und die Notwendigkeit einer Unterstützung der aktiven Ehepartnersuche]. In: *Shakai bunka ronshū* 11, (März), S. 133–209. [http://ir.lib.hiroshima-u.ac.jp/metadb/up/kiyo/AN10193440/HiroshimaPapers-SocCult\\_11\\_133.pdf](http://ir.lib.hiroshima-u.ac.jp/metadb/up/kiyo/AN10193440/HiroshimaPapers-SocCult_11_133.pdf) (Zugriff am 30.11.2012).

# JAPANS EINSAME ALTE – ALTERSSUIZID IN EINER SICH WANDELNDEN GESELLSCHAFT

Inger M. BACHMANN

## 1 EINLEITUNG

In Japan vollziehen sich gegenwärtig eine Reihe gesellschaftlicher Veränderungen, die starken Einfluss auf die Lebenssituation älterer Menschen haben. Dazu zählen Auswirkungen des demographischen Wandels, wie eine älter werdende Bevölkerung, die zudem im Alter länger gesund bleibt, oder auch Auswirkungen zunehmender Individualisierungstendenzen, die beispielsweise dazu führen, dass mehr Frauen erwerbstätig sind und sich die Formen des familialen Zusammenlebens wandeln. Diese Entwicklungen können indes gerade für die Lebenslage älterer Menschen im Ruhestand negative Folgen mit sich bringen. Deren Versorgung und die Gestaltung ihres Lebensabends erfolgt nun unter anderen Bedingungen, die nicht unbedingt erleichternd sind: Der Lebensabend währt länger, aber Betätigungsfelder, die diese Zeitspanne gestalten können, sind nur begrenzt vorhanden. Gleichzeitig schwindet die Bedeutung herkömmlicher Gruppenzugehörigkeiten, wie beruflicher und familiärer Netzwerke. Vereinsamung im Alter und Altersarmut nehmen im Zuge solcher Tendenzen als soziale Probleme in Japan immer größeren Raum ein. Vielen älteren Menschen kommt durch diese Entwicklungen zudem ein *ikigai*<sup>1</sup> (Lebenssinn) abhanden.

Eine mögliche Konsequenz aus diesen Veränderungen wäre, dass Menschen auch im hohen Alter ihren Platz in der Gesellschaft neu definieren und versuchen, neue Gruppenzugehörigkeiten und Betätigungsfelder zu erschließen. Das bedeutet, dass ein Lösungsansatz für diese, sich unter anderem aus Individualisierungstendenzen generierenden, Probleme ist, dass ältere Menschen sich ebenfalls weiter individualisieren, indem sie neue Kontakte knüpfen und Aktivitäten aufnehmen (van der Loo und van Reijen 1997: 34). Dass eine solche Entwicklung bislang jedoch nur unzureichend stattgefunden hat und im Gegenteil die Lage für viele der über 65-Jährigen sehr schwierig ist, zeigt sich an der auffällig hohen Sui-

---

<sup>1</sup> *Iki* übersetzt „Leben“; *kai/gai* übersetzt „Wirkung; Erfolg; Nutzen; Wert“. Der Terminus wird hier als Suffix gebraucht, das etwa ausdrückt „Wahrmachen von etwas, das man sich wünscht oder erhofft“ (Mathews 1996: 13).

zidrate, die in dieser Altersgruppe relativ gesehen am höchsten ist. Die japanische Regierung versucht dieser besorgniserregenden Tendenz mit Präventionsprogrammen zu begegnen.

Die Tatsache, dass sich die Suizidrate insbesondere bei den über 65-Jährigen in Japan jedoch seit über einem Jahrzehnt auf einem sehr hohen Niveau bewegt, legt die Vermutung nahe, dass die durch Regierung und Gebietskörperschaften implementierten Suizidpräventionsmaßnahmen der jüngeren Zeit noch nicht ausreichend auf die Bedürfnisse der Zielgruppe zugeschnitten waren und sind. Ausgehend von dieser These ist das Ziel des Beitrags herauszuarbeiten, erstens, welche Faktoren konkret suizidales Verhalten bei Japanern im Rentenalter beeinflussen und, zweitens, wie diese Faktoren bislang mit speziell für diese Altersgruppe vorgesehenen Suizidpräventionsmaßnahmen bekämpft werden. Daraus lässt sich, drittens, ableiten, welche Kriterien dieser Programme sich bei einer Evaluation als unzureichend erweisen. Der Beitrag gliedert sich wie folgt: Abschnitt 2 arbeitet Faktoren für Alterssuizidalität in Japan heraus. Abschnitt 3 stellt vor, wie die japanische Regierung mit der Alterssuizidproblematik umgeht und evaluiert zwei Fallbeispiele von Implementierungsmaßnahmen in ländlichen Regionen Japans. Das abschließende Kapitel fasst die Ergebnisse noch einmal zusammen und führt sie auf die Ausgangsthese zurück.

## 2 FAKTOREN FÜR ALTERSSUIZID IN JAPAN

Im Jahr 2010 nahmen sich im dreizehnten Jahr in Folge mehr als 30.000 Menschen in Japan das Leben. Die Suizidrate stieg im Jahr 1998 von zuvor 24.391 Fällen sprunghaft auf 32.863 an und bewegt sich seitdem auf diesem hohen Niveau (MHLW 2011: 3). Laut Statistik des japanischen Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Wohlfahrt wurden für das Jahr 2010 etwa 24,9 Suizide pro 100.000 Einwohnern (MHLW 2011: 3) ermittelt, deutlich mehr als in den meisten anderen OECD-Staaten.<sup>2</sup>

Viele Autoren beziehen sich bei der Untersuchung der hohen Suizidrate Japans auf kulturelle Hintergründe und argumentieren mit einer generellen „japanischen Neigung zum Suizid“ (Traphagan 2004a: 319).<sup>3</sup> So schreibt etwa Mamoru Iga (1986: 149), Japaner seien „generell empfäng-

---

<sup>2</sup> Zum Vergleich: Im selben Jahr hatte Deutschland eine Suizidrate von 12,3 pro 100.000 Einwohnern (Statistisches Bundesamt Deutschland 2012: 8). Die Durchschnittsrate der OECD-Länder belief sich im Jahr 2009 auf 11,3 (OECD 2011).

<sup>3</sup> Traphagan schreibt im Original über eine „Japanese proneness toward suicide on cultural grounds“ (2004a: 319).

lich für suizidale Wünsche“.<sup>4</sup> Dabei wird häufig übersehen, dass suizidale Menschen in Japan meist die gleichen Risikofaktoren aufweisen wie Suizidanten in anderen Ländern. In den meisten Suizidfällen spielen psychopathologische Verursachungs- und Belastungsfaktoren eine tragende Rolle. Dazu gehören psychische Störungen, ein Mangel an sozialen Kontakten und Unterstützung, familiäre Probleme, persönliche, berufliche oder finanzielle Verluste und nicht zuletzt hohes Alter und gegebenenfalls damit verbundene Perspektivlosigkeit. Denn wie nahezu weltweit<sup>5</sup> ist das Suizidrisiko auch in Japan bei älteren Menschen am höchsten. Im Jahr 2009 verteilte sich die Anzahl der gesamten Suizidvorfälle auf die verschiedenen Altersgruppen innerhalb der japanischen Bevölkerung wie in Abbildung 1 dargestellt.

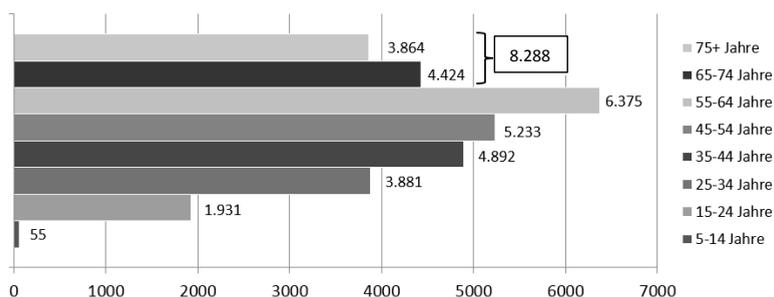


Abb. 1: Verteilung der Suizidvorfälle in Japan im Jahr 2009 nach Altersgruppe.

Quelle: MHLW (2011: 4).

Im Jahr 2010 verübten in der Altersgruppe der über 65-Jährigen 8.288 Personen Suizid (MHLW 2011: 4). Dies entspricht fast einem Drittel aller Suizide in Japan in diesem Jahr.

Zusätzlich beeinflusst die Altersstruktur der japanischen Bevölkerung die Gesamtsuizidrate des Landes. Als eine der ältesten Gesellschaften weltweit gibt es in Japan einen überdurchschnittlich hohen Anteil an alten Menschen. Damit steigen auch die Suizidzahlen insgesamt an, da Suizide

<sup>4</sup> „[...] they are generally susceptible to a suicidal wish“ (Iga 1986: 149).

<sup>5</sup> Zwar ist die absolute Zahl an Suiziden bei den unter 45-Jährigen höher als bei den über 45-Jährigen, doch die Suizidrate ist bei zwei Dritteln der Länder, aus denen die World Health Organisation (WHO) Daten erhält, in den oberen Altersgruppen höher (WHO 2002: 187–188).

in hohen Altersgruppen häufiger vorkommen.<sup>6</sup> Laut OECD machte die Gruppe der über 65-Jährigen im Jahr 2008 in Japan 22,1 Prozent aus und lag damit deutlich über dem OECD-Durchschnitt, der in diesem Jahr 14,4 Prozent betrug (OECD 2012: 39). Im Jahr 2010 waren bereits 23,1 Prozent der japanischen Bevölkerung älter als 65 Jahre (Cabinet Office, Government of Japan 2011: 2).

Durch diesen demographischen Wandel steigt der finanzielle Druck auf die Pflege- und Rentenversicherungssysteme kontinuierlich, da immer mehr Menschen über einen länger werdenden Zeitraum Empfänger von Rentenleistungen sind. Die Frage, wie mit den Problemen dieser alternden Gesellschaft umzugehen ist, bestimmt zunehmend den gesellschaftlichen und politischen Diskurs in Japan (Godzik 2009: 16–17). In den letzten Jahren entstanden infolgedessen eine Reihe von Studien über den Alltag und die gesellschaftliche Integration älterer Menschen (Cabinet Office, Government of Japan 2010: 16–23). Auch kam es zu einer Reihe von Reformen, die eine bessere gesundheitliche Versorgung alter Menschen gewährleisten sollten, allen voran die Einführung einer Langzeit-Pflegeversicherung (*kaigo hoken*) nach deutschem Vorbild im Jahr 2000 (MHLW 2002). Auch die Frage des Alterssuizids zählt zu den gesamtgesellschaftlich an Bedeutung gewinnenden dringlichen Problemen dieser wachsenden Bevölkerungsgruppe.

Ein wesentliches Merkmal suizidalen Verhaltens älterer Menschen ist, dass viele persönliche Probleme im Alter irreversibel wirken. Veränderungsperspektiven zu entwickeln ist darum häufig schwieriger als bei suizidgefährdeten Menschen jüngeren Alters (Erlemeier 2002: 255). Ältere Menschen haben darum meist ernsthaftere suizidale Gedanken und sind weniger ambivalent, wenn es um ihr Vorhaben geht (McIntosh *et al.* 1994: 142). Dies ist auch ein Grund, weshalb Suizidhandlungen alter Menschen selbst bei der Wahl sogenannter weicher Methoden<sup>7</sup> häufiger tödlich en-

---

<sup>6</sup> In bereinigten Statistiken der WHO, die demographische Faktoren mit einschließen, ergibt sich daher für Japan eine niedrigere Quote, die jedoch immer noch deutlich höher ist als der Durchschnitt unter den Industrienationen. Für Japan berechnet die WHO hier einen altersangepassten Wert (Suizidrate, bei der die demographische Struktur der Bevölkerung berücksichtigt wird) von 19,5 (Männer 28,0; Frauen 11,5). Allerdings hat man diesen Wert mit den Daten aus dem Jahr 1997, also vor dem immensen Anstieg in 1998 ermittelt. Zum Vergleich: für Deutschland ergab sich für das Jahr 1999 ein Wert von 14,3.

<sup>7</sup> Generell wird zwischen weichen und harten Methoden zur Selbsttötung unterschieden. Zu den weichen Methoden gehören Vergiftungen aller Art (durch Gase, Medikamente, Alkohol in Kombination mit Medikamenten, Putzmittel) sowie die passive Selbsttötung durch Verdursten oder Verhungern (Swientek 2008: 77). Zu den harten Methoden gehören Erhängen, Erdrosseln, Erschießen, Ertrinken, Sturz aus der Höhe (Erlemeier 2002: 42) sowie die Selbsttötung durch

den als bei jungen Menschen.<sup>8</sup> Therapeutische Ansätze, die etwa Menschen jüngerer oder mittleren Alters helfen könnten aus einer akuten Lebenskrise herauszukommen und neue Perspektiven für das eigene Vorankommen zu entwickeln, führen darum häufig bei älteren Menschen nicht zum gleichen Erfolg.

Die folgenden Abschnitte widmen sich den Einflüssen, die das Risiko für suizidale Handlungen im Alter erhöhen können. Dazu zählen, so die hier vorgelegte These, der Renteneintritt, Altersarmut, sich wandelnde Familienstrukturen sowie ein Mangel an *ikigai*.

### 2.1 Renteneintritt, Altersarmut und Familienstrukturen

Der demographische und soziale Wandel verschärft die strukturellen Rahmenbedingungen für die Lebensumstände alter Menschen in Japan und kann damit Suizidentscheidungen befördern.

Die Idee einer gesetzlichen Rentenversicherung ist in Japan noch sehr jung. Diese wurde erst im Jahr 1961 eingeführt<sup>9</sup> (MHLW 2004: 2) und ist ähnlich wie in Deutschland über ein Umlageverfahren<sup>10</sup> geregelt. Durch die derzeitige Veränderung des Alterslastquotienten<sup>11</sup> ist die Finanzierbarkeit und der Erhalt des Systems zunehmend gefährdet, da die Zahl der Einzahler sinkt, während die Zahl der Empfänger steigt. Lag der Alterslastquotient in Japan im Jahr 2000 noch bei 4,0 – das heißt vier Erwerbstätige finanzieren einen Rentner – so wird für 2015 eine Rate von 2,0 und schließlich von 1,3 für 2050 prognostiziert. Diesem finanziellen Druck auf das System wird derzeit unter anderem durch die Senkung des Alterslastquotienten in Form eines späteren Renteneintritts sowie parallel durch eine Erhöhung der Beitragszahlungen und einer Kürzung der Auszahlungen begegnet (Oshio 2008: 1099).

---

elektrischen Strom, Aufschneiden der Pulsadern (Verbluten) und Sich-Überfahrenlassen (Swientek 2008: 77).

<sup>8</sup> Eine weitere Ursache ist ein „bewusster Einsatz letaler Mittel“ (Erlemeier 2002: 20) aus der Hausapotheke, die häufig mit einer Reihe von Medikamenten nicht aufeinander abgestimmter Verschreibungen von verschiedenen Ärzten bestückt ist (Swientek 2008: 79).

<sup>9</sup> Weiterführende Literatur zur gesetzlichen Rentenversicherung in Japan findet sich unter anderem bei Oshio (2008) und Campbell (2008).

<sup>10</sup> Bei einem Umlageverfahren werden die Beitragszahlungen unmittelbar für die Finanzierung erbrachter Leistungen herangezogen, d.h. eine jüngere Generation von Beitragszahlern finanziert die Rentenversorgung der jeweils älteren Generation.

<sup>11</sup> Der Alterslastquotient bezeichnet das Verhältnis zwischen Einzählern und Empfängern in der gesetzlichen Rentenkasse (Oshio 2008: 1099).

Die Betroffenen spüren die Auswirkungen des geschwächten Systems schon jetzt. Viele japanische Senioren können nicht oder nur schlecht von ihren schmaler werdenden Rentensätzen leben. Laut OECD stieg die Armutsrate in Japan von 13,7 Prozent im Jahr 1994 auf 15,3 Prozent im Jahr 2000 und lag damit über der in anderen hochentwickelten Ländern. Unter den 66- bis 75-Jährigen lebten 19,5 Prozent an oder unter der Armutsgrenze, bei den über 76-Jährigen waren es sogar 23,8 Prozent (Fukawa 2008: 922). Diese Rate lag damit deutlich über dem OECD-Durchschnitt, der von der OECD anhand von Daten aus den Jahren 2000 bis 2005 auf 13,0 Prozent berechnet wurde (OECD 2008: 140).

In einer Befragung durch das Kabinettsbüro im Jahr 2008 gaben 26,4 Prozent der Befragten über 65 an, es sei schwierig (*very hard* oder *a little hard*) ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, während lediglich 8,5 Prozent antworteten, ihr Leben sei komfortabel (*very comfortable* oder *a little comfortable*) (Cabinet Office, Government of Japan 2009: 8). Finanzielle Sorgen werden unter den über 70-jährigen Suizidanten am dritthäufigsten und bei den 60–70-Jährigen sogar am zweithäufigsten als Grund für den Freitod genannt (MHLW 2011: 9).<sup>12</sup>

In seinem Aufsatz von 2008 bezeichnet Fukawa (2008: 922) die alternde Gesellschaft als Hauptursache für den Anstieg der Armutsrate. Die Erwerbstätigkeit unter Rentnern ist unter anderem aus diesem Grund schon jetzt wesentlich höher als in anderen Industriestaaten. Im Jahr 2005 belief sich die Erwerbstätigkeit bei den über 65-Jährigen in Japan auf 31,1 Prozent bei Männern und 13,2 Prozent unter Frauen (Meyer-Ohle 2008: 948).<sup>13</sup>

Gleichzeitig schwinden im Zuge des sozialen Wandels bislang als verlässlich verstandene Familienstrukturen. Diese erfüllen nun nicht mehr in dem vormaligen Ausmaß ihre versorgenden Funktionen für Senioren. Das gilt für Wohnformen, für Pflege und für gegenseitige finanzielle Unterstützung. Viele alte Menschen verweisen bei der Frage nach Zusammenhängen und Gründen für die hohe Rate an Alterssuiziden besonders auf diese gewandelten Familienstrukturen und die damit verbundene Haltung jüngerer Menschen gegenüber den Älteren (Traphagan 2004a: 322). Familiäre Probleme werden bei 60–70-jährigen Suizidanten als

---

<sup>12</sup> In allen Altersgruppen – außer bei den unter 20-Jährigen – wird die Gesundheit als häufigster Grund für den Suizid angegeben (MHLW 2011: 9). Bei der Datenerfassung wird jedoch nicht zwischen psychischen und physischen Leiden unterschieden (s. auch Abschnitt 2.2). Gerade in höherem Alter ist indes von einem Zusammenspiel beider Faktoren auszugehen.

<sup>13</sup> Zum Vergleich: Im selben Jahr lag die Erwerbstätigkeit deutscher Männer über 65 Jahren bei 4,4 Prozent und die der Frauen bei 1,8 Prozent (Meyer-Ohle 2008: 948).

dritthäufigster und bei den über 70-Jährigen sogar als zweithäufigster Grund für den Freitod genannt (MHLW 2011: 9) und spielen damit eine tragende Rolle bei der Alterssuizidthematik. Diese Probleme generieren sich nicht nur aus den schwindenden familiären Versorgungsstrukturen, sondern können sich auch auf grundsätzlich vorhandenes Konfliktpotential beziehen.

Mit der Einführung der Meiji-Verfassung (1889) im Zuge der Restauration des Jahres 1868 wurde das *ie*-Familiensystem, welches bis dato bei Samuraifamilien Anwendung fand, auf alle gesellschaftlichen Schichten ausgeweitet.<sup>14</sup> Dieses System verlangte, dass jeder Bürger als Teil eines *ie* registriert wurde (Traphagan 2004b: 36) und beinhaltete auch die Definition der Abhängigkeitsstrukturen innerhalb der Familie. So war beispielsweise die Abhängigkeit der älteren Familienmitglieder von den Jüngeren im *ie*-Familiensystem rechtlich festgeschrieben und infolgedessen gesamtgesellschaftlich akzeptiert. Menschen, die in den frühen Shōwa-Jahren<sup>15</sup> geboren wurden, wuchsen noch unter dem allgegenwärtigen Eindruck dieser Strukturen auf und waren entsprechend darauf eingestellt, im hohen Alter von ihren Nachkommen aufgenommen und versorgt zu werden (Traphagan 2004b: 38). Hierarchische Strukturen innerhalb der Familie spielten bis in die 1960er Jahre hinein eine wichtige Rolle. Ältere Menschen genossen als Familienoberhäupter ein hohes Maß an Respekt und in vielen Haushalten und ländlichen Gemeinschaften bestand gewissermaßen eine „Gerontokratie“ (Ogawa 2008: 148), also eine Herrschaft der Alten.<sup>16</sup>

Seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts haben sich diese Strukturen und die damit verbundenen Wertvorstellungen jedoch gewandelt. Mehrgenerationenhaushalte sind in Japan in den letzten Jahrzehnten seltener geworden. War es lange Zeit selbstverständlich, dass der älteste Nachkomme – in der Regel der älteste Sohn – die eigenen Eltern in seinen Haushalt mit aufnahm, so ist diese Art des Zusammenlebens, insbesondere im urbanen Japan, kaum noch anzutreffen. Hier ist ein Wandel von vertikalen Familienbeziehungen zwischen Vater und Sohn zu horizontalen Beziehungen, etwa zwischen Ehepartnern zu beobachten, bei dem die

---

<sup>14</sup> Als *ie* (Haus) wurde eine Gemeinschaft bestehend aus Großeltern, dem ältesten Sohn sowie dessen Frau und Kindern bezeichnet; aber auch bereits verstorbene Vorfahren fanden in Form eines Familienaltars im Haus Platz (Traphagan 2004b: 36).

<sup>15</sup> Die Shōwa-Zeit bezeichnet die Regierungszeit des Tenno Hirohito (1926–1989).

<sup>16</sup> Eine Struktur, die sich auch im Senioritätsprinzip auf dem japanischen Arbeitsmarkt (Dirks *et al.* 2000: 527) und in der politischen Kultur zeigt, wo sie mitunter als „Silberdemokratie“ (Uchida 1986 zitiert nach Coulmas 2007: 146) bezeichnet wird.

Kernfamilie die Stammfamilie verdrängt (Coulmas 2007: 42). So lebten 1960 noch 87 Prozent der Älteren bei ihren Nachkommen und deren Kindern im Haushalt (Mathews 1996: 14), während es 1990 weniger als die Hälfte aller über 65-Jährigen (MIAC 2012: 62) und im Jahr 2008 nur noch 18,5 Prozent waren (Cabinet Office, Government of Japan 2011: 6). In ländlichen Gebieten sind Dreigenerationenhaushalte zwar vergleichsweise häufiger anzutreffen, aber auch dort sind die Zahlen stark gesunken. Grund hierfür ist in erster Linie der vermehrte Wegzug jüngerer Menschen in die großen Städte, etwa für Ausbildung und Erwerbsleben (Ogawa 2008: 148–150). Die Alten wollen ihre langjährige Heimat dagegen meist nicht verlassen und bleiben in den Dörfern zurück. Sie sind dadurch bereits geographisch vom Leben der Jüngeren isoliert.<sup>17</sup> Diese Trennung ist für Senioren oft schmerzhaft, da für viele der eigene Nachwuchs mit Abstand der wichtigste Gesprächs- und Beratungspartner ist (57,8 Prozent), noch vor dem eigenen Ehepartner (34,0 Prozent) und den Ärzten (32,0 Prozent) (Ishigami *et al.* 2005: 174).

Inzwischen wird der Mehrgenerationenhaushalt dennoch von älteren Menschen immer seltener als Wunschvorstellung genannt (Traphagan 2004a: 325) und ist begleitet von der Sorge, der Familie im Alter zu sehr zur Last zu fallen. Ältere Leute neigen immer mehr dazu, sich mit ihren Kindern eher einen guten Kontakt in Form von regelmäßigen Besuchen und gemeinsamen Essen zu besonderen Anlässen zu wünschen als ein Leben unter demselben Dach (Cabinet Office, Government of Japan 2010: 7), denn auch durch das Zusammenleben selbst entstehen manchmal erst familiäre Probleme; Harmonie ist keineswegs garantiert. Oft genug herrscht ein eher distanziertes Nebeneinander, das von Konflikten belastet ist (Traphagan 2004a: 325). Unterschiedliche Wertvorstellungen führen zu Dissonanzen, vor allem zwischen Schwiegertochter (*yome*) und Schwiegereltern beziehungsweise Schwiegermutter (Traphagan 2004b: 30–31).<sup>18</sup>

---

<sup>17</sup> Nicht zuletzt sind es in einigen Regionen Japans schlichtweg sprachliche Probleme, die die Kommunikation zwischen Jung und Alt erschweren. Manche Enkelkinder – infolge ihres Großstadtlebens an das Hochjapanische gewöhnt – verstehen ihre Großeltern aufgrund deren starken regionalen Dialekts schlichtweg nicht (Traphagan 2004b: 30).

<sup>18</sup> In den meisten Fällen geht es hierbei um die unterschiedlichen Auffassungen von geschlechtsspezifischen Rollen – denn hier divergieren jüngere Frauen und ihre Schwiegereltern am meisten. Nach der herkömmlichen Vorstellung ist der älteste Sohn beziehungsweise dessen Familie für die Versorgung und Pflege der Älteren zuständig. Da dieser meist in Vollzeit arbeitet und somit wenig Zeit hat, fällt diese Aufgabe der angeheirateten Schwiegertochter zu (Formanek 2008: 331).

Für Senioren kann das Zusammenleben mit der jüngeren Generation – sofern überhaupt existent – deshalb Stress verursachen. Eine Fallstudie von Traphagan hat ergeben, dass ältere Frauen häufig andere Lebensformen bevorzugen, so auch das Wohnen allein. Gleichaltrige Männer dagegen möchten grundsätzlich nicht alleine leben (Traphagan 2004a: 325).<sup>19</sup> Allein lebende Senioren machen sich wiederum mehr Sorgen über die eigene Gesundheit, soziale Kontakte und die finanzielle Lage (Cabinet Office, Government of Japan 2010: 7). Unabhängig davon, ob das Getrenntleben von der Familie freiwillig gewählt oder den Umständen geschuldet ist, können sich Probleme wie Pflegeversorgung und Altersarmut hier verschärfen. Zusätzlich stehen Senioren in einem psychologischen Spannungsfeld zwischen ihren Wünschen, einen Platz in der Familie zu halten und nicht zur Last zu fallen sowie der Sorge um die Auswirkungen des sozialen Wandels. Älteren Menschen fällt es zunehmend schwer, in dieser Situation die eigene Rolle zu definieren und einen Platz in der Gemeinschaft zu finden. Das Wegbrechen von Versorgungsstrukturen und Gruppenzugehörigkeiten führt dazu, dass ältere Menschen ihre Identität und ihren Lebenssinn überdenken müssen, um mit den Veränderungen in ihrem Leben zurecht zu kommen.

### 2.2 *Ikigai – Aufgaben, soziale Netzwerke und Gesundheit im Alter*

Besonders für alte Menschen ist es nach Ansicht vieler Sozialwissenschaftler (Mathews 1996; Traphagan 2004b; Kobayashi 1989) wichtig, ein sogenanntes *ikigai* zu besitzen. Darunter kann eine Passion oder auch ein Hobby verstanden werden.

Die Diskussion um *ikigai* an sich ist kein neues Phänomen, erlebte jedoch in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts einen regelrechten „Boom“ (Mathews 1996: 14). Mehrere Buchveröffentlichungen zu diesem Thema und eine intensive Auseinandersetzung in den Medien zeugen davon. Als Grund für diesen verstärkten Diskurs wird die in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich gestiegene Lebenserwartung der Japaner angesehen.<sup>20</sup> Denn wenngleich das Vorhandensein eines *ikigai* für die Qualität des ganzen Lebens, auch in jüngeren Lebensjahren, als Vorausset-

---

<sup>19</sup> Der Grund hierfür ist wohl insbesondere darin zu sehen, dass Männer es häufig nicht gewohnt sind, für sich selbst zu sorgen und Aufgaben im Haushalt nicht übernehmen wollen oder können (Traphagan 2004a: 325).

<sup>20</sup> Im Jahr 1965 betrug die durchschnittliche Lebenserwartung in Japan für Männer 67,7 Jahre und für Frauen 72,9 Jahre, während für das Jahr 2009 von einer Lebenserwartung von 79,6 Jahren für Männer und 86,5 Jahren für Frauen ausgegangen wird (MIAC 2012: 70).

zung betrachtet wird, so spielt es gerade im hohen Alter eine besonders wichtige Rolle.

Umfragen haben ergeben, dass die meisten Männer ihre berufliche Tätigkeit als *ikigai* bezeichnen würden (Mathews 1996: 16). Die Rolle, die der Eintritt in die Rente für suizidales Verhalten spielt, kann nicht eindeutig quantifiziert werden (McIntosh *et al.* 1994: 66). Festgehalten werden kann aber, dass sich gerade in Japan viele Männer über ihren Beruf identifizieren und beim Erreichen des Rentenalters das Gefühl entwickeln, einen wichtigen Teil ihrer Identität zu verlieren. Dabei scheint nicht unbedingt der Verlust (*loss*) der Arbeit ein bestimmender Faktor zu sein, sondern eher der anhaltende Mangel (*lack*) an Arbeit beziehungsweise einer Aufgabe, die ihnen ein Gefühl des Nützlichseins vermittelt (McIntosh *et al.* 1994: 102). Der Gerontologe Robert C. Atchley unterteilt das Rentenalter in Phasen. Demnach sei die Phase direkt nach dem Eintritt in die Rente geprägt von Euphorie (*honeymoon period*); es folge eine Phase der Ernüchterung (*disenchantment*), mit der häufig auch Depressionen einhergehen können (Atchley 1994: 299–300).

So gibt es neben der finanziellen Not gerade für viele männliche Japaner weitere Gründe, auch im Rentenalter zu arbeiten. Schließlich ist die Idee der Rente – nicht nur in Japan – eine relativ junge Entwicklung und viele der heutigen japanischen Senioren sind noch mit der Vorstellung aufgewachsen, so lange zu arbeiten, bis sie es aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr können oder wollen (FAZ 08.07.2010). Immerhin 11,8 Prozent der älteren Befragten gaben in einer Studie im Jahr 2005 an, die Arbeit sei für sie Lebensinhalt (Meyer-Ohle 2008: 951). Jeder Fünfte der Befragten beantwortete die Frage, wo die Altersgrenze für die Rente liegen sollte, sogar damit, man solle sie doch am besten gleich ganz abschaffen (FAZ 08.07.2010). Frauen definieren sich dagegen seltener über den Beruf und sind häufiger in Aktivitäten und Netzwerke außerhalb ihres beruflichen Umfelds involviert (Traphagan 2000: 138). Sie neigen indes eher dazu, im eigenen Nachwuchs ihr *ikigai* zu sehen (Mathews 1996: 16).

Beide Wege stellen jedoch kein langfristig erfüllendes *ikigai* dar, da sie zeitlich begrenzt sind – die Arbeit durch das Erlangen des Rentenalters und die Kindererziehung durch den Auszug des Nachwuchses. Inzwischen haben japanische Männer nach Beginn des Ruhestandes durchschnittlich annähernd zwanzig Jahre zu leben. Frauen leben häufig sogar noch mehr als dreißig Jahre, nachdem das älteste Kind das Haus verlassen hat (Mathews 1996: 14). Der Autor Tsukasa Kobayashi schreibt in seinem Buch „*Ikigai*“ *to wa nanika – Jiko jitsugen e no michi* [Was ist „*ikigai*“? Der Weg zur Selbstverwirklichung], den Beruf als *ikigai* zu betrachten sei eine Illusion, da viele Männer glaubten, sich bei der Arbeit selbst zu verwirk-

lichen, was jedoch in den seltensten Fällen tatsächlich zutrefte (Matthews 1996: 16).

Besonders Männer, die etwa zwischen 1926 und 1935 geboren wurden, stehen vor diesem Problem, da sie über 40 Jahre ihres Lebens dem Beruf gewidmet haben und im Ruhestand mit ihrer Zeit oft nichts anzufangen wissen. Nicht selten werden diese Männer von ihren Frauen als „übergroßer Müll“ (*sodai gomi*) oder „feuchtes Laub, das sich nicht wegwischen lässt“ (*nure ochiba*) bezeichnet (Alexy 2007: 171). Höflicher ist da die Bezeichnung des „Ich-auch-Mannes“ (*washi otoko*) für Männer, die aufgrund von Ideen- und Orientierungslosigkeit ihrer Ehefrau überall hin folgen (Matthews 1996: 15).<sup>21</sup>

Auch ein gut ausgebautes soziales Netzwerk, das nicht allein auf die Familie beschränkt ist, kann mit dem Begriff des *ikigai* in Verbindung gebracht werden. Neben der Familie, die wesentlich für soziale Kontakte ist, sind auch Freundschaften und rege Kontakte zu den Nachbarn entscheidend für die Lebensqualität älterer Menschen. So zeigten Studien der japanischen Regierung, dass zwar ein Großteil der Senioren einen „Sinn im Leben“ (Cabinet Office, Government of Japan 2010: 18)<sup>22</sup> sieht, dieser jedoch in starkem Maße mit der Anzahl der Freunde und der Intensität der nachbarschaftlichen Beziehungen korreliert. Ist dies die Antwort bei über 80 Prozent der Befragten mit gut ausgebauten sozialen Netzwerken, so fällt diese Zahl bei Menschen ohne Freunde auf lediglich knapp über 40 Prozent (Cabinet Office, Government of Japan 2010: 18).

Eine Reihe von Studien hat belegt, dass das Vorhandensein eines *ikigai* auch eine maßgebliche Rolle bei der Vermeidung suizidaler Gedanken spielt. Die Neustrukturierung des Alltags, die durch den Eintritt in das Rentenalter, den Auszug der eigenen Kinder sowie ein von der jungen Generation unabhängiges Wohnen stattfindet, macht verstärkt die Suche nach einem *ikigai* außerhalb der Felder von Beruf und Familie notwendig.

---

<sup>21</sup> Eine weitere interessante Ausprägung dieses Phänomens ist die in jüngster Zeit stark angestiegene Zahl von Scheidungen im Alter (*jukumen rikon*), seit aufgrund einer Gesetzesänderung im Sommer 2007 Frauen im Falle einer Scheidung ein Anrecht auf bis zu 50 Prozent der Rentenbezüge ihrer Ex-Männer zugesprochen wurde (Alexy 2007: 170). Für diese Frauen – die in den meisten Fällen den Großteil ihrer Ehe als Hausfrauen oder in Teilzeitarbeit verbracht haben – bedeutet dies eine neue finanzielle Absicherung auch ohne eheliches Zusammenleben, die bis dato nicht gegeben war. Die Zahl der Scheidungen im höheren Alter ist seither angestiegen – und wird mehrheitlich von Frauen initiiert (*Yomiuri Shinbun* 19.10.2010).

<sup>22</sup> Die Antwort lautete entsprechend der Vorgaben auf dem Fragebogen „purpose is completely felt“ oder „purpose is more or less felt“ (Cabinet Office, Government of Japan 2010: 18).

Das Fehlen eines *ikigai* wird zudem häufig als Ursache für *boke* (geistige Verwahrlosung) und damit als Auslöser eines persönlichen Verfalls (Traphagan 2004b: 70) betrachtet. *Boke* wird mit Ignoranz, Faulheit und Trägheit im Alter in Verbindung gebracht; trägen Menschen wird häufig auch moralische Schwäche nachgesagt.

Der Begriff des *boke* lässt sich nicht eins zu eins ins Englische oder Deutsche übersetzen, überschneidet sich in seiner Bedeutung jedoch mit Senilität, Altersdemenz und Krankheitsbildern wie Alzheimer. Der Begriff *boke* wird allerdings auch generell mit hohem Alter in Verbindung gebracht. Anders als medizinisch nachweisbare Krankheiten oder auch das Nachlassen mentaler und physischer Fähigkeiten, die im Alter unvermeidbar sind, wird das Phänomen des *boke* oft als vom Betroffenen beeinflussbar angesehen.<sup>23</sup> Anders als bei der – vermutlich gängigeren – Ansicht, dass Senioren aufgrund des Rückgangs mentaler und physischer Fähigkeiten nicht mehr am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können, wird bei *boke* die bewusste Desintegration durch Nicht-Partizipation an sozialen Aktivitäten als Ursache für den Rückgang der Mobilität – sowohl physisch als auch psychisch – angenommen.

Gesundheitliche Probleme einschließlich psychischer Erkrankungen<sup>24</sup> werden in fast allen Altersgruppen<sup>25</sup> als häufigster Grund für einen Suizid gelistet. Gerade in sehr hohem Alter ist der gesundheitliche Zustand – sowohl physisch als auch psychisch – meist eingeschränkt, so dass hier eine Korrelation zur hohen Suizidrate naheliegt.

Depressionen, die erst im Alter auftreten, lassen sich seltener durch therapeutische Ansätze behandeln, die ähnlich denen der jüngeren Menschen sind. Die Probleme der Betroffenen sind oft irreversibel und Veränderungsperspektiven lassen sich nur schwer entwickeln (Erlemeier 2002: 255). Dennoch sind *depression screenings* und Gespräche mit Psychologen häufig Bestandteil gegenwärtiger Suizidpräventionsmaßnahmen für ältere Menschen. Ein wichtiger Lösungsansatz ist dabei, diese Maßnahmen mit Angeboten zu kombinieren, die den Verlust eines *ikigai* aufgreifen und Gegenmaßnahmen vorschlagen. Der folgende Abschnitt stellt anhand von zwei Fallbeispielen auf der kommunalen Ebene Maßnahmen dieser Art vor und evaluiert diese kritisch.

<sup>23</sup> Wichtig ist die Unterscheidung zwischen *boke* und dem medizinisch nachweisbaren *chihō* (Demenz). *Boke* ist nicht klar medizinisch erfasst und in seiner Bedeutung zu vage umrissen, während *chihō* als klare Diagnose durch den Arzt gestellt werden kann (Traphagan 2000: 136).

<sup>24</sup> Zu dem genannten Motiv Gesundheit (*kenkō*) zählen somit auch Depressionen, über deren Ursprung nichts Genaueres bekannt ist (MHLW 2011: 9).

<sup>25</sup> Einzige Ausnahme bildet die Gruppe der unter 20-Jährigen. Hier werden Schulprobleme (*gakkō*) als häufigster Grund genannt (MHLW 2011: 9).

### 3 PRÄVENTIONSMASSNAHMEN

Die japanische Regierung begreift die insgesamt konstant zahlreichen Suizidfälle zunehmend als eines der wichtigsten gesellschaftlichen Probleme des Landes und versucht, dem Problem mit Aufklärungs-, Präventions- und Interventionsmaßnahmen entgegenzuwirken (MHLW 2008: 1; *Nihon Keizai Shinbun* 01.10.2010). Im Jahr 2000 wurde im Rahmen des *Health Promotion 21 Project*<sup>26</sup> ein festes Budget zur Suizidbekämpfung festgelegt, das seitdem kontinuierlich erhöht worden ist (Takeshima *et al.* 2008: 4). Im Jahr 2006 kündigte der damalige Premierminister Jun'ichirō Koizumi (2001–2006) an, die Suizidrate bis zum Jahr 2016 deutlich senken zu wollen (MHLW 2008: 1). Allerdings ist seither kein Rückgang, sondern eher ein leichter Anstieg der Fälle zu verzeichnen, insbesondere unter alten Menschen. Einen wesentlichen Schritt bei den politischen Bemühungen stellte die Einführung des *Basic Act on Suicide Countermeasures* (*Jisatsu taisaku kihon-hō*) dar, welches im Jahre 2006 von der japanischen Regierung verabschiedet wurde (Cabinet Office, Government of Japan 2006). Das Gesetz basiert auf dem Grundgedanken, dass Menschen in den Suizid getrieben werden und ein Selbstmord nicht primär einem individuellen, freien Willen entspringt. Es sei darum die Pflicht der Regierung, der Gebietskörperschaften, Institutionen und nicht zuletzt eines jeden Einzelnen, geeignete Gegenmaßnahmen einzuleiten und aktiv an der Prävention weiterer Suizide mitzuwirken (Kaga 2009: 20). Der Gedanke, dass ein *ikigai* für ein erfülltes Leben unerlässlich ist, nimmt eine zentrale Rolle im Gesetz ein: Die Bedeutung des Lebenssinns wird gleich im ersten Paragraphen hervorgehoben. Ziel der zu implementierenden Maßnahmen ist, den Betroffenen aller Altersgruppen den Weg zu einem gesunden Leben mit einem ausgeprägten Lebenssinn als Teil der Gesellschaft zu ebnet (Cabinet Office, Government of Japan 2006).<sup>27</sup> Das Gesetz spezifiziert indes nicht näher, wie diese Maßnahmen aussehen sollen und was unter einem *ikigai* verstanden werden kann. Genauerem Aufschluss darüber, wie Staat und Gebietskörperschaften die hohe Suizidrate bekämpfen und dabei *ikigai* besondere Beachtung schenken, geben *policy*-Programme mit unterschiedlichen Strategien.

---

<sup>26</sup> Es handelt sich dabei um ein umfassendes Präventionsprogramm des Ministeriums für Gesundheit, Arbeit und Wohlfahrt (*Kōsei rōdō-shō*), in dessen Zentrum Kampagnen für ein gesünderes Leben stehen, die insbesondere eine ausgewogene Ernährung propagieren sowie Initiativen gegen das Rauchen und zur Förderung sportlicher Aktivitäten unterstützen und Maßnahmen für eine noch bessere psychologische Betreuung der Bevölkerung vorschlagen (MHLW 2008).

<sup>27</sup> Im japanischen Originaltext heißt es: „*Kokumin ga kenkō de ikigai o motte kurasu koto no dekiru shakai* [...]“ (Cabinet Office, Government of Japan 2006).

Beispielhafte Initiativen, die im Vorfeld der Verabschiedung des *Basic Act on Suicide Countermeasures* entstanden sind und sich insbesondere an ältere Menschen mit suizidalen Gedanken in ländlichen Regionen richteten, sind etwa das Programm *SUPPRESS (SUicide Prevention PROgramm of Education and Social Support)* in Nagawa (Präfektur Aomori) und ein Programm für gezielte Gruppenaktivitäten in Yuri (Präfektur Akita) (Ono *et al.* 2001: 606; Oyama *et al.* 2005: 340). Beide Programme sind in ländlichen Gemeinden umgesetzt worden, die einen relativ hohen Anteil alter Bewohner und eine sehr hohe Suizidrate in der Gruppe der über 65-Jährigen aufweisen.

Das *SUPPRESS*-Programm wurde in den Jahren 1999 bis 2004 im Minami-Distrikt der Stadt Nagawa<sup>28</sup> im ländlichen Aomori im Norden Honshus implementiert. In Nagawa betrug der Anteil der über 65-Jährigen 25,3 Prozent und die Suizidrate in dieser Altersgruppe lag bei 403,6 auf 100.000 Menschen (Oyama *et al.* 2006: 111). Eine quasi-experimentelle Evaluation des Programms<sup>29</sup> erfolgte über zwei Zeitspannen zu je sechs Jahren, von Januar 1993 bis Dezember 1998 als Referenzzeitraum und für die darauf folgende Implementierung von Januar 1999 bis Dezember 2004. Über den gesamten Zeitraum (1993 bis 2004) bestand die Zielgruppe aus über 65-Jährigen in drei statistisch identischen Kohorten – einer Interventions-Kohorte und zwei Referenz-Kohorten (Oyama *et al.* 2006: 110).

Das *SUPPRESS*-Programm zielte in erster Linie darauf ab, Depressionen frühzeitig zu erkennen und sich mit Lebenskrisen der Betroffenen auseinander zu setzen, die suizidale Gedanken oder Handlungen hervorbringen können. Es bestand aus einem *depression screening* mit Hilfe von Fragebögen, einer Bewertung des psychischen Gesundheitszustands durch einen ausgebildeten Mediziner sowie Arbeitsgruppen zur mentalen Gesundheit und monatlich stattfindenden Gruppenaktivitäten für Senioren, wie etwa Blumenstecken (*ikebana*) oder Töpferarbeiten.

Die Untersuchung des Programms der gezielten Gruppenaktivitäten in Yuri<sup>30</sup> erfolgte über zwei Phasen von je acht Jahren, mit dem Referenzzeit-

---

<sup>28</sup> Nagawa existiert inzwischen nicht mehr als eigenständige Kleinstadt. Sie wurde am 17. März 2005 mit dem benachbarten Fukuchi zusammengelegt und schließlich am 1. Januar 2006 zu einem Teil der Stadt Nanbu. Seit der Einführung des *Basic Act on Suicide Countermeasures* stehen die Präfekturen und Kommunen verstärkt in der Verantwortung, Suizidpräventionsmaßnahmen zu implementieren. In Nanbu (Aomori) werden zu diesem Zweck etwa weiterhin Gruppenaktivitäten und *depression screenings* für Ältere gefördert (Aomori Prefectural Government 2007).

<sup>29</sup> Dazu beispielsweise Oyama *et al.* (2006).

<sup>30</sup> Auch Yuri existiert inzwischen nicht mehr als eigenständige Stadt, sondern wurde am 22. März 2005 mit mehreren umliegenden Städten zusammengelegt und heißt nun Yurijonjō.

raum von Januar 1987 bis Dezember 1994 und der darauf folgenden Implementierung von Januar 1995 bis Dezember 2002. Yuri hatte zu Beginn der Maßnahme 6.817 Einwohner, von denen 19,1 Prozent über 65 Jahre alt waren. Die Suizidrate unter den über 65-Jährigen lag bei 291,4 auf 100.000 Einwohner (Oyama *et al.* 2005: 339). Über den gesamten Zeitraum (1987 bis 2002) bestand die Zielgruppe aus über 65-Jährigen in zwei statistisch identischen Kohorten: einer Interventions-Kohorte und einer Referenz-Kohorte.

Die Schwerpunkte der Gruppenaktivitäten in Yuri lagen in erster Linie darauf, die soziale Vernetzung zwischen den Teilnehmern zu verbessern und die Senioren intensiver in das gesellschaftliche Leben einzubetten. Unter der Prämisse, dass Vereinsamung und Verwahrlosung ursächlich für die Entstehung einer Depression sind, sollte prophylaktisch interveniert werden.

Beide vorgestellten Fallbeispiele greifen das Konzept des *ikigai* auf. Es wird davon ausgegangen, dass sowohl als sinnvoll empfundene Aktivitäten als auch die soziale Vernetzung beim Ausüben dieser Aktivitäten in einer Gruppe zur Entwicklung eines Lebenssinns beitragen können. Auffällig ist bei beiden Programmen, dass deutlich mehr Frauen als Männer regelmäßig an den Angeboten teilnahmen<sup>31</sup> und in beiden Fällen zwar ein Rückgang der Suizidvorfälle bei Frauen beobachtet werden konnte, jedoch keine Veränderung bei den Männern (Oyama *et al.* 2006: 111, Oyama *et al.* 2005: 341).

Die *Realistic Evaluation* der Autorin (Bachmann 2010) auf der Grundlage von Daten aus quasi-experimentellen Evaluationen ermöglicht eine differenzierte Einschätzung des Erfolgs dieser Programme. Bei einer *Realistic Evaluation* ist das vordergründige Ziel, sogenannte problemlösende Mechanismen über den bloßen *outcome* einer Maßnahme hinaus zu identifizieren (Pawson und Tilley 1997: 65–66).<sup>32</sup> Die folgenden Abschnitte

---

<sup>31</sup> Die Verantwortlichen des *SUPPRESS*-Programms gingen davon aus, dass etwa 80 bis 95 Prozent der Frauen und etwa 60 bis 89 Prozent der Männer am *depression screening* teilgenommen hatten. An der zweiten Runde, die ein Gespräch mit einem medizinischen Experten beinhaltete, nahmen 28 bis 42 Prozent der Männer und 62 bis 88 Prozent der Frauen teil (Oyama *et al.* 2006: 111). Über die genauen Teilnehmerzahlen an den Gruppenaktivitäten in Yuri wurden keine Angaben gemacht, jedoch ließ sich auch hier beobachten, dass die Suizidrate unter den weiblichen Bewohnern während der Implementierungsphase sank, wohingegen sich bei den Männern keine Veränderung feststellen ließ (Oyama *et al.* 2005: 341).

<sup>32</sup> Das Konzept der *Realistic Evaluation* wurde 1997 von Ray Pawson, Professor für *Social Research Methodology* an der University of Leeds und Nick Tilley, derzeit Gastprofessor am Institute for Crime Science am University College London vorgestellt. Bei diesem Ansatz werden Programme als „gedankliche Konzepte“

stellen die Ergebnisse der *Realistic Evaluation* dieser beiden Fallbeispiele vor.

Oyama *et al.* (2006: 112) erklären den größeren Erfolg der Maßnahmen bei Frauen damit, dass Frauen stärker an den Programmen – insbesondere an den Gruppenaktivitäten – teilgenommen haben. Dabei ist die stärkere Teilnahme nicht allein ein erklärender Bestandteil, sondern eher ein Faktor, der selbst einer Erklärung bedarf und Aufschlüsse über das erfolgreiche Wirken der Programmideen in dieser Gruppe liefern kann.

Die Programme zielten darauf ab, problemverursachende Mechanismen, wie etwa die soziale Isolation und damit einhergehenden Mangel an Gesprächspartnern, sowie Lebensunlust aufgrund eines nicht vorhandenen *ikigai*, zumindest in Teilen durch eine Reihe von problemlösenden Mechanismen zu ersetzen. Durch die Aktivitäten in der Gruppe sollten der Zielgruppe neue Beschäftigungsmöglichkeiten geboten oder auch neue Interessen geweckt werden, um für die einzelnen Teilnehmer ein neues *ikigai* zu finden. Zu diesem Zweck könnte gleichermaßen die Bereitstellung beziehungsweise der Ausbau eines sozialen Netzwerks eine tragende Rolle gespielt haben. Die Maßnahmen richteten sich also mittels verschiedener Schwerpunkte darauf, einen Lebenssinn bei der Zielgruppe aufzubauen.

Sowohl die Ausgangssituation als auch die Gestaltung der Programme legen die Vermutung nahe, dass Frauen einen leichteren Zugang zur Teilnahme finden konnten und sich von den Inhalten der Programme eher angesprochen fühlten. Dies kann darin begründet liegen, dass Frauen ohnehin oft über ein besser ausgebautes soziales Netzwerk verfügen als Männer und es leichter haben, sich neuen Gruppen anzuschließen, da sie häufig auch schon in jüngeren Jahren Freizeitaktivitäten außerhalb ihres Berufslebens wahrnehmen konnten. Die Hobbies wechseln für gewöhnlich mit dem Alter, doch in den meisten Fällen ist eine Aktivität außerhalb ihrer Arbeit für viele Frauen schon früher ein fester und anhaltender Bestandteil des Lebens (Traphagan 2000: 138).

Männer scheinen zu den vorgestellten Programmen weder einen leichteren Zugang gehabt noch auf die Inhalte der Maßnahmen wirkungsvoll angesprochen zu haben. Ein Grund für die geringere Teilnahme sowie den nicht vorhandenen Implementierungserfolg bei Männern könnte in

---

(Beywl, zitiert nach Flick 2006: 102) betrachtet, die für bestimmte Subjekte unter bestimmten Voraussetzungen in bestimmten Situationen funktionieren oder nicht funktionieren (Flick 2006: 102). Pawson und Tilley kritisieren bei quasi-experimentellen Modellen die starke Konzentration auf statistische Zusammenhänge statt inhaltlicher Zusammenhänge. Es gäbe darum, so Pawson und Tilley, bei quasi-experimentellen Modellen „[...] no requirement to understand how a programme works“ (Pawson und Tilley 1994: 294).

den unterschiedlichen Kontexten von älteren Männern und Frauen zu finden sein. Kontext bezeichnet im Rahmen einer *Realistic Evaluation* nicht nur die physische Verfassung einer Person, sondern auch ihre eigenen Wert- und Lebensvorstellungen. Für Männer spielen in vielen Fällen andere Probleme eine Rolle, die allein durch Unterhaltung in Form von Gruppenaktivitäten nicht bedient werden können. Der Problemmechanismus bei Männern resultiert, stärker noch als bei Frauen, aus dem Verlust einer Aufgabe im Leben – die zuvor vor allem die Form der Erwerbsarbeit angenommen hatte. Dies kann durch die Gruppenprogramme nicht einfach gelöst werden.<sup>33</sup>

Sowohl bei Teilnehmerstrukturen als auch bei dem *outcome* weisen die als Fallbeispiele vorgestellten Programme geschlechterspezifische Unterschiede auf. Darüber hinaus zeigt vor allem das *depression screening* aus dem *SUPPRESS*-Programm in Nagawa strukturelle Schwächen, die an dem Ausmaß des Präventionserfolges zweifeln lassen. Das Programm war – wie jede Maßnahme – auf eine möglichst hohe Beteiligung durch die Zielgruppe angewiesen. War die Teilnahmebereitschaft<sup>34</sup> für das *screening* im ersten Schritt noch relativ hoch, so sank sie auf der zweiten Stufe beträchtlich. Es scheint, dass sich die Zielgruppe insgesamt auch geschlechtsunabhängig von diesem Programmangebot nicht, oder nur in kleinen Teilen, angesprochen fühlte und die erwünschte Problemlösung aufgrund mangelnder Teilnahmebereitschaft nicht einsetzen konnte. Das *SUPPRESS*-Programm zielte überdies vor allem darauf ab, mit der Diagnose und Behandlung von Altersdepressionen lediglich die Symptome eines Problems zu kurieren, nicht jedoch dessen Ursachen (Dörner 1992: 109).<sup>35</sup> Andere Untersuchungen kommen zu ähnlichen Ergebnissen und

---

<sup>33</sup> Unabhängig von der unterschiedlichen Teilnahmebereitschaft bei Männern und Frauen verweisen Oyama *et al.* (2005: 343) auch auf die stärkere Impulsivität der Handlungen bei Männern. Faktoren wie Aggressionen und Suchterkrankungen wie Alkoholismus, unter denen Männer häufiger als Frauen leiden und die impulsive Suizidhandlungen begünstigen, werden durch die vorgestellten Programme nicht oder nur unzureichend berücksichtigt.

<sup>34</sup> Die Vollzugsträger der Programme gehen davon aus, dass etwa 30 bis 39 Prozent der weiblichen Teilnehmer der *depression screenings* als positiv in Bezug auf das Vorhandensein einer Depression eingestuft wurden. Bei den teilnehmenden Männern wurden 20 bis 29 Prozent als positiv eingestuft. Im zweiten Schritt (Gespräch mit einem medizinischen Experten) wurden nur fünf bis 16 Prozent der männlichen Teilnehmer als positiv eingestuft, gegenüber 22 bis 35 Prozent der Frauen. Nur ein sehr geringer Prozentsatz (ein bis drei Prozent bei den Männern und vier bis sechs Prozent bei den Frauen) nahm an einem Folgegespräch teil (Oyama *et al.* 2006: 111).

<sup>35</sup> Eine Behandlung, die nur die Symptome eines Problems aufgreift, würde indes dazu führen, dass das Problem nur oberflächlich und temporär gelöst wird und darum immer wieder auftauchen kann (Dörner 1992: 107–109).

sehen in Suizidpräventionsmaßnahmen, die sich allein auf den Bereich der psychischen Gesundheit und die Früherkennung von Depressionen konzentrieren, keine erfolgversprechenden Maßnahmen (Chen, Choi und Sawada 2008: 4). Die Programme in der Gemeinde Yuri gingen zwar prophylaktisch vor, wiesen aber dennoch die oben genannten Schwachstellen auf. Depressionen im Alter sind unumstritten ein häufig auftretendes Problem und begünstigen suizidales Verhalten. Die hier vorgestellten Programmbeispiele stellen dabei auf unterschiedliche Weise Maßnahmen in den Mittelpunkt, die zur Entdeckung eines neuen Lebenssinns beitragen sollen. Der *outcome* ist in beiden Fällen stark geschlechtsabhängig. Implementierungserfolg hängt außerdem von der prophylaktischen oder rehabilitativen Ausrichtung von Maßnahmen ab, wobei die hier gezeigten Fallbeispiele keinen stark unterschiedlichen Erfolg in dieser Hinsicht aufwiesen.

#### 4 FAZIT

Der vorliegende Beitrag hat gezeigt, wie demographischer, struktureller und gesellschaftlicher Wandel sich auf das suizidale Verhalten älterer Menschen in Japan auswirkt, mit welcher richtungsweisenden Gesetzgebung die japanische Regierung und mit welchen konkreten Maßnahmen lokale Initiativen bislang diesem Problem zu begegnen versuchen, und aus welchen Gründen die Wirksamkeit dieser Programme als unzureichend evaluiert werden kann.

Als Faktoren, die Suizidverhalten im Alter begünstigen, konnten neben soziostrukturellen Problemen, wie einer prekären finanziellen Lage und sich durch Individualisierung wandelnde familiäre Versorgungsverhältnisse, vor allem der Verlust eines *ikigai*, eines Lebenssinns, ausgemacht werden.

Bisherige Suizidpräventionsmaßnahmen greifen häufig auf der medizinischen Ebene ein und legen den Fokus auf die Erkennung von Depressionen. Damit können jedoch lediglich die Symptome, nicht aber die Ursachen von Depressionen behandelt werden (Dörner 1992: 109). Wirksame prophylaktische Maßnahmen sind nicht einfach zu erzielen. Die durch verschiedene Einflüsse – Vereinsamung und Isolation sowie das Gefühl der Nutzlosigkeit – entstandenen Probleme erscheinen im Alter oft irreversibel und erschweren die Entwicklung von Veränderungsperspektiven (Erlemeier 2002: 255). Präventionsmaßnahmen, die über die rein medizinische Ebene hinausgehen und etwa die Bildung eines *ikigai* und eines sozialen Netzwerks fördern, können hier eventuell Abhilfe schaffen.

Obwohl die untersuchten Fallbeispiele solche Maßnahmen für mehr *ikigai* mit umfassen, bestätigen sie dennoch die Ausgangsthese, dass gegenwärtige Suizidpräventionsmaßnahmen für ältere Menschen unzureichend auf die Bedürfnisse der Zielgruppe zugeschnitten sind und nur mäßigen Erfolg in der Prävention von Suiziden vorweisen können. Dies zeigt sich besonders, wenn man bei der Evaluation der Programme die Gender-Kategorie mit einbezieht. Bei Frauen scheinen die Gruppenaktivitäten zumindest in einem gewissen Maß eine positive Wirkung hervorzurufen. Frauen verfügen häufig über ein ausgeprägteres soziales Netzwerk als Männer und haben ihr vormaliges *ikigai* weniger über eine Identifikation mit dem Beruf bezogen. Die angebotenen Aktivitäten rufen bei ihnen eher Resonanz hervor. Männer dagegen scheinen sich durch die Beispielprogramme, die in erster Linie auf Gesprächsrunden und Hobbyaktivitäten ausgelegt sind, weniger angesprochen zu fühlen, da sie ihnen nicht die gleiche Identifikation als Mitglied einer Gruppe vermitteln können, wie etwa ihr Beruf es zuvor tat. Für sie scheint ein solches Angebot weniger die Funktion zur Generierung eines *ikigai* erfüllen zu können, als es für Frauen der Fall ist.

Bisherige Suizidpräventionsprogramme haben, wie mittels der Fallbeispiele exemplarisch vorgeführt, das Problem der gesellschaftlichen Isolation älterer Menschen also offenbar nur unbefriedigend aufgefangen und waren wenig erfolgreich bei der Generierung von *ikigai*. Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und einem weiterhin steigenden Bevölkerungsanteil der über 65-Jährigen und bei anhaltenden Faktoren, die Alterssuizid auslösen können, ist es zunehmend wichtig, wirkungsvoll dem Suizidverhalten in dieser Altersgruppe vorzubeugen. Dies kann durch eine bessere gesellschaftliche Einbindung und mehr Eigenengagement älterer Menschen gefördert werden. Wenn Individualisierungsentwicklungen in der Modernisierung Japans die Lebensumstände alter Menschen verändert haben, könnte es auch gerade diese Individualisierung sein, die den Senioren ermöglicht, sich neue Gruppenzugehörigkeiten und Betätigungsräume zu erschließen, um sich ein neues *ikigai* zu schaffen. Alte Menschen sind nicht mehr die alleinigen Respektpersonen in der Familie, doch sie müssten auch nicht allein Empfänger von Fürsorge sein. Maßnahmen für Suizidprävention könnten differenzierter auf die heterogenen Bedürfnisse der Zielgruppe zugeschnitten werden sowie potentiell an diese neue Rollenentwicklung anknüpfen und sie unterstützen. Vielversprechende Bereiche sind dabei die Weiterführung oder Wiederaufnahme einer Erwerbstätigkeit und die Freiwilligenarbeit. Die japanische Regierung hat dieses Potential erkannt und setzt verstärkt Anreize dafür. Beispielsweise vermitteln die staatlich geförderten Silver Human Resources Center (SHRC, Shiruba jinzai sentā) alten Menschen Teil-

zeitstellen und geringfügige Beschäftigungen (ZSJC 2010). Das bereits 1995 implementierte *Basic Law on Measures for the Aging Society* (*Kōrei shakai taisaku kihon-hō*) legt wiederum fest, dass älteren Menschen eine aktive gesellschaftliche Teilhabe insbesondere auch in Form einer Erwerbstätigkeit ermöglicht werden muss (Cabinet Office, Government of Japan 1995; Paulsen 2009: 132). Für einen erfolgversprechenden *outcome* dieser Ansätze werden neben der Regierung vor allem Akteure aus der Zivilgesellschaft und Non-Profit-Organisationen eine wichtige Rolle spielen. Hier eröffnen sich neue Möglichkeiten für Senioren, sich individuell nach eigenen Kräften und Vorlieben neuen Gruppen anzuschließen und Wege zu einem *ikigai* an ihrem Lebensabend zu beschreiten.

#### LITERATURVERZEICHNIS

- Alexy, Allison (2007): *Deferred Benefits, Romance, and the Specter of Later-Life Divorce*. In: Backhaus, Peter (Hg.): *Familienangelegenheiten. Japanstudien 19. Jahrbuch des Deutschen Instituts für Japanstudien*. München: iudicium, S. 169–188.
- Aomori Prefectural Government (2007): *Nanbu kokoro no kenkō zukuri no torikumi* [Initiativen zur Förderung der psychischen Gesundheit in Nanbu]. <http://www.pref.aomori.lg.jp/soshiki/kenko/kkenkofu/files/1909nanbu.pdf> (Zugriff am 21.11.2012).
- Atchley, Robert C. (1994): *Social Forces & Aging: An Introduction to Social Gerontology*. Belmont, CA: Wadsworth Publishing (7. Aufl.).
- Bachmann, Inger Maleen (2010): *Alterssuizidalität in Japan – eine politikwissenschaftliche Analyse der Hintergründe und aktueller Präventionsmaßnahmen*. Unveröffentlichte Magisterarbeit, Universität Hamburg.
- Beywl, Wolfgang (2006): *Evaluationsmodelle und der Stellenwert qualitativer Methoden*. In: Flick, Uwe (Hg.): *Qualitative Evaluationsforschung. Konzepte – Methoden – Umsetzung*. Reinbek: Rowohlt, S. 92–116.
- Cabinet Office, Government of Japan (2011): *Heisei 23 gannen kōrei shakai hakusho* [Weißbuch zur alternden Gesellschaft 2011]. [http://www8.cao.go.jp/kourei/whitepaper/w-2011/gaiyou/23pdf\\_indexg.html](http://www8.cao.go.jp/kourei/whitepaper/w-2011/gaiyou/23pdf_indexg.html) (Zugriff am 21.11.2012).
- Cabinet Office, Government of Japan (2010): *Annual Report on the Aging Society: 2010*. [http://www8.cao.go.jp/kourei/english/annualreport/2010/2010pdf\\_e.html](http://www8.cao.go.jp/kourei/english/annualreport/2010/2010pdf_e.html) (Zugriff am 21.02.2012).
- Cabinet Office, Government of Japan (2009): *Annual Report on the Aging Society: 2009*. [http://www8.cao.go.jp/kourei/english/annualreport/2009/2009pdf\\_e.html](http://www8.cao.go.jp/kourei/english/annualreport/2009/2009pdf_e.html) (Zugriff am 29.02.2012).
- Cabinet Office, Government of Japan (2006): *Jisatsu taisaku kihon-hō* [Basic

- Act on Suicide Countermeasures]. [http://www8.cao.go.jp/jisatsutaisaku/bsc\\_law/index.html](http://www8.cao.go.jp/jisatsutaisaku/bsc_law/index.html) (Zugriff am 21.11.2012).
- Cabinet Office, Government of Japan (1995): *Kōrei shakai taisaku kihon-hō* [Grundgesetz zur Maßnahmengreifung gegen die alternde Gesellschaft]. [http://www8.cao.go.jp/kourei/measure/a\\_4.htm](http://www8.cao.go.jp/kourei/measure/a_4.htm) (Zugriff am 29.02.2012).
- Campbell, John Creighton (2008): Politics of Old-Age Policy-Making. In: Coulmas, Florian, Harald Conrad, Annette Schad-Seifert und Gabriele Vogt (Hg.): *The Demographic Challenge. A Handbook about Japan*. Leiden: Brill, S. 253–265.
- Chen, Joe, Yun Jeong Choi und Yasuyuki Sawada (2008): *How Is Suicide Different in Japan?* In: CIRJE Discussion Paper. Tokyo: University of Tokyo.
- Coulmas, Florian (2007): *Die Gesellschaft Japans. Arbeit, Familie und demographische Krise*. München: C.H. Beck.
- Dirks, Daniel et al. (2000): The Japanese Employment System in Transition. In: *International Business Review* 9, 5, S. 525–553.
- Dörner, Dietrich (1992): *Die Logik des Mißlingens. Strategisches Denken in komplexen Situationen*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Erlemeier, Norbert (2002): *Suizidalität und Suizidprävention im Alter*. Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 212. Stuttgart: W. Kohlhammer.
- FAZ, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (08.07.2010): Später Renteneintritt: Jeder zweite Japaner über 65 Jahre arbeitet. <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/spaeter-renteneintritt-jeder-zweite-japaner-ueber-65-jahre-arbeitet-11007050.html> (Zugriff am 07.08.2012).
- Formanek, Susanne (2008): Traditional Concepts and Images of Old Age in Japan. In: Coulmas, Florian, Harald Conrad, Annette Schad-Seifert und Gabriele Vogt (Hg.): *The Demographic Challenge. A Handbook about Japan*. Leiden: Brill, S. 323–343.
- Fukawa, Hisashi (2008): Poverty Among the Elderly. In: Coulmas, Florian, Harald Conrad, Annette Schad-Seifert und Gabriele Vogt (Hg.): *The Demographic Challenge. A Handbook about Japan*. Leiden: Brill, S. 921–931.
- Godzik, Maren (2009): Altern in Japan. Herausforderungen und Chancen. In: Godzik, Maren (Hg.): *Altern in Japan. Japanstudien 21. Jahrbuch des Deutschen Instituts für Japanstudien*. München: iudicium, S. 15–24.
- Ishigami, Kazuo et al. (2005): *Rōnenki ni okeru jisatsu yobō taisaku no arikata ni kansuru seishin hokenteki kenkyū* [Studie zur Erforschung der geistigen Gesundheit für ein Leitbild zu Suizidpräventionsmaßnahmen im Alter]. <http://ikiru.ncnp.go.jp/ikiru-hp/report/ueda17/ueda17-10.pdf> (Zugriff am 29.02.2012).

- Kaga, Makiko, Tadashi Takeshima und Toshihiko Matsumoto (2009): Suicide and its Prevention in Japan. In: *Legal Medicine* 11, 4, S. 18–21.
- Kobayashi, Tsukasa (1989): „Ikigai“ to wa nanika – Jiko jitsugen e no michi [Was ist „ikigai“? Der Weg zur Selbstverwirklichung]. Tokyo: Nihon Hōsō Shuppan Kyōkai.
- Loo, Hans van der und Willem van Reijen (1997): *Modernisierung. Projekt und Paradox*. München: Deutscher Taschenbuch-Verlag (2. Aufl.).
- Mamoru, Iga (1986): *The Thorn in the Chrysanthemum: Suicide and Economic Success in Modern Japan*. Berkeley, CA: University of California Press.
- Mathews, Gordon (1996): *What Makes Life Worth Living? How Japanese and Americans Make Sense of their Worlds*. Berkeley, CA: University of California Press.
- McIntosh, John L. et al. (1994): *Elder Suicide: Research, Theory and Treatment*. Washington, DC: American Psychological Association (1. Aufl.).
- Meyer-Ohle, Hendrik (2008): Labour Market and Labour Market Policies for the Ageing Society. In: Coulmas, Florian, Harald Conrad, Annette Schad-Seifert und Gabriele Vogt (Hg.): *The Demographic Challenge. A Handbook about Japan*. Leiden: Brill, S. 947–962.
- MHLW, Ministry of Health, Labour and Welfare (2011): *Heisei 23 nenban jisatsu taisaku hakusho* [Weißbuch zur Prävention von Suiziden 2011]. <http://www8.cao.go.jp/jisatsutaisaku/whitepaper/w-2011/pdf/gaiyou/index.html> (Zugriff am 07.03.2012).
- MHLW, Ministry of Health, Labour and Welfare (2008): *Annual Health, Labour and Welfare Report 2007–2008*. <http://www.mhlw.go.jp/english/wp/wp-hw2/part2/p1.pdf> (Zugriff am 10.11.2010).
- MHLW, Ministry of Health, Labour and Welfare (2004): *History, Overview and Status of Public Pension System in Japan*. <http://www.mhlw.go.jp/english/org/policy/dl/p36–37d.pdf> (Zugriff am 16.12.2010).
- MHLW, Ministry of Health, Labour and Welfare (2002): *Long-term Care Insurance in Japan*. <http://www.mhlw.go.jp/english/topics/elderly/care/index.html> (Zugriff am 15.11.2010).
- MIAC, Ministry of Internal Affairs and Communications (2012): *Nihon tōkei nenkan Heisei 24 nen* [Japan Statistical Yearbook 2012]. <http://www.stat.go.jp/data/nenkan/index.htm> (Zugriff am 21.11.2012).
- Nihon Keizai Shinbun* (01.10.2010): Shakaiteki na shōsūha ni me o – jisatsu taisaku ni motsu nagaru (kokoro no kenkōgaku) [Blick auf gesellschaftliche Minderheiten – zur Suizidprävention hinführend (Psychische Gesundheit)], S. 9, Abendausgabe.
- OECD, Organisation for Economic Co-operation and Development (2012): *OECD Factbook 2011–12. Economic, Environmental and Social Statistics*. [http://www.oecd-ilibrary.org/economics/oecd-factbook-2011–2012\\_factbook-2011-en](http://www.oecd-ilibrary.org/economics/oecd-factbook-2011–2012_factbook-2011-en) (Zugriff am 21.05.2012).

- OECD, Organisation for Economic Co-operation and Development (2011): *Health at a Glance 2011. Health Status: Suicide*. [http://www.oecd-ilibrary.org/social-issues-migration-health/health-at-a-glance\\_19991312](http://www.oecd-ilibrary.org/social-issues-migration-health/health-at-a-glance_19991312) (Zugriff am 06.03.2011).
- OECD, Organisation for Economic Co-operation and Development (2008): *Growing Unequal? Income Distribution and Poverty in OECD Countries. Country Note: Japan*. <http://www.oecd.org/dataoecd/45/57/41527303.pdf> (Zugriff am 29.02.2012).
- Ogawa, Takeo (2008): Changing Social Concepts of Age: Towards the Active Senior Citizen. In: Coulmas, Florian, Harald Conrad, Annette Schad-Seifert und Gabriele Vogt (Hg.): *The Demographic Challenge. A Handbook about Japan*. Leiden: Brill, S. 145–161.
- Ono, Yutaka et al. (2001): Epidemiology of Suicidal Ideation and Help-Seeking Behaviors among the Elderly in Japan. In: *Psychiatry and Clinical Neurosciences* 55, 6, S. 605–610.
- Oshio, Takashi (2008): The Public Pension System and the Ageing Society. In: Coulmas, Florian, Harald Conrad, Annette Schad-Seifert und Gabriele Vogt (Hg.): *The Demographic Challenge. A Handbook about Japan*. Leiden: Brill, S. 1097–1113.
- Oyama, Hirofumi et al. (2006): Local Community Intervention through Depression Screening and Group Activity for Elderly Suicide Prevention. In: *Psychiatry and Clinical Neurosciences* 60, 1, S. 110–114.
- Oyama, Hirofumi et al. (2005): Community-Based Suicide Prevention through Group Activity for the Elderly Successfully Reduced the High Suicide Rate for Females. In: *Psychiatry and Clinical Neurosciences* 59, 3, S. 337–344.
- Paulsen, Carolina (2009): Arbeiten bis ins hohe Alter: Institutionelle und nicht-institutionelle Einflüsse auf das Erwerbsverhalten älterer Menschen in Japan. In: Godzik, Maren (Hg.): *Altern in Japan. Japanstudien 21. Jahrbuch des Deutschen Instituts für Japanstudien*. München: iudicium, S. 125–161.
- Pawson, Ray und Nick Tilley (1997): *Realistic Evaluation*. London: Sage Publications.
- Pawson, Ray und Nick Tilley (1994): What works in Evaluation Research? In: *The British Journal of Criminology* 34, 3, S. 291–306.
- Statistisches Bundesamt Deutschland (2012): *Gesundheit – Todesursachen in Deutschland*. <https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Gesundheit/Todesursachen/Todesursachen.html> (Zugriff am 21.11.2012).
- Swientek, Christine (2008): *Letzter Ausweg Selbstmord: Was alte Menschen in den Tod treibt*. Freiburg im Breisgau: Herder.
- Takeshima, Tadashi et al. (2008): *Japan's Suicide Prevention Strategy and the Role of the Centre for Suicide Prevention*. <http://www.ncnp.go.jp/nimh/keikaku/kisochousa/pdf/gakkai1.pdf> (Zugriff am 14.12.2010).

- Traphagan, John W. (2004a): Interpretations of Elder Suicide, Stress, and Dependency among Rural Japanese. In: *Ethnology* 43, 4, S. 315–329.
- Traphagan, John W. (2004b): *The Practice of Concern. Ritual, Well-Being, and Aging in Rural Japan*. Carolina Academic Press Ethnographic Studies in Medical Anthropology Series. Durham, NC: Carolina Academic Press.
- Traphagan, John W. (2000): *Taming Oblivion: Aging Bodies and the Fear of Senility in Japan*. New York, NY: State University of New York Press.
- WHO, World Health Organization (2002): *Self-directed Violence*. [http://www.who.int/violence\\_injury\\_prevention/violence/global\\_campaign/en/chap7.pdf](http://www.who.int/violence_injury_prevention/violence/global_campaign/en/chap7.pdf) (Zugriff am 29.02.2012).
- Yomiuri Shinbun Online (19.10.2010): *Rikonshitatoki no nenkin bunkatsutte nani?* [Wie sieht die Rentenaufteilung bei Scheidung aus?]. <http://www.yomidr.yomiuri.co.jp/page.jsp?id=32280> (Zugriff am 21.11.2012).
- ZSJC, National Silver Human Resources Center Association (2010): *Shirubā jinzai sentā to wa* [Über die Silver Human Resources Center]. [http://www.zsjc.or.jp/about/about\\_02.html/](http://www.zsjc.or.jp/about/about_02.html/) (Zugriff am 16.12.2010).

## AUTOREN

BACHMANN, Inger M.

Doktorandin, Asien-Afrika-Institut, Universität Hamburg  
Inger.Maleen.Bachmann@studium.uni-hamburg.de

BAUM, Harald

Professor, Leiter des Japan-Referats, Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht, Hamburg  
baum@mpipriv.de

DOBSON, Hugo

Professor, School of East Asian Studies, University of Sheffield  
h.dobson@sheffield.ac.uk

GOYDKE, Tim

Professor, School of International Business, Hochschule Bremen  
Tim.Goydke@hs-bremen.de

HOLDGRÜN, Phoebe

Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Deutsches Institut für Japanstudien, DIJ  
Tokyo  
holdgruen@dijtokyo.org

POHL, Manfred

Professor emeritus, Asien-Afrika-Institut, Universität Hamburg  
manfred.pohl@uni-hamburg.de

SCHAD-SEIFERT, Annette

Professorin, Institut für Modernes Japan, Heinrich-Heine-Universität  
Düsseldorf  
schad@phil.hhu.de

VOGT, Gabriele

Professorin, Asien-Afrika-Institut, Universität Hamburg  
gabriele.vogt@uni-hamburg.de